

**Flämischer Sprachnationalismus im Spannungsfeld
zwischen kollektiver Identitätsstiftung und
Rechtspopulismus**

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

des

Fachbereichs 06

der

Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster/Westfalen

vorgelegt von

Michiel Vanhoutte

aus Gistel (Belgien)

2019

Erstgutachter: Prof. Dr. Dieter Hoffmeister

Zweitgutachter: Prof. Dr. Gunther De Vogelaer

Drittgutachter: Prof. Dr. Rainer Frey

Dekan: Prof. Dr. Moritz Baßler

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Dezember 2019

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	4
2 Begriffe und theoretisches Konzept: Historischer und soziologischer Begründungskontext des Rechtspopulismus	12
2.1 Rechtspopulismus als spezifischer nationalistischer Konfliktmodus	14
2.1.1 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – zum Begriffsverständnis	15
2.1.2 Das Topoi- und Metaphernsystem in der Sprache des Rechtspopulismus	19
2.1.3 (Kultureller) Rassismus als rechtspopulistische Denkfigur	23
2.1.4 Nation und Nationalismus als rechtspopulistischer Bezugsrahmen	27
2.2 Die Bedeutung von Sprache in Bezug auf Nationsbildung und kollektive Identität	34
2.2.1 Sprache und kollektive Identität	35
2.2.2 Nationaler Habitus als Ausdruck kollektiver Identität	37
2.2.3 Der Zusammenhang von Sprache, kollektivem Gedächtnis und Habitus	39
2.2.4 Kulturelles Gedächtnis – Literatur und Medien im Prozess der Nationsbildung	42
2.3 Die Bedeutung von (Sprach-)Konflikten in (nationalen) Identitätskonstruktionen	45
2.3.1 Sozialer Konflikt als Gegenstand einer (nationalen) Identitätskonstruktion	46
2.3.2 Diglossie, Triglossie, Polyglossie – Sprachkonflikte im nationalen Kontext	50
2.4 Sprachnationalismus als eine ideologische gesellschaftliche Konsequenz aus dem Problemverhältnis Sprache – Identität – Konflikt	55
2.4.1 Sprachnationalismus als Folie für den Rechtspopulismus	55
2.4.2 Charakteristika des Sprachnationalismus	62
2.4.3 Sprachnationalistisches Topoi- und Metaphernsystem in der Nationalliteratur	64
2.4.4 (Sprach-)Nationalistische Erinnerungs- und Identitätspolitik	66
2.5 Übergänge vom Sprachnationalismus zum Rechtspopulismus	67

3 Stand der Forschung	71
4 Flämischer Nationalismus und Rechtspopulismus im historischen Kontext	82
4.1 Flämische Identität und belgischer Nationalstaat – historischer Abriss.....	82
4.1.1 Vorgeschichte	83
4.1.1.1 Grafschaft Flandern und die Sporenschlacht	83
4.1.1.2 Die Zeit bis zum Wiener Kongress	85
4.1.1.3 Die Zeit unter Willem I und die belgische Revolution 1830	87
4.1.2 Staatsgründung und -konstituierung bis 1840 – der Unionismus	92
4.1.3 Unabhängigkeit als Königreich bis 1914	98
4.1.4 Die Zeit der Weltkriege – Kollaboration und Radikalisierung	103
4.1.5 Die Nachkriegszeit – Königsfrage, Sprachpolitik und Föderalisierung	109
4.2 Das historische Fundament des flämischen Nationalismus	116
4.2.1 Belgischer Nationalismus als Fehlkonstruktion	117
4.2.2 Sprachkonflikt und Flämische Bewegung.....	121
4.2.3 Die Erfindung der flämischen Nation in der Literatur	132
4.2.4 Die Sporenschlacht als flämischer Gründungsmythos und Nationalfeiertag.....	139
4.2.5 Katholizismus als quasi-nationale Wertebasis	143
4.2.6 Das ambivalente Verhältnis des Proletariats zum Flämischen Nationalismus	146
4.3 Die flämische Frage – ein ergänzendes Fazit zur Identitätsgeschichte Flanderns	155
5 Nationale Erzählung und Rechtspopulismus in Flandern – der soziologische Begründungskontext.....	162
5.1 Sprache und Sprachkonflikt als Kern der flämischen Identitätskonstruktion	162
5.2 Statussolidarität der Sprachgemeinschaft und Habitusgenese – vom Opfermythos zum Überlegenheitslogos.....	164
5.3 Das kollektive (kulturelle) Gedächtnis der Flamen im Zusammenhang von Legitimations- und Abgrenzungsdiskursen	169

5.4 Dimensionen des flämischen Sprachnationalismus	171
5.4.1 Flämischer (Sprach-)nationalismus als ideologisches Identitätskonzept im Kontext von ‚Othering‘ und Abgrenzungsrhetorik	171
5.4.2 Die Politisierung des flämischen Sprachnationalismus	176
5.4.3 Die Vision vom flämischen Nationalstaat	181
5.5 Flämischer Sprachnationalismus im Spannungsfeld zwischen kollektiver Identitätsstiftung und Rechtspopulismus – zum Stand der nationalen Erzählung.....	183
6 Fazit	194
Literatur	198

Einleitung

„Es ist die Auferstehung dieser Sprache, die den Flamen das Gefühl gegeben hat, einem Ursprung anzugehören (...). Der zentrale Punkt der flämischen Identität ist die Sprache. Die Art, in der man spricht, impliziert eine Weltanschauung“ (Hugo Claus (1929-2008), belgischer Schriftsteller; zit. nach Serge Govaert).

„Als Wallone schätze ich die niederländische Sprache und die flämische Kultur. Ich weise die französischsprachigen Bewohner Brüssels und die wallonische Bevölkerung auf eine Tatsache hin. Oft empfinden die französischsprachigen Belgier die Forderungen der Flamen als Aggression. Ohne mich auf politisches Terrain zu begeben lade ich dazu ein, niemals zu vergessen, dass Flandern einige Jahrhunderte für die Anerkennung seiner Sprache und Kultur kämpfen musste. Flandern war lange Zeit das Opfer der Arroganz der Wallonen. Und der belgische Staat, gegründet 1830-1831, war während eines Jahrhunderts das Instrument einer aktiven Franzöisierung Flanderns. Die Frankophonen müssen verzichten auf jegliche Superioritätskomplexe. Sie müssen lernen, die Sprache ihres nördlichen Nachbarn zu kennen und zu lieben. Dies ist der Preis für die persönliche Verantwortung, wenn sie für Belgien eine Zukunft wollen“ (Frei übersetzter Auszug eines Briefes des heutigen Oberhauptes der katholischen Kirche Belgiens, Monseigneur Léonard, in seiner damaligen Funktion als Bischof von Namur, veröffentlicht auf der Webseite seiner Diözese 2008).

Im niederländischsprachigen belgischen Landesteil Flandern hat sich nach der Staatsgründung Belgiens 1830 ausgehend aus dem bürgerlichen Milieu Gelehrter in größeren Gesellschaftsteilen, d.h. schichtübergreifend, sukzessive eine flämisch-nationalistische Gesinnung etabliert, die gemeinhin dem rechten politischen Spektrum zugeordnet wird. Deren historische Kontinuität und gesellschaftliche Ausprägung ist im europäischen Vergleich durchaus bemerkenswert und geht schon lange mit einer stabilen politischen Institutionalisierung einher. Das heißt je nach Betrachtung und Definition nationalistische oder rechtspopulistische flämische Akteure und Parteien sind seit mehr als einem Jahrhundert immer schon fester Bestandteil der Gesellschaft und des Parteienspektrums in Belgien gewesen. So erfreute sich etwa die heute am weitesten rechts einzuordnende Partei ‚Vlaams Belang‘ (früher ‚Vlaams Blok‘) bei Wahlen traditionell seit Jahrzehnten eines Stimmenanteils, der über die Jahre gesehen den Anteil vergleichbarer Parteien in vielen anderen europäischen Ländern überstiegen hat. Sie war 2004 bis 2009 sogar stärkste Partei in Flandern, 2009 bis 2014 immerhin noch dritte politische Kraft. Seit 2014 ist sie zwar in ihrer Bedeutung weiter gefallen und steht nur noch an sechster Stelle im Parteien-

Ranking, aber hierin einen Bedeutungsverlust flämisch-nationalistischer Kräfte insgesamt abzulesen, wäre trügerisch. Denn das rechte Lager als Heimat des Rechtspopulismus hat sich immer wieder als wandelbar erwiesen. Viele ehemalige Stimmen des Vlaams Belang können heute der gemäßigteren nationalistischen N-VA zugerechnet werden, nicht zuletzt weil diese im Gegensatz zu Vlaams Belang als koalitionsfähig gilt und deren Politik damit einen größeren Einfluss im politischen Geschäft hat. Der Erfolg der N-VA, die sich selbst als flämisch-nationalistisch bezeichnet und bei den belgischen Parlamentswahlen 2010 und 2014 stärkste Partei wurde, liegt damit wohl auch in strategischen Überlegungen ehemaliger Wähler des Vlaams Belang begründet und sollte nicht zwingend als grundlegende Schwächung des Rechtspopulismus gedeutet werden. Gleichwohl ist Vorsicht geboten, nationalistische Orientierungen mit Rechtspopulismus per se gleichzusetzen und die N-VA programmatisch als rechtspopulistisch auszuweisen.

Die flämischen Parteien des rechten Spektrums im heutigen Parlament finden oder konstruieren wie politische Vorgänger und nationalistische Akteure auch anderer Parteien in der flämischen Bewegung des 19. Jahrhunderts ihre historische Referenz, sie sind mehr noch gewissermaßen ein gegenwärtiger Ausdruck dieser Bewegung bzw. erzeugen diesen Eindruck. Damit lässt sich bereits erahnen, dass für die relativ breite Anhängerschaft nationalistischer Einstellungen solche Erklärungen zu kurz greifen, die soziale Entwicklungen in der modernen Gesellschaft wie hohe Arbeitslosigkeit oder Immigration ursächlich verantwortlich machen. Es handelt sich um mehr als einen politischen Protest sozial benachteiligter Gruppen, der auf gegenwärtige Probleme der Modernisierung und Globalisierung rekurriert und die sogenannten „Neuen Rechten“¹ gestärkt hat.

D.h. die Geschichte dient offenbar als Fundament des eigenen Selbstverständnisses nationalistischer Parteien und ihrer Anhänger, hieraus wird eine Legitimation und Akzeptanz konservativer bis rechtsgerichteter Politik abgeleitet, die auch Spielräume für fragwürdige politische Einstellungen am äußersten rechten Rand eröffnet. Hierin ist insbesondere Vlaams Belang zu

¹ Beim Begriff ‚Neue Rechte‘ handelt es sich gewissermaßen um einen schillernden Sammelbegriff rechtsextremer Akteure und Parteien, die sich zwar auf alte ideologische Konzepte beziehen, aber keine klassische Restauration historischer Verhältnisse anstreben. Sie interpretieren diese Konzepte in die Zukunft gerichtet im Zusammenhang von Globalisierung und Neoliberalismus neu.

„Gemeinsamer Bezugspunkt neurechten Denkens sind die Werke maßgeblicher Autoren der ‚Konservativen Revolution‘ der Weimarer Zeit, vor allem des völkisch-antiparlamentarischen E. J. Jung und des nationalistisch-antiliberalen A. Moeller van den Brück, insbesondere aber des staatsautoritär-antiliberalen Devisenisten Carl Schmitt - mit Abstand wichtigster Stichwortgeber der Neuen Rechten und ‚kleinster gemeinsamer Nenner‘ über alle Differenzen innerhalb des neurechten Ideologiemusters hinweg“ (Gessenharter/Fröchling 1996, S. 557).

Entsprechend vertreten die Neuen Rechten die Idee des Ethnopluralismus, neigen zu wirtschaftlichem Protektionismus und streben einen ‚starken‘ autoritären Staat an, der die damit verbundenen Grenzziehungen durchsetzt.

einem Synonym dafür geworden, den Flamen eine Anfälligkeit für rechtspopulistische Orientierungen mit rassistischem Unterton zuzuweisen und mit Blick auf die politische Kultur in Belgien den flämischen Regionalismus als eine Art gewaltsame Nagelprobe für die europäische Integration zu kennzeichnen, die ja eben (ethnische) Nationalismen zu überwinden trachtet. Der Bezug auf die flämische Bewegung stärkt auch daher die gesellschaftliche Legitimation, weil diese in ihrem Ursprung gar nicht inhärent mit dem rechten politischen Lager verbunden war. Sie wird in Flandern nicht unerheblich als ‚gute Sache‘ gesellschaftlicher und politischer Emanzipation konnotiert, die sich gegen eine simple Links-Rechts-Einordnung sperrt.

Die vorliegende Arbeit geht in einer umfassenden sozialhistorischen Analyse und soziologischen Einordnung den Ursachen und Erscheinungsformen dieser speziellen Entwicklung des differenzierten sub-nationalistischen gesellschaftlichen Spektrums in Flandern nach.

Dabei wird unter Berücksichtigung der flämischen Identitätsgeschichte die These vertreten, dass in der jüngeren Vergangenheit in bestimmten gesellschaftspolitischen Perspektiven insbesondere im linken politischen Lager und in diversen Medienberichten im Sinne einer Überdramatisierung ein undifferenziertes bzw. unstimmliges Bild der gesellschaftspolitischen Gemengelage (rechts der Mitte) in Flandern gezeichnet wurde bzw. gezeichnet wird. Insbesondere die Anwendung des Rechtspopulismus-Begriffs erscheint hierbei häufig unangemessen und inflationär, wenn man hierfür etwa Definitionen heranzieht, die diesen mit Merkmalen wie Rassismus und Demokratiefeindlichkeit verbinden.

Oft werden pauschalisierte Rückschlüsse von Einstellungen politischer Handlungsträger oder einzelnen Ereignissen auf die Gesellschaft gezogen oder lassen sich unzureichende kategoriale Differenzierungen hinsichtlich nationalistischer Akteure erkennen. Dies trifft etwa für die beiden Parteien Vlaams Belang und N-VA und ihre gesellschaftliche Bedeutung zu. Beides geht einher mit einer unzureichenden Reflexion der flämischen sub-nationalen Identitätsgeschichte in der Weise, wie diese einen Bezug hat zur heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit und welche Argumente diese liefert, um eine undifferenzierte Etikettierung dieser Wirklichkeit mit dem Relationsbegriff des Rechtspopulismus zu hinterfragen.

Die folgenden Beispiele verdeutlichen dies, so beklagte etwa Bernhard Müller 2011 in der Zeitschrift ‚Sozialismus‘ den wachsenden Rechtspopulismus in Europa und verwies u.a. auf Belgien:

„Im Nachbarland *Belgien* ist die Blockade des politischen Systems schon so verfestigt, dass seit den letzten Parlamentswahlen gar nichts mehr geht und sich das Gemeinwesen aufzulösen droht. Gewinner dieser Parlamentswahlen war die rechtspopulistische Neue Vlämische Allianz von De Wever (17,4% auf Bundesebene umgerechnet), ehemals Mehrheitsbeschaffer der Christdemokraten, deren

xenophobe Grundausrichtung sich im Hass auf die französischsprachigen »Habenichtse« im Süden artikuliert. Die N-VA tritt für die vollständige Autonomie Flanderns ein und blockiert die Bildung einer neuen Landesregierung. Sie hat das Erbe des »Vlaams Belang« (7,8%) angetreten, der wegen seines offen rechtsradikalen Profils bisher nicht Teil von Parlaments-Mehrheiten geworden ist“ (Müller 2011, S. 32).

Dick Pels (2013) schlug auf der Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung in die gleiche Kerbe, wobei er einordnet, dass der Rechtspopulismus europaweit heute eher als „weicherer“ kultureller Nationalismus in Erscheinung tritt, gleichwohl aber den europäischen Einigungsprozess gefährde. Die flämische N-VA sei für diesen Wandel und „Generationswechsel“ mit einem Stimmenanteil von 30% das „dramatischte Beispiel“. Diese beklage nach Pels’ Darstellung „Sozialschmarotzertum“, die Transferleistungen an die „undankbaren und faulen“ Wallonen und eine zu starke Einwanderung.

„Auf diese Weise wird Belgien zu einer Art „Europa en miniature“, in dem es unüberwindbare kulturelle und wirtschaftliche Abgründe gibt zwischen einem sparsamen, fleißigen und aufrichtigen Norden und einem faulen, schmarotzenden und verlogenen Süden“ (Pels 2013).

Auch diverse Medienberichte suggerieren über die Jahre gesehen gewissermaßen eine relativ große Kontinuität und Wirkmächtigkeit des Rechtspopulismus in Flandern im Sinne gesellschaftlicher Normalität, auch nachdem Vlaams Belang zugunsten der N-VA an Bedeutung eingebüßt hat.

So fragte etwa, nachdem in einer Antwerpener Diskothek 2006 mehrere Ausländer schwer verletzt wurden, die wallonische Zeitung ‚Le Soir‘ rhetorisch: „Ist Flandern rassistisch?“² Auch ein Bericht von Johnny Van Hove (2015) im MigMagazin mit dem Titel ‚Belgien: Das Land ohne Rassisten‘ spielt auf eine vermeintliche rassistische Normalität in Flandern an. In der Einleitung heißt es mit Blick auf die N-VA:

„Es gibt ein Land ohne Rassisten: Belgien. Diese Selbstwahrnehmung bezeugt vor allem, wie normal dort der Rassismus mittlerweile geworden ist. Deutschland soll sich aber nicht zu sicher fühlen: Belgien ist nah“ (Van Hove 2015, S. 1).

Und Kathrin Haimerl (2015) referiert in der Süddeutschen Zeitung vom 13.02.2015 hinsichtlich der Frage nach dem gegenwärtigen Erfolg von Rechtspopulisten u.a. die Erkenntnis des Politikwissenschaftlers Michael Minkenberg, dass die „radikale Rechte“ in Europa überdurchschnittlich erfolgreich sei, wo der Islam stark verbreitet ist, wie etwa in Belgien. Dies sei typisch

² zit. nach Frenzel (2006)

für Länder mit „einer langen Tradition des christlichen Monokonfessionalismus“, die nun einen „Differenzierungsschub“ erlebten.

Ohne dem Tenor dieser Einschätzungen per se zu widersprechen, will diese Arbeit sich um eine relativierende Einordnung bemühen und sozusagen den Nachweis führen, dass der „kulturelle Nationalismus“ der Flamen nicht nur einer bestimmten parteipolitischen Linie entspricht und hierin als rechtspopulistisch einzustufen ist, sondern historisch und soziologisch im Sinne einer Habitusgenese differenzierter bewertet werden muss.

Extremistische Strömungen sind wie andernorts in Europa auch unter den Flamen tendenziell ein Minderheitenphänomen und nicht habitusprägend. Dies zu erfassen bedarf der Gegenüberstellung und Inbezugsetzung komplexer Zusammenhänge der hierfür relevanten Begrifflichkeiten einerseits und der flämischen Geschichte andererseits.

In einem Spannungsfeld von Separatismus, flämischen Nationalismus, Liberalismus, Katholizismus und Rassismus hat sich die politische Rechte seit jeher als ein differenziertes Phänomen gezeigt. Hochkonjunktoren extremerer rechter Positionen folgten Phasen der politischen Mäßigung im rechten Spektrum. Dies gehört zur flämischen Identitätsgeschichte im Rahmen einer heutigen Gesellschaft, in der liberal progressive Werte dominieren und in der der Liberalismus wie auch der Katholizismus traditionelle Säulen der Gesellschaft darstellen. Der flämische Nationalismus als eine Konstante dieser Geschichte ist hiervon nicht losgelöst zu betrachten, dieser ist nicht darauf zu reduzieren, ideologischer Kern des Rechtspopulismus zu sein. Und schon gar nicht ist Rassismus die zentrale Denkfigur im flämischen Nationalismus. Dies zu erfassen bedarf auf der theoretischen Ebene eines differenzierten Begriffsverständnisses von Nationalismus und Rechtspopulismus.

Kern der flämischen Identitätsgeschichte ist der Kampf um die Gleichberechtigung der eigenen Sprache gegenüber dem Französischen hin zur Anerkennung als Verkehrssprache, was zugleich ein flämisches Selbst-Bewusstsein und Selbstbild befördert hat. Der vielschichtige Sprachkonflikt war im Ursprung ein sozialer Konflikt zwischen der ‚einfachen‘ niederlandophonen flämischen Unterschicht und der frankophonen flämischen Bourgeoisie. Mit zunehmender gesellschaftlicher Macht der niederlandophonen Flamen wurde aus dem sozialen Konflikt in Flandern ein ethnischer Sprachkonflikt in Belgien zwischen Flamen und Wallonen, d.h. es kam zur Regionalisierung des Konfliktes. Hintergrund dieser Konfliktentwicklung ist verkürzt gesagt, dass mit den frankophonen Wallonen und den Flamen zwei Volksgruppen aus unterschiedlichen Sprachräumen zur belgischen Nation formal vereint wurden, die zu großen Teilen die Sprache bzw. die Dialekte der anderen Gruppe nicht beherrschten oder sich nicht mit ihr identifizierten. Als das Französische, die Sprache der aristokratischen und bourgeois Eliten, auch der

flämischen, dann zur alleinültigen Amtssprache und formalen Verkehrssprache erhoben wurde, war insbesondere die Bevölkerungsmehrheit der ‚einfachen Leute‘ unter den Flamen vom politischen Diskurs und Geschäftsverkehr im Grunde ausgeschlossen. Die Flamen, und hierbei nicht zuletzt Teile des aufstiegsorientierten Bürgertums, waren sozusagen im wahrsten Sinne politisch ‚mundtot‘ gemacht worden, weil sie ihre gesellschaftsrechtlichen und später auch beruflichen Ansprüche nicht zu formulieren bzw. verwirklichen vermochten, sie de facto nicht politisch partizipierten und keine prestigeträchtigen beruflichen Chancen ergreifen konnten. Oder anders gesagt: Sprache war damit faktisch ein Herrschaftsinstrument, dessen Anwendung einer Diskriminierung der meisten Flamen gleichkam. In der Literatur und Geschichtsschreibung wird die Problematik auch als „Flämische Frage“ thematisiert. Es handelt sich damit um nichts weniger als einen umfassenden sozialen Konflikt innerhalb der belgischen Gesellschaft zwischen unterschiedlichen Gruppen in einer Etablierten-Außenseiter-Konfiguration, wie dies in Anlehnung an Norbert Elias (2002) eingeordnet werden kann. Zumal die Entwertung der identitätsprägenden Sprache nicht nur eine Quasi-Entrechtung war, sondern natürlich zwangsläufig auch das kulturelle Selbstwertgefühl der meisten Flamen erschüttert hat. In ihrer sozialen Außenseiterrolle zusammengeschweißt, führten die Flamen konsequenterweise fortan einen eigenen widerständigen kulturellen und ‚politischen‘ Diskurs über ihre partikularen und gesamtbelgischen Interessen. Dieser beinhaltete beinahe zwingend Identitätsfragen und manifestierte gewissermaßen einen kulturellen Nationalismus der Flamen, der mit innenorientierter Solidarität, ethnischen Konnotationen und separatistischen Bestrebungen aufgeladen wurde. Der Konflikt erlangte hierin über die Jahrhunderte eine bemerkenswerte Totalität. Als semantische Referenz des flämischen Diskurses dient dabei der romantische Sprachnationalismus des 19. Jahrhunderts – in Differenz zum staatsbürgerlichen Nationalismus-Konzept Frankreichs. Die Flamen begründeten hierin eine spezielle Sinnhaftigkeit der Unterscheidung von (kultureller) Eigen- und (bedrohlicher) Fremdgruppe. Dies ist als essentieller Kern des flämischen Nationalismus anzunehmen und soll entsprechend historisch skizziert und soziologisch erörtert werden.

Der niederländischen Sprache kommt hierbei eben eine zentrale Funktion zu, insofern Sprache nicht für sich genommen zu betrachten ist, sondern als wesentliches Element der Bildung und Reproduktion kollektiver und kultureller Identität sowie der Formung eines gruppenspezifischen Habitus‘ – insbesondere weil sie im Fall Belgiens die markante Trennlinie zwischen einer Eigengruppe des germanischen Sprachraumes und einer Fremdgruppe des romanischen Sprachraumes markiert. Sie ist in diesem Zusammenhang Medium und Träger eines kollektiven

Gedächtnisses. In der künstlerisch sublimierten Form trifft dies alles auch auf die Poesie und Literatur in Flandern zu. Sprache ist das Werkzeug.

In dieser Hinsicht erklären die grob skizzierten Ausgangs- und Rahmenbedingungen nicht isoliert betrachtet die heutige Salonfähigkeit nationalistischen Denkens.

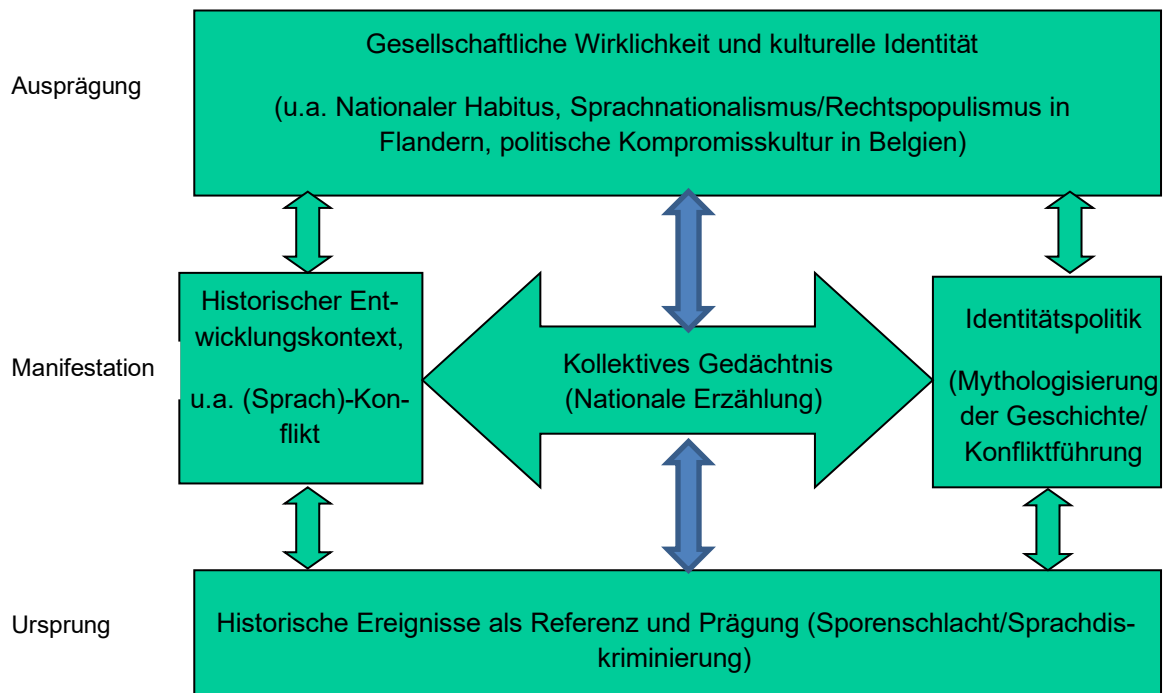
Dieses wurde in der weiteren historischen Entwicklung seit 1830 durch verschiedene Ereignisse und bewusste politische Akte, bzw. eine bestimmte Identitätspolitik, narrativ entwickelt und genährt. Dieser Sprachnationalismus erwies sich in seiner habituellen Einprägung seitens der flämischen Gemeinschaft immer wieder als ankopplungsfähig für Instrumentalisierungen aus dem rechten politischen Spektrum. In diesem Zusammenhang hat auch ‚Vlaams Belang‘ Nutzen aus gesellschaftlichen Problemen gezogen und die eigene ideologische Position immer wieder gut an den kulturellen Nationalismus ankoppeln können. Beispielsweise bietet die im Zuge der belgischen Staatsgründung in Flandern aufgeflamnte und bis heute stattfindende Debatte um die eigene Ethnizität Projektionsmöglichkeiten für rassistische Positionen. Hierbei ist der wiederkehrende Rückgriff auf die niederländische Sprache ein beliebter Schachzug des Vlaams Belang, eine ausgrenzende Identitätspolitik zu betreiben. Die Überblendung von Sprache und Rasse wird somit zum Kriterium rechtspopulistischer Politik am rechten Rand. Dies u.a. ist auch der Maßstab dafür, inwieweit sich der Rechtspopulismus dieser Art auch auf andere Akteure ausgebreitet hat bzw. inwieweit es sich um gesellschaftliche Wesenszüge handelt im Zusammenhang eines kollektiven Identitätskonzeptes und Habitus.

Der Nexus zwischen dem gesellschaftlich tiefgreifenden Sprachkonflikt, der kulturellen Identität, dem flämischem Nationalismus und dem Rechtspopulismus als Zustandsbeschreibung gegenwärtiger Phänomene ist also im Wesentlichen Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Auf soziologischer Metaebene können dabei in der belgisch-nationalen Dimension grob zwei gegensätzliche Phasen der kulturellen Identitätsbildung unterschieden werden: erstens die Phase der sozialen, kulturellen und ökonomischen Außenseiterrolle der Flamen gegenüber den Wallonen (1830 – 1945) und zweitens die Phase der sozioökonomischen Dominanz (seit 1950). Insbesondere der Argumentationsschluss hinsichtlich des Rechtspopulismus‘ soll als zentraler Erkenntnisgewinn mit Blick auf ein differenziertes Verständnis dieses Phänomens angestrebt werden. Eine kritische Perspektive auf die Begriffsdefinitionen schließt dies mit ein.

Das folgende Modell beschreibt den Zusammenhang der einzelnen Bausteine zur Begründung und Analyse der aufgestellten These.

Entwicklung flämischer Identitätsgeschichte im theoretischen Modell



In dieser Weise miteinander verbunden, prägen die Bausteine eine Wirklichkeit, in der dem Begriff des Rechtspopulismus jene Bedeutung zukommt, die in dieser Arbeit eingeordnet werden soll. Angesichts der Komplexität des Themas können die Bausteine dabei nicht bis ins Detail erschöpfend dargestellt werden, sondern in der Weise, wie dies für die Forschungsintention nötig ist. Es geht darum, die flämisch-nationale Narration in ihrem identitätsstiftenden und habitusprägenden Sinnzusammenhang zu erörtern im Rahmen des Wechselspiels aus historischer Entwicklung, gesellschaftlicher Ausprägung und politischem Handeln. Hierin ist diese für die Bewertung des zentralen Forschungsgegenstandes in Rechnung zu stellen.

2 Begriffe und theoretisches Konzept: Historischer und soziologischer Begründungskontext des Rechtspopulismus

Die vorliegende Arbeit hebt ab auf den historischen und gesellschaftlichen Entwicklungszusammenhang des Rechtspopulismus in Flandern. Um dies zu ergründen, bedarf es einer theoretischen Folie, die die entscheidenden Begriffe des Untersuchungsgegenstandes in ihren Bezügen zueinander erläutert. Hierzu gehören auch die jeweiligen historischen Verweise aufeinander. Die Zusammenhänge sollen gemäß der These aufgearbeitet werden, d.h. in der Weise, dass die Entwicklung eines quasi-nationalen Habitus im Zusammenhang eines kollektiven Identitätskonzeptes der Flamen im Zeichen von Nationalismus, Sprachkonflikt und Separatismusbestrebungen als Nährboden für rechtspopulistische Phänomene begriffen werden kann und dies eine langjährige Kompromisskultur zwischen Flamen und Wallonen herausfordert.

Die treibenden nationalistischen Kräfte dieser Entwicklungen finden in Bezug auf ihr Weltbild ihre Referenz im Nationenkonzept des 19. Jahrhundert, dem Zeitalter des Nationalismus, der seinerzeit nicht zuletzt auch im Zusammenhang der Kolonialisierung stark rassistisch eingefärbt war.

Diese Art des ethnischen Nationalismus‘ begründet seine Herkunft im „Kontext der Auseinandersetzung der europäischen Romantik mit der kulturellen Hegemonie Frankreichs (...) und insbesondere der deutschen politischen Romantik mit der französischen Revolution, sowie der Auseinandersetzung deutscher Herrschaftseliten mit der napoleonischen Besetzung (...)“ (vgl. Dusche 2012, S. 23 f.).

Stukenbrock (vgl. 2005, S. 247 f.) attestiert zu jener Zeit eine „nationalistische() Radikalisierung ganz Europas“, die mit einer „Psychologisierung des Verhältnisses von Muttersprache und nationaler Identität“ und zugleich mit ein „Psychopathologisierung des Fremden“ einhergeht. Dieser in Deutschland also zwischen 1800 und 1815 aufkeimende ethnische Nationalismus, dies ist bereits angedeutet worden, unterscheidet sich von jenem Nationalismus, der in den amerikanischen und französischen Revolutionen auf der historischen Bühne erschien und der in der Literatur als „republikanischer“ oder „ziviler“ Nationalismus bezeichnet wird, wie Dusche (vgl. 2012, S. 24) in Anlehnung an Anderson (2006) und Kohn (1944) resümiert. Tömmel (vgl. Kapitel 4.2.3) kennzeichnet in Unterscheidung zum aufkeimenden ethnischen Nationalismus im Flamentum die nationalistischen Tendenzen in Wallonien nach Belgiens Staatsgründung 1830 analog mit dem Begriff „demotischer Nationalismus“. Steht mit den Begriffen „republikanisch“, „zivil“ und „demotisch“ der Bürger als politisches Subjekt im Vordergrund, ist es im ethnischen Nationalismus die Abstammung und damit rein begrifflich und ohne Konnotationen

vordergründig eine unpolitische Kategorie. Da sich allmählich auch in Frankreich und England im 19. Jahrhundert das ethnische Nationalitätsverständnis etablierte, kann dies mit Dusche gewissermaßen auch die reaktionären Tendenzen in Europa hin zur Befestigung der monarchistischen Ordnungen zu jener Zeit erklären. Als Staatsbürger galt man weniger durch politische Teilhabe, sondern durch ethnische Zugehörigkeit. Man kann dieses Denken durchaus mit einer Entschleunigung in Bezug auf die Politisierung des Bürgertums verbinden, die auch vom Bildungsbürgertum getragen wurde, wie Dusche am Beispiel Schlegels aufzeigt. Dieser wandte sich gegen den damaligen revolutionären Zeitgeist und damit gegen den Parlamentarismus: „Die königliche Gewalt muss eine untheilbare seyn“, so Schlegel. Die konstitutionelle Monarchie betrachtete Schlegel daher als verwerflich, vielmehr erklärte er, „daß die Grundlage der wahren Monarchie die strenge Eintheilung der Stände ist“ (vgl. Schlegel 1837, S. 375 ff.; zit. nach Dusche 2012, S. 25).

Dusche sieht hierin in beispielgebender Weise für die deutsche Romantik eine Verknüpfung „mittelalterliche(r) Vorstellungen von Ständeordnung, neuzeitliche(r) Vorstellungen von absoluter Monarchie und moderne(r) Vorstellungen von ‚Volk‘ und ‚Nation““ (vgl. Dusche 2012, S. 25)

In welchem Maße auch immer (kultureller) Rassismus hierbei eine Rolle spielte, in diesem Zeitalter haben sich kollektive Gemeinschaftskonzepte und kulturelle Identitäten zum Teil neu formiert und nationale oder subnationale Gemeinschaften sich so etwas wie einen nationalen Habitus zugeschrieben bzw. in Anlehnung an Bourdieu in der Tat kollektive „Denk- und Handlungsschemata“ ausgebildet, die sie ein Stück weit unterscheidbar zu anderen Großgruppen gemacht haben. Dies alles geschah und geschieht nicht zuletzt im Kontext umfassender und lange überdauernder Konflikte.

Für diese langdauernden (Präge-)Prozesse waren Mechanismen bedeutend, die mit dem Begriff des kollektiven Gedächtnisses gefasst werden können. Hierfür wiederum, sowie für das kollektive Identitätsverständnis ist die Sprache das fundamentale Kernelement. Diese wiederum ist dabei selbst oft genug ein Synonym für die Gruppe und Konfliktgegenstand dort, wo verschiedene Sprachen im Zusammenhang mit Machtdifferenzen eine Rolle spielen.

In der ideologisierten Zuspitzung wird die eigene Sprache einer Gruppe zum überhöhten Wert an sich, wird aus Sprachidentität Sprachnationalismus (vgl. Kapitel 2.4). Angetrieben werden solche Entwicklungen sowohl durch komplexe gesellschaftliche Interaktionszusammenhänge im Kontext von Machtasymmetrien, in denen spezielle Stimmungen und Wahrnehmungen entstehen und durch aktives (manipulatives) Handeln nationalistischer Akteure, die solche Stimmungen, so sie diese nicht selbst initiiert haben, zumindest aufgreifen, verstärken und für ihre

Machzwecke instrumentalisieren. Ein solcher Nationalismus wiederum, dies hat die Geschichte gezeigt, erzeugt am Ende nicht selten solche nationalen kulturellen Identitätskonzepte, die mit einem aggressiven Abgrenzungsverhalten aufwarten, auch unter Einbeziehung von Rassenkategorien. In einer solchen Tradition stehen verschiedene Erscheinungen heutiger Gesellschaften, die anhand bestimmter Definitionskategorien mit dem Begriff des Rechtspopulismus gekennzeichnet werden. Gleichwohl wird der Begriff häufig auch als politischer Kampfbegriff undifferenziert angewendet, um politische Gegner zu diffamieren.

Wie diese Begriffe in ihrem Zusammenhang zu verstehen sind und wie aus einer integrativen Gemeinschaftsidee im Zusammenhang eines Konfliktes im historischen Verlauf auch ein Problem namens Rechtspopulismus entstehen konnte, soll als theoretische Folie für die Forschungsfrage nun dargestellt werden.

Es werden damit die entscheidenden Dimensionen und Mechanismen des Forschungsgegenstandes für sich genommen und in ihrem Zusammenhang theoretisch beleuchtet:

1. Rechtspopulismus als spezifischer nationalistischer Konfliktmodus
2. Die Bedeutung von Sprache und (Sprach-)Konflikten in Bezug auf Nationsbildung und kulturelle Identität
3. Sprachnationalismus als eine ideologische gesellschaftliche Konsequenz aus dem Problemverhältnis Sprache – Identität – Konflikt
4. Der Übergang vom Sprachnationalismus zum Rechtspopulismus

Auf dieser Folie kann dann die Entwicklung Belgiens mit Bezug auf die Forschungsfrage erörtert werden.

2.1 Rechtspopulismus als spezifischer nationalistischer Konfliktmodus

Im Folgenden soll mit dem Begriff des Rechtspopulismus zunächst der zentrale Gegenstand der Untersuchung näher betrachtet werden. Angesichts der vielen Definitionen in der Literatur wird schon deutlich, dass es sich zugleich um einen vielschichtigen und relativ unscharfen (Relations-)Begriff handelt. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Phänomene der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die man mit diesem Begriff zu fassen versucht, selbst eine gewisse Variabilität aufweisen und in ihren Erscheinungsformen mitunter auch andere angrenzende Begrifflichkeiten auf den Plan rufen.

„Populismus muss von zwei anderen Bewegungen abgegrenzt werden:

- der Rechtspopulismus vom Konservatismus
- und der Populismus vom Rechtsextremismus“ (von Beyme 2018, S. 93).

Die Grenzen sind jedoch nicht eindeutig in ihrer Bestimmung, weder ist die soziale Realität hiermit exakt fassbar noch gibt es im Detail einheitliche Definitionskriterien. Was heute noch als bürgerlich-konservativ, morgen als rechtspopulistisch gilt, kann übermorgen oder in anderer Perspektive als rechtsradikal oder rechtsextrem eingestuft werden – oder umgekehrt. Eine entsprechende Realität kann also ihrer begrifflichen Eingrenzung entwachsen oder sie ggf. verändern. Damit ist auch angezeigt, dass es sinnvoll ist, fließende Übergänge hinsichtlich der Begriffsbereiche anzunehmen, zumal die Begriffsgrenzen ehemals hinsichtlich ihrer Passung zur Realität unscharf sind.

Erschwerend hinzu kommt, dass der Rechtspopulismus in der Tradition spezifischer nationalistischer Abgrenzungsstrategien steht, es aber durchaus Unterschiede gibt, was Nationalismuskonzepte angeht und in welcher Weise sie ethnisch, kulturell, sprachlich oder politisch definiert werden.

Und somit ist es notwendig, die Erläuterung des Begriffs auch ganz allgemein in den Kontext eines Begriffsverständnisses von Nation und Nationalismus zu stellen.

Angesichts des umfassenden Definitionsspektrums des Begriffs und dessen Konjunktur in gesellschaftlichen Debatten, ist eine wissenschaftliche Analyse gefordert, den Begriff des Rechtspopulismus moralisch unvoreingenommen und gut begründet als Label für gesellschaftliche Phänomene zu benutzen.

2.1.1 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – zum Begriffsverständnis

Diese einleitenden Ausführungen haben bereits impliziert, dass es in der Welt Dinge gibt, die als rechtspopulistisch bezeichnet werden und offenbar irgendwie verwandte Dinge, die vielleicht noch als legitim gelten, aber doch gewissermaßen anrühlich sind, sowie Dinge, die als eine Erweiterung oder Zuspitzung des Rechtspopulismus gedeutet werden und dann als rechtsextrem gelten.

Der Schwierigkeit einer Begriffsdefinition des Rechtspopulismus als einer Zustandsbeschreibung, die sich irgendwie auf der Basis nationalistischer Ideen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus ansiedeln lässt, begegnen Kellershohn et. al., indem sie diesen Ausprägungen gesellschaftlicher Einstellungen gleichsam eine Verwandtschaft mit einem gemeinsamen Wertkern wie auch einen jeweils eigenen Charakter zuschreiben.

„Strategisch-taktische Eigenständigkeit und ideologische Verwandtschaftsbeziehungen (mit den extremen Rechten) kennzeichnen den Rechtspopulismus gleichermaßen“ (Kellershohn et al. 2014, S. 25).

Das im ideologischen Kern gemeinsame Moment in der politischen Sphäre rechts vom Konservatismus ist mit Kellershohn et al. (2014) der völkische Nationalismus als „strömungsübergreifendes weltanschauliches Gebilde“. Dieser ist gekennzeichnet und hierin nach Kellershohn et al. (vgl. 2014, S. 25) „im Kern populistisch“ u.a. durch ein Nationenverständnis auf der Basis ethnischer Homogenität, den Vorrang der Volksgemeinschaft bzw. Nation gegenüber individuellen Interessen, ein autoritäres Staatsideal, dichotomes Freund-Feind-Denken und eine oppositionelle Haltung des ‚einfachen‘ Volkes gegen eine parasitäre Elite als quasi innerem Feind. Kellershohn et al. erinnern diesbezüglich an die Parole „Deutschland den Deutschen“, die Ende des 19. Jahrhunderts und später bei den Alldeutschen stark verbreitet und rassistisch konnotiert war.³

Alle nicht-deutschen ‚Elemente‘ sollten entweder assimiliert bzw. ‚germanisiert‘ werden oder vertrieben. Aber auch die Eliten seien damit angesprochen gewesen, insofern ausgemacht war, dass sie nicht nationalen Interessen dienten, sondern mit äußeren Mächten ihre Geschäfte machten. Mit Geden (2007) ist dies also „die populistische Basiserzählung“, wie Kellershohn et al. anmerken, mit ihrer inneren vertikalen Dichotomie (Volk vs. Elite) und scharfen nationalen Ab- und Ausgrenzungsrhetorik in Bezug auf den ethnisch-homogenen Volkskörper („Wir“) und die nationalistischen Interessen.

Demnach wäre zu fragen, was den völkischen Nationalismus vom Rechtspopulismus unterscheidet. Während der völkische Nationalismus als Basiserzählung ideologisch konstruiert ist, handelt es sich beim Rechtspopulismus in Anlehnung an Jaschke auf Basis dieser Ideologie um einen Politikstil und um Struktureigenschaften politischer Akteure.

„Sie präsentieren sich als Anwalt der kleinen Leute gegen die Arroganz und den Zynismus der Herrschenden, als Repräsentanten kleinbürgerlicher Erfahrungs- und Lebenswelten gegen die Verkrustungen des Systems“ (Jaschke 2001, S. 31).

In der völkisch-nationalistischen Erzählung wird aber nicht wie im Kommunismus das Proletariat als wesentlicher Motor der nationalistischen Bewegung hin zum ideologischen Gesellschaftsideal betrachtet, sondern eben der ‚anständige‘ und fleißige Mittelstand, der von einer korrupten Elite um seinen Lohn betrogen werde und dessen Wohlstand zugleich durch ein

³ Der Zusammenhang des Rechtspopulismus mit den Konzepten ‚Nation‘ und ‚Nationalismus‘ wird im Kapitel 2.1.4 näher erörtert.

‚faules‘ Prekariat bedroht sei. Das Bild des ‚Parasiten‘, dem es zu begegnen gelte, wird also im doppelten Sinn angewandt (vgl. Kellershohn et al. 2014, S. 26).

Diese „ideologische(n) Denkfiguren“ der Basiserzählung werden im gesamten rechten politischen Spektrum mehr oder weniger adaptiert.

Man kann nun in Anlehnung an Kellershohn et al. (2014) den rechtspopulistischen Modus der gesellschaftlichen Veränderung daran erkennen, dass zunächst Regeln der Demokratie akzeptiert werden, das ‚System‘ nicht radikal umgestürzt wird, sondern die „völkisch-nationalistischen Imperative“ mit systemkonformen Instrumenten nach und nach politisch umgesetzt werden sollen.

„Im Kampf um die kulturelle Hegemonie geht es um Anschlussfähigkeit an die hegemonialen Diskurse, um diese quasi von innen heraus zu transformieren, in die ‚richtige Richtung‘ zu entwickeln. Das ist die Aufgabe der organischen Intellektuellen, die Gramsci als Konstrukteure, Organisatoren und permanente Überzeuger im politischen Kampf charakterisiert, die also in der Lage sind, in einem permanenten Stellungskrieg um die Deutungshoheit allmählich die Kräfteverhältnisse zu verändern“ (Kellershohn et al. 2014, S. 27).

In diesem Sinne gelte es für die genannten Konstrukteure ggf. politische Positionen der Basiserzählung, die ja teils per se weder rechtlich noch ethisch legitim sind, soweit zu flexibilisieren und zu vernebeln, bis sie den Anschein der Legitimität erwecken. Das artet nicht selten in ein provokantes Spiel um Begrifflichkeiten aus, wie jüngst bei der AFD zu beobachten war, wenn etwa Frauke Petry scheinbar unbedarft zur Enttabuisierung des Begriffs ‚völkisch‘ aufruft.

Solche Manöver markieren den Übergang zum Rechtsextremismus und unterstreichen, dass der Politikstil des Rechtspopulismus durch einen Konfliktmodus geprägt ist. Die Strategie rechtsextremer Akteure beinhaltet dann die offene Konfrontation mit dem System, das klare Bekenntnis zur völkisch-nationalistischen Basiserzählung. Dort, wo es das System zulässt, nimmt man politisch teil, führt aber einen eigenen Herrschaftsdiskurs, den man den etablierten Diskursen gegenüberstellt – in der Regel unter ständiger Herausforderung des Verfassungsschutzes. Diese Grenzwanderung zwischen verschleierte und offener Illegitimität ist die Verbindung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Letzteres bedeutet dann in letzter Konsequenz auch die Umsetzung der ideologischen Imperative der Basiserzählung in der gesellschaftlichen Praxis, wobei dies offenbar bis zur totalen Lossagung von humanistischen Imperativen führen kann, wie uns die Geschichte in Deutschland, aber etwa auch in Jugoslawien usw. gelehrt hat. Das Rebarbarisierungspotenzial der Zivilisation, um mit Elias zu sprechen, ist insbesondere an den politischen Rändern beheimatet, und zwar links wie rechts. Daran erinnert auch Jaschke

(vgl. 2001, S. 32 f.), wenn er viele Beispiele eines „geläuterten modernen Rechtsextremismus“ oder eines „modernen europäischen Rechtspopulismus“ auszumachen glaubt, die er als „Rekurs auf einen traditionalistischen Wertekanon“ ausmacht, „dessen historische Herkunft eindeutig aus dem historischen Rechtsextremismus der zwanziger und dreißiger stammt.“ Diese Verbindung ist sicher nicht zu leugnen, muss aber eben weiter gedacht werden bis zum Ursprung der „Basiserzählung“, die ja dem gemeinten Rechtsextremismus in der Weimarer Zeit schon innewohnt.

Auf historische Verbindungslinien weist auch Scharenberg (2006, S. 104) hin, wenn er nationale und ideologische Traditionen für die genaue Gestalt rechter Akteure in Rechnung stellt. In der Gegenwart komme es dann auf politische Gelegenheitsstrukturen an, an historische Diskurse anzukoppeln.

Reisigl (2005) lenkt den Blick weg vom schwierig zu fassenden ideologischen Wesen des Rechtspopulismus ebenfalls hin zu der Weise, wie Populismus politisch ‚designt‘ wird, wie also der politische Stil der Akteure ist. Decker (2006, S. 11) stellt in diesem Zusammenhang heraus, dass solche Interaktions- und Kommunikationsmuster aber an die inhaltliche Programmatik gekoppelt seien.

Daran anknüpfend kann man mit Bauer (2010) eine bestimmte Identitätspolitik als konstitutives Merkmal des Rechtspopulismus bezeichnen. Ferner sei diesem ein „Bewegungscharakter“ zu eigen und solchen Bewegungen stehe in der Regel eine charismatische Führungsgestalt voran. Der politische Erfolg bemesse sich vor allem daran, wie Rechtspopulisten ihre Themen auf die politische Agenda setzen können und hierin andere Parteien vor sich hertreiben. Rechtspopulistische Positionen gelangen dann nicht selten in anderen (konservativen) Parteien zur Wirksamkeit, d.h. sie werden salonfähig und mitunter politischer Mainstream. Ein linker Rand rechtspopulistischer Politik ist daher nicht eindeutig zu definieren.

„Der Rechtspopulismus schätzt die institutionellen Regeln weit weniger als der Konservatismus und ist gegen intermediäre Institutionen, die das Verhältnis von Volk und Führung zu stören scheinen“
(von Beyme 2018, S. 93).

Auch mit einer solchen Formulierung wie „weit weniger“ ist die Grenze natürlich nicht eindeutig gezogen.

Typisch ist aber durchaus, dass Rechtspopulisten im Sinne politischen Stils im Zusammenhang mit ihrer Identitätspolitik bestimmte metaphorische Sprachmanöver in Bezug auf bestimmte Topoi anwenden.

2.5.2 Das Topoi- und Metaphernsystem in der Sprache des Rechtspopulismus

Mit Reisigl (2002) lassen sich zehn „populistische Sprachmanöver“ ausmachen, die das Fundament des rechtspopulistischen Diskurses bilden und hierin das Topoi- und Metaphernsystem des Sprachnationalismus in zugespitzter Weise abbilden. Diese werden im Folgenden in Anlehnung an Grossalber (2012) kurz erörtert und ggf. ergänzt bzw. erweitert.

- Freund-Feind-Dichotomisierung

Es ist eine Rhetorik grundlegend, die eine nationalistische Ideologie verbindet mit inneren und äußeren Abgrenzungen, die sich an der vermeintlichen Zuträglichkeit für diese Ideologie bemisst. D.h. es wird unterschieden zwischen einem die Nation konstituierenden „Wir“ und einem national nicht zugehörigen bzw. schädlichen „Die“. Seine Zuspitzung findet dieser Diskurs in einem demagogischen Freund-Feind-Schema. „In einem demagogischen Panorama unterscheiden sich die beiden Gruppen fast wie die Spezies zweier Arten“ (Ötsch 2002: 96).

In Anlehnung an Reisigl (2002, S. 176) findet sich in beiden Gruppen jeweils eine Zweiteilung. Das „Wir“ besteht aus der Elite und dem Kader der rechtspopulistischen politischen Akteure, in der Regel eine bestimmte Partei, und Denjenigen, die als das „Volk“ identifiziert werden, das nach ethnisch-nationalistischen Kriterien als das „Unsrige“ gilt und dessen Interessen durch das „Die“ bedroht sind, weswegen die rechtspopulistischen Akteure zu dessen Verteidigung angetreten seien. Beim „Die“ wird einerseits unterschieden zwischen dem politischen Establishment, das vermeintlich nationale Interessen verrät bzw. untergräbt auf Kosten des „ehrlichen“ Bürgers und zweitens dem Fremden, das von außen – zugelassen durch das Establishment – in das nationale Gefüge eindringt und ebenfalls die Interessen des „Volkes“ gefährdet. Dieses „Fremde“ wird ebenfalls nach ethnisch-nationalistischen Kriterien als das „Nicht-Unsrige“ definiert. Es wird also national zwischen Inländern und Ausländern unterschieden. In letzter Konsequenz geschieht dies auf der Freund-Feind-Folie und geht im demagogischen Panorama mit positiven Wertungen wie „fleißig“ und „ehrlich“ auf der einen und negativen Konnotationen auf der anderen Seite einher.

„Diese demagogische Vorstellung wird durch eine Tendenz der "Überpersonifikation" der "Wir-Gruppe" und einer "Depersonifikation" der Gruppe der "Anderen" begünstigt und verstärkt“ (Grossalber 2012, S. 57).

Rechtspopulisten vermeiden in diesem Sinne auch zum Zwecke deren Entmenschlichung die Gruppe der Anderen, z.B. Flüchtlinge, als Opfer zu betrachten, um kein Mitgefühl und keine Identifikation in der „Wir“-Gruppe zu erzeugen. Vorbehalten bleibt diese Kategorie der „Wir“-

Gruppe, vielmehr ist ggf. sogar eine Umkehr der Täter-Opfer-Perspektive nicht untypisch. Dies bezeichnet Ötsch (2002, S. 96) als „innere Vorlage“ von Rechtspopulisten, die sie tendenziell auf ihre Anhänger übertragen und die sich dann gewissermaßen als Weltanschauung verfestigte.

"Ist eine solche ‚innere‘ Vorlage verfestigt, wird sie wahrnehmungsrelevant. Alles, was die ‚Anderen‘ tun, ist suspekt und wird mit Skandal und Verbrechen in Zusammenhang gebracht“ (Ötsch 2002: 97).

- Komplexitätsreduktion durch Hypostasierung

Rechtspopulistische Botschaften werden eingängig formuliert, indem komplexe Inhalte und Zusammenhänge durch die Mittel der Veranschaulichung, Vergegenständlichung und Personalisierung drastisch, bildhaft und vereinfachend dargestellt werden. Oft hebt die Argumentation auf Einzelschicksale ab, um eigene Empathie zu suggerieren die Identifikation in der Wirkgruppe zu verstärken (vgl. Reisigl 2002, S. 66; Grossalber 2012, S. 58).

- Tabufreie Sprache

Rechtspopulisten geben sich bewusst politisch unkorrekt, um sich vom politischen Establishment abzugrenzen, deren diplomatische Sprache subtil als ‚verlogen‘ und ‚wahrheitsverschleiern‘ stigmatisiert wird. Sie inszenieren sich als Politiker der tabufreien klaren Worte, die sie den ‚hohlen Phrasen‘ der Anderen entgegensetzen. Diese Worte richten sie dann gegen vermeintliche Missstände, die die „Anderen“ zu verantworten hätten. Die tabufreie Sprache ist damit ein bedeutendes Stilmittel, weil es „die eigene Außenseiterrolle betont und zugleich zeigt: ‚der traut sich was‘. Die politische Korrektheit ist deshalb ihr erklärter Feind“ (vgl. Bauer 2011, S. 12).

- Saloppe Denunzierung politischer Gegner

Im Zusammenhang der tabufreien Sprache werden politische Gegner häufig beschimpft und verunglimpft. Dabei bedient man sich einer "(p)lumpe(n) metaphorische(n) und hyperbolische(n)“ Sprache anstelle einer „schlüssige(n) Argumentation und Kritik (...)“ (vgl. Reisigl 2002, S. 167).

„Die rechtspopulistische Nomination bzw. Prädikation gibt Aufschluss darüber, welche Eigenschaften verschiedenen Gruppen von sozialen Akteuren (...) zugeschrieben werden“ (Grossalber 2012, S. 59).

- Opferperspektive

Die Opferrolle wird im demagogischen Panorama mit der vermeintlichen Ohnmächtigkeit der Adressaten im Rahmen des politischen Status Quo verknüpft:

„Durch gezielte Formulierungen soll ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber den mächtigen PolitikerInnen "da oben" vermittelt werden, welche ihre Macht zu Ungunsten des ‚kleinen Mannes‘ ausnutzen würden“ (Grossalber 2012, S. 59).

- Suggestive Identifikation

„Ich bin einer von Euch“ – dieses Bild wird an die Opferperspektive angekoppelt. D.h. Rechtspopulisten nehmen diese Perspektive selbst ein, inszenieren sich aber als die starken Persönlichkeiten, die aufbegehren und aus der Ohnmacht herausführen.

- Suggestive Emotionalisierung

Wo rechtspopulistische Sprache durch Komplexitätsreduzierung kognitive Reflexion als Mittel der Überzeugung abwertet, wird dieses durch das Mittel der Emotionalisierung ersetzt. D.h. die vereinfachende Sprache wird so gewählt und in Szene gesetzt, dass sie an Affekte der Adressaten appelliert.

- Kalkulierte Ambivalenz

Um Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen zu erreichen, werden teilweise und gewissermaßen verklausuliert ambivalente Botschaften veröffentlicht. Wenn dies auch die Gefahr der Unglaubwürdigkeit mit sich bringt, so erhöht dies dennoch die Chance, breiteren Bevölkerungsteilen Identifikationsangebote zu machen. Einhergehend bleibt man propagandistisch flexibel, und kann Argumente an veränderte Bedingungen und öffentliche Meinungen anpassen. Wenn der "weltanschauliche, politische oder ethische Standort des populistischen Politikers [...] in einer bestimmten Angelegenheit nicht eindeutig lokalisiert" werden kann, kann er auch nicht zur Verantwortung gezogen werden (vgl. Reisingl 2002: 168).

- Erlösungsverheißung

In Anknüpfung an die suggestive Identifikation mit dem Volk der „Wir“-Gruppe ist die Rhetorik von einer Erlösungs- und Befreiungsverheißung in Bezug auf die ‚Opferrolle‘ geprägt, was Reisingl (2002, S. 168) als „para-religiöses Moment“ bezeichnet.

- Schlagwortgebrauch

Populistische Sprache und deren Abgrenzungsrhetorik ist häufig gekennzeichnet durch den Gebrauch von Schlagworten und semantischen Überzeichnungen im Sinne des eigenen

Weltbildes. Insbesondere das Freund-Feind-Schema wird auf diese Weise versucht zu befestigen (vgl. Grossalber 2012, S. 60). Dies knüpft offensichtlich an das Prinzip der suggestiven Emotionalisierung an.

- Ironie

Subtil wird die suggestive Emotionalisierung mittels einer pathetische Sprache angestrebt, die auch auf das Mittel der Ironie zurückgreift, um „die Anderen“ zu verunglimpfen. Hierin wird der Pathos unterstrichen (vgl. Grossalber 2012, S. 60).

Grossalber (vgl. 2012, S. 61) hat typische Argumentationstopoi in der rechtspopulistischen Sprache in Anlehnung an Reisigl (2002) und Reinfeldt (2000) zusammengefasst. Die enge Verwandtschaft der rechtspopulistischen Argumentationsmuster mit den sprachnationalistischen Topoi (vgl. Kapitel 2.4.2) ist offensichtlich:

Populistische Freund- bzw. Trägergruppen

„Wir“

- Der Zahlentopos
- Der Sicherheitstopos
- Der Kulturtopos/Naturtopos
- Der Topos der Erlösung/Befreiung des „Volkes“
- Der Topos der Entlastung der „kleinen Leute“
- Der Topos der Belohnung der Fleißigen und Tüchtigen
- Der Topos der Anständigen
- Der Topos des „Ausmistens“ der „schmutzigen Politik“

„Ihr – die Unsrigen“

- Der Topos des Volkes
- Der Topos des Ärgers der „kleinen Leute“
- Der Topos der Belastung der „kleinen Leute“
- Der Topos der Anständigen
- Der Topos der demokratischen Mitbestimmung des Volkes
- Der Topos der demokratischen Mitbestimmung der „kleinen Leute“

Populistische Feindgruppen

„Die-da-oben“

- Der Topos der „schmutzigen Politik“
- Der Topos der Belastung der „kleinen Leute“
- Der Topos der Namensdeutung

„Die-da-draußen“ („Nicht-Wir“)

- Der Topos der Gefahr
- Der Topos der Fruchtbarkeit
- Der Topos der Überfremdung
- Der Topos des Missbrauchs

2.1.2 (Kultur-)Rassismus als rechtspopulistische Denkfigur

Wenn ein völkischer Nationalismus als ideologischer Kern des Rechtspopulismus anzunehmen ist und ein ethnisch homogenes ‚Wir‘ als Volkskörper gegen andere Ethnien abgegrenzt wird, bedeutet dies eine hohe Anfälligkeit im Zusammenhang der kollektiven Identitätsbildung und speziell im Fall einer Konfliktaustragung mit anderen Gruppen, die Ethnien in einer Wertehierarchie einzuordnen, wobei der eigenen Gemeinschaft eine Höherwertigkeit zugewiesen wird. Dies hat zumindest die Geschichte gelehrt, wobei für weltanschauliche Unterscheidungen der Menschen der Begriff der ‚Rasse‘ dienstbar gemacht wurde und sich für dieses Sichtweise der Begriff des Rassismus etabliert hat.

Die Essenz aus zahlreichen Definitionen des ‚Rassismus‘ ist im Kern, dass es sich hierbei um eine ideologische Denkfigur handelt, die eine solche Wertehierarchie unterschiedlicher ‚Rassen‘ von Menschen anhand biologischer Merkmale bzw. kultureller Konnotationen mit solchen Merkmalen begründet.

Seit seinem Ursprung, zunächst in der mittelalterlichen Pferdezucht, im Spätmittelalter als Hinweis auf die Nobilität und Macht adliger Familien, legt der Begriff der ‚Rasse‘ nahe, „von Erscheinungsweisen Eigenschaften abzulesen“. Dabei wurde das Adjektiv ‚rassig‘ positiv im Sinne von edel konnotiert, was später sogar auf Autos übertragen wurde (vgl. Geulen 2018, S. 24 f.).

Ideologisch ist der Rassismus allein schon deshalb, weil es bei allen phänotypischen Unterschieden der Menschen, keine unterschiedlichen Menschenrassen gibt. Der neuzeitliche Rassenbegriff ist gewissermaßen ein chauvinistisches Konstrukt bzw. ein „Phantom“, wie Foroutan

et.al. (2018) feststellen. Mit Geulen (2018) kann entsprechend konstatiert werden, dass hierbei nicht etwa ein unumstößlicher Gegenstandsbegriff ideologisch vereinnahmt wurde, sondern die Ideologie dem Begriff vorausgeht, der aus dieser erschaffen wurde, d.h. nicht ohne seine ideologische Funktion zu denken ist.

Mit der Unterscheidung nach höherwertigen und minderwertigen ‚Rassen‘ und deren pseudotheoretischen Aufschlüsselung und Rechtfertigung wurden gewissermaßen Herrschaftsverhältnisse ‚naturalisiert‘, d.h. als Resultat einer ‚natürlichen‘ Entwicklung der Menschheitsgeschichte ausgewiesen und hierin suggestiv zumindest die Diskriminierung ‚minderwertiger Rassen‘ als ‚natürliches Recht‘ moralisch legitimiert.

„Das Reden von ‚Rassen‘ suggeriert meist, dass es sich dabei um klar definierbare, wissenschaftlich bewiesene und einfach herauszufindende Größen oder Einheiten handele. Wer ein wenig genauer hinschaut, stellt fest, dass ‚Rasse‘ einer der semantisch am wenigsten eindeutigen Begriffe unserer Sprache ist, dessen Bedeutungsfeld sich von genetischen Merkmalen tief im Zellinneren einzelner Körper bis zur ‚menschlichen Rasse‘ als Ganzes erstreckt und von dem zugleich behauptet wird, dass er mit allem, was dazwischen liegt, irgendwie (aber entscheidend) zu tun habe: von der Familie bis zur Nation und von der Kultur ganzer Gruppen bis zur Intelligenz Einzelner. Dem Rassismus aber gelingt es immer wieder, diese Bedeutungsvielfalt seiner eigenen Begrifflichkeit in ihre universale Anwendbarkeit zu übersetzen und so als einfaches, sich geradezu selbst plausibilisierendes Weltbild aufzutreten“ (Foroutan et. al. 2018, S. 12.f.).

Der erschütternde Höhepunkt dieser ideologischen Betrachtungsweise war zweifellos der Holocaust, der aus Sicht der Täter als Vernichtung ‚unwerten‘ Lebens postuliert wurde und hierin implizit moralisch gerechtfertigt wurde. Untermauert wurde dies durch entsprechende Metaphern vom Juden als „Schädling“.

Rassismus, verstanden als die Selbstzuweisung der Höherwertigkeit einer wie auch immer gearteten eigenen (ethnischen) Zugehörigkeitsgruppe gegenüber anderen (ethnischen) Gruppen, woraus wiederum Herrschaftsverhältnisse abgeleitet und moralisch legitimiert werden, die die eigene Gruppe begünstigen und Gewalt gegen Andere rechtfertigen, verstößt natürlich elementar gegen humanistische Ideale und damit gegen das Prinzip der Gleichheit der Menschen und der gleichen Rechte für alle, was für aufgeklärte liberale Gesellschaften kennzeichnend ist, sowie gegen universale Menschenrechte im Allgemeinen.

Entsprechend ist der Begriff durch seine Anwendung im Zusammenhang des Holocaust komplett diskreditiert (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S.78). Insbesondere Akteure, die ihr Weltbild anhand von Rassenkategorien entwickelt haben, verschleiern die darin implizierte differenzierte Wertigkeit verschiedener Völker daher wie angedeutet oft dadurch, dass sie anstelle von ‚Rasse‘ von Ethnie oder kultureller Identität sprechen.

„Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch“ (Adorno 1975, S.276 f.).

Diese Verschleierung dient der Taktik, eine entsprechende nationalistisch-rassistische Ideologie, ohne von Anfang an in konfrontativen Widerspruch zum politischen System zu geraten, gesellschaftlich zu legitimieren und das System sukzessive von innen heraus nach eigenen (rassistischen) Maßgaben zu transformieren. Der an sich wertfreie Begriff der kulturellen Identität wird entsprechend ideologisch missbraucht. Es ist also zu unterscheiden zwischen einem biologistischen und kulturalistischen Rassenbegriff, wobei letzterer allerdings nur eine Fassade des ersten ist und in ersterem der zweite im Sinne eines kulturellen Wertungssystems bereits angelegt ist.

Mit Balibar/Wallerstein (1990) kann man von einem „Rassismus ohne Rassen“ sprechen:

„Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns [in Frankreich, M.V.] um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines (...) Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist; eines Rassismus, der – jedenfalls auf den ersten Blick – nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf ‚beschränkt‘, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten“ (Balibar/Wallerstein 1990, S. 28).

Pursey (2001) bekräftigt diesen Gedanken und verweist in diesem Zusammenhang auf die Kopplung zwischen den Begriffen Rasse und Kultur:

„Wesentlich ist demnach nicht mehr die biologische Komponente, sondern sind die unterschiedlichen Kulturen, die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen. Empirisch gesehen sind die beiden Formen des Rassismus nicht voneinander zu trennen, sondern bedingen sich gegenseitig“ (Pursey 2001, S. 19).

In konstruktivistischer Perspektive wird schon der biologistische Rassenbegriff dabei nicht als Beschreibung für natürliche ethnische Merkmale aufgefasst, z.B. die Hautfarbe, sondern als ein soziales Konstrukt, um Ethnien positive oder negative Eigenschaften in einem sozialen Bedeutungssystem zuzuschreiben. Die Hautfarbe wird mit solchen Eigenschaften konnotiert. Aus dieser Sicht gehen ‚Rassen‘ nicht dem Rassismus voraus, sondern sind dessen Produkte. Rassismus ist demnach „die Konstruktion von Andersheit“ in Verbindung mit einem „Ensemble von spezifischen Wissensformen und spezifischen Ausgrenzungspraktiken“ (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 79 f.).

„Die rassistische Konstruktion von Andersheit (othering) beruht also auf einer Klassifikations- und Bezeichnungspraxis, in die immer schon massiv Hierarchie und Macht eingelassen sind. Die dominante Gruppe, die über die Definitionsmacht verfügt, setzt sich selbst ins Zentrum; die Anderen, die Markierten, werden im wörtlichen Sinne marginalisiert, d.h. an den Rand gedrängt“ (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 81).

Rassistische Positionen als konstruierte und gewertete Gegenüberstellungen ‚eigener‘ und ‚nicht-eigener‘ Fähigkeiten und kultureller Praktiken verweisen also auf eine völkisch-nationalistische Ideologie, die eine idealisierte Gemeinschaftsvorstellung nicht an ein zurechenbares und hierin aufeinander verweisendes soziales Handeln der Mitglieder koppelt, sondern an unhintergehbare biologische Zugehörigkeitsmerkmale. Kulturrassistische Positionen erweitern dieses Verständnis auf kulturelle Verhaltensweisen bzw. einen bestimmten Habitus, den sie rassenideologisch kategorisieren und werten und hierin ebenfalls als unhintergebar verklären: „Ein Weißer tut jenes, ein Schwarzer dieses“. Ihnen kommt hierbei zugute, dass es natürlich in der Tat kulturelle Differenzen zwischen Gemeinschaften gibt und die jeweiligen Mitglieder durch Sozialisationsprozesse gemeinschaftstypische kulturelle Ausdrucksweisen sich aneignen. Kommt es dann zu interkulturellen Begegnungen, Transfers und vor allem Konflikten, werden die kulturellen Differenzen sichtbar und lassen sich leicht ethnisch ideologisieren. In diesem Zusammenhang stehen auch Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus, Christenfeindlichkeit usw.

Es gibt allerdings auch in den antirassistischen Diskursen der Gesellschaft durchaus Tendenzen einer undifferenzierten Ideologisierung, d.h. jegliche interkulturelle Problematik wird an den Rassismus-Begriff gekoppelt.

So beklagt etwa Jaschke (2001) an der (Neo-)Rassismus-Debatte,

„daß sie durch einen viel zu weit gefassten Rassismus-Begriff alle historisch und politisch so bedeutsamen Unterschiede zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus einebnet und so die Grauzonen und Schnittmengen von Demokratie und Extremismus unsichtbar macht“ (Jaschke 2001, S. 68).

Zum anderen einhergehend mit ideologisch aufgeladenen Definitionen wird der Begriff gerne als politischer Kampfbegriff eingesetzt:

„Nicht die Kenntnis über Rassismus ist gewachsen, sondern Moralisierungstechniken werden im gesellschaftlichen, nicht nur akademischen Verteilungskampf benützt. Zum Teil berechtigte Kritik an gesellschaftlichen Mißständen, Benachteiligungen und Diskriminierungen werden von intellektuellen Opinionleadern moralisch-propagandistisch einer Öffentlichkeit verkauft, die ideosynkretisch auf politische Reizwörter wie Rassismus und Diskriminierung anspringt“ (Claussen 1994).

Hiermit ist angedeutet, dass nicht überall dort, wo durch bestimmte Akteure rassistische Phänomene verortet werden bzw. Rassismus als Vorwurf erhoben und verallgemeinert wird, ein solches Urteil gerechtfertigt sein muss. Eine wissenschaftliche Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse ist gefordert, sich durch entsprechende Differenzierungen von Definitionen zu distanzieren, die vielleicht moralisch-ideologisch gut gemeint aber unangemessen sind. Dies beginnt bei der Kopplung der Begriffe Nationalismus und Rassismus. Es muss etwa unterschieden werden zwischen völkischem, kulturellem und sprachlichem Nationalismus, auch wenn die Grenzen fließend sind und die Schnittmengen nicht zu leugnen. Es gilt zu begründen, welche nationalistischen Ausprägungen in der Tat „rassistisch“ sind und in rechtspopulistischen Strategien aufgehen und welche Elemente durch Sinnentfremdung dienstbar gemacht werden. Sprache oder Kultur sowie sprachliche oder kulturelle Identität sind menschliche Charakteristika, die per se keine moralische Färbung haben. Diese können aber eben – nicht zuletzt im Zusammenhang von Nationalismus-Konzepten – sehr wohl moralisch aufgeladen, z.B. rassistisch konnotiert werden. Insofern gilt es genau hinzuschauen, in welcher Weise sich nationalistische Phänomene mit Bezug auf Sprache und Kultur darstellen.

2.1.3 Nation und Nationalismus als rechtspopulistischer Bezugsrahmen

Rechtspopulismus hat seine ursprüngliche Referenz in jenem Zeitalter, in dem sich die Nationen bildeten.

Die nationalstaatliche Weltordnung gibt seitdem vor, dass jemand via Geburt eine Staatsangehörigkeit besitzt, die zunächst einmal im formalen Sinne mit einer nationalen Zugehörigkeit verbunden ist, die in der Regel wiederum mit bestimmten (Identitäts-)Merkmale und einem nationalen Habitus (vgl. Kapitel 2.2.2) assoziiert wird. „Die Deutschen“ tun dies und jenes, „der Franzose“ neigt zu diesem und jenem Verhalten usw. sind stereotypische Floskeln, die uns häufig begegnen und indizieren, dass wir Menschen, die in einem geordneten Beziehungsgefüge, in einer politischen Struktur und Kultur sowie einem zumindest im Detail unterscheidbaren soziokulturellen Sinnkontext miteinander leben, in ihrem Verhalten kategorisieren, um sie zu identifizieren. Wir verbinden mit ihnen ein Verhalten bzw. einen Habitus, der nicht auf den Einzelnen, sondern auf die Zugehörigkeitsgruppe als Ganzes verweist. Wir blicken im einzelnen Menschen auf seinen kollektiven Hintergrund und betrachten ihn als Träger und Vertreter einer kollektiven, im Falle einer Nation, einer nationalen Identität. Doch solche Identifikationen und Identitätsbilder sind sowohl Sein als auch Schein, die sich aus ‚wirklichen‘ sozialisatorischen Prägungen wie auch ‚angedichteten‘ Eigenschaften speisen. Dies bietet viele

Anknüpfungspunkte für (Abgrenzungs-)Konflikte (vgl. Kapitel 2.3.1) und einhergehend Strategien rechtspopulistischer Agitation.

In jedem Fall, sowie Nationen selbst Konstrukte sind, unterliegt auch die nationale Identität sozialen Konstruktionsprozessen, in hohem Maße auf der Grundlage von der Sprache. Ein Individuum wird wie gesagt in der Regel in eine bestimmte Nationalkultur hineingeboren, deren Normen, Werte, Verhaltensweisen und Sinnkonstruktionen es sich dann in einem Sozialisationsprozess aneignet. Diese fundamentalen Prägungen durch die im nationalen Sinnkontext organisierte und spezifisch institutionalisierte Umwelt lassen dann die hierin erworbene nationale Identität beinahe unhintergebar erscheinen, als quasi-natürliche Eigenschaft. Das macht nationale Identität in einer Welt der Verortung nach nationalen Zugehörigkeiten „zu den machtvollsten Quellen kollektiver Identität“ (Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 68).

Dabei nehmen Staatsregierungen das Nationenkonzept, die nationale Ideologie, gerne in Anspruch, um eigene Interessen und vor allem ihr Gewaltmonopol gegenüber den mitunter abweichenden (bürgerlichen) Interessen von Teilen der ihnen zugrundeliegenden Wahlgemeinschaft moralisch zu legitimieren (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 71 f). Indem ein Staat als Nationalstaat definiert wird, wird das Gemeinschaftswesen nicht nur als formalistisches Organisationsgebilde aufgefasst, sondern als ein gewissermaßen sinnhaftes Wesen. Und dieser Sinn wird aus dem Konzept der Nationalität und der zugeordneten kulturellen ‚Eigenheit‘ usw. abgeleitet.

Grundsätzlich und allgemein kann konstatiert werden, dass Nationen ein „fiktives, imaginiertes ‚Wir‘“ erzeugen bzw. zu erzeugen suchen, „das von der realen Differenz und Ungleichheit ihrer Mitglieder abstrahiert“ (Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 68). Hiervon werden andere fremde Kollektive in der Gegenüberstellung in gleicher Weise fiktiv unterschieden und als abstrahiertes „Die“ gekennzeichnet. Es zeigt sich nun eine grundlegende Differenz zwischen ‚Staat‘ als formalistisches Gebilde und ‚Nation‘ als gewissermaßen moralische Konstruktion darin, dass es eine solche Unterscheidung auch innerstaatlich geben kann, gerade in Vielvölkerstaaten. Dies markiert die Unterscheidung zwischen einer Kulturnation im Sinne einer Abstammungsgemeinschaft mit einem gewissermaßen gemeinsamen sprachlichen und kulturellen Erbe und einer Staatsnation im Sinne einer Willensgemeinschaft, die auch unterschiedliche Ethnien und kulturelle Traditionsbestände umfassen und gerade auch diese Diversität zum gemeinsamen kulturellen Erbe erheben kann. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass solche konzeptionellen Differenzen in der Historie der Nationen oft konstruiert wurden. Aber auch Differenzen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen innerhalb eines Nationalstaates, z.B. zwischen einer Elite und einer Nicht-Elite, werden mitunter in eine dichotomische Unterscheidung zwischen

„Wir“ und „Die“ eingefasst und mit nationalistischen Konnotationen versehen. Solche Konfliktlagen werden, wie gezeigt, von Rechtspopulisten aufgegriffen oder konstruiert, wobei politische Eliten aus anderen Lagern mitunter als „nationale Verräter“ usw. bezichtigt werden. Die Fiktion bzw. Imagination der Nation wird in Anlehnung an Hall (1994, S. 201) hergestellt über eine Erzählung, eine Narration bzw. einen Diskurs, in dem Bedeutungen erzeugt werden, die die Handlungen in der nationalen Gemeinschaft und die Auffassung des kollektiven Selbst beeinflussen (vgl. Kapitel 2.2.3).

„Nationale Kulturen konstruieren Identitäten, die in den Geschichten enthalten sind, die über die Nation erzählt werden, in den Erinnerungen, die ihre Gegenwart mit ihrer Vergangenheit verbinden und in den Vorstellungen, die über sie konstruiert werden. (...) Die Konstruktion einer gemeinsamen Vergangenheit dient dazu, den einzelnen Individuen das Gefühl einer zeitlichen Einbettung in einen kollektiven Gang der Geschichte zu vermitteln (...) Durch die Beschwörung von Tradition und Herkunft – ein hervorragendes Moment in Sozialisationsprozessen – werden die Individuen zu einer ‚Schicksalsgemeinschaft‘ zusammengeschweißt, die bedingungslose Loyalität und Opferbereitschaft beansprucht“ (Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 69).

Mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Herkunft in nationalen Erzählungen stellt dies eine Verkürzung auf das erwähnte kulturnationalistische monoethnische Vergemeinschaftungskonzept dar, wofür neben dem Begriff des Kulturnationalismus auch der Begriff Volksnationalismus angewendet wird. Dies ist etwa für die Nationenbildung Deutschlands kennzeichnend ist. Dem steht das staatsnationalistische Konzept beispielsweise Frankreichs gegenüber, in dem im historischen Ursprung das voluntaristische Verfassungsbekanntnis und weniger die ethnische Abstammung kennzeichnend für die (kognitiv-emotionale) nationale Teilhabe sind. Auch letzteres Konzept benötigt zur nationalen Identifikation der Bürger eine nationale Erzählung und den Appell an ein kollektives Gedächtnis (vgl. Kapitel 2.2).

Eickelpasch/Rademacher (vgl. 2004, S. 70) weisen darauf hin, dass nationale Erzählungen in jedem Fall nicht nur auf Erinnerungen im Allgemeinen basieren, sondern vielmehr auf gezielte Erinnerungen, die ein Vergessen solcher Tatbestände implizieren, die allzu deutlich auf den in der Regel gewaltsamen Akt der nationalen Konstruktion und damit deren Künstlichkeit verweisen bzw. ethisch fragwürdig sind. „Lügen, Leugnungen und Anachronismen gehören zu den Strategien des Vergessens (...)“ (Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 70). Weiter ist es in nationalen Erzählungen hinsichtlich ihrer historischen Legitimation üblich, dass Traditionen in ihrem angeblich nationalen Charakter ‚erfunden‘ werden, wobei der Gründungsmythos den Kern darstellt, „d.h. eine Erzählung, die den Ursprung der Nation, des Volkes und seiner nationalen Identität im Trüben einer vorgeschichtlichen ‚mythischen Zeit‘ verankert“ und hierin die Nation

als ein ‚Natur‘-Phänomen erscheinen lässt (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 70), was per definitionem in einer Kulturnation mit deren Logik der Abstammungsgemeinschaft sogar das zentrale Sinnelement ist. Dessen bemühen sich Herrschaftseliten zur Sicherung ihrer Macht:

„Das Bündnis mit der Nation erlaubt es dem Staat – *als Nationalstaat* – auch regionalistische Teilungs- und Autonomiebestrebungen besser in Schach zu halten“ (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 72).

Dies ist aber auch

„eine wichtige ideologische Waffe in der Hand von Minderheiten und unterdrückten Gruppen in ihrem Kampf um Selbstbehauptung und Unabhängigkeit“ (Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 71).

In diesen Aspekten einer nationalen Erzählung wird deren moralisch-ideologische Dimension deutlich und dies ist auch charakteristisch für den historischen Emanzipationswillen der Flamen (vgl. Kapitel 4). Wo moralische Identifikation in Bezug auf ein geteiltes Nationalitätsverständnis hergestellt werden kann, entstehen machtvolle Kollektive bzw. Staaten.

Dies erklärt die vielen nationalistischen Erscheinungsformen in der Weltgeschichte. Hierzu bedarf es entweder der „*physischen Macht* in Form gewaltsamer Unterdrückung kultureller Differenzen“ oder eben „der *kulturellen Macht* starker nationaler Diskurse und Erzählungen, die versuchen, alle inneren Spaltungen und Differenzen zu einer Einheit zu vernähen“ (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 73).

Scheitert dies und gelingt es sogar regionalen Gemeinschaften, das Nationenkonzept für sich in Anspruch zu nehmen, ist das staatliche Gebilde gefährdet. Mit der angestrebten Autonomie streben solche Gemeinschaften dann selbst hin zu einer staatlichen Verfasstheit als (Über-)Lebensform:

„Während der Staat den Nationalismus zu seiner Legitimation benötigt, ist ein effektiver Nationalismus in gleichem Maße auf den Staat angewiesen. Der *Nationalstaat* ist das Produkt dieser wechselseitigen Anziehung“ (Baumann 2000, S. 239).

Die jüngste Geschichte ist voll von Beispielen solcher Entwicklungen, in denen das (angestrebte) Nationalkonstrukt entweder „imperialistisch“ oder „emanzipatorisch“ glorifiziert wird. Gegenwärtig erleben wir viele „emanzipatorische“ Bestrebungen mitten in Europa wie etwa die Beispiele Katalonien, Schottland und eben Flandern zeigen. Dies alles geschieht über kommunikative Prozesse, d.h. Sprache ist im Zusammenhang von kollektiven Identitätskonstruktionen von wesentlicher Bedeutung und daher ein zentraler Konfliktgegenstand bei der Ausbildung nationaler Formationen (vgl. Kapitel 2.3.2).

Die Auseinandersetzung um ein jeweiliges Nationenverständnis steht dabei im Zeichen eines nationalistischen Diskurses, der sukzessive in eine nationale Erzählung transformiert wird. Dieser Zusammenhang lässt schon erahnen, dass anhand der Größe nationaler Gemeinschaften Face-To-Face Kommunikation hierfür keine hinreichende Grundlage ist, sondern solche Kommunikationsträger eine Rolle spielen, die eine Massenkommunikation herstellen. Hierzu zählen Literatur und (Massen-)Medien (vgl. Kapitel 2.2.4).

In radikaler nationalistischer Ausrichtung, in der explizit eine territoriale Verwurzelung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Sprachgruppe, kulturelle oder sogar ethnische Gemeinsamkeiten als Nationalitätskriterien erklärt werden, kommt es meistens zur rassistischen Einfärbung des Diskurses. Die rassistische Perspektive wird dabei oft verschleiert, wie gezeigt, indem vordergründig abgehoben wird auf den Kulturbegriff, wobei die Kulturdefinitionen implizit ethnische Wertungen enthalten können.

Eickelpasch/Rademacher (vgl. 2004, S. 82) sehen in Anlehnung an Jäger (vgl. 1992, S. 15) im Nationalstaat in diesem Zusammenhang das effektivste Machtmittel einer Gruppe, „ihre Definition und die damit einhegenden Ausgrenzungspraxen“ zu verwirklichen.

„Nationalismus und Rassismus sind machtvolle – im Zusammenspiel komplexer ökonomischer und politischer Verhältnisse historisch entstandene – klassen- und geschlechtsübergreifende Formen der Kategorisierung von Menschen, d.h. der Konstruktion von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit. In spezifischen historischen Situationen können nationalistische und rassistische Ideologien ein enges Bündnis eingehen. So vertrat der ‚wissenschaftliche‘ Rassismus seit dem 18. Jahrhundert in seiner extremsten Form die Auffassung, das kulturelle Vermögen und die historische Entwicklungsfähigkeit des Menschen seien durch die ‚Rasse‘ bestimmt und bekämen durch ‚Nation‘ historische Gestalt. ‚Rasse‘ und ‚Nation‘ werden in dieser Konstruktion als nahezu identisch gedacht“ (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 83, in Anlehnung an Miles 2000, S. 31).

Auch wenn dies keine kausale Verknüpfung zwischen Nationalismus und Rassismus ist, so bestehen wohl doch starke Kräfte des Zusammenwirkens (vgl. Eickelpasch/Rademacher 2004, S. 83). Dies gilt insbesondere für jenen Nationalismus, der den Begriff der nationalen ‚Einheit‘ mit ‚Ethnizität‘ oder ‚Abstammung‘, ggf. mit dem Begriff der Kultur ‚getarnt‘, in Verbindung setzt und an den Begriff der nationalen Identität koppelt. In dieser Logik wird beispielsweise die ‚legitime‘ nationale Teilhabe durch Immigration per definitionem zum Problem. Zwar wird nationale Identität aus der vorgestellten Perspektive nach Eickelpasch/Rademacher (vgl. 2004, S. 69) nicht faktisch über „die Gemeinsamkeit eines Territoriums, einer Ethnie oder einer Sprache“ erzeugt, sondern über konstruierte Bedeutungskontexte, aber insbesondere im Konzept des ethnischen Volksnationalismus bzw. des ethnisch konnotierten Kulturnationalismus sind es

ja genau diese Begrifflichkeiten, die als konstitutiv für eine Nation und ihre Identität ausgewiesen werden. Nach diesem Verständnis wäre es zwar möglich, durch Immigration formal eine bestimmte Staatsbürgerschaft zu erhalten, nicht aber (moralisch legitimer) Träger der damit verbundenen nationalen Identität auch im vorgestellten Sinne zu werden.

Denn gegenüber der autochthonen Bevölkerung unterscheiden sich bei Immigranten die Bedingungen der gesellschaftlichen Integration, die ja eine nachholende ist, und diese muss zudem mit einer Herkunftsidentität ausgehandelt werden, die ja nicht einfach nur ausgetauscht wird. Im Fall einer Immigration fehlt in Bezug auf die nationale Identität der quasi-natürliche Charakter. Im Gegenteil zeichnet dies die Herkunftsidentität aus, während die neue nationalstaatliche Identität eines Immigranten vor allem zunächst eine politische Identität darstellt. Damit gehen dann allerdings mitunter unterschiedliche ‚nationale‘ Forderungen der aufnehmenden Gesellschaft nach einer gewissen sozialen und kulturellen Legitimation der Neubürgerschaft durch Identifikation mit nationalen Werten und Normen sowie die Aneignung von nationalen Wissensbeständen einher, die eben aus der nationalen Erzählung, aber auch verfassungsrechtlichen Normierungen abgeleitet werden können. Formell, aber auch informell entsteht nicht selten in Bezug auf traditionelle ‚nationale Verhaltensweisen‘, einen bestimmten Habitus, ein Assimilierungsdruck. Informell werden vor allem in Bezug auf die Aushandlung des Selbstkonzeptes zwischen Herkunftsidentität und neuer nationalstaatlicher Identität oft zumindest latente Erwartungen an eine gewisse Ablösung von der Herkunftsidentität gestellt. Unhintergebar bleibt jedoch die als Faktum eingeordnete ethnische Differenz und dies ist in jenem Staat ein Konfliktgegenstand, in dem die Abstammung eine herausragende nationale Bedeutung als nationales Identitätskriterium erhält.

Balibar (1991, S. 178) nimmt in diesem Zusammenhang an, dass dem Nationalismus gewissermaßen die Neigung innewohnt, in jedem Fall zum Kulturrassismus auszuarten, weil moderne Nationen künstliche Gebilde von hoher Komplexität und Heterogenität sowie mit inneren sozialen Differenzen sind, die die nationalistischen Kräfte evozieren, eine Art fiktive ethnische Homogenisierung anzustreben, die ‚natürliche‘ Einheit der Nation.

Diese ‚Natürlichkeit‘ stützt sich im kulturellen Rassismus dabei auf ein mit Stereotypen besetztes Wertungssystem, in dem soziokulturelle Differenzen hierarchisch skaliert werden. Sprache, Religion, kulturelle Praktiken, soziale Traditionen und Erscheinungen der ‚eigenen‘ Gesellschaft sind hierin tendenziell unverhandelbar und unveränderlich festgeschrieben, d.h. sie werden ‚naturalisiert‘. Das eigentliche rassistische Moment besteht nun darin, dass dieses Konstrukt des ‚Eigenen‘ an einen Überlegenheitslogos gekoppelt ist in Bezug auf das Konstrukt des ‚Nicht-Eigenen‘. Eine Zugehörigkeit ist im kulturrassistischen Postulat zwar nicht zwingend an

die ethnische Abstammung gebunden, erfordert aber ggf. die unbedingte Assimilation. Das Problem allerdings bliebe, dass die an sichtbare ethnische Differenzen gekoppelten Stereotype nicht aus einem rassistischen Weltbild zu tilgen sind. Denn wie gesagt, im kulturellen Rassismus ist der Kulturbegriff nicht für sich zu nehmen, sondern in seiner ethnischen Konnotation zu begreifen.

An dieser Stelle wird aber die Auffassung vertreten, dass auch Kollektive, die ihr Selbstverständnis ursprünglich aus einer kulturnationalistischen Tradition beziehen, nicht zwingend per se ein kulturrassistisch geschlossenes oder hierarchisiertes Identitätsbewusstsein haben. Die Inklusion kultureller Differenzen in das Nationenkonzept im Zusammenhang verstärkter Immigration schickt sich beispielsweise heute in Deutschland an, die nationale Narration mitzuprägen, auch wenn dies nicht spannungsfrei ist. Denn hier prallen mitunter unterschiedliche Sozialisationskontexte aufeinander, was mit Konflikten und nationalen Integrationsproblemen einhergeht, ohne dass dies von einer Seite rassistisch aufgeladen sein muss oder die nationale Vergemeinschaftung und die Vereinbarung verschiedener kultureller Elemente miteinander grundsätzlich in Frage gestellt wird. So gesehen stehen wir heute am Beginn einer Ära, in der sich auch das kulturnationalistische Gemeinschaftskonzept ein Stück weit dahingehend ausdifferenziert, dass das Kulturverständnis experimenteller gefasst wird und für Impulse von außen geöffnet wird. Schumacher (2013) etwa hat herausgearbeitet, dass sich beispielsweise der nationale Habitus der Deutschen nach dem Krieg gewandelt hat, die rassenkulturelle Attitüde in der nationalen Erzählung überwunden wurde hin zu einem kulturellen Universalismus. Gleichsam gibt es im Zusammenhang von Integrationsproblemen der modernen Gesellschaft Gegenströmungen zu diesem Mainstream und auch den Rekurs auf die alten Ideen, wie u.a. der Erfolg der AfD in Deutschland gegenwärtig zeigt.

Dies ist spätestens der Punkt, an dem in der heutigen Moderne von Rechtspopulismus die Rede ist. Entsprechende Akteure missbrauchen Begriffe wie ‚Kultur‘, kulturelle Identität‘ oder nationaler Habitus, um ihre völkisch-nationalistischen Ziele politisch zu legitimieren und einhergehend rassistische Attitüden zu vernebeln.

Daher gilt es im Folgenden, die mit diesen Begriffen verbundenen sozialen Zusammenhänge differenziert zu erörtern, um diese ohne moralische Aufladung für die Analyse des Forschungsgegenstandes dienstbar zu machen.

2.2 Die Bedeutung von Sprache in Bezug auf Nationsbildung und kollektive Identität

Rechtspopulisten versuchen nicht zuletzt, die eigenen Positionen mit dem Begriff der ‚Eigenheit‘ zu legitimieren. Dieser Begriff wiederum wird auf die kollektive Identität der Eigengruppe bezogen, die in der Regel an den Nationenbegriff gekoppelt und nach einem bestimmten Verständnis anhand bestimmter (rassistischer) Kriterien definiert und gegen ‚Fremde(s)‘ abgegrenzt wird. Solche Manöver sind zunächst an sich unverdächtig, weil soziologisch gesehen Menschen in der Tat eine kollektive bzw. kulturelle Identität und einen bestimmten (nationalen) Habitus ausbilden, die im Zusammenhang einer sprachlichen und kulturellen Sozialisation stehen.

Denn mit Reichmann (2000) kann die menschliche Sozialität als eine anthropologische Konstante betrachtet werden, die den Menschen nicht nur als isoliertes Individuum kennzeichnet, sondern ihn als Gemeinschaftswesen festlegt. Die Fähigkeit des Sprechens steht hiermit im Zusammenhang. Die existenzielle Notwendigkeit der Gemeinschaftsbildung macht den Menschen in Anlehnung an Aristoteles zudem zu einem „Zoon politikon“ im Rahmen einer jeweils bestimmten geschichtlichen Konstellation, „d.h. in einem irgendwie gearteten, (...), jeweils einmaligem Wechselspiel von Determinanten und Freiheiten“ (vgl. Reichmann 2000, S. 420). Die Sinn-Gemeinschaft und ihre Konstruktion ist dabei nicht etwas rein Gegenwärtiges, sondern als (nationale) Erzählung ein imaginiertes Produkt der Geschichte. Der Mechanismus hierfür ist das identitäts- und habitusprägende kollektive Gedächtnis und Kommunikation und damit Sprache ist konstitutiv.

Dabei kommt Rechtspopulisten zugute, die ja im Konfliktmodus agieren, dass solche Prozesse per se konfliktbehaftet sind – insbesondere wenn dies typische und unterscheidbare kulturelle Merkmale wie die Sprache einer Gemeinschaft betrifft.

Im Folgenden sollen diese Zusammenhänge als theoretische Folie entwickelt werden, um auf dieser Grundlage die Forschungsthese zu erörtern, d.h. die notwendigen Differenzierungen sichtbar machen zu können zwischen Elementen einer kulturellen Identität bzw. einem Habitus, dem womöglich auch ein (konfliktbelasteter) kultureller oder sprachlicher Nationalismus innewohnt, und solchen ideologischen Mustern im Rechtspopulismus, die sich hierauf beziehen, aber nicht unbedingt gleichbedeutend sind.

2.2.1 Sprache und kollektive Identität

Eine Gemeinschaft formiert sich mit Habermas über kommunikatives Handeln in einem lebensweltlichen Bezugssystem. Die Lebenswelt wird wechselwirkend über sinnbehaftete Kommunikation semantisch konstituiert. Integration und reflexive Teilhabe und Mitgestaltung an den Sinnkonstruktionen gehen Hand in Hand, gleichzeitig sieht sich das Individuum hierin in seinem Selbst gespiegelt, d.h. der Mechanismus bildet den Rahmen für die persönliche Identitätsentwicklung. Die Lebenswelt ist „Horizont und Hintergrund des kommunikativen Handelns“, d.h. sie ist in jeder Handlungssituation „stets präsent; aber doch nur so, daß sie den Hintergrund für eine aktuelle Szene bildet“ (vgl. Habermas 1981, S. 188).

Medium solcher lebensweltlichen Konstitutions- und Vergemeinschaftungsprozesse ist in erster Linie die Sprache und die Art, wie sie die Sinnbezüge semantisch herstellt und Botschaften transportiert. Sprachliche Symbole sind es, die Bedeutungshorizonte aufspannen, die auf kulturelle Hintergrundstrukturen verweisen, wobei „die Bedeutungszuschreibung gegenüber Welt und Anderen ein Prozeß ist, der sich nicht von den je konkreten benutzten Sprachen trennen läßt“ (vgl. Heinemann 2001).

Eine jeweilige in einer Gemeinschaft als Erstsprache bzw. Muttersprache erlernte Sprache und die kollektive Identität der Gemeinschaft sind so gesehen untrennbar miteinander verbunden – und damit nach innen integrativ und nach außen in einer jeweils bestimmten Form abgrenzend. Dies, Sprache und kollektive Identität, bzw. „Sprachidentität“ folgen wie die Lebenswelt einer historischen Entwicklung, deshalb basiert eine kollektive Identität auch auf kollektives Erinnern bzw. ein kollektives Gedächtnis (vgl. Punkt 2.2.2) wie dies für die Lebenswelt konstitutiv ist.

Oder anders gesagt. Eine Lebens- bzw. Sinnwelt ist in dieser Perspektive eine umfassende Narration im Spiegel einer Sprache, die mit ihren Begrifflichkeiten diesen Sinn erzeugt und reflektiert.

„Sprache erlaubt, das Vergangene zu filtern, einzuordnen und wieder abzurufen: nicht ihre intrinsische Bedeutung macht Ereignisse, Werke, Personen zu Erinnerungsorten (*„lieux de mémoire“*), sondern der Diskurs über sie. Gleichzeitig erlaubt Sprache die Konkretisierung zukunftsorientierten Denkens. Im kollektiven Gedächtnis gibt sie der Grundlage des Zusammenseins einer Gemeinschaft eine allen fassbare Gestalt, in der Formulierung eines gemeinsamen Zukunftsentwurfes oder Projekts erlaubt sie den Mitgliedern der Gemeinschaft, ihren Willen zum zukünftigen Zusammensein immer wieder neu zu bekräftigen (Sonntag o.J., S. 2)

In eine solche narrative Sinngemeinschaft wächst ein Individuum mittels seiner Sozialisation hinein und dies geschieht ganz unmittelbar über das Erlernen und die Erfassung sprachlicher

Begrifflichkeiten. In der Regel handelt es sich um die ‚Muttersprache‘, die diesen Sinn im Wesentlichen transportiert. Die Primärsozialisation mittels der Muttersprache wird somit zum Instrument, eine bestimmte sprachliche und kulturelle Identität quasi ‚natürlich‘ auszubilden. Dies ist ein bedeutender Unterschied zum Erlernen einer weiteren (Fremd-)Sprache im Nachhinein, die nicht gleichsam die Identität prägt:

(...) (D)ie *lingua naturalis* wird ohne expliziten Eingriff von aussen [*sic*] erlernt, die *lingua artificialis* bedarf des formalen Unterrichts. Anders, moderner formuliert: die natürliche, die "Muttersprache" wird in der primären, die Kunst- oder Bildungssprache in der sekundären Sozialisation erworben. In der primären Sozialisation erlernt das Kind anhand der Strukturen einer gegebenen Einzelsprache das Sprechen überhaupt. Dadurch, dass es einer bestimmten Sprache ausgesetzt ist, wird ein angeborenes Bioprogramm in Gang gesetzt, das nur innerhalb einer genau definierten biologischen Reifungs- und Entwicklungsperiode funktioniert. Wie die kleinen Graugänse in einem präzisen Moment ihrer Entwicklung alles, was sich bewegt, als "Mutter" akzeptieren (und sei es Konrad Lorenz persönlich), wird auch von menschlichen Kindern in der kritischen Phase jedwede Sprache als Muttersprache erlernt, ohne dass es irgendwelcher pädagogischen Bemühungen bedürfte. Sie sind damit auf ihre Muttersprache "geprägt" (...)“ (Bossong 1994, S. 50).

Mit der Prägung auf die Muttersprache geht auch die Prägung auf die heimatliche Kultur einher, insbesondere dann, wenn es sich um die regionale Verkehrssprache handelt, in der die Sozialisation in erster Linie stattfindet:

„Die Sprache und die Kultur einer Region sind eng miteinander verknüpft, schon weil die sprachliche Begrifflichkeit kulturell vorgeprägt ist. So gesehen ist Sprache Wort gewordene Kultur; Identität durch Sprache ist immer gleichbedeutend mit kultureller Identität. Kulturelle Identität aber ist die Rückversicherung des Individuums gegen die Vereinsamung. Der Verlust an sprachlicher und kultureller Identität führt zu psychischer Instabilität, was Instabilität in allen anderen Bereichen, auch im politischen, nach sich zieht“ (Schröder 1995, S. 57).

Die sinngabende Verknüpfung von Sprache, Kultur und Identität leuchtet ein, auch im Sinne einer kulturellen Identitätsentwicklung. Allerdings ist Vorsicht geboten, eine bestimmte (Mutter-)Sprache mit einer bestimmten kulturellen Identität in eins zu setzen, als Ausweis quasi eines spezifischen Identitätskonstruktes und dies in scharfer Trennung zu Fremdsprachen und ihren Sprechern. So wie eine kulturelle Identität nicht nur auf Sprache zurückgeht, muss auch die Sprachidentität eines Menschen nicht nur auf eine (Mutter-)Sprache zurückgehen. Und Nicht-Muttersprachler können durch eine kommunikative Teilhabe an den kulturellen Diskursen einer Gemeinschaft deren ‚kulturelle Identität‘ mit der persönlichen Identität verbinden – Identität ist hier nicht als ‚natürliches‘ Merkmal zu verstehen, dass mit der Festlegung auf eine Muttersprache gegeben ist. Wenngleich natürlich eine besonders enge identitätsprägende

Kopplung zwischen Muttersprache und der Erzählung einer Gemeinschaft besteht, ist Identität in seinem sinnstiftenden Prozesscharakter wohl eher inhaltlich an die Erzählung gekoppelt und weniger an die Art der Erzählung.

Allerdings haben alle Sprachen ihre besonderen Ausdrucksweisen und jeweils spezifischen kulturellen Hintergründe und es unterscheiden sich die gemeinschaftsstiftenden Erzählungen in den jeweiligen Sprachen und diese damit auch darin, Lebenswelten zu markieren, so dass wir es mit ganz vielen unterschiedlichen kulturellen Diskursen und Identitäten zu tun haben.

Damit ist schon angedeutet, dass Sprache im Allgemeinen in der unauflösbaren Kopplung an den Identitätsbegriff, der wiederum Abgrenzung bedeutet, da zu einem Konfliktgegenstand wird, wo kulturelle Identitäten auf der Basis von Sprachdifferenzen miteinander um Anerkennung und Macht konkurrieren und erschüttert werden (vgl. Kapitel 2.3.2).

Dies fügt sich in ein grundlegendes Konfliktverständnis ein, das die Aushandlung von sozialen Ungleichheiten beinhaltet und sich auf alle sozialen Bereiche erstrecken kann, zumal es in enger Kopplung an die Abgrenzungslogik des Identitätsbegriffes als ein elementarer Bestand dessen gelten kann.

2.1.3 Nationaler Habitus als Ausdruck kollektiver Identität

Wenn Kollektiven bestimmte Orientierungen oder Verhaltensmuster zugeschrieben werden, wie etwa eine Neigung zum Rechtspopulismus und Agieren nach rechtspopulistischen Maßstäben, geht dies über den Identitätsbegriff hinaus, der ja konzeptionell als eine Art Wechselspiel von ‚Sein‘ und ‚Werden‘ begriffen werden kann. Rechtspopulist zu ‚sein‘ in dem Sinne, mit welchen Überzeugungen man das gesellschaftliche Leben in einem Wertesystem einordnet und sich selbst in dieser ‚Welt‘ verortet und hierin sein Identitätskonzept erstellt, äußert sich in einem daran gekoppelten ‚Agieren‘ bzw. ‚Verhalten‘. Dies kann mit dem Begriff des ‚Habitus‘ beschrieben werden. Damit ist Rechtspopulismus als gesellschaftliches Phänomen angemessen zu erfassen, zumal es sich wie gezeigt nicht um eine Ideologie handelt, sondern eher um ein Agieren in einem bestimmten (Politik-)Stil. Insofern macht es Sinn, das Identitätsverständnis um den Habitus-Begriff zu erweitern.

Schnürer (1998) konstatiert in Anlehnung an die beiden großen Soziologen Elias und Bourdieu in seiner Arbeit über den portugiesischen Habitus,

„daß im Rahmen der Sozialisation eine historische Weltansicht durch die Individuen erlernt wird, wodurch die persönliche Identität des Einzelnen gleichzeitig subjektiver Ausdruck einer historischen Weltansicht ist. Anders ausgedrückt: Bewusstsein und Gewissen werden durch

Verinnerlichung einer bereits vorkonstruierten Weltansicht geprägt. In verschiedenen Gesellschaften findet die Weltansicht einen jeweils unterschiedlichen Ausdruck“ (Schnürer 1998, S. 12).

Schnürer (vgl. 1998, S. 12) verweist ferner mit Luckmanns (1991) Assoziation vom „Heiligen Kosmos“ auf die Neigung zur Idealisierung dieser ‚eigenen‘ Weltansicht innerhalb der Gruppe. Diese Weltansicht wird nun ihre Manifestationen in der gesellschaftlichen Praxis nicht nur in bestimmten Ansichten, sondern auch in Verhaltensweisen und kulturellen Handlungen erfahren – und zwar gemeinschaftlich und individuell. Vermittlungsinstanz sind hierbei mit Bourdieu (vgl. 1974; S. 174) gemeinsame mehr oder weniger bewusste „Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata“, die die Einstellungen und Verhaltensweisen der Gruppenmitglieder in hohem Maße sozusagen synchronisieren. Dieses als Habitus zu begreifende „System dauerhafter und versetzbarer Dispositionen“ (vgl. Bourdieu 1976, S. 169) rekurriert auf Erfahrungen der Vergangenheit.

„Dadurch wird deutlich, daß für Bourdieu der Habitus Produkt eines geschichtlichen Prozesses ist. In ihm äußert sich Vergangenes in der Gegenwart. Auch die Zukunft wird maßgeblich von den durch die Geschichte entstandenen Schemata (...) geprägt. Für Bourdieu ist der Habitus ein ‚subjektives, aber nichtindividuelles System verinnerlichter Strukturen‘, welches die Wahrnehmung, das Denken und das Handeln von Mitgliedern einer Gruppe, einer Schicht oder einer Kultur, die durch diesen Habitus geprägt wurden, maßgeblich steuert. Die Individuen erwerben den Habitus im Rahmen ihrer primären Sozialisation“ (...)“ (Schnürer 1998, S. 11)

Bourdieu bezeichne den Habitus entsprechend, wie Schnürer (vgl. 1998, S. 11) konstatiert, als sozialisatorisches „Produkt der Einprägungs- und Aneignungsarbeit“ in Bezug auf historische bzw. tradierte Sinnorientierungen und Praxisformen (z.B. Sprache, Wirtschaftsform usw.) einer abgrenzbaren Gruppe, deren Mitglieder gleichen Existenzbedingungen unterliegen.

Dabei hat Bourdieu (1982) die „feinen Unterschiede“ klassentypischer Bewusstseinsformen und Lebensstile herausgearbeitet, während Elias (1989) den Blick auf die Unterscheidung von Nationen in ihren durch langfristige gesellschaftliche Entwicklungen geprägten Kollektividentitäten gerichtet hat. Daran anknüpfend wird nach Schnürer der nationale Habitus „auch durch Ereignisse und Prozesse geprägt, die bereits mehrere Jahrhunderte zurückliegen“. Am Ende spielt dies mit Verweis auf Elias alles eine Rolle, wie wir nicht nur ein *Ich-Bild* und ein *Ich-Ideal* entwerfen, sondern auch ein *Wir-Bild* und *Wir-Ideal* (vgl. Schnürer 1998, S. 12 f.). Und diese Bilder und Ideale stehen nicht nur für sich, sondern verweisen aufeinander bzw. werden im Bewusstsein des Einzelnen in Beziehung gesetzt.

Dies alles geschieht, weil wir als sozial angelegte Wesen real miteinander verbunden und aufeinander bezogen sind, uns in sozialen Figurationen (Elias) oder Feldern (Bourdieu) bewegen und orientieren und hierin kollektive Identitäten ausbilden.

Grundprinzip dieser Verknüpfung und Prägung nach Bourdieu, der Internalisierung der kollektiven kulturellen Praxis einer Bezugsgruppe und der Externalisierung der internalisierten Denk- und Handlungsweisen in diese Praxis ist eben mit Bourdieu der Habitus als strukturierende und strukturierte Struktur. Der Habitus hebt die Trennung von Individuum und Gesellschaft auf, er markiert die Verinnerlichung kollektiver Dispositionen im Individuum, die im Unbewussten als Matrix seiner Handlungs-, Denk- und Verhaltensweisen fungieren und hierin wiederum in die Gesellschaft zurückwirken und in hohem Maße den ihnen geteilten immanenten Sinn sozial reproduzieren. Individuum und Bezugsgruppe spiegeln sich innerhalb eines gefestigten Bedeutungssystems in ihren Handlungsmustern und Einstellungen gegenseitig und bestätigen sich hierin tendenziell, sofern keine entscheidenden reflexiven Impulse von jenseits dieses Musters einfließen bzw. in das Bedeutungssystem ‚von außen‘ eingebracht werden.

2.2.2 Der Zusammenhang von Sprache, kollektivem Gedächtnis und Habitus

Über die Symbole einer Sprache wird die Wirklichkeit einer Gesellschaft konstruiert, in ein kollektives Gedächtnis werden Wissensbestände dieser Konstruktion eingelagert. Diese bilden dann den überindividuellen diskursiven Rahmen dieser Gesellschaft, um eine bestimmte Wirklichkeit bzw. Lebenswelt auf eine gewisse Dauer zu schalten. D.h. solange der Diskurs über die Wissensbestände zu gemeinschaftlichen Übereinkünften in der Deutung führt, werden diese in ihrer Gültigkeit reproduziert. Gedächtnis in diesem Sinne ist kein ontischer Bestandteil des menschlichen Wesens, sondern das in einer virulenten Kommunikation gebundene oder in Medien gespeicherte und rezipierte Interpretationswissen, das für eine Gesellschaft handlungsleitend ist und Einstellungen prägt. Dieses Gedächtnis ist also ein soziales Phänomen, das eine bestimmte Wirklichkeit, wie bereits angedeutet, durch Themensetzungen, aber auch -weglassungen evoziert, und das sich ein Individuum im Prozess der Sozialisation aneignet. Die Erinnerung ist also kollektiv geprägt (vgl. Fraas 2000, S. 35).

„Zwar "haben" Kollektive kein Gedächtnis, aber sie bestimmen das Gedächtnis ihrer Glieder. Erinnerungen auch persönlichster Art entstehen nur durch Kommunikation und Interaktion im Rahmen sozialer Gruppen. Wir erinnern nicht nur, was wir von anderen erfahren, sondern auch, was (...) uns von anderen als bedeutsam bestätigt und zurückgespiegelt wird. Vor allem erleben wir bereits im Hinblick auf andere, im Kontext sozial vorgegebener Rahmen der Bedeutsamkeit" (Assmann 1997, S. 36).

Fraas (vgl. 2000, S. 35). weist darauf hin, dass Assmann (1997) dabei auf das Konzept des sozialen Rahmens von Halbwachs (1967) zurückgreift, um das Erinnern und Vergessen einer Gesellschaft zu erklären.

„Ein Mensch - und eine Gesellschaft - sind nur das zu erinnern imstande, was als Vergangenheit innerhalb der Bezugsrahmen einer jeweiligen Gegenwart rekonstruierbar ist. Es wird genau das vergessen, was in einer solchen Gegenwart keinen Bezugsrahmen mehr hat“ (Fraas 2000, S. 35).

Weiter führt sie mit Hermanns (1994, 1995) aus, das in diesem Bezugsrahmen bestimmte Dispositionen verankert sind, „die innerhalb einer Gesellschaft zu einer bestimmten Art des Denkens, Fühlens und Wollens existieren und die zu bestimmten Dispositionen des Verhaltens und Handelns führen“ (vgl. Fraas 2000, S. 36). Der Nexus zum Habitusbegriff, die Verwurzelung des Habitus‘ im kollektiven Gedächtnis einer sozialen Gruppe, wird an dieser Stelle deutlich. Und diese Zusammenhänge obliegen eben einer spezifischen Kommunikation und damit einer Sprache und der Art ihrer Anwendung. Weiter greift Fraas (2000, S. 35 ff.) die Unterscheidung Assmanns auf, das das kollektive Gedächtnis in kommunikatives und kulturelles Gedächtnis ausdifferenziert ist. Diese Formen stehen für eine unterschiedliche Dauer der epochalen Reproduktion von sozial konstruierten Wirklichkeitsdeutungen. Das kommunikative Gedächtnis ist insofern lebendig und unmittelbar aktiv, da es auf den Überlieferungen von Zeitzeugen basiert, an die der Wirklichkeitsdiskurs zurückgekoppelt wird. Nach einer Ära von etwa 40 Jahren, mit dem Ableben Erinnerung stiftender Zeitgenossen, wird dieses Gedächtnis vom kulturellen Gedächtnis absorbiert, das längerfristig Wirkung zeitigt. Denn dieses basiert auf dem medial gespeicherten Interpretationswissen. Medienerzeuger neigen dazu, tradierte Deutungsmuster, die (durch sie) als legitim gelten, fortzuerzählen und zu bestärken. „Kulturelles Gedächtnis ist institutionell geformte und gestützte Erinnerung“ (Fraas 2000, S. 36). Dabei wird das Wissen im Kontext des gesellschaftlichen (Leit-)Diskurses über die Texte der Medien zu einem überindividuellen Phänomen.

Das kollektive Gedächtnis bedient kollektive Identitätskonstruktionen, deren Zeitdimension sie gewissermaßen darstellt.

„Die Feststellung, wonach die Opposition eigen – fremd auf Personen und Erscheinungen der jeweiligen Gegenwart bezogen und damit die Komplexität der sozialen Wirklichkeit reduziert wird, ist durch die Beobachtung zu ergänzen, dass als zweite Maßnahme ein ebenfalls komplexitätsreduzierender Bezug auf die geschichtliche Wirklichkeit hinzutritt, der vor allem in Krisenzeiten als stabilisierendes Gerüst dient“ (Stukenbrock 2005, S. 62).

Kollektives Gedächtnis rekuriert auf geschichtliche Ereignisse, die aber nicht in ihrer ‚wahren‘ Gestalt erfasst und reflektiert werden, sondern nach den Vorgaben der zur Verfügung stehenden Rezeptionen durch Zeitzeugen oder Dritte. Das kollektive Gedächtnis ist an die habituellen Wahrnehmungsschemata und das Selbstverständnis der Gruppe gekoppelt:

„Die Erinnerung des kollektiven Gedächtnisses zeichnet sich () nicht durch geographische oder historische Korrektheit aus, sondern interpretiert die historischen Ereignisse im Hinblick auf die kollektive Identität der Gruppe (...) Eine nationale Geschichtsschreibung ist somit, objektiv betrachtet, eine auf die Identität des Kollektivs angepasste und auf dieses zugeschnittene ideologische Version der eigenen Vergangenheit, die auf universalen Vereinheitlichungen und Verdrängungen basiert.

So wie das kollektive Gedächtnis die Innenperspektive der Gruppe beschreibt, so beschreibt der Habitus die Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata sozialer Gruppen“ (Schumacher 2013, S. 75).

Aus der Zusammenführung der Begriffe ‚Identität‘, ‚Habitus‘ und ‚kollektives Gedächtnis‘ in dieser Weise leitet Schumacher ein Begriffsverständnis des nationalen Habitus ab, das diesen als „gesellschaftliche dominante Weise einer nationalen Narration“ auffasst, die „eine institutionell verankerte Version“ darstellt, jedoch im Kampf um gesellschaftliche Deutungshoheit von konkurrierenden Versionen herausgefordert wird, die an „subsinnweltliche Identitäten“ gekoppelt sind. Dieses Konkurrenz- und Abgrenzungsprinzip ist nach Schumacher ein vielschichtiges Merkmal aller Habituskonzepte, es kennzeichnet unterschiedliche klassenspezifische Wahrnehmungs- und Deutungsmuster im Bourdieu’schen Sinne genauso, wie den nationalen Habitus, wie Elias ihn beschreibt.

So funktioniere

„das deutsche Konzept der Kulturnation weitestgehend nach dem Prinzip der Distinktion, denn es stellt das Komplementärmodell zum französischen Begriff der Staatsbürgernation dar. Der gesamte deutsche Begriff der Kulturnation war das Ergebnis einer Reihe von Auseinandersetzungen mit der Französischen Revolution und dem (französischen) Begriff der Aufklärung.

Die Identitäten nationaler Gemeinschaften lassen sich also nicht von den nationalen Gegenentwürfen trennen, auf die sie bezogen sind. (...) Damit verläuft die Distinktion auf der Ebene des nationalen Habitus nicht über die innergesellschaftlichen feinen Unterschiede, sondern über die national geprägte Wahrnehmung und Konzeption des Eigenen und des anderen. Demzufolge sind die grundlegenden strukturellen Mechanismen zwischen dem Bourdieu’schen Klassenhabitus und dem nationalen Habitus prinzipiell vergleichbar: Zur Distinktion werden dabei nicht andere soziale Klassen, sondern andere Gesellschaften und andere Nationen herangezogen“ (Schumacher 2013, S. 77 f.).

Der letzte Satz in dem Zitat macht deutlich, dass diese Distinktion eben auch zwischen zwei kulturell unterscheidbaren Gemeinschaften innerhalb einer Staatsnation stattfinden kann – und zwar nicht nur im klassenspezifischen Sinne. Dies ist für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit von Bedeutung.

Und ein solcher Prozess verfestigt sich bei entsprechender historischer Kontinuität der Erzählung eben dann, wenn alternative Erzählungen, die in Subsinnwelten wurzeln, die Macht der Mainstream-Erzählung nicht entscheiden entwerfen können.

Das kollektive Gedächtnis bzw. mit zunehmender Dauer das kulturelle Gedächtnis und damit literarische Erzeugnisse und vor allem die (Massen-)Medien spielen hierbei eine wichtige Rolle. Der kritische Blick muss daher auf die (medialen) Darstellungsweisen öffentlicher Erinnerung gerichtet werden, darauf, „wie Erinnerungen gebraucht, wie Vergangenheit verwertet wird und welche Funktionen das Vergessen, Auslassen, Verschieben, Verdrängen und Verwandeln im sozialen Gedächtnis erfüllen“ (vgl. Stukenbrock 2005, S. 62 f.).

2.2.3 Kulturelles Gedächtnis – Literatur und Medien im Prozess der Nationsbildung

Kommunikation ist das soziale Grundelement schlechthin und somit ist es auf Basis der anthropologischen Konstante der Sozialität quasi natürlich, dass sich eine Gemeinschaft und entsprechend eine dissonanzfreie gemeinschaftliche Zugehörigkeit über gemeinsame Verständigungsmöglichkeiten definiert. Auch ohne ideologische Aufladung kann man es daher als ein Ideal betrachten, dass in einer Gemeinschaft alle Mitglieder an allen Diskursen teilhaben können, man also eine gemeinsame (Verkehrs-)Sprache spricht. Sprache ist also bei der Konstruktion nationaler (Identitäts-)Gemeinschaften von elementarer Bedeutung. Dies gilt gleichermaßen für die sprachlichen Erzeugnisse, in der die Erzählung von der Nation durch Themen nationalen Interesses lebendig gehalten und tradiert wird, den Erzeugnissen der nationalen Medien und der Literatur, „deren Texte die verschiedenen gesellschaftlichen Spezialdiskurse zusammenführen und interdiskursiv reflektieren.“ Sie (re-)konstruieren die nationalen Kollektivsymbole und ermöglichen hierin erst die Konstitution der nationalen Gemeinschaft (vgl. Ernst 2012, S. 170). Im Fall einer „monolingualen Selbstdefinition“, wie im Falle Deutschlands, in der die „(Sprach)Kultur“ das zentrale Moment der Nationsbildung ist, kann man mit Ernst (vgl. 2012, S. 170) in Anlehnung an (Extra/Gorter 2008) von einem „linguistischen Nationalismus“ (vgl. Kapitel 2.4) sprechen. Hobsbawm verdeutlicht, dass es aber weniger die Sprache als solche als vielmehr die Spracherzeugnisse der Literatur waren, die den nationalen Gemeinschaften Zusammenhalt verliehen:

„Ein sprachlicher Nationalismus war die Schöpfung von Menschen, die schrieben und lasen, aber nicht von Leuten die sprachen. Und die ‚Nationalsprachen‘ in denen sie den eigentlichen Charakter der Nationen auffanden, waren in der Regel Kunstprodukte, da sie aus einer verwirrenden Vielfalt lokaler und regionaler Dialekte, die nicht-literarische, praktisch gebrauchte Sprachen darstellten, erfaßt, standardisiert, homogenisiert und dem zeitgenössischen und literarischen Gebrauch angepaßt werden mußten“ (Hobsbawm 1995, S. 187).

Die Vergemeinschaftung einer Sprachnation ging also auf ein Milieu zurück, das im Umgang mit Sprache versiert war und nationale (Abgrenzungs-)Diskurse zwecks Selbstdefinition verschriftlichte und hierin eine zunehmende Massenrezeption ermöglichte und ein kollektives bzw. kulturelles Gedächtnis suggestiv bediente. Der vorgelagerte Nationalismus der bürgerlichen Bildungsmilieus erschuf so die Imagination einer nationalen Gemeinschaft und appellierte so lange an die Affekte und das Bewusstsein in der Bevölkerung, bis diese den Willen zur Nationsbildung aufbrachte.

Entscheidend für die Ausbildung einer nationalen kollektiven Identität war also, dass die Diskurse das Milieu der Gelehrten verlassen konnten und der breiten Bevölkerung zugänglich wurden. Hierfür zeichneten sich zwei Dinge in erster Linie verantwortlich: die zunehmende sprachliche Bildung breiterer Bevölkerungsschichten und die Entwicklung der Massenmedien.

Hecking (vgl. 2002, S. 23 ff.) erörtert die Rolle der Massenmedien in Bezug auf diesen Prozess und den Erfolg des Nationenkonzeptes bis in die heutige Zeit. Er bezieht sich dabei in Anlehnung an Deutsch (1966) auf das charakteristische funktionalisierte kommunikative Netzwerk innerhalb einer Nation als dessen konstitutives Definitionskriterium.

„Als wichtigste Träger unpersönlicher Kommunikation besitzen die Massenmedien eine entscheidende Funktion bei der Bildung und dem Erhalt von Nationen (...) (Hecking 2002, S. 24).

Diese Funktion besteht darin, die Imagination der nationalen Zusammengehörigkeit zu perpetuieren durch die Verwendung und Veröffentlichung nationaler Termini und symbolischer Begrenzungen. Die Berichterstattung stellt die Nation als einen Gemeinschaftsakteur dar, dessen Besonderheit sie betont und der in einen größeren Kontext eingeordnet wird. Das Agenda-Setting in den Medien weist ein hohes Maß an nationaler Selbstreferentialität auf, d.h. ‚Welt‘ wird dort so konstruiert, wie sie in einer Perspektive der vermeintlichen nationalen Bedeutung wichtig erscheint. Nationale oder nationalistische Diskurse entstehen.

„Somit transportierten und transportieren die Massenmedien auch heute noch die politische Idee einer Nationenzugehörigkeit in die tägliche Erfahrung der Menschen, in deren Köpfen dadurch das Gefühl entstehen kann, dieser Nation anzugehören“ (Hecking 2002, S. 24)

Dabei können mit Baeva (vgl. 2014, S. 142) drei Bereiche identifiziert werden, in denen die Massenmedien die nationale Identität fördern:

„Erstens erzeugen die Medien eine einheitliche nationale Raumvorstellung, welche die Idee der Nation erst möglich macht. Zweitens bilden sie in ihrer tagesaktuellen Berichterstattung einen gemeinsamen Ereignisraum ab, der für die Kristallisation von politischen Interessen im Nationalstaat relevant ist. Drittens verbreiten sie nationale Symbole und sonstige nationale Referenzen in ihren Darstellungen“ (Baeva 2014, S. 142).

Dies gilt aber nicht nur für Nachrichten oder Talkshows, in denen das nationale ‚Wir‘ „direkt ausgehandelt“ wird, sondern auch in anderen Formaten, z.B. nationalen Fernsehserien, in denen das Arrangement von der Kulisse bis zur Sprache national eingefärbt ist. Diese Allgegenwärtigkeit des „nationalen Bühnenbild(es)“ in den Medien sieht Baeva (vgl. 2014, S. 142) zurecht „im Einklang mit Billigs These eines banalen Nationalismus“.⁴ Baeva (vgl. 2014, S. 142) weist mit Bezug auf diskurs- und inhaltsanalytische Studien ferner daraufhin, dass Konflikte und Bedrohungen tendenziell „die Aushandlung von kollektiver Identität beschleunigen“ und der „Abgrenzung gegenüber Fremdgruppen“ dabei eine wesentliche Bedeutung zukommt (vgl. Kapitel 2.3).

Insofern die Gemeinschaftsmitglieder die Medien konsumieren, wird also die Suggestion nationaler Zugehörigkeit geteilt:

„Der Sprachgebrauch, die Berichterstattungsschwerpunkte, der Gesprächsstoff, den die Medien bieten, bestimmen den geistigen Horizont und damit den konkreten Inhalt der Nation“ (Hecking 2002, S. 25).

Mit diesem Gefühl der Zusammengehörigkeit kommt es ggf. in kleineren gesellschaftlichen Kreisen zu zahlreichen Anschlussdebatten der angebotenen nationalen Themen und Diskurse. Die Medien stellen somit national gefärbte Angebote zur Verfügung, die „im Zuge der individuellen Rezeption“ und im sozialen Austausch das Empfinden einer nationalen Zugehörigkeit gewissermaßen in die soziale Mikro- und Mesoebene diffundieren.

Die Art der (gemeinsamen) Rezeption, das Teilen der Diskurse, die Rituale, die teilweise damit einhergehen, die medial geförderten individuellen und sozialen Selbstbezüge, all das lässt ‚Nation‘ dabei nicht länger abstrakt erscheinen, sondern als eine konkrete Erfahrungswelt. Und doch bleibt dies Schein, keine alternativlose in Stein gemeißelte Wirklichkeit. Denn die Integrität der Nation ist so wenig statisch wie es das Identitätskonzept ist. Das individuelle Identitätsverständnis besitzt in Bezug auf nationale Kriterien keine affirmative Deckungsgleichheit

⁴ vgl. Billig 1995

mit dem Kollektivkonstrukt, es ist eine Aushandlung, eine Positionierung, die insbesondere hinsichtlich moralischer Kategorien spannungsgeladen ist. Selbiges gilt für spezifische Gruppen unterhalb der nationalen Ebene.

Nationale Identität wird unter bestimmten Umständen von individuellen und kollektiven Akteuren infrage gestellt und es

„können auch innerhalb bestehender Staaten neue Kulturen und Identitäten oder bereits vorhandene Kulturen und Identitäten sich ausbreiten. Dies könnte auch im Falle Belgiens zutreffen. Allerdings bedürfen solche neuen Identitäten für ihre Ausbreitung unterstützender Faktoren, zu denen (...) die Massenmedien gehören“ (Hecking 2002, S. 2001).

Dies wäre ein typischer Mechanismus in einer Diglossie-Situation (vgl. Kapitel 2.3.2). Die Schlüsselrolle der Medien ist auch in diesem Zusammenhang darin zu sehen, (sub-)nationale Abgrenzungsdiskurse zu perpetuieren, eine dialektische Innen-Außen-Erzählung voranzutreiben, wobei „(n)egative Stereotype und Vorurteile gegenüber der anderen Gruppe“ in der Regel wiederum zum Repertoire gehören (vgl. Hecking 2002, S. 26). Es bedarf also zum herkömmlichen nationalen öffentlichen Diskurs der Herstellung einer (medialen) (sub-)nationalen Gegegnlichkeit, um eine nationale Abspaltung voranzutreiben.

Die Entstehung von Sprachnationen ist in jedem Fall politisch und gesellschaftlich ganz wesentlich in historischen Zusammenhängen literarischer und medialer Wirklichkeitskonstruktionen und deren Rezeption zu begründen. Dort wird Sprache in den Propaganda-Schablonen nationalistischer Stereotypisierungen zurechtgeformt zum Erschaffen eines Bildes von der quasi-ontologischen Sinngemeinschaft und transzendiert diese in einen höheren Bestimmungskontext. Sinngebend für eine Sprachnation ist die Ideologie des Sprachnationalismus (vgl. Kapitel 2.4).

2.3 Die Bedeutung von (Sprach-)Konflikten in (nationalen)

Identitätskonstruktionen

Kommunikation und damit Sprache schweißt Menschen zu Gemeinschaften zusammen. Über die pragmatische Ordnungs- und Organisationsfunktion hinaus fungiert Sprache als Träger gegenseitiger Identifikation und wirkt hierin sinnstiftend und identitätsbildend. Es liegt auf der Hand, dass die Verständigung zwischen unterschiedlichen Sprachgemeinschaften konfliktanfällig ist, wenn dies mit sozialen Machtdysbalancen einhergeht. Dies gilt umso mehr, da Identitätskonstruktionen in ihrer Abgrenzungslogik per se konfliktträchtig sind.

2.3.1 Sozialer Konflikt als Gegenstand einer (nationalen) Identitätskonstruktion

Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Belgien, die den Rechtspopulismus in Flandern umrahmen und mitbedingen, sind durch bestimmte Konfliktlinien im Zusammenhang der nationalen Identitätskonstruktion gekennzeichnet. Nach dem Maßstab einer nationalen Einheitlichkeit im besten integrativen Sinne, ist dieses Vorhaben bis heute gescheitert. Vielmehr haben sich nicht zuletzt im Kontext von Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen sozialen bzw. ethnischen Gruppen einige Konfliktlinien derart verdichtet, dass insbesondere auf Seiten der Flamen das Selbstverständnis seit jeher enorm geprägt ist durch den Kampf um Emanzipation von den institutionellen Verhältnissen im Gesamtstaat. Der Konflikt – als solcher, aber auch in seiner besonderen Gestalt dieses Falles – und der Abgrenzungswille sind gewissermaßen für die flämische Identitätskonstruktion im Rückspiegel historischer Verklärung elementar geworden. Hieraus wiederum erklärt sich, so die Argumentation der vorliegenden Arbeit, die relativ breite gesellschaftliche Legitimation für weltanschauliche Auffassungen, die sich im rechten politischen Spektrum ansiedeln lassen, jedoch in sich differenziert zu betrachten sind. Um dies theoretisch erfassen zu können, soll an dieser Stelle das skizzierte Identitätsverständnis mit konflikttheoretischen Überlegungen dahingehend verknüpft werden, dass sich hieraus die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte für kollektive Identitäten ableiten lässt. Ferner wird daran anknüpfend der theoretische Kontext erweitert um Überlegungen, wie ein solcher Mechanismus ein Verhalten begünstigt, das im Allgemeinen als im Kontext einer Freund-Feind-Dichotomie als ‚rechtspopulistisch‘ zu markieren ist. Zu diesem Zweck lassen sich verschiedene konflikttheoretische Positionen verbinden, ohne in Widerspruch zu ihrer jeweiligen totalen Perspektive zu geraten.

Wer die separatistischen Tendenzen in der (sprach-)politischen Entwicklung Belgiens nachvollzieht (vgl. Kapitel 4.1.5), der vermag kaum zu widersprechen, dass für das nationale politische Gemeinschaftskonstrukt ein essentieller Konflikt zwischen zwei ethnischen Großgruppen geradezu konstitutiv ist. Dies wiederum geht einher mit den jeweiligen kollektiven Identitätskonstruktionen, d.h. auch für die jeweilige Gruppenidentität, vereinfacht gesagt, spielt ein historisch gewachsener Konflikt gewissermaßen eine konstitutive Rolle insofern, dass er im gesellschaftlichen und politischen Leben eine reale Rolle spielt und allgegenwärtig das Denken und Handeln prägt oder herausfordert. Flamen und Wallonen sind einer kollektiven Konflikterfahrung ausgesetzt, die in einer jeweiligen regionalen Perspektive diskursiv aufbereitet und als Erzählung konstruiert wird. Dies wiegt umso schwerer, weil Identitätskonstruktionen per se in ihrem Abgrenzungsmechanismus hinsichtlich anderer Identitäten konfliktbehaftet sind und dabei in der Regel auf konkurrierende Werte, kulturelle Bedeutungen und Machtansprüche

verweisen. Dies verstärkt sich nicht selten durch negative Zuschreibungen der Gruppe durch die Anderen (vgl. Mach 1993, S. 9 ff.).

Historischer Bezugspunkt des flämisch-wallonischen Konfliktes ist die formale Integration verschiedener ethnischer Gruppen im nationalstaatlichen Kontext. Dieser Zusammenschluss wird bis heute von einer Kompromisskultur gegen enorme widerständige (sub-nationalistische) Kräfte getragen, ein wirkliches Zusammenwachsens im besten integrativen Sinne über die Sprachgrenze hinweg hat nicht stattgefunden. Im Zusammenhang unterschiedlicher Interessen von Flamen und Wallonen ist häufig nicht nur in der Sache gestritten, sondern hierbei die Verschiedenheit stereotyp in Rechnung gestellt worden - die Verklärung der Vergangenheit im Sinne der eigenen Konfliktperspektive inklusive.

Grundsätzlich ist zunächst festzuhalten, dass die Integration verschiedener Individuen und Gruppen in eine größere Gemeinschaft per se konfliktbehaftet ist, denn es erfordert in der Regel das mühevoll und aktive Aushandeln unterschiedlicher Positionen und Einstellungen miteinander. Die Tolerierung und besser noch Harmonisierung von Gegensätzen ermöglicht erst ein friedvolles soziales Klima und ein geregeltes Zusammenleben. Selbst das vorläufige Scheitern eines solchen Prozesses muss nicht endgültig sein, wenn die richtigen Lehren gezogen werden und der Integrationsprozess unter geeigneteren Voraussetzungen und Einflussfaktoren wieder in Gang gesetzt wird. Ein Konflikt muss also keineswegs eine unüberwindbare Behinderung für einen sozialen Vereinigungsprozess darstellen, sondern kann diesen bei entsprechender Konfliktfähigkeit letztlich sogar begünstigen, weil sich unterschiedliche Perspektiven nicht gegenseitig ausschließen müssen, sondern zu einer komplementär reicheren und hierin konstruktiven Perspektive verknüpft werden können. Dazu bedarf es der

„Potenz einer Handlung oder eines Systems, unterschiedliche Grade des Konflikts zwischen antagonistischen Parteien oder Personen zu ertragen bzw. zu regeln“ (Lüschen 1998: 299).

In diesem Sinne hätten soziale Konflikte eine integrative Note oder könnten mit Simmel (1918) den Wert einer ‚vereinigenden Kraft des Streites‘ zugewiesen bekommen. Sumner (1993) spricht von „antagonistic cooperation“.

Dies ist ja durchaus auch ein Merkmal der Kompromisskultur in Belgien.

Auch Dahrendorf (vgl. 1961) spricht von ‚latenten‘ Konflikten, die selbst jeder Kooperation zu eigen sind, weil Menschen durch sozialisatorische Vorstrukturierungen niemals absolut kongruente Vorstellungen bzw. rationale Denkmuster darüber haben, wie sie selbst gemeinsam formulierte Ziele erreichen wollen.

Damit ist man bei einem Konfliktverständnis angelangt, das zunächst von Simmel entwickelt und später von Dahrendorf aufgegriffen und ausgeführt wurde.

Für Simmel sind Konflikte Kernelemente der Vergesellschaftung, die sich durch das Interagieren von Individuen ergibt. Dieses ist triebhaft und zweckorientiert und erzeugt eine wechselwirkende „Korrelation der Zustände mit anderen“ (vgl. Simmel 1992, S. 18). Dabei wird das Interagieren geprägt durch die teils gegensätzlichen individualistischen und sozialen Orientierungen des Menschen. Hier scheint bereits gewissermaßen ein Konflikt in jedem Einzelnen angelegt. Simmel geht es jedoch eher um den sozialen Bezug eines Konfliktes, der immer auch Interaktion bedeutet und hierin eine Dialektik zwischen Streit und Vereinigung mitbegründet. Dahrendorf knüpft hieran, um im Wechselspiel von Integration und Konflikt der Frage nach sozialem Wandel nachzugehen. Dabei gelangt er zur Bedeutung institutionalisierter herrschaftlicher Zwänge für untergeordnete gesellschaftliche Mitglieder und Gruppen.

Weber beschreibt in diesem Zusammenhang soziale Konflikte als soziale Kämpfe in Verbindung mit dem Willen zur Macht. Dies sei eine prinzipielle Form sozialen Handelns, die sich in unterschiedlichen Lebensordnungen jedoch als komplexe und nicht immer leicht durchschaubare Angelegenheiten zeitigen, denn integrative Handlungsmuster und Vergemeinschaftungsprozesse gehören gleichsam zu diesen Lebensordnungen.

Zu unterscheiden ist erstens der Kampf um Marktchancen (ökonomische Macht), zweitens um Ehre und Prestige (soziale Macht) und drittens um Entscheidungsbefugnisse und gesellschaftliche Deutungshoheit in einem sozialen Kontext (politische Macht).

Soziale Ungleichheiten in dieser Hinsicht sind also ständig auf eine breite gesellschaftliche Legitimation angewiesen, ansonsten bedeuten sie zugleich zumindest latente Konflikte, die auf Erwartungsdifferenzen zurückgehen (vgl. Thiel/Cachay 2008: 270 f.) und insbesondere dann zu ‚manifesten‘ (subjektiven) Konflikten erwachsen, wenn die Erwartungen unterprivilegierter Personen oder Gruppen in Verbindung mit dem Identitätskonzept und/oder der existenziellen Lebenssicherung als nicht erfüllt betrachtet werden.

Mit Luhmann kann von „kommunizierten Widersprüchen“ gesprochen werden, wenn Konflikte aus dem Schatten des Latenten treten und gesellschaftliche Diskurse zu bestimmen beginnen. Ihren Ursprung haben sie u. a. in den sozialisatorisch geprägten kognitiven Strukturen der Beteiligten – vor allem in sozialen Kontexten, die eben durch Machtdifferenzen geprägt sind. Nicht selten ist dies der Nährboden für eine Konfliktentwicklung ausgehend von Bagatellereignissen hin zu hoch integrierten und mitunter komplexen Sozialsystemen, die sich im Kontext von Polarisierungen, sozialen Etikettierungen und letztlich Koalitionsbildungen strukturell auf die Gegnerschaft von zwei Parteien reduzieren (vgl. Luhmann 1984: 534).

„Gegnerschaften in Konflikten sind aus systemtheoretischer Perspektive Konstruktionen sozialer Realität, die auf einer Interpretation von Kommunikationsangeboten als Widersprüchen beruhen“ (Thiel/Cachay 2008: 272).

Geprägt sind diese Konstruktionen in hohem Maße durch eine auch handlungsbestimmende aufmerksamkeitsleitende „Affektlogik“, in der

„nur das wahrgenommen wird, was der eigene Ärger, die Angst oder Ungeduld wahrzunehmen erlaubt. Die in Konflikten so häufig beobachtbaren Koalitionsbildungen gehen mit einer Kollektivierung der Affektlogik einher“ Thiel/Cachay 2008: 272).

Dies kann sogar dazu führen, dass alle sozialen Abläufe und Routinen außerhalb des eigentlichen zentralen Konflikts auch der ‚Konfliktlogik‘ unterworfen und so umgestaltet werden, dass der Antagonismus verabsolutierend kultiviert wird (vgl. Thiel/Cachay 2008: 272 f.). Der Konflikt wird parasitär (vgl. Luhmann 1984: 533). Selbst Vergangenes und andere soziale Themenkontexte unterliegen nun der Gefahr, vor dem Hintergrund des Konfliktes konfliktuös uminterpretiert zu werden. Dies ist m.E. ein typisches Muster im flämisch-wallonischen Konflikt und gilt durchaus für beide Seiten.

Seine nachhaltige Wirkmächtigkeit entfaltet ein sozialer Konflikt vor allem dann, wenn der Kampf um Interessen und Macht nicht mehr allein an einem bestimmten veränderbaren (politischen) Handeln festgemacht wird, das dem einen nutzt und dem anderen weniger, sondern wenn dieser transzendiert wird auf die Ebene identitätsprägender Bestimmungskategorien wie Sprache, Religion, Kultur, Ideologie und Geschichte. Gerade interne Konflikte einer Gesellschaft mit unterscheidbaren Gemeinschaften zeitigen sich häufig als Identitätskonflikte. Das ist nicht zwingend der Fall, aber wahrscheinlich bei sozialer oder ökonomischer Ungleichheit im Zusammenhang von Machtdifferenzen.

Konflikte erlangen hierin nicht selten eine konstitutive Funktion, indem das Selbstverständnis eines Kollektivs hierdurch geprägt oder sogar bestimmt wird.

Dies geschieht erst Recht, wenn eine Gruppe Ungerechtigkeit, Demütigung oder Abwertung erfährt bzw. eine entsprechende Wahrnehmung in ihrem kollektiven Bewusstsein verankert (vgl. Mach 1993, S. 20. f.).

Typisches Muster nationalistischer Identitätspolitik ist es in diesem Zusammenhang, dies als roten Faden in eine nationale Narration einzuweben und den Konflikt als identitätsstiftend zu inszenieren. Die auf Dauer gestellte Konstruktion eines sozialen Konfliktes in Verbindung mit einem Feindbild ist das Kernelement einer entsprechenden Ideologie und ein Definitionsmerkmal des Rechtspopulismus (vgl. Kapitel 2.1), sei es, dass es in Anknüpfung eines ‚realen‘

Konfliktes geschieht oder bereits auf der Grundlage einer Konfliktkonstruktion zur Legitimation der Ideologie. Die Dauerschaltung erfolgt über die Mechanismen des kollektiven Gedächtnisses (vgl. Kapitel 2.2).

2.3.2 Diglossie, Triglossie, Polyglossie – Sprachkonflikte im nationalen Kontext

Wenn Sprachdifferenzen also mit unausgewogenen Machtbeziehungen korrespondieren, sind Konflikte vorprogrammiert. Je stärker ein Machtgefälle zwischen unterschiedlichen Sprachgruppen ist, umso wahrscheinlicher wird die Sprache als stark selektives Identitätsmerkmal zum wesentlichen Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen diesen Gruppen, selbst wenn eine Sprachdiskriminierung gar nicht intendiert war. Der Ausschluss der eigenen Sprache von der Herrschaftskommunikation ist auch dann konfliktträchtig, wenn die Herrschaftssprache zusätzlich beherrscht wird, aber als Fremd-Sprache wahrgenommen wird. Denn das geht mit dem Empfinden fehlender Gleichberechtigung eben nicht nur der eigenen Sprache, sondern der eigenen kulturellen Identität und damit der Gruppe per se einher. Dies gilt umso stärker, wenn eine solche Entwicklung zwecks nationaler Integration politisch angeordnet wird.

„Integration von oben, das heisst [*sic*] die Ausbreitung einer im nationalen Rahmen uniformen Sprache auf Kosten der Diversität an der Basis, kann für die Identitätsbildung von mehr oder weniger grossen [*sic*] Bevölkerungsgruppen als traumatisch erfahren werden“ (Bossong 1994, S. 59)

Herrschaftssprache impliziert dabei in der Regel, dass diese zugleich als Bildungs- und Verkehrssprache fungiert. Dies geht normalerweise mit Standardisierungen einher, in einer Nation etwa im nationalen Rahmen. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Legitimation ist das meistens unproblematischer, wenn es um die Vereinheitlichung von Sprache in Bezug auf Varietäten innerhalb einer Sprachfamilie geht, denn das ist zwecks einer kommunikativen Effizienz vermittelbar und provoziert im Allgemeinen nicht die Identitätskonzepte der lokalen Sprachgruppen, die ja verwandt sind. In Bayern oder Sachsen gibt es wohl kaum Schwierigkeiten damit, Hochdeutsch als Bildungssprache anzuerkennen. Allerdings gibt es durchaus Ausnahmen, wie etwa die Situation der Flamen unter niederländischer Herrschaft zwischen 1815 und 1830 zeigte, als die eigenen niederländischen Dialekte gegenüber dem Standard-Niederländisch von den Niederländern des protestantischen Nordens als minderwertig betrachtet wurden und die Standardsprache eben auch Herrschaftssprache auf dem Territorium der Flamen war, korrespondierend mit der Besetzung einflussreicher gesellschaftlicher Positionen durch Niederländer in den flandrischen und wallonischen Gebieten. Hierin u.a. sollte dann schließlich die belgische Revolution ihren Anstoß nehmen (vgl. Kapitel 4.1.1.3).

Konflikthanfällig ist es erst recht, wenn die Bildungs- und Verkehrssprache einen monolingualen Herrschaftsanspruch ihrer Sprecher gegenüber einer regionalen nicht verwandten Sprachgruppe repräsentiert, zumal dies wie beschrieben mit kulturellen Differenzen einhergeht.

„Konflikte entstehen genau dort, wo es zur Dissoziation zwischen Primär- und Sekundärsprache kommt, wo also eine Regionalsprache als Spontansprache, eine davon grundsätzlich verschiedene Nationalsprache hingegen als Bildungssprache fungiert“ (Bossong 1994, S. 57).

Erst wenn die Zweisprachigkeit zu einem internalisierten Identitätsmerkmal der regionalen Sprachgruppe im Rahmen der Primärsozialisation würde, dürfte dieser dissoziative Zustand überwunden werden, indem damit die kulturelle Identität modifiziert würde. Dieser Prozess ist allerdings störanfällig, solange es weitere Konflikte, Ungleichheiten und Ressentiments zwischen den betroffenen Sprachgruppen gäbe. Selbst eine formale Gleichberechtigung aller Sprachen innerhalb einer Gemeinschaft, wie eben etwa einer Nation, befriedet die Sprachgruppen nicht zwingend, wenn die Sprachen mit spezifischen Identitätsmerkmalen konnotiert werden und hierin eine Wertung der Gruppen vollzogen wird.

Insbesondere in bilingualen Nationen entsteht erfahrungsgemäß oft ein Machtdifferenzial zwischen den beiden Sprachgruppen mittels einer Unterscheidung in Nationalsprache und Regionalsprache. Herrschaftskonflikte sind in diesem Kontext vorprogrammiert. Die Soziolinguistik spricht in diesem Zusammenhang von Diglossie.

Der soziolinguistische Begriff der Diglossie stammt ursprünglich von Ferguson (1959) und beschreibt im Ursprungssinn eine Gesellschaft, deren Kommunikation auf zwei Sprachen bzw. Varietäten basiert. Im Fall einer dritten oder weiterer relevanter Sprachen oder Varietäten einer Gesellschaft spricht man demgemäß von Triglossie oder Polyglossie. Die Erkenntnis Fergusons war, wie Fishman (vgl. 1975, S. 95) resümiert, dass die Sprachen jeweils bestimmte Verhaltensweisen, Werte und Einstellungen ausdrückten und dass sie in der Regel hierin als „kulturell legitimiert und komplementär“ galten, solange die gesellschaftlichen und sprachlichen Beziehungen Kontinuität besaßen. Dies macht er an der funktionalen Differenzierung zwischen den Sprachen fest, d.h. eine Sprache fungiere häufig als „H(och)-Sprache, die in Verbindung mit der Religion, der Bildung und anderen Aspekten der hohen Kultur verwendet wurde“, während eine andere Sprache in der Gesellschaft als niedere Sprache fungierte, die „am Herd, im Heim und in der Sphäre der ungelerten Arbeit verwendet wurde“. Nach dieser Definition unterscheidet eine Diglossie grundsätzlich zwischen einer High Variety (H-Sprache) und einer Low Variety (L-Sprache), wobei die H-Sprache als diejenige betrachtet wurde, die die L-Sprache

überlagert, weil sie später und in einer formelleren Umgebung erlernt würde (vgl. Fishman 1975, S. 96).

Fishman (vgl. 1975, S. 96 ff.) unterscheidet nun vier Konstellationen einer Diglossie in Bezug auf den Bilingualismus der Gesellschaft:

1. Diglossie und Bilingualismus

Diese Beziehung meint, dass es in einer Gesellschaft eine H- und eine L-Sprache gibt, die von allen Mitgliedern gesprochen werden. Die Zweisprachigkeit gehört damit zum Identitätskonzept der Gesellschaft insgesamt und ist somit nicht konfliktrichtig. Als Beispiel, in dem dies annähernd auf nationaler Ebene der Fall ist, nennt Fishman Paraguay (Guarani und Spanisch).

2. Bilingualismus ohne Diglossie

Diese Beziehung meint, dass die Gesellschaftsmitglieder zweisprachig bewandert sind, es aber keine funktionale Differenzierung der Sprache in eine H- und L-Sprache gibt, beide Sprachen also gleichberechtigt in allen funktionalen Bereichen Anwendung finden. Fishman nennt als Möglichkeit einer solchen Konstellation gesellschaftliche Umbruchsituationen, die tendenziell aber wieder in eine Diglossie mit ihrer Ordnungsfunktion münden.

3. Diglossie ohne Bilingualismus

Die von Fishman beschriebene dritte Diglossie-Konstellation, soviel ist unschwer zu erkennen, ist die für den Forschungsgegenstand dieser Arbeit relevante Beziehung zweier Sprachgemeinschaften in einer Gesellschaft,

„die ungeachtet der sie trennenden soziokulturellen Unterschiede politisch, konfessionell und/oder wirtschaftlich zu einer einzigen funktionalen Einheit vereinigt sind. Auf der Ebene dieser größeren (jedoch nicht immer freiwillig zustande gekommenen) Einheit muß man davon ausgehen, daß zwei oder mehr Sprachen oder Varietäten vorhanden sind. Jedoch sind entweder eine oder beide der betreffenden Sprachgemeinschaften durch relativ undurchdringliche Grenzen gekennzeichnet, so daß der Zugang zu den Rollen und den sprachlichen Varietäten für einen ‚Außenseiter‘ (...) streng beschränkt sind“ Fishman 1975, S. 103).

Fishman führt als Beispiel historische Epochen an, in denen in der klassisch vertikal differenzierten Gesellschaft die Eliten in einer salonfähigen H-Sprache kommunizierten (z.B. Französisch), während in der breiten Bevölkerung eine Regionalsprache oder Dialekte Usus waren. Mit den Sprachdifferenzen können daran anknüpfend Differenzen des sozialen Prestiges korrespondieren, was insbesondere problematisch wird, wenn sich dies faktisch oder so

wahrgenommen auf die Sprecher überträgt. Entsteht ein entsprechendes Außenseiter-Bewusstsein in der L-Variety-Gruppe aufgrund spezifischer gesellschaftlicher Entwicklungen, sind Konflikte die Folge:

„Es ist offensichtlich, daß solche Gemeinwesen geradezu sprachliche Probleme bekommen müssen, sobald sich ihr soziales System verändert als Folge der Industrialisierung, der Verbreitung von Lese- und Rechtschreibkenntnissen und der Bildung, der Demokratisierung und der Modernisierung im allgemeinen“ (Fishman 1975. S. 104 f.).

Weiter führt Fishman (1975, S. 105) u.a. mit Hinweis auf das Beispiel Belgien an, dass es in einer solchen Konstellation darauf hinauslaufe, dass unterprivilegierte Sprachgruppen dann Forderungen entwickeln „nach Sezession oder nach Gleichberechtigung für ihre unterdrückten Sprachen.“

4. Weder Diglossie noch Bilingualismus

Diese Beziehung ist zumindest in der nationalen Dimension eher theoretischer Natur. Zumindest lassen sich keine Beispiele benennen, in denen in größeren Gemeinschaften gar keine funktionalen Differenzierungen vorliegen, die nicht auch an bestimmte sprachliche Repertoires geknüpft wären.

Mit Bezug auf Ferguson lässt sich also festhalten, dass diglossische Konflikte entstehen, sobald zwischen den unterschiedlichen Sprachgruppen die Kontinuität bestehender sprachlicher Macht- und Wertgefüge im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen infrage gestellt werden von den Sprechern der unterprivilegierten Sprache, der Low Variety. Diese Entwicklung ist mit Rindler Schjerve (vgl. auch 2003, S. 45 f.) wahrscheinlich, weil in der soziolinguistischen Komplementarität die Existenz von sozialen Asymmetrien bereits angelegt ist. Auch Bossong geht davon aus, dass in dieser Diglossie-Konstellation zweier sich gegenüberstehender Sprachgemeinden Machtkämpfe im Grunde schon vorprogrammiert sind:

„In einer diglossischen Situation pflegt eine der beiden beteiligten Sprachen dominant zu sein, die high variety gegenüber der low variety; es herrscht also in aller Regel eine hierarchische, eine Machtbeziehung. Ziel der () Emanzipationsbestrebungen ist es, diese Machtbeziehung zu verändern und die Regionalsprache, also die *low variety*, zu einem gleichberechtigten Partner der Nationalsprache, der *high variety* zu machen“ (Bossong 1994, S. 55).

Solche Entwicklungen, Sprachkonflikte in Verbindung mit oder als Ausdruck von Identitätskämpfen regionaler Bevölkerungsgruppen, besitzen in verschiedenen Regionen Europas seit einigen Jahrzehnten Aktualität. Identität wird in diesem Zusammenhang als einsprachiges

Konzept idealisiert und gewissermaßen rückwärtsgewandt an das traditionelle Nationenkonzept rückgekoppelt. D.h. es geht um regionale emanzipatorische Abspaltung aus dem bisherigen nationalstaatlichen Konstrukt, um im Endeffekt auf dem Territorium der Region eine eigene Nation zu gründen, wie u.a. das Beispiel Katalonien zeigt. Die Sprache ist dabei Konfliktgegenstand, Instrument des Konfliktes oder beides.

Mit Bossong (vgl. 1994, S. 46 ff.) ist es quasi „eine historische wie anthropologische Notwendigkeit“, dass sich eine kulturelle Identität über ihre Bezugssprache zu vergewissern und stabilisieren sucht. Das Sprachkonzept einer dissonanzfreien kollektiven Identität muss zwei Dinge in einem ausgewogenen Verhältnis beinhalten: erstens Sprache als pragmatisches Instrument einer kommunikativen Effizienz als Basis einer funktionierenden und integrativen Gesellschaft und zweitens Sprache als Medium der narrativen Identitätsentwicklung. Ob dies eine, zwei oder mehrere Sprachen zusammen leisten, ist dann eine Frage der (bilingualen) Identität selbst bzw. hängt davon ab, in welchem Spannungsverhältnis die Sprachen ggf. als Verkehrs- und Regionalsprachen stehen. Stehen diese als jeweiliges monolinguales Identitätskriterium verschiedener Gruppen sowie die Gruppen selbst in einem Konkurrenzverhältnis im Kontext unterschiedlicher Macht- und Verteilungsverhältnisse zueinander, sind Sprachkonflikte eben wahrscheinlich. Diesbezüglich und mit Blick auf den belgischen Sprachkonflikt ist es sinnvoll, die Diglossie-Definition mit Kloss (vgl. 1966, S. 138) um den Begriff der „Außen-Diglossie“ zu erweitern, den er in Differenzierung zur „Innen-Diglossie“ einführt. Er unterscheidet damit zwischen der Verwandtschaft und Nicht-Verwandtschaft der Sprachen in einer Diglossie. Das impliziert durchaus, dass die Sprachgrenzen und -konflikte in einer Innen-Diglossie leichter zu überwinden sind als in einer Außen-Diglossie.

In jedem Fall spitzen sich solche Probleme in der Regel im Rahmen einer längeren Entwicklungsgeschichte zu. Dabei kommt dem Begriff des kollektiven Gedächtnisses eine zentrale Bedeutung zu (vgl. Kapitel 2.2.3). Und in letzter Konsequenz werden die Konflikte nicht selten in einen Bedeutungskontext gestellt, der die Popularisierung von Abgrenzung und ethnische Wertungen als Programm vorantreibt, so dass Phänomene entstehen, die als rechtspopulistisch bezeichnet werden.

2.4 Sprachnationalismus als eine ideologische gesellschaftliche Konsequenz aus dem Problemverhältnis Sprache – Identität – Konflikt

Der Mensch spricht traditionell von seiner Muttersprache und seinem Vaterland. Diese Sinnbezüge sind in den vorangegangenen Kapiteln erläutert worden.

Diese Begriffe, die in der Moderne mit Nationalität und übergeordnet mit Herkunft bzw. Heimat konnotiert werden, veranschaulichen die Bedeutung der Kategorien ‚Sprache‘ und ‚Territorium‘ für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten kollektiven Identität. Dabei wird der Begriff des Territoriums nicht allein geografisch gedeutet, sondern verknüpft bzw. imaginiert mit bestimmten (zugeschriebenen) kulturellen Eigenheiten der (autochthonen) Bevölkerung, die ein jeweiliges nationales Territorium besiedelt.

Das Konzept der Nationalität kann wie beschrieben als eine Art der kollektiven Selbstdefinition und Identifikation in Bezug auf spezifische Kriterien betrachtet werden. Neigen diese Prozesse zu einem übersteigerten Modus der Abgrenzung von anderen bzw. abweichenden Kollektiven, können wir von Nationalismus sprechen. Dies steht in häufig im Zeichen heftiger Konflikte. Bestimmte Ausformungen einer nationalistischen Ideologie, die auf sozialen Konflikten im Zusammenhang solcher Identitätskriterien beruhen, liegen dem Rechtspopulismus zugrunde.

Ist Sprache, wie in Belgien, ein zentraler Konfliktgegenstand zwischen sozialen Gruppen und wird dies auf das Nationenkonzept bezogen, entsteht die Tendenz zu einem Sprachnationalismus.

Auf Grundlage der bisherigen Ausführungen soll dieser Begriff daher nun erläutert werden und abschließend in den Kontext des Rechtspopulismus gestellt werden.

2.4.1 Sprachnationalismus als Folie für den Rechtspopulismus

Nationalismus impliziert in der Tendenz Selbstdefinitionen mit wertendem Charakter, d.h. die als legitim ausgewiesenen ‚eigenen‘ nationalen Identitätsmerkmale unterliegen der Neigung, gegenüber hiervon abweichenden Merkmalen Anderer als höherwertig betrachtet zu werden.

Hierfür werden neben sprachlichen weitere kulturelle und ethnische Differenzierungen dienstbar gemacht. Bei den Anderen handelt es in der Regel um Konfliktgegner.

Oberndörfer (vgl. 2006, S. 41 f.) spricht in diesem Zusammenhang von Sprachnationalismus, wenn „die Nationalsprache und sprachlich-ethnische Homogenität“ als konstitutiv für die nationale Identität zu betrachten ist. Insofern ist mit Gardt (2000, S. 247) von „Sprachnationalismus“ die Rede, wenn Sprache der Bezugspunkt für „Argumentationsformen des

Nationalismus“ ist. Dabei attestiert er differenzierte Erscheinungsformen und unterscheidet u.a. zwischen „Sprach- und Kulturpatriotismus“ sowie „Sprachnationalismus“.

Erster ist eher eine Art Selbstvergewisserung, die im Fall Deutschlands im 17. Jahrhundert aus einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber den kulturellen Einflüssen Frankreichs sowie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Unsicherheit nach dem 30-jährigen Krieg entstanden ist, also

„eher auf einer Haltung der trotzigen und den modernen Betrachter naiv anmutenden Selbstaufwertung gegenüber dem in vielem als überlegen gesehenen Nachbarn Frankreich fußt denn auf einem tatsächlich empfundenen Bewußtsein souveräner Überlegenheit“ (Gardt 2000, S. 249).

Letzterem dagegen bescheinigt er mit ethnisch-romantischen Konnotationen die

„aggressiv formulierte Behauptung der Überlegenheit der eigenen Sprache und damit, aufgrund der erwähnten Übereblendungen, der eigenen kulturell-ethnischen (u.a. ethisch-moralischen) politischen und anthropologischen Gemeinschaft über andere Gemeinschaften sowie (implizit oder explizit) die Behauptung der Gefährdung der Integrität bzw. Identität der eigenen Sprach-, Volks- und Kulturgemeinschaft durch fremde Sprachen, Völker, Rassen, Nationen und Kulturen; als Folge dieser Behauptungen die z.T. aggressive Abwertung des sprachlich (und zugleich kulturell-ethnisch, politisch und anthropologisch) Fremden“ (Gardt 2000, S. 248).

Bildet Sprache im Sprachnationalismus vermeintlich auch das „Herzstück nationaler Identität“, so erscheint diese durch die Kopplung an den Begriff der Ethnizität für die Sinnggebung des ethnischen Nationalismus doch gewissermaßen zweitrangig, denn ein Erlernen der Sprache allein ist in diesem Sinne nicht ausreichend für die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gruppe. Insofern beinhaltet der ethnische Sprachnationalismus eine völkische Ideologie und Oberndörfer spricht entsprechend vom „völkischen Nationalismus der Romantik“, der darauf abebe, dass „alle echten Völker () sich in ferner Vorzeit gebildet (haben)“. Sie

„bilden mit ihren Ahnen, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Generationen, eine mystische überzeitliche Gemeinschaft. Volk und Nation sind identische Begriffe. Alle Völker haben ein Anrecht auf politische Selbstbestimmung in einem souveränen Staat. Nur in ihm können sie das Potential ihrer eigenen Kultur ungestört von Fremden und Fremdem voll entfalten“ (Oberndörfer 2006, S. 42).

Die Gegenüberstellung des ‚Eigenen‘ und ‚Fremden‘ ist ein typisches ideologisches Muster des völkischen Nationalismus, wobei in Anlehnung an den Philosophen Herder als Ausweis „echter Völker“ eine „von den Vorfahren übernommene, nur ihnen eigene Sprache und Kultur“ dienen. In ihnen

„manifestiert sich die Seele der Nation, der Volksgeist. Ein Volk ohne endogene Sprache und einer aus ihr erwachsenen eigenen Kultur hat keine Seele und ist daher kein echtes Volk, keine Nation. Sprachen sind daher nicht einfach Mittel der Kommunikation, sondern etwas Heiliges und zu Bewahrendes – sie sind mit Johann Gottfried Herder ‚Gedanken Gottes‘“ (Oberndörfer 2006, S. 42)

Insofern erscheint Sprache neben Kultur im Allgemeinen wiederum nicht als nachgeordnetes Merkmal eines Volkes, dass man sich einfach so aneignen kann, wenn man nicht in diese Kultur hineingeboren wird, sondern als ein essentielles quasi-völkisches Merkmal.

In diesem Sinne dienen Herder die Franzosen als Antithese, die „die Sprache ihrer Vorfahren, das Keltische, aufgegeben und einen lateinischen Dialekt übernommen“ haben. „Sie seien also keine wahre Nation und das Französische könne keine echte Nationalsprache sein“ (Oberndörfer 2006, S. 42).

Solche Entwicklungen sind in der „Ideologie des romantischen Sprachnationalismus“, wie Oberndörfer es nennt, nicht vorgesehen. Vielmehr diktiert dieser eine nationale Sprachdifferenzierung, wie er mit Blick auf die Rückbesinnung der Völker des ehemaligen Jugoslawiens auf eigene unverwechselbare Sprachvarietäten veranschaulicht. Dabei rekurrten „echte Völker“ auf eine „von Gott oder von der Geschichte bestimmte(n) Urheimat“ (vgl. Oberndörfer 2006, S. 42).

„Fremdes und Fremde gefährden die sprachlich-kulturelle Homogenität der Volksnation, die Grundlage nationaler Identität und Legitimität. Daher ist im ethnischen Nationalismus eine Dynamik zu sprachlicher und kultureller Selbsthomogenisierung angelegt. So müssen die eigene Sprache und Kultur möglichst von fremden Elementen ‚gesäubert‘ werden“ (Oberndörfer 2006, S. 42).

Wie schon einleitend erwähnt fußt der französische Sprachnationalismus trotz späterer ethnischer Umdeutungen zunächst auf einem republikanischen Nationalverständnis, wodurch Sprache und Kultur nicht unauflösbar an die Abstammung gekoppelt werden, sondern auch durch Menschen anderer Rassen und Völker angeeignet werden können, die sich damit als Franzosen gleichen Rechts assimilieren lassen. Hierin generiert der französische Republikanismus zum Feindbild völkischer Nationalisten. Dabei wird von diesen gerne ausgeblendet, dass die Konstruktion der Nationalstaaten weit weniger mit ethnisch und vor allem sprachlich eindeutigen Volksgruppen einhergeht als von ihnen propagiert. In den meisten Gegenden, die zu nationalen Konstrukten zusammengefasst wurden, wurden verschiedene Dialekte gesprochen:

„Die meisten sogenannten Nationalsprachen Europas waren bis Ende des 18. Jahrhunderts keine Volkssprachen. Sie wurden erst seit dem frühen 19. Jahrhundert mit Hilfe der staatlichen Volksschule – sie ist in allen Nationalstaaten das wichtigste Instrument der sprachlichen Nationbildung –

sowie durch die Industrialisierung, durch die Verstädterung und durch die Auflösung ländlicher Milieus als Volkssprache durchgesetzt“ (Oberndörfer 2006, S. 43).

Nationalsprachen sind also keineswegs ‚naturegeben‘, sondern wie die Nationen selbst Konstrukte, die allerdings im völkischen Sprachnationalismus zu einer Art Wesenskern eines ethnisch-homogenen Nationalvolkes verklärt werden.

Die Bedeutung der Volksschule für den Sprachnationalismus und die Konstruktion von Nationen und Nationalsprachen erklärt u.a. den späteren Kampf der nationalistischen Flämischen Bewegung für eine flämisch nuancierte ‚Niederlandisierung‘ der flämischen Bildungsanstalten in Belgien, in denen zunächst Französisch Verkehrssprache war (vgl. Kapitel 4.2.2). Der Kampf um eine ethnisch etikettierte und visionär nationalistische Selbstbestimmung von Volksgruppen in Vielvölkerstaaten geht hiermit typischerweise einher, wie Lapinski/Rosenberg in einem „interdisziplinärem Gespräch zwischen Linguistik und Sozialwissenschaften“ konstatieren:

„In ethnischen Konflikten dauert es meist nicht lange, bis Sprache (und Schule) zum Gegenstand des Konflikts werden: zum Streitobjekt im Ringen um die zentrale Deutungshoheit, wessen Sprache zur ‚legitimen‘ Sprache erklärt wird, wessen ethnokulturelles ‚Kapital‘ von gesellschaftlichem Nutzen ist“ (Lapinski/Rosenberg 2001, S. 2).

Sie stellen ferner fest, dass ethnische Konflikte und in letzter Konsequenz sprachnationalistische Auseinandersetzungen zusammenhängen mit differenzierten kulturellen Modellen, die in der Tradition verhaftet sind und Strukturen und Symbole aufweisen:

„Typische und geteilte Muster von Wissen, Werten, Emotionen, Handlungsprogrammen stehen für jedes Mitglied der Gruppe bereit. Hervorzuheben ist die identitätsbildende Komponente der Tradition. Die eigene Einmaligkeit und Eigenwertigkeit werden betont, die Unterschiede zu anderen Gruppen hervorgehoben. Bei diesem Vorgang der Abgrenzung können beliebige Faktoren herangezogen werden. Meistens definieren sich ethnische Gruppen durch eigene Sprache, gemeinsame Geschichte, das geteilte Territorium, Religion. Aber auch die Hautfarbe oder Haartracht kann als Kriterium ethnischer Kategorisierung dienen“ (Lapinski/Rosenberg 2001, S. 7).

In diesem Zusammenhang können Traditionen in nationalistischer Perspektive auch „erfunden“, Erinnerungskulturen geschaffen werden, wie u.a. das flämische Beispiel des jährlichen Gedenkens an die ‚Schlacht der goldenen Sporen‘ an einem „National“-Feiertag verdeutlicht (vgl. Kapitel 4.2.4).

Solche Kategorisierungen rekurrieren auch auf ein spezifisches Kapital einer Gruppe, z.B. das Alltagswissen bzw. ‚nationale‘ Wissensbestände, die in einer Beziehung zur Produktionsfunktion einer Gesellschaft stehen und hierin häufig ethnische Gruppen unterscheiden

(Lapinski/Rosenberg 2001, S. 8). Erweisen sich solche spezifischen Kapitalien einer Gruppe als besser geeignet, gesellschaftliche Probleme zu lösen, gehen damit nicht selten soziale Wertungen einher bzw. gilt eine Gruppe gegenüber einer anderen als produktiver und gewissermaßen ‚besser‘.

Gegenwärtig ist dies in Europa im Rahmen der EU und im Kontext der Eurokrise zu beobachten, in der die oft als ‚faul‘ und unproduktiv stigmatisierten Völker im Süden von den angeblich kompetenten Völkern des Nordens vermeintlich alimentiert würden.

Jedenfalls sind in solchen Entwicklungen Konflikte vorprogrammiert und je stärker dies mit ethnischen und kulturellen Merkmalen besetzt wird, bekommt dies gesellschaftssprengende Wirkung. Dies gilt nicht zuletzt auch, wenn sich es sich innerhalb einer Nation zwischen unterschiedlichen Gruppen ereignet. Man kennt diese Situation auch aus Deutschland in Bezug auf ein ökonomisches Nord-Süd-Gefälle mit den einhergehenden föderalistisch bedingten Ausgleichszahlungen. Noch gravierender verlaufen solche Konflikte erfahrungsgemäß in Vielvölkerstaaten.

Unterscheidet sich dabei noch die Sprache, wird die Sprachenfrage irgendwann zentraler Konfliktgegenstand, zum Merkmal der Grenzziehung (Lapinski/Rosenberg 2001, S. 9 ff.).

Lapinski/Rosenberg verweisen in Anlehnung an Essers (1996) Definition ethnischer Gruppen darauf, dass eine solche Grenzziehung „objektiviert“ wird, indem moralisches, kulturelles, soziales und politisches Kapital dienstbar gemacht wird. Sprache wird hierbei zum ‚Marker‘ der Unterscheidung als quasi-äußeres Merkmal. „Sprache ist ein auf der Zunge getragenes ‚Etikett‘ der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, Kennzeichen und Symbol einer Gruppe“ (Lapinski/Rosenberg 2001, S. 10 f.). Die Autoren verweisen ferner auf die dargelegte theoretische Erkenntnis (vgl. Kapitel 2.2.1), dass Sprache eben nicht nur Kommunikationsmittel ist, sondern auch Instrument des sozialen Handelns und Medium der Deutung von ‚Welt‘ und in dieser dreifachen Funktion konstitutive Bedeutung für kollektive Identitäten hat (vgl. Lapinski/Rosenberg 2001, S. 11).

In Bezug auf den Sprachnationalismus ist die Sprachenfrage aber kein Selbstzweck bzw. eine Frage der Selbstdefinition einer Gruppe per se, sondern an bestimmte Nutzenerwartungen, eine Verbesserung sozialer Positionen insbesondere von Trägern der Deutungshoheit in der Gruppe verknüpft.

„Je ausschließlicher eine Gruppe von ihrem spezifischen Kapital abhängt und je mehr sie sich Chancen auf einen Erfolg des Konflikts ausrechnen kann, um so stärker ist das Motiv für den Konflikt“ (Esser 1996: 94).

Die eigene Sprache wird dann nicht selten (...) – „im Rahmen eines ethnischen und nationalen Framings – zu einem Positionsgut gemacht“, was dann zur Verdrängung der vorherigen (sprachlichen) Herrschaftskriterien führt, die von einer anderen Gruppe definiert wurden (vgl. Lapinski/Rosenberg 2001, S. 16).

Das moralische Fundament des ethnischen Sprachnationalismus‘ erwächst dabei oft aus Szenarien gefühlter oder faktischer Ungerechtigkeiten, dem Gefühl der (sprachlichen) Marginalisierung oder Diskriminierung aufgrund gruppenspezifischer Merkmale, wodurch ethnische Gruppen im Sinne der Emanzipation mobilisiert werden, aus ihrem moralischen Kapital Einstellungen der Gegenwehr abzuleiten (vgl. Lapinski/Rosenberg 2001, S. 15). Umgekehrt – im tendenziell imperialistischen Sinne – kann dies auch der Fall sein, wenn eine Gruppe unter Berufung auf ihr Kapital Machpositionen zu verteidigen oder gar zu erweitern sucht. Dies wird dann in der Regel ebenso moralisch gerechtfertigt und hierin ethnisch etikettiert.

„Das moralische Kapital ethnischer Gruppen – um so mehr, wenn es mit religiösen Vorstellungen koinzidiert – stellt eine Ressource der ‚Ethnisierung‘ von besonderer Potenz dar (...)“ (Lapinski/Rosenberg 2001, S. 15).

Das im ethnischen Sprachnationalismus wirksame moralische Kapital wird dabei häufig in der jeweiligen Literatur der ethnischen Gruppe ‚festgeschrieben‘ bzw. aus ihr abgeleitet. Hierin liegt der Zusammenhang zwischen Sprachnationalismus und Romantik als Quelle vieler Schriften, die in einigen Ländern zu einer Art Nationalliteratur stilisiert wurden. Bär (vgl. 2000, S. 201) sieht diesen Zusammenhang aber weniger darin, dass der Nationalismus in der romantischen Dichtung angelegt sei, sondern dass dies der „unkritischen Übernahme einer ideologisch geprägten Romantikinterpretation“ geschuldet sei.

„Der romantische Diskurs als solcher ist nicht nationalistischer als andere Diskurse, und die Romantiker sind nicht besser als andere geeignet, von Vertretern eines chauvinistischen ‚Deutschtums‘ als geistige Ahnen in Anspruch genommen zu werden (...) Diese nationalideologische Sicht der Romantik hat mit den historischen Tatsachen selbst, d.h. mit den Quellentexten, nicht allzu zu tun; sie ist hauptsächlich propagandistischem Zwecke verhaftet und durch dieses geprägt“ (Bär 2000, S. 201)

Allerdings wird auch in Bärs Untersuchung des Zusammenhangs von Nation und Sprache aus Sicht romantischer Schriftsteller und Sprachtheoretiker deutlich, dass der romantische Diskurs eben doch gewisse Themensetzungen beinhaltet, die nationalistisches Denken erkennen lassen oder zumindest für eine nationalistische Perspektive Anknüpfungspunkte bieten. Der Befund der Literaturanalyse bringt u.a. die Sichtweise einiger Vertreter der Romantik hervor, dass

Mythologie „nur aus der Totalität einer Nation“ (Schelling 1804, S. 572) geboren werden könne, wobei die Deutschen durchaus als der „intellektuelle Schwerpunkt“ (Novalis 1798, S. 459) der Menschheit betrachtet würden, diesem stünden „die Plastik der wilden Nationen“ (Schlegel 1797/98, S. 88) gegenüber (zit. nach Bär 2000, S. 205). Bär sieht hierin allerdings nur einen kulturellen Nationsbegriff angelegt ohne „lebensweltlich-charakterliche() oder „genetische“ Aufladung. Auch wenn er Schlegels Worte von „der natürlichen Einheit“ einer Nation aufgreift, hält er dieser Perspektive die Treue. Dessen Meinung, „daß nicht alle menschlichen Geschlechter gleiche Anlagen und gleichen Werth haben“, schreibt er aber möglicherweise eine unterschwellige genetische Semantik zu (vgl. Bär 2000, S. 208).

Jedenfalls lassen sich solche Urteile aus der romantischen Dichtung sehr wohl recht gut für eine ethnisch-nationalistische Propaganda vereinnahmen, wenn dies auch nicht in der Dichtung selbst intendiert sein mag. Dabei spielen die romantischen Abhandlungen eine Rolle, aber auch die jeweilige Sprache selbst, die in spezifischer Weise Semantiken und Weltprojektionen entwirft oder Deutungsmuster von ‚Welt‘ verarbeitet und Begriffe hervorbringt, die mitunter anderen Sprachen nicht zu eigen sind. Sinnliche Eindrücke werden vom Intellekt zu inneren Bildern verarbeitet und dann sprachlich gefasst und hierin zu semantischen Sprachbildern (vgl. Bär 2000, S. 209). Und so entsteht ein Dualismus von Geist und Natur, der auch einen Zusammenhang zwischen Nation und Sprache bedingt, der sich nationalistisch interpretieren lässt.

„Eine Sprache ist durch die Nation, von der sie gesprochen wird, durch deren ‚Charakter‘ und Geschichte geprägt (...), wirkt aber andererseits auch wiederum auf sie zurück, indem sie ihre Denkweise und Weltansicht bestimmt und sie damit zu bestimmten geistigen und kulturellen Leistungen befähigt“ (Bär 2000, S. 209).

Bär begründet ein solches konstruktivistische Verständnis von Sprache auch mit Humboldt, für den „eine grosse Anzahl von Gegenständen erst durch die sie bezeichnenden Wörter geschaffen werden, und nur in ihnen ihr Daseyn haben“ (Humboldt 1821, S. 640; zit. nach Bär 2000, S. 215). Damit unterscheiden sich nach Humboldt Sprachen nicht allein in ihren „Schallen und Zeichen“, sondern auch in den Weltansichten, die in ihnen angelegt sind (vgl. Humboldt 1820, S. 27; zit. nach Bär 2000, S. 215).

Und diese aus Sprache erwachsenen Leistungen und Weltansichten lassen sich eben national etikettieren und hierin jenen anderer Nationen wertend gegenüberstellen. Hierauf fußt nicht zuletzt die Argumentation und Agitation von Rechtspopulisten, die sprachnationalistische Charakteristika (vgl. Kapitel 2.4.2) verwenden und hierbei nicht zuletzt eben nationale Errungenschaften mit Sprache korrelieren Solche Charakteristika werden in ein spezifisches Topoi- und Metaphernsystem des Rechtspopulismus überführt (vgl. Kapitel 2.1.2).

2.4.2 Charakteristika des Sprachnationalismus

Für Stukenbrock (2005) ist es für den Sprachnationalismus kennzeichnend, dass er die Muttersprache durch Prozesse der Politisierung, Psychologisierung und Pädagogisierung in letzter Konsequenz zu einem Nationalheiligtum sakral überhöht. Dabei brachte ihre Analyse des deutschen Sprachnationalismus‘ hervor, dass mit der Ethnisierung der nationalistischen Ideologie schließlich auch die Muttersprache ethnisiert wurde, außerdem neun ideologische Grundmuster erkennbar sind, die auch im Allgemeinen als Prinzipien des Sprachnationalismus‘ in Betracht gezogen werden können (vgl. Stukenbrock 2005, S. 432 ff.):

- Heterogenitätsreduktion

Dieses Prinzip bedeutet die Erfindung einer Nationalsprachgeschichte als Homogenitätsfiktion unter Ausblendung heterogener zeit- und sozialgeschichtlicher Entwicklungsphasen. Für die deutsche Sprache konstatiert Stukenbrock seitens der Nationalisten die Absicht, die Muttersprache

„oder genauer die bildungsbürgerliche Leitvarietät des Deutschen nicht nur als das *Verbindliche*, sondern auch als das eigentlich *Verbindende* aller Nationsmitglieder zu etablieren. Die ahistorische Sprachbetrachtung fügt sich ein in eine durch Kürzschlüsse mit fernen Vergangenheiten betriebene nationale Identitätskonstruktion, die ihren treffendsten Ausdruck in den *redivivus*-Gestalten (Arminius) gefunden hat. Sie ist in funktionalem Zusammenhang mit der Fundierung eines nationalen Selbstbildes zu verstehen (...)“ Stukenbrock 2005, S. 432 f.).

- Sprach- und Selbstlob

Dieses Prinzip manifestiert sich in spezifischen Topoi wie Alter, Ursprünglichkeit, Reinheit, Reichtum oder Eigentlichkeit, die der abgrenzenden Selbsterhöhung dienen. Zugleich und einhergehend werden diese Selbstbeschreibungen gegenteiligen Attributen gegenübergestellt, die dem Fremden zu dessen Abwertung zugewiesen werden. Es geht also auf die ideologische Grunddichotomie zurück, wobei dies sowohl im Sinne eines defensiven Patriotismus als auch im Sinne eines aggressiven Nationalismus Anwendung findet.

- Übergreifende Betrachtungs- und Darstellungsprinzipien

Sprache wird zum nationalen Schlüsselsymbol durch Entpragmatisierung, Hypostasierung oder Reifizierung, Personifizierung oder Anthropomorphisierung, Emotionalisierung, Ontologisierung und Sakralisierung. Beispielsweise ist die Rede vom kollektiven Sprachgeist, im Sinne einer Analogie zum Nationalgeist oder Nationalcharakter. Dies geht dann mit der Ontologisierung („naturegebener“) Grenzen einher.

- Bildfeldprinzip

Es wird eine in Bezug auf das Eigene und Fremde eine diskurstypische metaphorische Ebene geschaffen, auf der die Selbstbeglaubigung des nationalistischen Diskurses durch bildhafte Fortschreibung der Darstellungsprinzipien stattfindet. So ist etwa vom positiv besetzten „Antlitz der eigenen Sprache“ die Rede und dies wird den im bedrohlichen Sinne ‚fremdländischen Gesichtszügen‘ anderer Sprachen gegenübergestellt, die sich möglicherweise auch anschicken, die eigene Sprache zu ‚verunreinigen‘. Die Nähe zum Bild eines parasitären Eindringlings und in letzter Konsequenz die Hinwendung zu einer Säuberungsmetapher auch jenseits der Sprachebene ist hierin bereits im 17. Jahrhunderts angelegt.

- Selbstbeglaubigungsprinzip

Sind sprachnationalistische Bildfelder als Relevanzstrukturen etabliert, lassen sich neue Metaphern dieser Ausrichtung, die in einem späteren zeitgenössischen Kontext stehen, relative problemlos einfügen. Mehr noch, es kommt zur gegenseitigen Beglaubigung und darüber hinaus zugleich zur Beglaubigung und Variabilisierung der Ideologeme der Relevanzstrukturen.

„Der sprachnationalistische Diskurs verläuft mithin im Rahmen argumentativer Muster und metaphorischer Strukturen, die Vertrautheit stiften und zugleich genügend Flexibilität für die Variation und Integration neuer Ideologeme lassen. Die Bildfelder führen dazu, dass sich das in ihnen vollzogene Denken verselbständigt, dass das Wahrnehmen und Beurteilen von Phänomenen gemäß der ‚inneren‘ Logik der für sie verwendeten Bilder eine eigene Dynamik entfaltet, Zusammenhänge konstruiert und Schlussfolgerungen nahelegt oder zwingend erscheinen lässt, die sachlich falsch sein können, da sie, statt auf die Erkenntnis des Gegenstands zurückzugehen, der unhinterfragten Übertragung von Erkenntnissen und Urteilen, die für den Herkunftsbereich der Bilder gelten mögen, entspringen. Die aus den metaphorischen Perspektivierungen entspringenden Fehlurteile verselbständigen sich ihrerseits, da sie fortwährend durch die etablierte Metaphorik beglaubigt werden, und generieren weitere Fehlschlüsse“ (Stukenbrock 2005, S. 435).

- Konzeptionsverdichtung

Mit sprachnationalistischer Radikalisierung kommt es zur Verdichtung der Bildfeldkonzeption zu einem Konglomerat aus Überlagerungen und Überlappungen. Als Beispiel nennt Stukenbrock (2005, S. 436) u.a. die Pflanzen- und Krankheitsmetaphorik, mit der im 19. Jahrhundert das Fremde biologisch pathologisiert wurde.

- Korrelationsprinzip

Die Sprache wird korreliert mit Ereignissen und Werten, die in der Selbstimaginierung nationale Größe und Herrlichkeit symbolisieren.

- Das deontische Prinzip

Dieses Prinzip besagt, dass die Sprachreflexion im sprachnationalistischen Diskurs nicht deskriptiv, sondern immer präskriptiv ist. Es geht dabei auch um den sprachlichen Ausdruck und die Sprachpflege um die Erfüllung von Normen, die für den Nationalismus als existenziell ‚vernünftig‘ betrachtet werden. Die nationalen Sprecher sind aufgerufen, in diesem Sinne bestimmten Imperativen zu folgen.

- Automystifizierung

Die Automystifizierung der Sprache ist gewissermaßen im Zusammenwirken der anderen acht Prinzipien aufgrund ihrer irrationalen und affektiven Komponenten angelegt.

2.4.3 Sprachnationalistisches Topoi- und Metaphernsystem in der Nationalliteratur

Fundament des Sprachnationalismus‘ sind nationale Erzählungen auf Basis historisierter Episoden, die in ein kollektives Gedächtnis eingebrannt werden und hierin eine imaginäre Gemeinschaft erschaffen. Von einer Art Gründungsakt bis zur Gegenwart besteht eine solche Erzählung aus (mythenhaften) Geschichten und bedingt wahrhafter Geschichte. Es handelt sich um hypostasierte Überlieferungen, deren Wirkungsgrad mündliche Erzählungen allein nicht hätten erreichen können. Hierzu bedurfte es als kulturelles Gedächtnis des (romantischen) Schrifttums und damit einer Literatur, die sich der nationalen bzw. nationalistischen Sinngebung verschrieb und sie somit ‚festschrieb‘. Diese kann somit in einer eng gefassteren Weise als Nationalliteratur bezeichnet werden:

„Nationalliteratur reflektiert die ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse der Nationwerdung und macht durch sprachliche Formung dieser Reflexion das Leitbild der Nation bewußt“ (Tömmel 1976, S. 35).

Diese spezifische Definition unterscheidet sich somit von einem Sammelbegriff, der etwa ohne jede Differenzierung die gesamte Literatur oder jene einer bestimmten Epoche innerhalb des nationalen Rahmens umfasst (vgl. Tömmel 1976, S. 34 f.).

Tömmel (vgl. 1976, S. 21) verweist auf die ideengeschichtlichen Impulse für die Nationengründungen im 19. Jahrhundert und hierin auf die wenig untersuchte Bedeutung der Nationalliteratur.

Harth (vgl. 2000, S. 350) spricht von einer ‚merkwürdige(n) Ehe‘ zwischen Nationenbildung und literarischer Bildung, die ein ‚Fels einer zählebigen Glaubenslehre‘ von den Anfängen nationalistischer Diskurse im 18. Jahrhundert bis in die Zeit der radikalen Nationalismen war

und als symbolisches Kapital in Bezug auf „die im Sinne einer bildungsbürgerlichen Elite entstehende ‚Nation‘“ inwertgesetzt wurde. Das Verhältnis zwischen Nationalliteratur und der Ideologie des Nationalismus‘ kann dabei als dialektisch betrachtet werden, „bestimmte Denkstrukturen“ fließen aus der Gesellschaft in die Nationalliteratur ein und wirken umgekehrt „strukturierend sowohl auf das ideologische System als auch auf die institutionalisierte Realität der nationalen Gesellschaft zurück“ (vgl. Tömmel 1976, S. 60).

Dabei ging es in der Literatur häufig darum, einen ‚Nationalcharakter‘ zu inszenieren. Lange vor der politischen Einheit Deutschlands im 19. Jahrhundert etwa war die vordemokratische Einheit der Nation bereits als „ein schriftsprachliches Bildungswerk“ konzipiert und pädagogisch vorbereitet worden (vgl. Harth 2000, S. 364):

„Die Nationwerdung in Gang zu bringen, schien den pädagogischen Berufen der Zeit ohne die strenge Arbeit an einem nationalliterarischen Code und Erziehungsmodell gar nicht denkbar“ (Harth 2000, S. 364).

Die im weitesten Sinne romantische Literatur und Poesie lieferte hierfür in der Regel Vorlagen, in denen der ‚Nationalcharakter‘ definiert wurde „als eine Ansammlung von stereotypen Eigenschaften, die um ihrer Positivierung willen gerne auf gemeinsame Abstammungsfiktionen zurückgeführt wurden“. Dies wurde gekoppelt an normative Vorstellungen und hierin unterstellt, dass es dem Bedürfnis der national dominierenden kulturellen Gruppe in Bezug auf kulturelle Kohärenz und Homogenität der nationalen Gemeinschaft Rechnung trüge (vgl. Harth 2000, S. 365). In diesem Zusammenhang, so konstatiert Harth in Anlehnung an Norbert Elias, „hat die deutsche Intelligenz jener Zeit den ‚Nationalcharakter‘ in den Eigenschaften des ‚mittelständischen Sozialcharakters‘ gesucht“ (vgl. Harth 2000, S. 363). Nach außen wird das ‚deutsche Wesen‘ insbesondere als Antagonismus zum Französischen stilisiert.

Dabei wird der ‚Nationalcharakter in der nationalen Literatur und insbesondere der Poesie aber nicht nur festgeschrieben, diese gilt wie die Sprache als ein wertbesetztes Wesensmerkmal.

„In Deutschland lebte und webte der Mythos von der Poesie als einer primordialen (Natur-)Kraft der Kultur, d.h. nicht zuletzt der Nationalsprache und -literatur. Und das war für die meisten Autoren ein hinreichendes Kriterium, nicht nur Differenz und Gegensatz zwischen dem französischen und dem deutschen ‚Geist‘ zu behaupten, sondern auch entsprechende Überlegenheitsphantasien zu kultivieren. Denn Poesie, das war mehr als Literatur, mehr als ästhetischer Formenkult; sie galt – um ein Wort Wilhelm Humboldts zu zitieren – als eine ‚Macht‘, die wie ‚Sittenlehre und Religion selbst‘ die ‚moralische Bildung‘ des Menschen beeinflusst“ (vgl. Harth 2000, S. 373 f.).

Die Historisierung der Nationalliteratur und ihrer akademischen Reflexion im 19. Jahrhundert gerät unter diesen Vorzeichen insbesondere im völkischen Sprachnationalismus zu einem „Pantheon der nationalen Gedächtniskultur“ zur Beschwörung der nationalen Einheit (vgl. Harth 2000, S. 375 f.).

In der völkischen Reflexion werden ideologische Nuancen in den Werken dabei ausgeblendet, eingeebnet oder umgedeutet, sofern die literarischen Vorlagen die völkische Perspektive nicht ehedem bediente.

2.4.4 (Sprach-)Nationalistische Erinnerungs- und Identitätspolitik

Eine weitere Unterscheidung insbesondere auch in Bezug auf ein nationales kollektives Gedächtnis und mittels auch der Medien betrifft die intentionalen Prägungen einerseits und die unbewussten Einprägungen andererseits

„Am ‚intentionalen‘ Pol geht es um ‚Erinnerungspolitik‘, d.h. um die Instrumentalisierung des Geschichtsbildes durch die nationalen Eliten. Es wird hier eine Version der Vergangenheit propagiert, welche die nationale Integration stärkt und die dem Imperativ der Herrschaftssicherung unterliegt (...). Am anderen, am ‚unbewussten‘ Pol befindet sich das kollektive Gedächtnis (...). Auch jene, die die Erinnerung zu Herrschaftszwecken zu nutzen verstehen, unterliegen der unbewussten und ungewussten Macht tradierter Deutungsmuster, ohne die Geschichtsbilder gar nicht decodierbar wären. Bewusste Manipulation und unbewusste Prägung wirken so zusammen (...).“ (Tanner 2001, S. 51).

Es ist also nicht nur so, dass mit Hobsbawm/Ranger (2003) gesprochen Traditionen erfunden werden, um kollektive Identitäten zu schaffen, sondern diesbezüglich ganze Geschichtsbilder. Stukenbrock verweist in diesem Sinne auf die Strategie in Deutschland im 19. Jahrhundert,

durch das Beschwören von Heldenzeiten, historischen Schlachten, dem alten Reich, einer sagenhaften Abstammung und hochberühmter Vorfahren der Imagination des Nationalen Nahrung zu geben (...) (Stukenbrock 2005, S. 63).

Medium dieser Erzählungen und damit des kollektiven Gedächtnisses ist wie gesagt die Sprache. In der Regel ist es eine Machtelite oder eine Gegenelite, die sich über eine bestimmte in Sprache gefasste Erinnerungspolitik in den Besitz der Deutungshoheit bringt und sozusagen nationale Identitätspolitik im Sinne der eigenen Wirklichkeitsdeutung betreibt. Eine nationalistische historische und soziale Wirklichkeitskonstruktion, so impliziert die These dieser Arbeit, bedient sich dabei einer ganz bestimmten Sprache, die sich in modernen rechtspopulistischen Argumentationsmustern als Forterzählung wiederfindet. D.h. dass diese Muster entweder

wiederbelebt werden oder aber an historischen Identitätsdiskursen anknüpfen, die niemals ausgestorben waren, indem sie zumindest latent seit dem nationalistischen Zeitalter durchgängig – im Sinne des kulturellen Gedächtnisses – als national bedeutsam ausgewiesen wurden. Dies erinnert auch an den Begriff des „banalen Nationalismus“, den Billig einer Nation zuordnet. Ein zentrales Muster ist dabei eine antagonistische „Wir gegen Die“-Metaphorik. Dem liegt zugrunde, dass nationalistische Identitätskonzepte in besonderer Weise im Zeichen von Konflikten und Abgrenzungsmotiven stehen.

2.5 Übergänge vom Sprachnationalismus zum Rechtspopulismus

Fassen wir also zusammen: Romantischer Sprachnationalismus, sobald dieser im Kontext einer Werthierarchie auf ein völkisches Moment abhebt, und Rechtspopulismus können insofern als eine Art begriffliche Abstammungsgemeinschaft aufgefasst werden, als dass der skizzierte Sprachnationalismus bereits die „populistische Basiserzählung“ (vgl. Kapitel 2.1.1) für den Rechtspopulismus darstellt. Für Kellersohn et al. (2014) machen dabei wie angedeutet zwei wesentliche Abgrenzungsnarrative den völkischen Nationalismus aus: erstens die Erzählung vom durch die Elite betrogenen Volk, dass nun quasi moralisch berechtigt ist, eine Gegenelite ins Rennen zu schicken, die auf der Grundlage eines autoritären Herrschaftsverständnisses anstrebt, das Individuum der Gemeinschaft unterzuordnen und hierin den ‚wahren‘ Nationalcharakter hervorzubringen. Die Elite gilt in dieser Hinsicht als parasitär, die das Volk ausbeutet und damit nicht der Nation dient. Allerdings wird diese vertikale Freund-Feind-Konstruktion nicht im kommunistischen Sinne als Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie aufgefasst. Als Synonym für das ausgebeutete Volk und Träger des ‚Nationalcharakters‘ gilt, wie bereits beschrieben, die ‚fleißige‘ bürgerliche Mittelschicht, das Kleinbürgertum, das die nationale Gemeinschaft trägt. Das Prekariat, das sich nicht an der Produktivität der Gemeinschaft beteiligt, gilt insofern ebenfalls als parasitär.

Das zweite Basisziel des völkischen Nationalismus ist einhergehend die sukzessive ‚ethnische‘ Homogenisierung und internationale Etablierung der Nation. Das zweite Abgrenzungsnarrativ betrifft also eine horizontale Freund-Feind-Konstruktion und einerseits ebenfalls innere ‚Feinde‘, die nicht der autochthonen Bevölkerung entstammen, sowie andererseits andere Nationen bzw. nationale Ethnien, die als Gefährdung hinsichtlich der Durchsetzung eigener Interessen gesehen werden.

Der völkische Nationalismus, und hierin knüpft der Rechtspopulismus unmittelbar an, strebt in letzter Konsequenz die Errichtung oder eine Transformation des Staates nach den beschriebenen Imperativen an – ggf. unter anfänglicher Anwendung dessen Spielregeln und der

Ankopplung an die hegemonialen Diskurse, d.h. ohne eben eine direkte gewalttätige revolutionäre Konfrontation mit dem System zu suchen, wie dies etwa rechtsextreme Einstellungen zum Ausdruck bringen. In Bezug auf Ethnizitätsaspekte werden, um verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zu umgehen und die eigene Legitimität nicht zu gefährden, die eigenen Positionen in der Regel öffentlich relativiert oder abgeschwächt dargestellt. Es wird beispielsweise unterschieden zwischen ‚nützlichen‘ und ‚nicht nützlichen‘ Ausländern und mit solchen als volkswirtschaftlich-pragmatisch ausgeflaggt Losungen die völkische Perspektive verschleiert. Denn folgt man Stukenbrock (2005), vollzieht sich der Übergang von sprachnationalistischen zu rechtspopulistischen Einstellungen über einen Wandel des Sprachnationalismus hin zu einem politischen Nationalismus, der sich am Ende auch über rassistisches Gedankengut definiert:

„Dieser Sprachnationalismus währt so lange, bis die Rasse an die Stelle der Sprache bei der Gemeinschaftsdefinition gesetzt und die Sprache nicht mehr als autonome Größe, sondern als Derivat der Rasse aufgefasst wird“ (Stukenbrock 2005: 451)

Mit Blick auf den Nationalsozialismus attestiert Stukenbrock ähnlich wie Geden (2007) dem (romantischen) Sprachnationalismus, dass dieser sich für eine solche Entwicklung geradezu anböte, denn er habe hierfür

„aufgrund seiner objektiv-deterministischen Gemeinschaftsvorstellung und mittels seines über die Jahrhunderte hinweg fortgeschriebenen, in den Grundbausteinen stabilen, ideologisch dafür umso leichter transformierbaren Topoi- und Metaphernsystems die Relevanzstrukturen geschaffen (...)“ (Stukenbrock 2005: 451).

Die Analyse des Sprachnationalismus hat die in dieser Aussage implizierte enge Kopplung zwischen den Begriffen ‚Sprache‘, ‚Kultur‘ und ‚Ethnizität‘ eindeutig bestätigt.

Damit versorgt er Rechtspopulisten ggf. unter Anwendung leichter Umdeutungsmanöver eine historische Quasi-Legitimation für ihr Gedankengut.

Auch Gardt (vgl. 2000, S. 249) konstatiert entsprechend, dass demgemäße sprachideologische „Motive und Argumentationsfiguren“ bereits Mitte des 19. Jahrhunderts existierten und nicht etwa erst von den Nationalsozialisten erschaffen wurden. Dies treffe auch zu „auf das Konzept der *Rasse*, das mit dem Aufkommen der Ethnologie und der Anthropologie im 19. Jahrhundert für die sprachbezogene Diskussion zunehmend relevant wird (...)“ (Gardt 2000, S. 249).

Gleichwohl wurde dies zunächst nicht zwingend biologisch-genetisch diskutiert, sondern eher im kulturalistischen Sinne. Dabei wurde angeknüpft an romantische Dichter und Sprachanalytiker wie Schlegel, Humboldt oder Grimm. Bei ihnen findet sich eine

„ins Mythologische und Sakrale ausgreifende Überhöhung der Muttersprache, die terminologisch völlig unspezifische Übereinanderblendung der Konzepte Volk, Nation, Geist, Seele, Wesen mit dem der Sprache zu Volksgeist, Sprachgeist, Nationalgeist, Nationalsprache, Volksseele, Sprachseele, Wesen der Sprache und des Volkes etc.“ (Gardt 2000; S. 257 f.).

Durch die Nationalsozialisten wurde diese Perspektive dann rassistisch umfunktionalisiert und radikalisiert im Sinne der angeblichen Höherwertigkeit der arischen Rasse als wesensbedingter Ausdruck höchster Kultiviertheit und Zivilisiertheit. Dass dabei mit dem Begriff des Ariers auf eine ursprünglich sprachwissenschaftliche Klassifizierung zurückgegriffen wurde, zeigt einmal mehr die ideologische Verknüpfung von Sprache und Rasse (vgl. Gardt 2000, S. 251). Die Muttersprache galt nun im Dritten Reich als „arthaftes und artechtes Erbe“, dass die „Zucht und Verhaltenheit des nordisch-germanischen Menschen“ zum Ausdruck bringt („Muttersprache“ 1939, Heft 7/8; zit. nach Gardt 2000, S. 258).

Einmal mehr wird hierin der Übergang zwischen Sprachnationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bzw. -extremismus besonders deutlich. Insofern stellt dies auch keine Transformation in einen gänzlichen anderen oder sogar oppositionellen Zustand dar, sondern ist – definitionsabhängig – die ethisch radikalisierte Forterzählung und ggf. Umdichtung der nationalistischen Narration. Je kontinuierlicher diese Erzählung im Sinne eines Mainstreams ihre gesellschaftliche Bedeutung reklamieren kann und je schneller Legitimitätsprobleme dabei überwunden werden, d.h. Episode für Episode immer wieder Legitimität hergestellt werden kann, desto geringer ist die Legitimitätsbarriere für die Forterzählung. D.h. bei einer großen ideologischen und nationalen Tradition des nationalistischen Diskurses bedarf keiner großen Gelegenheitsstrukturen, sich wirksam rechtspopulistisch zu positionieren.

In Deutschland beispielsweise hat die Episode des Nationalsozialismus die nationalistische Erzählung völlig diskreditiert, so dass rechtspopulistische Erscheinungen seitdem zumindest bis zum politischen Wirken der AfD eher eine Randerscheinung geblieben sind. In anderen (nationalen) historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen kann dies ganz anders aussehen. Es wird zu zeigen sein, dass und aus welchen Gründen etwa die Kollaboration der flämischen Rechten mit den Deutschen während der Weltkriege die flämisch-nationalistische Erzählung nicht nachhaltig geschadet hat und inwiefern der flämische Nationalismus aus der Geschichte seine Legitimation ableitet und in welchem Verhältnis er zum Rechtspopulismus steht bzw. in welchem Maße er so verstanden werden kann.

Es ist also die Frage, in welcher Weise ein flämisches Identitätskonzept existiert, das auf die Begriffe ‚Kultur‘ und ‚Sprache‘ abhebt und inwiefern und von wem dieses im Sinne nationalistischer Vorstellungen ideologisiert wird sowie letztlich in welchem Maße daran anknüpfend

eine solche sprachnationalistische Narration als gesellschaftlicher Mainstream betrachtet werden muss, in der in Anlehnung an Stukenbrock (2005) ‚Sprache‘ und im erweiterten Sinne ‚Kultur‘ als „Derivat der Rasse“ erscheint, was eine eindeutige Markierung von Rechtspopulismus wäre.

3 Stand der Forschung – Rechtspopulismus in Belgien

Der Rechtspopulismus in Belgien ist explizit vor allem in zwei wissenschaftlichen Arbeiten untersucht worden. Darüber hinaus gibt es verschieden Einzelbeiträge in wissenschaftlichen Sammelwerken zum Thema.

Insbesondere der Vergleich des Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden durch Gerd Reuter (2009; 2011) rückt Erkenntniszusammenhänge ins Licht, die die Problemstellung der vorliegenden Arbeit berühren. Während Reuter sich bei seiner vergleichenden „kontrastierenden Fallstudie“ insbesondere um die Offenlegung bestimmter Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Rechtspopulismus mit Blick auf die politische Kultur und Struktur verdient gemacht hat, will die vorliegende Arbeit noch tiefer in das sozialhistorische Wesen auf dem Fundament einer begrifflich weiter angelegten Theoriebasis eindringen. Hierbei können im analytischen Teil ggf. Bezüge zu Reuters Arbeit hergestellt werden.

Nicht zuletzt zum besseren Verständnis sollen an dieser Stelle vorab die wesentlichen Erkenntnisse Reuters erörtert werden.

Seine Forschungsintention besteht sozusagen darin, ohne dass er es in dieser Weise explizit erwähnt, gesellschaftliche und politische (Entwicklungs-)Muster für die seit den 1980er Jahren gewachsene Bedeutung rechtspopulistischer Parteien in den Gesellschaften der beiden Länder nachzuzeichnen und im Einzelnen gesellschaftliche Erklärungen anzubieten:

„Der Vorteil einer kontrastierenden Fallstudie liegt indes in der Möglichkeit, die Wirkung einer größeren Zahl von Variablen in der Konfiguration eines Falles zu studieren. Des weiteren steht auch nicht die Verifizierung bzw. Falsifizierung einer einzigen Theorie im Vordergrund der Arbeit; vielmehr sollen mehrere Theorien als Quellen zur Erklärung der rechtspopulistischen Phänomene ‚angezapft‘ werden. Im einzelnen sollen sich die Theorien auf dem Terrain der Verhandlungsdemokratie, auf der Basis des Parteiensystems, auf der Ebene des Wählerverhaltens, auf soziokultureller Grundlage (cleavages) und im Bereich des Populismus bewegen“ (Reuter 2009: 29).

Einen besonderen Fokus richtet Reuter, wie gesagt, auf die politische Kultur sowie die politische Struktur in beiden Ländern, was aus seiner Sicht nachvollziehbar auch eine historische Entwicklungsperspektive einbezieht. Ferner fußt sein Ansatz auf textkritischen Analysen, Datenanalysen und Experteninterviews.

Im ersten Hauptkapitel ergründet er erstens die Herkunft des Rechtspopulismus im Kontext der politischen Kultur sowie der historischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Gestalt. Zweitens vergleicht er die politische Struktur in Belgien und den Niederlanden. Drittens analysiert er jeweils das Wählerverhalten.

Das zweite Hauptkapitel widmet sich der Korrespondenz dieser Sinnzusammenhänge mit der Gestalt des Rechtspopulismus.

Schließlich werden im dritten Hauptteil die Ergebnisse „exemplifizierend weiterentwickelt“, insbesondere hinsichtlich des politischen Handelns der etablierten Parteien. Der Fokus wird hierbei insbesondere auf die Migrations- und Integrationsproblematik gerichtet als einem zentralen Thema rechtspopulistischer Agitation.

Im Folgenden werden die zentralen Erkenntnisse Reuters bezogen auf Belgien erörtert:

Seine Feststellung ist zunächst unstrittig, dass die je nach Definition rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei Vlaams Belang über mehrere Dekaden schon eine stabile politische Kraft darstellt, die ihre Position bis 2011 sogar ausbauen konnte. Die Partei konnte bis dato auf ein relativ hohes Stammwählerpotenzial in Flandern bauen. Dabei sei sie, und das ist für rechtspopulistische Parteien eher untypisch, nicht auf eine charismatische Führungspersonlichkeit angewiesen. Das ist in der Tat eine fehlende Übereinstimmung mit gängigen Definitionen des Rechtspopulismus (vgl. Kapitel 2.1.1) und zeigt zugleich das begriffliche Dilemma hinsichtlich einer exakten Zustandsdefinition. Demzufolge scheint also die politische Ausrichtung der Partei an sich auf relativ hohe gesellschaftliche Akzeptanz in Flandern zu stoßen, was mit der These der vorliegenden Arbeit korrespondiert, dies auf eine historisch gewachsene gesellschaftlich verwurzelte politische Haltung, einen spezifischen nationalen Habitus, zurückzuführen. Hieran knüpft Vlaams Belang sozusagen an, um Protestthemen zu lancieren, die eine Bevorzugung des „eigenen“ Volkes propagieren. Diese Haltung erfährt auch insofern eine verstärkte Legitimation, dass dies das politische Kalkül, die Migrations- und Integrationspolitik der etablierten Parteien, beeinflusst. Positionen von Vlaams Belang werden modifiziert in deren Programmen übernommen.

Die Wähler von Vlaams Belang präferierten in einer pfadabhängigen Tendenz den Erhalt der niederländisch-flämischen Kultur. Es wäre eben gemäß der Forschungsintention zu prüfen, inwieweit dies etwa als kultureller Rassismus ausgelegt werden und in den Geltungsbereich des Rechtspopulismus fällt. Reuter kommt auch zu dem Schluss, dass hinsichtlich der tendenziell eher geringer gebildeten Anhänger von Vlaams Belang eine modifizierte Modernisierungsverliererthese zutreffend wäre, wobei weniger ein Verteilungskonflikt im Zentrum der Migrations- und Integrationsproblematik steht als vielmehr ein soziokultureller Konflikt. Wenn man so will, wird damit eben im Sinne eines durch Abgrenzungsreflexe geprägten kulturellen Nationalismus‘ Flanderns die tiefere Ursache des Rechtspopulismus indiziert, gemäß der These der vorliegenden Arbeit.

Gewissermaßen ambivalent hierzu verhält sich die Erkenntnis, dass religiöse Menschen und damit regelmäßige Kirchgänger immun gegen rechtspopulistische Positionen scheinen. In diesem Fall erweist sich also eine gegebene soziokulturelle Differenz als nicht konfliktrichtig im rechtspopulistischen Sinne. Als Argument hierfür dient Reuter der Lebensentwurf religiöser Menschen der autochthonen Gesellschaft, der in der Regel durch moralische Maßstäbe wie Toleranz und soziale Etablierung gekennzeichnet und hierin wenig anfällig für die Konstruktion von Konflikten ist, die auf Konkurrenzsituationen verweisen. Es wird sich zeigen, dass dieser Argumentationsschluss insofern ambivalent erscheint, da auf der anderen Seite insbesondere der Katholizismus eine Wertgrundlage des Flämischen Nationalismus ist, der wiederum als Nährboden des heutigen Rechtspopulismus gilt. Das indiziert jedenfalls eine gewisse Widersprüchlichkeit in Bezug auf solche Rechtspopulismus-Definitionen, die den Begriff undifferenziert an den Nationalismus-Begriff koppeln. Auch Reuter differenziert in seiner Definition zwar zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, stellt aber keinen explizit differenzierten Bezug zum Nationalismus her.

Eine Erkenntnis ganz im Sinne der vorliegenden Arbeit ist, dass „Protest“ eine Konstante, ein Kontinuum in der Soziogenese des flämischen Rechtspopulismus sei und hierbei der Sprachkonflikt eine zentrale Rolle spiele, bis hin zur Diskussion um staatsreformerische Zuspitzungen in Bezug auf eine Ausweitung regionaler Autonomie, die die Nationalisierungstendenzen kennzeichnet. Zugleich, so ist hinzuzufügen, ist dies ein Kernelement der flämischen Identitätsgeschichte an sich, was einmal mehr darauf hindeutet, dass eine angemessene Perspektive auf den Rechtspopulismus in Flandern eine komplizierte Angelegenheit ist.

Sowohl die politische Struktur als auch die politische Kultur seien in Belgien entscheidend durch den flämisch-wallonischen Konflikt mitgeprägt, was im Zusammenhang des Institutionengefüges das politische Tagesgeschäft beeinträchtigt, Entscheidungsprozesse verlangsamt und politische Lösungen für gesellschaftliche Probleme Gesamtbelgiens erschwere. Dieser historische Konflikt wird begleitet durch eine Kontinuität rechtspopulistischer politischer Einstellungen, die gewissermaßen regelmäßig ein „Update“ erfahren:

„Insgesamt betrachtet kann der Rechtspopulismus in Belgien auf langfristige Einstellungen in der politischen Kultur des Landes bauen, wobei solche Einstellungen immer auch durch konkrete Protestgründe, wie etwa die Dutrox-Affäre, ergänzt und aktualisiert werden“ (Reuter 2009: 252; vgl. auch Decker 2004: 114).

Diese zentrale Erkenntnis Reuters, der implizite Hinweis auf die „populistische Basiserzählung“ (vgl. Kapitel 2.1), indiziert bereits Zusammenhänge, die in der vorliegenden Arbeit im

Rahmen der These aufgegriffen und auf einer theoretisch breiteren Grundlage erörtert werden sollen.

Während Reuter die politische Institutionalisierung des Rechtspopulismus in Belgien implizit miterforscht hat, blickt Klein (2012) explizit auf die Rolle rechtspopulistischer Parteien in Regierungsbildungsprozessen. Sie vergleicht dabei ebenfalls Belgien mit den Niederlanden und außerdem Schweden. Als Gemeinsamkeit hält sie fest, dass alle rechtspopulistischen Parteien sich als ‚Anwalt‘ des ‚Volkes‘ geben, und sich hierin gegen das ‚Establishment‘ und das ‚Fremde‘ abgrenzen. Sie entsprechen also hierin ganz den gängigen Mustern solcher Parteien (vgl. Kapitel 2.1). Daraus lässt sich folgern, dass diese Parteien in ‚völkischen‘ bzw. rassistischen Abgrenzungskategorien denken. Vlaams Belang weise dabei als klassische rechtspopulistische Partei antidemokratische Züge auf. Deren langfristiger Erfolg hängt basal damit zusammen, dass deren Agenda an den landesspezifischen Kontext angepasst sei. Dieser bei allen erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien erkennbare Zusammenhang läge auch bei der N-VA vor. Während Vlaams Belang dabei das Feld der Ausländerfeindlichkeit besetze, konzentriere sich die gemäßigttere N-VA auf vertikale soziale Differenzen und den Konflikt zwischen Flandern und Wallonien. Diese Differenz repräsentiert in gewisser Weise auf der institutionellen Ebene jene begriffliche Differenz zwischen Nationalismus und Rechtspopulismus im Überschneidungsbereich der Begriffsdefinitionen, die es am Ende für eine angemessene Bewertung der Situation zu berücksichtigen gilt.

Die N-VA ist denn auch als Verhandlungspartner in Regierungsbildungsprozessen akzeptiert, Vlaams Belang dagegen gilt als nicht koalitionsfähig, was der ‚cordon sanitaire‘ zum Ausdruck bringt.

Allerdings habe der ‚konfrontative Stil‘ der N-VA die Regierungsbildung, die im Zeichen des Abkommens zur umfassenden Staatsreform stand, lange verhindert. Wie wir heute wissen, gelang dies erst eineinhalb Jahre nach der Wahl und ohne N-VA als Koalitionspartner.

Aber auch der Parlamentseinzug des Vlaams Belang erschwere den Regierungsbildungsprozess, weil ohne deren Einbeziehung in Flandern keine Koalition mehrheitsfähig wäre und somit die etablierten Parteien darauf beschränkt sind, in einer bestimmten Konstellation zu verhandeln. Das System des ‚Parteienkonföderalismus‘ sei besonders anfällig für solche langwierigen Prozesse.

Der Erfolg von Vlaams Belang habe zudem zu einem deutlichen Rechtsruck in der Parteienlandschaft geführt. Dies und der wieder aufgeflamnte Sprachenstreit hätten die Zusammenarbeit der Parteien in Flandern und Wallonien weiter erschwert.

Klein kommt zu dem Schluss, hierin zeigt sich gewissermaßen wieder die begriffliche Undifferenziertheit, dass kein Ende der Popularität rechtspopulistischer Parteien, und damit der aufgezeigten Probleme hinsichtlich einer handlungsfähigen Regierung in Sicht sei. Keine der drei Strategien ‚cordon sanitaire‘, ‚Regierungsbeteiligung‘ und ‚Tolerierung‘ habe sich in den untersuchten europäischen Fällen als Allheilmittel erwiesen, inhärente Risiken seien deutlich hervorgetreten.

Die starren Regeln des belgischen Systems bezeichnet Klein als Ansatzpunkt für eine Reform. Schlägt man den Bogen zu Reuters Arbeit, ist zu konstatieren, dass die teilweise politische Lähmung aufgrund der (oppositionellen) Macht nationalistischer oder rechtspopulistischer Parteien kein temporäres Problem ist, sondern eben im Kontext mit den ausgemachten „langfristigen Einstellungen“ ein solch fundiertes gesellschaftliches Konfliktpotenzial indiziert, das im Kern auch nicht durch eine Systemkorrektur aus der Welt zu schaffen ist. Selbst wenn dies formal die Handlungsfähigkeit einer Regierung, die im Sinne der ‚political correctness‘ agiert, verbessern würde, der Zwang zur Auseinandersetzung mit diesen Einstellungen, Konfliktlinien und ihren Folgen bliebe auch aus einer verbesserten Position heraus bestehen, zumal heute nichts darauf hindeutet, dass die Macht der nationalistischer bzw. rechtspopulistischer Akteure damit geschwächt wäre. Oder anders gesagt: Der politische Erfolg dieser Parteien ist weniger ein (personenabhängiges) politisches als vielmehr ein gesellschaftliches Problem insofern, dass der Rechtspopulismus auf dem fruchtbaren Boden eines umfassend legitimierten flämischen Nationalismus gedeiht. Das Verständnis von ‚political correctness‘ ist in dieser Sache somit in Flandern ein anderes als in Deutschland. Dies im Detail zu ergründen, ist das Ziel der vorliegenden Arbeit

Dass der Rechtspopulismus in Belgien in erster Linie die Flamen betrifft, konstatiert auch Dirk Rohtus (2011) mit seiner Feststellung, dass es in Wallonien kein institutionalisiertes Pendant zu den „strikt separatistische(n) Parteien“ Vlaams Belang und N-VA gebe. Die politische Kraft des Rechtspopulismus ist seiner Feststellung zu entnehmen, dass sich auch die Einführung einer Fünf-Prozent-Hürde 2003 als kontraproduktiv erwiesen hat, entsprechende Parteien, die sich aus der Erbmasse der 2002 zugrunde gegangenen Volksunie gebildet haben, hierzu gehört neben N-VA auch die Partei Spirit, aus dem Parlament zu drängen. Dieses Schicksal ereilte dann vielmehr die Grünen, während N-VA und Spirit Allianzen mit den flämischen Christdemokraten (CD&V) bzw. den Sozialdemokraten eingingen (vgl. Rohtus 2011, S. 35). Dies ist ein eindeutiges Indiz für die Legitimation politischer Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte, die andernorts mehr oder weniger als rechtspopulistisch bezeichnet werden.

Auch die Maßnahme, Vlaams Belang durch den ‚cordon sanitaire‘ politisch in die Schranken zu weisen, hat nach Roctus langfristig nicht zu einer Unwirksamkeit rechtspopulistischer Einstellungen geführt. Dadurch, dass z.B. rassistische Positionen seit der Umbenennung der Partei weniger offen vertreten werden und es der Partei gelänge, in die Opferrolle der vermeintlich zu Unrecht von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossenen Partei zu schlüpfen, diesbezüglich auch politische Alternativen im rechten Spektrum Zulauf erfahren und deren Positionen zu Themen wie Sicherheit und Immigration auch von anderen flämischen Parteien sukzessive übernommen wurden, seien diese allmählich enttabuisiert worden. Auch Roctus begründet das Wesen des flämischen Rechtspopulismus‘ im gegen den belgischen Staat gerichteten weit verbreiteten flämischen Nationalismus. Als einen wichtigen Impuls der gesellschaftlichen Legitimation bezeichnet er den Umgang Belgiens mit flämischen Nationalisten nach der deutschen Besatzungszeit:

„Die ‚Repression‘, die pauschale Verfolgung des flämischen Nationalismus durch den Justizapparat des belgischen Staates nach der Befreiung im September 1944, sollte viele verbitterte flämische Nationalisten in ihrem Glauben an die ‚gerechte Sache‘ stärken und viele von ihnen für rechtsextremes bzw. radikalnationalistisches Gedankengut empfänglich machen“ (Roctus 2011, S. 38).

Die sich hieraus ergebenden politischen Bewegungen haben sich nach und nach in verschiedene Ausdrucksformen ausdifferenziert. In besonderer Weise extremistisch sieht auch Roctus (vgl. 2011, S. 41 f.) die Anliegen des Vlaams Belang. Während es im Allgemeinen in Flandern nicht als ethisch bedenklich wie in Deutschland gelte, eine ‚rechte‘ Gesinnung zu vertreten, wurden einzelne Positionen des VB allgemein doch als problematisch bewertet. Roctus verweist auf die Migrationspolitik und Aussagen führender Politiker dieser Partei sowie ihre Argumentationen in den Kategorien ‚Nationalität‘, ‚Ethnie‘ und ‚Rasse‘, um sie als rechtsextrem zu kennzeichnen. .

In Abgrenzung zum Staatsnationalismus Frankreichs sei man zudem bestrebt, in Flandern einen Volk und Staat zusammenfallenden Nationalstaat im völkischen Sinne zu gründen, der jedoch ‚Volk‘ nicht biologisch als ‚Rasseneinheit‘ konzeptualisiert. „Der Volksbegriff ist eher ethnisch und kulturell als biologisch geprägt“.

Die Popularität des VB erklärt sich auch aus einer gewissen Präsenz in den Medien, nicht weil der Partei in besonderer Weise eine Plattform geboten würde, im Gegenteil, sondern weil diese ständig Gegenstand der Diskussionen und Diskurse anderer Akteure sei. Und so ist VB in Kommentaren, Meinungsbeiträgen und Analysen in den Medien allgegenwärtig. „‚Alle‘ waren gegen den VB, aber niemand konnte über ihn schweigen, so dass er sich immer einer großen Aufmerksamkeit in den Print- und TV-Medien erfreuen durfte“ (Roctus 2011, S. 43). Als

förderlich für die Entwicklung der Partei sieht Rochtus zudem deren gute Organisation und Verankerung im intellektuellen Milieu.

„Auch wenn der VB eine extremistische Verzweigung der *Flämischen Bewegung* ist, kann seine Herkunft aus einer legitimen intellektuellen Strömung in der Geschichte des flämischen Volkes nicht geleugnet werden. Der flämische Nationalismus hat seit dem Ersten Weltkrieg seinen Ausdruck in der Existenz von selbstständigen politischen Parteien gefunden, wie *Frontpartij*, *Vlaams Nationaal Verbond* (VNV), *Volksunie*, *Nieuw Vlaamse Alliantie*, *Vlaams Blok/Vlaams Belang*. Die rechtsextremen unter ihnen, VNV und VB, wussten bzw. wissen nicht nur die radikalen flämisch-nationalistischen Wähler an sich zu binden, sondern auch Kader der parteiübergreifenden Flämischen Bewegung zu rekrutieren (...) Der radikale Flügel der *Flämischen Bewegung* und der VB sind heute personell eng verwoben, auch wenn nicht alle radikalen Nationalisten die Partei wählen“ (Rochtus 2011, S. 44).

Dieses Zitat deutet einmal mehr an, dass Nationalismus und Rechtspopulismus trotz begrifflicher Nähe nicht per se in einem Atemzug zu nennen sind, will man beides angemessen einordnen.

Rochus (2011, S. 46) weist weiter darauf hin, dass der Rechtsextremismus in Flandern auch in militanten Organisationen zuhause ist, wobei die flämisch-nationalistische Szene neonationalsozialistische Gruppen im Gegensatz zu völkisch-nationalistischen Gruppen aber wohl ablehne. Erstere seien eher marginale Erscheinungen. Dennoch trat mit den *Vlaamse Jongeren Mechelen* (VJM) eine solche Organisation mehrfach mit der Jugendorganisation des VB auf, obwohl man bemüht sei, eine solche Nähe zu verhindern. Auch habe die Partei dem Vizevorsitzenden Rodelund Raes 2001 einen Amtrücktritt nahelegt, weil er den Holocaust bagatellisierte. Dies mag jedoch strategischer Natur gewesen, weil es seinerzeit eine Annäherung an die jüdische Gemeinschaft in Antwerpen gab, um einen „Schulterschluss gegen den ‚gemeinsamen islamistischen Feind‘“ anzustreben.

Es bildeten sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Reihen des Flämischen Nationalismus zudem zahlreiche eher nicht militante Organisationen. Erfolgreich in der Verbreitung der völkisch-nationalistischen Ideologie und der Rekrutierung junger Menschen seien die Jugendbewegungen *Vlaams Nationaal Jeugdverbond* (VNJ) und der *Nationalistische Studentenverbond* (NSV). Diese können somit als eine Art Nachwuchsschmiede für die rechten Parteien angesehen werden. Weiter gebe es den noch radikaleren *Nationalistisch JongStudentenverbond* (NJSV), der durch verschiedene Aktivitäten als attraktiv für seine Zielgruppe gilt. Rochus listet zudem die Organisation *Voorpost* auf, die neben Flandern auch die Niederlande und Südafrika als Heimat hat und dort Büros unterhält. Diese Organisation propagiere einen großniederländischen Staat.

Unter dem Strich stellt Rochtus aber fest, dass der extremistische Flügel im rechten politischen Spektrum geschwächt ist. Zum einen habe der VB selbst eine gemäßigtere Haltung angenommen, nach dessen Distanzierung vom Neonationalsozialismus und Antisemitismus spricht die Partei sich heute auch nicht per se für eine Abschiebung von Immigranten aus, sofern sie sich der ‚europäischen Kultur‘ anpassen. Dies wird allerdings als nicht sehr stabile Einstellung eingeordnet, weil die Rhetorik zuletzt durchaus auf eine erneute Radikalisierung hinweist. Dies geht mit einer ‚radikalen Islamkritik‘, einem ‚rassistischen Unterton‘ und dem ‚kompromisslosen Streben nach flämischer Unabhängigkeit‘ einher.

Dennoch bleibt die politische Handlungsfähigkeit durch den ‚Cordon Sanitaire‘ beschränkt und dies wird als Grund angenommen, dass die Partei zuletzt viele Wähler an die anderen weniger extremistischen rechten Parteien N-VA und Lijst Dedecker verloren hat, weil diese als demokratisch gelten und somit koalitions- und damit potenziell regierungsfähig sind. Die eigene Stimme erhält damit eine politische Wirksamkeit und gilt nicht als ‚verschenkt‘ (vgl. Rochtus 2011, S. 48 ff.).

Am Ende führte dies aber dazu, dass der Rechtspopulismus in Flandern in gewissem Maße demokratisch legitimiert und gesellschaftlich vergleichsweise weit verbreitet ist. Er ist sozusagen ein Stück weit politische und gesellschaftliche Normalität.

Danny Trom (1990) sieht einen entscheidenden Impuls für die historische Linie rechtsradikaler Orientierungen in Flandern in der Radikalisierung eines Teils der Flämischen Bewegung, dessen Kollaboration mit den Deutschen vor dem Hintergrund der teils alldeutschen Tradition der Bewegung und den weitreichenden Folgen der gesellschaftlichen Verarbeitung der Kollaboration nach dem Krieg. Ein bedeutende Rolle spielte zunächst die Gründung und der Erfolg des ‚ultranationalistische(n) und profaschistische(n)‘ Vlaams Nationaal Verbond (VNV). Auch in den 1980er Jahren war, folgt man Trom,

„die extreme Rechte eng mit der Bewegung für Autonomie verbunden (z.B. der Vlaams Blok) und muss begriffen werden aus den Widersprüchen einer populistischen Ideologie, die fortschrittliche Themen (Kampf für Selbstbestimmung, Widerstand gegen Ausbeutung) mit einem teilweise faschistoiden Diskurs über das ‚Rechte und ‚Wahre‘ vermengt“ (vgl. Trom 1990, S. 109).

Die ‚Ausländerfrage‘ sei dabei ein Agitationsschwerpunkt gewesen und man nutzte die Verunsicherung derer, die als Modernisierungsverlierer eingeordnet werden können (vgl. Trom 1990, S. 109).

Hier zeigt sich die Verknüpfung eines nationalistischen historischen Narrativs mit aktuellen Themen bzw. ‚Gelegenheitsstrukturen‘, die am rechten Rand verfangen. So sei auch in Brüssel Anfang der 1980er Jahre ein ‚Klima der Intoleranz‘ in Bezug auf Arbeitsmigranten entstanden,

wobei „diverse ausländerfeindliche Organisationen“ auch mit frankophonem Einschlag hieraus hervorgegangen sind, die dem Front National nahe standen, der dominanten rechten Partei im französischen Sprachgebiet. Auffällig dabei ist, dass deren Wählerpotenzial in Brüssel signifikant größer war als in Wallonien (vgl. Trom 1990, S. 110).

Für das flämische Sprachgebiet stellt Trom fest, dass die Flämische Bewegung im Zusammenhang der Kollaboration nach dem Krieg zunächst geschwächt war. Ihren ersten politischen Durchbruch habe diese mit der Organisation der Vlaamse Concentratie-Partei versucht, die 1949 aber eine Niederlage bei den Wahlen erlitt. 1954 wurde dann die Christelyke Vlaamse Volksunie (CVV) gegründet und im selben Jahr in Volksunie umbenannt. Denn sie hatte auch Anhänger ohne konfessionelle Bindung gewinnen können, auch wenn der bedeutsamste Teil der Mitglieder katholisch war. Diese war auch politisch durchaus heterogen, z.B. zählten zu den Mitgliedern frühere VNV-Anhänger genauso wie fortschrittliche Katholiken. Sie wurde 1968 drittstärkste Partei in Flandern. 1978 schließlich spaltete sich der rechte Flügel der Partei ab, wobei dieser zunächst selbst zwei konkurrierende Lager bildete mit der Vlaams Nationale Party (VNP) und der Vlaams Volksparty (VVP). Diese bildeten aber alsbald eine gemeinsame Liste womit der Vlaams Blok aus der Taufe gehoben wurde (vgl. Trom 1990, S. 112).

Als Grund für diese Abspaltung sieht Trom (vgl. 1990, S. 112) erstens „die Entwicklung der Volksunie zu einer Partei der Mitte“, die nicht länger den flämischen Separatismus fördern wollte, sondern „den Kompromiß eines neuen Gleichgewichts in einem belgischen Bundesstaat“ (Egmont-Pakt) anerkannte. Zweitens führt er die ‚Entkonfessionalisierung‘ der Volksunie an, drittens deren ‚Verbürgerlichung‘ und viertens den Verweis, dass deren politische Mäßigung im rechten Spektrum als ‚Linkswende‘ wahrgenommen wurde. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung in einer Koalition mit Christsozialen und Sozialisten zu sehen.

Der VB dagegen beschwor die „Treue zum Geist der ‚Revolte‘ auf religiösem Hintergrund, des Messianismus und der Utopie der flämischen Bewegung.“

Insbesondere im Zentrum der flämischen Aktivisten, in Antwerpen, war die extreme Rechte in den folgenden Jahren sehr erfolgreich und 1989 wurde der Vlaams Blok dann in eine Partei umgewandelt. Unter dem Motto „Eigen Volk eerst“ startete die Partei

„umgehend mit einem gegen die Ausländer gerichteten gewaltsamen Kreuzzug (), wobei die Themen der Unsicherheit und Kriminalität aufgegriffen und die vorhandene Angst vor den Ausländern zur drohenden maghrebinischen Invasion hochstilisiert und mit dem angeblich drohenden kommunistischen Komplott in Verbindung gebracht wurden (...) (vgl. Trom 1990, S. 112).

Nach Trom habe das Immigrationsthema beim VB seit 1984 das größte Gewicht und dem Kampf um Amnestie für ehemalige Kollaborateure und sowie um flämische Unabhängigkeit sogar den Rang abgelaufen (vgl. Trom 1990, S. 113). Feindbilder seien zudem Kommunisten, Gewerkschaften, Homosexuelle, Feministinnen und teilweise Juden gewesen, wie dem parteilichen Zentralorgan ‚Topics‘ zu entnehmen war. Dies zog auch neofaschistische Vereinigungen an, auf deren Unterstützung die Partei durchaus zurückgriff. Sie hatte also durchaus Verbindungen zu Organisationen, die noch rechts von ihr aktiv waren.

Sinnbildlich für die Heterogenität und das ganze Spektrum rechtsgesinnter Akteure sei die Versammlungsgemeinschaft, die sich alljährlich zum Gedenken gefallener flämischer Soldaten im Ersten Weltkrieg an der Yzer-Front in Diksmuide (Yzer-Wallfahrt) einfindet. Diese zeige „sämtliche Widersprüche des flämischen Nationalismus“ und umfasste in den 1980er Jahren Abgeordnete der Volksunie genauso wie Neofaschisten.

Mona Pursey (2001) untersuchte die sozialwissenschaftliche Literatur in Deutschland, den Niederlanden und Belgien von 1980 bis 1995, die sich den Themen der Fremdheit, Marginalität und Multikulturalität widmete. Sie nahm damit zwar nicht den Rechtspopulismus im Allgemeinen in den Blick, aber wichtige Aspekte, die im Rechtspopulismus von Bedeutung sind. So konnte sie für Flandern und die Region Brüssel konstatieren, dass dort eine wesentlich stärkere Ingroup-Outgroup-Mentalität und häufigere rassistische Auffassungen festgestellt wurden als in Wallonien. Eine große Zahl der Bevölkerung, mancherorts die Mehrheit, sprach sich etwa gegen die Familienzusammenführung von Migranten, gegen ein Wahlrecht und die freie Wahl des Wohnortes der Zuwanderer aus. Solche Haltungen fanden sich verstärkt bei „politisch Machtlosen, insbesondere Menschen ab 45 Jahren, Personen mit einer niedrigen Schulbildung und geringem Einkommen, bei Frauen sowie bei ‚sogenannten Katholiken‘, die ihre Religion nicht nachleben“. In diesem Zusammenhang wird auch den Medien eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zugewiesen, durch einseitige Berichterstattung negative Attitüden zu fördern und zu verstärken (vgl. Pursey 2001, S. 289).

Ein weiterer in der untersuchten Literatur angeführter Grund für die Skepsis gegenüber Migranten insbesondere mit muslimischen Hintergrund sei zudem – in Kombination mit den genannten – dass es oft nur lose Kontakte mit dieser Gruppe gebe, die zudem als negative Erfahrungen eingeordnet würden. Eine Studie differenzierte dabei zwischen Ethnozentrismus und Rassismus. Ersterer äußere sich eher in einem Kontext mit ökonomischen Variablen, Wohlstand und der Arbeitssituation, letzterer fand sich verstärkt bei älteren Personen im Lager eines kulturellen Konservatismus, geprägt durch autoritäres Denken und traditionellen Glauben (vgl. Pursey 2001, S. 291).

Angesichts dieser Erkenntnisse überrascht die Feststellung nicht, dass die Debatte um die flämische Identität nicht mehr allein auf die Abgrenzung zu Wallonien und den Wandel von „administrative(n) Entitäten“ der Regionen seit der Staatsreform hin zu „Nationen im Werden“ fokussiert ist, sondern einhergehend die Erfolge des Vlaams Blok einen flämischen Diskurs grundsätzlich im Zeichen der Ethnizität befeuert haben. Der Arbeit von Blommaert und Verschueren (1996) entnimmt sie, dass „hinsichtlich der flämisch-belgischen Migrationsdebatte“ und der Vorstellung von Homogenität „implizit Geschichte, Abstammung, Ethnizität, Religion, Sprache und Gebietsansprüche als Norm angesehen werden“ (vgl. Pursey 2001, S. 282).

Purseys Erkenntnisse verdeutlichen, dass es im Hinblick auf Fremde unter den Flamen verstärkt Einstellungen gibt, die von Ressentiments oder gar Fremdenfeindlichkeit besetzt sind. Diese zeigen in der Tendenz ein kulturrassistisches Muster. „Flandern wird vor dem Hintergrund einer kulturellen Homogenität gesehen“ (vgl. Pursey 2001, S. 292).

Und so forderte der Vlaams Blok in seinen programmatischen Schriften für die Kommunalwahlen 2000 entsprechend die Assimilation der allochthonen Bevölkerung – oder alternativ deren Rückkehr ins Heimatland, wobei dies vor allem an nicht-europäische Immigranten gerichtet ist (vgl. Pursey 2001, S. 280).

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die gesellschaftliche Säulenstruktur Belgiens mit den „drei traditionellen ideologischen Strömungen – die katholische, sozialistische und liberale – (...)“ seit den 1930er Jahren sukzessive von einer vierten „flämisch-nationalistischen Säule“ ergänzt wurde. Diesem Lager gelang es, „sich auch nach den 60er Jahren organisatorisch zu behaupten“ (vgl. Pursey 2001, S. 2001, S. 293).

Dies wiederum, so ist zu ergänzen, konnte nur gelingen, weil entsprechende nationalistische Einstellungen gesellschaftlich verbreitet waren, an die auch kulturrassistische Auffassungen ankoppeln konnten.

4 Flämischer Nationalismus und Rechtspopulismus im historischen Kontext

Die These der vorliegenden Arbeit zielt darauf ab, in einem ersten Schritt einen historischen Begründungszusammenhang für den Rechtspopulismus in Belgien kenntlich zu machen und in einem zweiten Schritt einen (sprach-)soziologischen Erklärungszusammenhang zu entwickeln. Es wird hierfür angenommen, dass sich historisch ein flämischer Nationalismus ausgebildet hat, der als romantischer Sprachnationalismus bezeichnet werden kann und sich in seiner Ausprägung als idealer Nährboden für die rechtspopulistischen Erscheinungsformen in Flandern erwiesen hat.

In diesem Kapitel soll der historische Begründungskontext in zwei Teilen entwickelt werden. Im ersten Teil wird die Geschichte Belgiens in der Weise chronologisch analysiert, wie sie den flämischen Nationalismus hervorgebracht hat. Im zweiten Teil geht es darum, die historisch ausgebildeten spezifischen Charakteristika des flämischen Nationalismus‘, der den Nährboden für den Rechtspopulismus in Flandern bildet, im Einzelnen zu erörtern.

4.1 Flämische Identität und belgischer Nationalstaat – historischer Abriss

Von einem romantischen Sprachnationalismus in Flandern zu sprechen, begründet sich notwendigerweise aus dem historischen Kontext, in dem solche nationalen Konzeptualisierungen ihren Ursprung haben. Die Französische Revolution 1789 war ein Impuls für gesellschaftliche Umbrüche und territoriale Neuordnungen im Laufe des 19. Jahrhunderts, d.h. für die Bildung moderner Nationen. Dies war im Konzept des kulturellen Nationalismus mit seiner Vorstellung von ‚Nationen‘ („pronaties“) mit einem völkischen „Blut-und-Boden-Idealismus“ verknüpft, der im Zeitalter der Romantik seine Anleihen fand – mitunter durch die idealisierte (Um-)Deutung bestimmter früherer Ereignisse, die somit als Vorgeschichte eines solchen Nationalismus‘ betrachtet werden müssen. Kurz: Es wurde zur Legitimierung des Vereinigungsaktes der Nationengründung (im Nachhinein) eine Narration bemüht, die die Zusammengehörigkeit des Staatsvolkes in der modernen Nation und auf dem nationalen Terrain als ein historisches ‚natürliches‘ Erbe betrachtet. Hierin griff man auf Definitionskriterien wie Sprache, Religion usw. zurück, um eine nationale Identität zu konstruieren und zugleich Abgrenzungen zu anderen Nationen zu. Im Konzept des Staatsnationalismus, dessen integrative Momente vordergründig die politische Teilhabe und das politische Bekenntnis zur Verfassung sind, muss eine nationale Erzählung in ihrer Zielsetzung der kollektiven Identitätskonstruktion in der Regel größere Widersprüche überwinden, denn die Staatsbürger sind in Bezug auf

kulturelle Aspekte heterogener als in sogenannten Kulturnationen. Da es sich dabei aber selbst um Merkmale einer kollektiven Identität handelt, und somit essentiell verschiedene kulturelle (Teil-)Identitäten sich gegenüberstehen, die in den übergeordneten Kontext einer staatsnationalen Identität verankert werden sollen, muss die Erzählung sehr überzeugend und harmonisierend sein.

Für die Nationalgenese Belgiens, das mit dem Vorbild Frankreichs ein staatsnationalistisches Produkt ist, konnte eine solche überzeugende Narration trotz verschiedener Versuche nicht nachhaltig etabliert werden, die sprachliche und kulturelle Heterogenität der Regionen und ihre teilweise unterschiedlichen politischen Zugehörigkeiten in der Vorgeschichte, ließen dies nicht widerspruchsfrei zu. Im Gegenteil: Letztlich manifestierten sich viel stärker die Abgrenzungsdiskurse und damit die regional-nationalistischen bzw. kulturnationalistischen Tendenzen und Bestrebungen in Belgien, insbesondere auf flämischer Seite. Belgien erscheint heute gewissermaßen als eine formale staatsnationalistische Überformung unterschiedlicher Kulturnationen.

Insofern ist es zum besseren Verständnis der Problematik unbedingt notwendig, nicht nur die Geschichte des belgischen Staates zu beleuchten, sondern auch vorgeschichtliche Ereignisse in den Blick zu nehmen, die für die gesellschaftlichen Brüche im modernen Belgien mitverantwortlich sind und hierin einen erheblichen Anteil an der Ausbildung regionaler Nationalismen haben.

4.1.1 Vorgeschichte

Der identitätsgeschichtliche Erzählfaden der Flamen reicht zurück in die Vorgeschichte Belgiens. Die flämisch-nationale Narration wird zurückgeführt auf die Zeit, in der der nationale Gründungsmythos angesiedelt wird, und sie wird beeinflusst durch die Ereignisse in nachfolgenden markanten historischen Epochen. Dies wird im Folgenden dargestellt.

4.1.1.1 Grafschaft Flandern und die Sporenschlacht

Wenn es um einen identitätsgeschichtlichen Ursprung für das heutige Flandern geht, wird insbesondere in flämisch-nationalistischen Kreisen auf die Grafschaft Flandern verwiesen.

Als Grafschaft Flandern wurde das Gebiet zwischen Nordsee und Schelde bezeichnet, das 843 nach dem Zerfall des fränkischen Reiches im Vertrag zu Verdun Karl dem Kahlen zugesprochen wurde. Im Laufe des 10. und 11. Jahrhunderts stieg das Fürstentum zu einer territorialen Macht mit einem fortschrittlichen Verwaltungs- und Steuersystem auf. Die flandrischen Städte prosperierten, kaufmännische Körperschaften, Gilden im

deutschsprachigen und „Frairies“ im französischsprachigen Raum, bildeten sich und übernahmen auch militärische Funktionen zum Schutz der Kommunen (vgl. Tömmel 1976: S. 87 ff.).

Die Harmonie zwischen dem Grafen von Flandern und dem städtischen Patriziat, das erheblichen Einfluss auf die Politik der Grafschaft hatte, endete seit dem Ende des 13. Jahrhunderts im Zusammenhang jeweiliger Machtansprüche. Die Patrizier, die den jeweils neu einzusetzenden Grafen zunehmende Privilegien abzuringen suchten und hierin Regierungskonflikte auslösten, sahen sich schließlich 1280 einem Aufstand der städtischen Bewohner, den Mitgliedern der Zünfte, gegenüber. Daraufhin nahmen die Grafen die Gelegenheit wahr, um die Rechte des Patriziats zu beschneiden. Diese wiederum fanden im König von Frankreich zunächst einen Verbündeten, wodurch die gesamte Niederlande unter französischen Einfluss geriet. Dennoch gelang es nicht, Flandern total zu unterwerfen (vgl. Tömmel 1976: S. 91).

Der Machtanspruch Frankreichs zu jener Zeit hatte dazu geführt, dass der Graf Guido I. von Flandern unter dem Vorwurf des Hochverrats in französische Gefangenschaft geriet. Sein Lehen wurde konfisziert und in ganz Flandern wurden französische Beamte eingesetzt. Doch die flandrische Bevölkerung wusste sich zu wehren. Zunächst kam es am 18. Mai 1302 zu einem Aufstand in Brügge, der sogenannten „Brügger Frühmette“, bei dem Franzosen gejagt und erschlagen wurden. Frankreich reagierte und sandte Truppen nach Flandern, die am 11. Juli in Kortrijk auf eine unberittene Bürgermiliz trafen, bestehend vor allem aus Bauern und Handwerkern, welche die Franzosen vernichtend besiegten. Die Grafschaft hatte sich somit erfolgreich gegen die Herrschaft und den Zugriff auf die florierende Tuchindustrie durch eine fremde Macht gewehrt. Bei jährlichen Gedenkfeiern anlässlich dieses Sieges sei es Ritual gewesen, 500 erbeutete goldene Sporen als Trophäen öffentlich zu präsentieren, was der Schlacht den Namen „Schlacht der Goldenen Sporen“ einbrachte.

Diese ist vor allem deshalb so bemerkenswert und in die Kriegsgeschichte eingegangen, weil dort eine berittene Ritterarmee gegen eine aus Bürgern bestehende reine Infanterie aufgrund deren geschickter Kriegsführung das Nachsehen hatte, was seinerzeit als unmöglich galt. Weiter ist beachtenswert, dass auch die niederen Stände in Form eines politischen Mitspracherechts von diesem Sieg profitierten.

Insofern bot sich die Schlacht später für die unterprivilegierten Flamen in der jungen belgischen Nation im 19. Jahrhundert als Vorbild und Identifikationsreferenz geradezu an, um ihren Gleichberechtigungs- und Emanzipationskampf hiermit auszuflaggen und nationalistisch zu mythologisieren (vgl. Kapitel 4.2.3).

Die Grafschaft überlebte schließlich als politisches Gebilde mit eigener Ständeversammlung bis 1794 (vgl. Nörtemann 2002: S. 234).

4.1.1.2 Die Zeit bis zum Wiener Kongress 1815

Die Grafschaft Flandern geriet 1369 wieder stark unter französischen Einfluss, weil es zur Heirat zwischen der Tochter des Grafen von Flandern, Ludwig von Maele, und dem Herrscher des Herzogtums Burgund, Philipp dem Kühnen, kam. Dessen Vater Johann der Gute war Vorgänger des seinerzeitigen Königs von Frankreich Karl V. Letzterer erhielt im selben Jahr von Kaiser Karl VI. das östlich vom Herzogtum gelegene Königreich Burgund.

Mit der Vereinigung der genannten Ländereien und der Erweiterung um die Gebiete Namur, Hennegau, Holland, Seeland, Luxemburg und Limburg 1419 unter Phillip dem Guten umfasste die burgundische Macht dann erstmals neben weiteren Gebieten das heutige Territorium Belgiens innerhalb eines Hoheitsgebietes. Zwischen den Städten und einzelnen Fürstentümern herrschten „enge wirtschaftliche, finanzielle, juridische und kulturelle Kontakte“ (vgl. Tömmel 1976, S. 91 f.).

Philipp verstand es, eine integrative Politik zu machen, indem er den einzelnen Herzogtümern und Grafschaften eine gewisse partikularistische Autonomie und Gestaltung zugestand und gleichzeitig über partizipative Zentralisierungsinstrumente und -gremien, wie z.B. den sogenannten „Grand Conseil“ mit seinen wirtschaftlichen und gerichtlichen Kompetenzen, ein burgundisches Einheitsbewusstsein förderte (vgl. Tömmel 1976, S. 92 f.).

Philipps Nachfolger Karl der Kühne setzte diesen Institutionalisierungsprozess fort und hinterließ nach seinem Tod 1477

„einen burgundischen Staat, der durch im Ansatz zentralisierte Verwaltung, gemeinsame ratgebende Institutionen, einen tendenziell für alle Provinzen und Städte zuständigen Gerichtshof gekennzeichnet war und der, wichtig genug, jahrzehntlang einen gemeinsamen Souverän gekannt hatte“ (vgl. Tömmel 1976, S. 93).

Dessen Erbtochter Maria von Burgund heiratete im selben Jahr in das Hause Habsburg ein, unter dessen Macht Burgund somit geriet. Deren Sohn Philipp vermählte sich mit Johanna der Wahnsinnigen von Spanien und es kam zur Vereinigung der habsburgischen Länder mit Burgund und Spanien. Die „spanische Niederlande“ entwickelte sich seit ihrer Entstehung 1522 allmählich nicht nur zu einem immer einheitlicheren Gebilde, sondern war zunehmend durch eine absolutistische Politik seitens Spaniens geprägt, was unter Karl V. heftige oppositionelle Bewegungen hervorrief und später unter Philipp II. zur offenen Rebellion führte. Hierbei taten

sich die Generalstände der Niederlande bzw. der einzelnen zu Burgund gehörenden Territorien hervor, die zuvor unter der Herrschaft Burgunds und Habsburgs ihre Privilegien schätzten. Unterstützt wurden sie vom niederländischen Adel (vgl. Tömmel 1976, S. 94 f.).

Dem von Philipp II. gesandten Herzog von Alba gelang es nach 1559 über restriktive Maßnahmen und die Einsetzung von Spaniern in entscheidende Regierungspositionen den Einfluss der Generalstände zunächst zu schwächen. Zudem führte er eine rigorose Steuerpolitik ein, was wiederum eine sich steigernde Wut in allen niederländischen Ständen hervorrief. Die Aversionen gegen Spanien wurden neben den sozialen, ökonomischen und politischen Verwerfungen auch religiös genährt, weil der Einfluss des Calvinismus‘ in den Niederlanden seit 1540 stetig wuchs. Unter Wilhelm von Oranien gelang 1572 schließlich die niederländische Besetzung der Provinzen Holland und Seeland, wo sich der Calvinismus etablierte. Es kam aber nicht zu einem Übergreifen der Rebellion auf die südlichen Territorien und deren Loslösung von Spanien, was u.a. auch Flandern betraf. Dies wurde nicht zuletzt durch Zugeständnisse Spaniens verhindert. Dazu gehörten Steuersenkungen, der Abzug fremder Truppen und die Wiederherstellung alter Privilegien. Damit war die Teilung zwischen einem unabhängigen nördlichen Niederlande, schließlich anerkannt im Westfälischen Frieden 1648, und einem südlichen Niederlande unter spanischer Krone vollzogen. Der Norden hatte fortan eine Sogwirkung auf die Protestanten, während der Süden die Katholiken anzog. Somit verfestigte sich eine innerniederländische Trennung entlang einer religiösen Bruchlinie, was die jeweilige kulturelle Identität spezifisch beeinflusste (vgl. Tömmel 1976, S. 95 ff.).

Die südlichen Niederlande gerieten dann im Verlauf des spanischen Erbfolgekrieges 1714 unter österreichische Herrschaft. Es entstanden seitens dieser Herrschaft die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Blüte und kulturelle Entwicklung. Dem standen allerdings religiöse und politische Spannungen gegenüber. Denn erstens kollidierte eine von Wien abhängige zentralistische Verwaltung mit den Interessen des einheimischen Adels, der Bourgeoisie, des Klerus‘ und der Generalstände. Zweitens riefen säkularisierte Bildungsmaßnahmen und die Einführung der zivilen Ehe Aversionen in der katholischen Bevölkerung hervor. Allerdings war der Widerstand in zwei Lager gespalten, die „Patrioten“ traten für demokratische Reformen gegen den Wiener Absolutismus ein und die „Privilegierten“, unter ihnen die Generalstände, kämpften für eine Restauration des Ancien Regime. Im Rahmen des revolutionären Zeitgeistes im Zuge der Französischen Revolution gelang es seitens der Patrioten 1789 kurzzeitig, sich von Österreich zu lösen. Zu einem entscheidenden Wandel kam es aber erst im Rahmen des Krieges zwischen Frankreich und Österreich, als die südlichen Niederlande 1797 formal an Frankreich fielen (vgl. Tömmel 1976, S. 97 f.).

Napoleon setzte fortan tiefgreifende Reformen um. Während er Privilegien des Adels abschaffte sowie Güter der Kirche konfiszierte und verstaatlichte, stärkte er hierin und durch die Förderung von Industrie und Handel die gesellschaftliche Bedeutung einer neuen Bourgeoisie.

Durch einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung nach 1800, von dem das Bürgertum stark profitierte, solidarisierte dieses sich größtenteils mit dem Regime. Dennoch entstanden in der Bevölkerung zunehmende oppositionelle Bestrebungen im Zuge einer belastenden Finanzpolitik und religiöser Verfolgungen (vgl. Tömmel 1976, S. 98 ff.).

Nach dem Sturz Napoleons wurden die südlichen Niederlande schließlich durch den Wiener Kongress 1815 mit Holland bzw. dem nördlichen Niederlande vereinigt.

4.1.1.3 Die Zeit unter Willem I und die belgische Revolution 1830

Mit Beschluss des Wiener Kongresses 1815 gehörte das Territorium des heutigen Belgiens als dessen südlicher Teil zum Vereinten Königreich der Niederlande unter König Willem I. Dieser regierte sein Reich nach 1815 autoritär, wie dies in allen europäischen Regimen seinerzeit üblich war. Sein Hauptziel war, in der Tradition seiner Dynastie einen niederländischen Einheitsstaat zu schaffen und sozusagen an die Zeit der Burgundischen Herrschaft im sechzehnten Jahrhundert anzuknüpfen, als beide Regionen schon einmal in einem Königreich vereint waren. Hierin trieb er relativ kompromisslos im gesamten Reich eine normierende Niederlandisierung in Bezug auf Sprache und Sitten voran. Dazu gehörte das Bestreben, dass sich die katholische Kirche dem Staat unterwerfen sollte. Das Episkopat der katholischen Kirche forderte jedoch von Anfang an einen katholischen belgischen Staat, so dass hier schon ein Keim einer geistig-moralischen Abspaltung angelegt war.

Die Einführung der im Norden geläufigen niederländischen Standardsprache als Amtssprache bedeutete erhebliche Benachteiligungen und Verständnisschwierigkeiten für große Teile der Bevölkerung der südlichen Provinzen. Die frankophone gehobene Bürgerschicht und der Adel sahen sich hierin gegenüber dem Bürgertum des Nordens, deren Sprache sie zuvor immer als "patois" (eine Mundart) abgewertet hatten, in ihrer gesellschaftlichen Macht beschnitten und in ihren Chancen unterprivilegiert. Die Konfrontation mit dem Herrscher war quasi vorprogrammiert. König Willem I. sah sich gezwungen, alle Beamten zu entlassen, die sich weigerten, Niederländisch zu lernen. Dies führte wiederum zu weiter steigendem Unmut bei den Eliten des Südens. Mit Unterstützung durch einen ebenfalls frankophonen Klerus wuchs die Auflehnung gegen König Willem I. Auch in Frankreich gab es immer noch die Ambition, Belgien wieder einzuverleiben, und Brüssel massenweise zu französisieren. Auch aus dieser Richtung

kamen Impulse für den Widerstand der frankophonen Bevölkerung im Königreich der Niederlande.

Unmut verbreitete sich auch in der einfachen Bevölkerung, die nur flämische oder wallonische Dialekte sprach. Für sie die waren die amtlichen niederländischen Schriften oft nur schwer zu verstehen und dies betraf durchaus auch gebildete Milieus. Selbst Lehrer waren weder mit der Schreibweise noch mit der Aussprache des Nordens vertraut, wie sich aus den Berichten an den Innenminister aus den Jahren 1815-1817 zeigt.

Ihre Schulbücher waren alle in altflämischer Rechtschreibung geschrieben. Die Einführung von neuen methodischen Schulbüchern fiel schwer, weil das Standard-Niederländisch „durch die vorhandenen Lehrer weder beherrscht noch gesprochen werden und erst recht nicht richtig unterrichtet werden konnte.“ Sie waren in der Regel nur vertraut mit „der einfachen, groben und gebrechlichen Sprache vom Lande in Flandern“ (vgl. Wils 1994, S. 57).

Der König hatte das reichsgefährdende Problem grundsätzlich durchaus erkannt und nahm zunächst in Form einiger Zugeständnisse Rücksicht auf den Unterschied der Sprachformen in Nord und Süd, um die die Belgier nicht gegen sich aufzubringen. Tatsächlich hatte er die Situation aber wohl unterschätzt und angenommen, dass sich mit der Zeit der Übergang zum ‚Holländischen‘ ohne weiteres ergeben würde.

Aber lediglich die niederländisch sprechende Mittelschicht im Süden war für eine Einführung der Standardsprache als administrative und nationale Sprache offen und zur Anpassung (notwendigerweise) bereit. Sie versprach sich mit ihrer Opportunität zur Politik der Niederlandisierung eine Aufwertung, einen besseren Zugang zu den gesellschaftlichen Bereichen der Verwaltung und Kultur, die soziale Chancen und Statusgewinn verhiessen (vgl. Siegemund 1989, S. 43). Auch ging dies bei einigen mit einer gewissen Affinität zur Kultur des Nordens einher.

Doch die Lager waren und blieben auch in Flandern geteilt, andere lehnten nämlich eine solche Anpassung unter Berufung auf ihre kulturelle Identität ab und setzten sich für die amtliche Gleichberechtigung ihrer flämischen Sprache ein (vgl. Wils 1994, S. 55). Sie kultivierten das Flämische entgegen der angestrebten „Hollandisierung“ und es entstanden in diesem Zusammenhang auch eigene flämische Medienerzeugnisse. Noch 1821 verfasste man beispielsweise in Leuven flämische und keine holländischen Rundschreiben der Römisch-katholischen Gesellschaft. Hierin zeigt sich zudem die identitätsprägende kulturelle Bindung zwischen der Sprache und dem Katholizismus in Flandern.

Und so entwickelten sich gewissermaßen zwei große Öffentlichkeiten im Königreich der Niederlande. Einerseits die im Norden verwurzelte protestantisch-niederländische Öffentlichkeit und andererseits die katholische Öffentlichkeit im Süden. Gerade auch die Unterschicht dort

war streng antiprotestantisch eingestellt. Der Süden selbst war regional geteilt in einen niederdeutschen⁵ und einen frankophonen Sprachraum, so dass dort nochmals spezifische Teilöffentlichkeiten vorhanden waren, die schon den Keim der Konflikte im späteren Belgien in sich trugen.

Dass ein Reich mit solch unterschiedlichen Sprachräumen und Glaubensausrichtungen und einhergehend Sprach- und Religionsgrenzen ein hohes Konfliktpotenzial bedeutet, liegt auf der Hand. Ein Zitat des Schriftstellers und späteren Vaters der Flämischen Bewegung (vgl. Kapitel 4.2.2) Jan-Frans Willems verdeutlicht aber, dass es im flämischen Teil des Südens trotz allem durchaus eine Kompromissbereitschaft bezüglich der Niederlandisierung gab:

“Wir sind gerne bereit zu bekennen, dass die nationale Sprache Flanderns noch viel Verbesserung und Bildung bedarf, und dass insbesondere die gebräuchliche Schreibweise, um vollkommen Niederdeutsch zu sein, einigermaßen nach dem Holländischen eingerichtet oder geändert werden muss, da es voll von französischen Idiotismus -und Wortfügungen ist, aber wir sind weit weg davon ab zu glauben, dass die Belgier deswegen Abstand nehmen müssen von allem was besonders eigen an ihrem Dialekt ist, dem Holländischen allein anklebend (...)“ (zit. nach Wils, 1994, S. 59).

In diesem Zitat wird das kulturelle Selbstverständnis jener flämischen Bevölkerung deutlich, die nicht der frankophonen Bourgeoisie angehört und diesen in den folgenden Jahrzehnten nach und nach Anteile der gesellschaftlichen Deutungshoheit streitig machen wird. Diese ordnete sich sprachkulturell zwischen der niederländischen und frankophonen Kultur als eine eigene kulturelle Gruppe ein. Zwar drängt sich durch die Politik Willems I. zu diesem historischen Zeitpunkt das Streben nach Emanzipation von dessen Herrschaft in den Vordergrund, aber die Konflikte zwischen Flandern und Wallonien im späteren Belgien zeichnen sich in solchen Einstellungen schon am Horizont ab.

Denn die Flamen befinden sich zu jener Zeit in einem Spannungsfeld zwischen einer sprachlich-kulturellen Nähe zum Norden bei gleichzeitiger Aversion gegen das Französische des Südens einerseits und ihrer religiös-kulturellen Verbindung zu Wallonien bei gleichzeitiger Aversion gegen das Protestantische des Nordens auf der anderen Seite. Gewissermaßen haben die Flamen, sofern sie nicht im aristokratischen oder bourgeoisen Lebensstil aufgehen, ein Identifikationsproblem hinsichtlich der politischen Optionen, die sich ihnen unter Willem I. bieten.

⁵ In der Zeit vor 1500 wurden die Dialekte in Flandern, Brabant und West-Limburg, also den Regionen des heutigen Flanderns, als ‚Dietsch‘ bezeichnet. Dies geht zurück auf den ehemaligen Einfluss der Franken in den Niederlanden. Seit dem 16. Jahrhundert, als die Regionen im burgundisch-niederländischen Herrschaftsgebiet unter Karl V. vereint waren, etablierte sich die Bezeichnung ‚Niederdeutsch‘ für die niederländische Sprache als Unterscheidung zur ‚deutschen‘ Sprache im Osten (vgl. van der Wal/Van Bree 2008).

In dieser Konstellation der Identitätssuche scheinen fundamentale Abgrenzungskämpfe in alle Richtungen und Selbstbestimmungskämpfe vorprogrammiert.

Willems ist gewissermaßen eine Ursprungsfigur dieses Prozesses. Er strebt zunächst den Kompromiss an, dasjenige von der nördliche Orthografie zu übernehmen, was bis ins sechzehnte Jahrhundert gemeinsam im Sprachgebrauch üblich war, aber einige Formen des Niederländischen zu verwerfen (das „aa“ und „ij“), welche seitdem ausschließlich in den vereinigten Provinzen des Nordens eingeführt wurden.

Aber weder die Regierung noch eine Vereinigung literarischer Gesellschaften nahm sich der Sache offiziell an, so dass die nicht normierten „belgischen“ Schreibweisen immer mehr weichen mussten für eine genormte niederländische Sprachform, die der Linguist Siegenbeek 1804 entworfen hatte. Dabei waren die Ansprüche des Südens in dieser Sache am Ende eher gering. Letztlich ging es nur noch um eine Grundsatzeinwilligung, welche die belgische Würde anerkennen würde (vgl. Wils 1994, S. 60).

Davon unbeeindruckt wurde die Administration und Justiz im gesamten flämischen Teil Belgiens und in Brüssel zwischen 1819 und 1822 insofern neu ausgerichtet, dass das mit dem Protestantismus konnotierte Standard-Niederländisch fortan die einzig zugelassene Amtssprache war. In der Verwaltung, beim Gericht, in der Armee oder im Bildungswesen usw. wurde also im Grunde nur noch Standard-Niederländisch gesprochen – mit zwei Ausnahmen: Französisch, das es in den Lehrplänen nicht mal mehr als Zweitsprache geben sollte, wurde aufgrund des Drucks aus dem Bürgertum als Zugeständnis ausschließlich an Reichsgrundschulen als zusätzliche Sprache offiziell noch gelehrt. Ansonsten durfte Französisch nur außerhalb des regulären Unterrichts unterrichtet werden. Die zweite Ausnahme war die Regelung für die drei Universitäten im Süden, Löwen, Gent und Lüttich, Latein als Unterrichtssprache festzulegen. Fand eine Vorlesung oder ein Seminar aufgrund des Fachs (Sprache und Literatur) in Niederländisch statt, war das Interesse sehr gering (vgl. Deprez 1985, S. 11). Dies spiegelt die wachsenden Ressentiments gegenüber dem Norden wider. Diese Ressentiments gab es sowohl in den flämischen Landesteilen als auch im frankophonen Wallonien. Denn durch die Abhängigkeit von Brüssel als Hauptstadt sprachen auch die Regierungsbeamten in Wallonien überwiegend Niederländisch (vgl. Tömmel 1976: S. 103). Dies bedeutete de facto eine Diskriminierung der Bourgeoisie sowohl in Flandern als auch in Wallonien, die beide vornehmlich Französisch sprachen und deren Karriere- und Machtchancen damit sanken. So waren die Bewohner des Südens beispielsweise bezüglich der Partizipation an leitenden Funktionen im Staatswesen deutlich unterrepräsentiert (Fix 1991, S.94). Und das, obwohl sie häufig, etwa beim Militär, zahlenmäßig überrepräsentiert waren.

Der sich hierin begründende Widerstand gegen den König erhärtete sich, wie gesagt, noch im religiösen Kontext. Die ‚Reformierten‘ aus den Norden fühlten sich mit den ‚Römischen‘ aus dem Süden wenig verbunden, was auch umgekehrt galt. In Flandern stand eine Masse von Gläubigen hinter der Römisch-Katholischen Kirche, so dass die „protestantisch-holländische“ Politik des Königs kontinuierlich Spannungen erzeugte. Denn obwohl die freie Ausübung aller religiösen Kulte verfassungsrechtlich garantiert war, wurden die holländischen Protestanten im Alltag begünstigt (vgl. Tömmel 1976: S. 103).

Zudem trieb Willem I. eine Laizisierung der Bildung voran, indem er kirchlichen Hochschulen die Mittel kürzte und 1825 sogar die katholischen Ausbildungsseminare für Priester durch das zentralisierte philosophische Kolleg von Löwen ersetzte. Damit zog er sich den Hass nicht nur des Klerus‘ zu, sondern auch des katholischen Adels und des Bürgertums (vgl. Tömmel 1976: S. 103).

Für diese drei Gruppen war die Sprach- und Religionspolitik Wilhelms zweifellos ein diskriminierender Affront und sie forderten die Freiheit von Religion und Bildung in ihrem Sinne, wie ihnen 1814 von den Großmächten garantiert worden war. Hierbei ging es nicht nur um soziale Macht und gesellschaftliche Teilhabe, sondern um das eigene erschütterte sozialkulturelle Selbstverständnis.

Denn das „katholische Flämisch“ in Flandern und die frankophonen Dialekte in Wallonien waren neben der Religion für die jeweilige regionale Identität von großer Bedeutung. Beides, Religion und Sprache, und damit die Identität der Flamen und Wallonen wurden nun in im Kontext des Gesamtreiches entwertet. Gewissermaßen und einhergehend mit den beschriebenen gesellschaftlichen Repressionen waren die Belgier nun also fremd im eigenen Land bzw. Reichsangehörige zweiter Klasse. Beinahe folgerichtig ging es nun im Süden um emanzipatorische Grundsatzfragen. Es verbündete sich schließlich 1828 die um Religions- und Bildungsfreiheit bemühte Kirche mit den Liberalen, welche ihrerseits Presse- und Sprachfreiheit anstrebten und für sich mehr ministerielle Verantwortung im Reich einforderten. Man sprach bezüglich dieser Union („l’union des oppositions“) auch von einem Monsterverband. Im Zuge dieses ‚Unionismus‘ verstärkten sich nun die Ressentiments und der politische Druck gegenüber dem Norden noch. Und es kam kurzzeitig mit dem antiprotestantischen Proletariat ein weiterer Verbündeter hinzu. Denn dieses litt unter zunehmender Verarmung im Zuge der Industrialisierung und Technisierung sowie einer Phase wirtschaftlicher Depression. Das Aufbegehren der Arbeiterklasse korrespondierte auch deshalb mit der oppositionellen Stimmung der belgischen Bourgeoisie, weil diese sich gegenüber den holländischen Kapitalisten benachteiligt sah (vgl. Tömmel 1976: S. 103).

Auf den zunehmenden Widerstand aus Belgien und die sich formierende Opposition reagierte Willem I. brutal, z.B. mit einer Pressezensur und der Einkerkung belgischer Journalisten (vgl. Tömmel 1976: S. 104). Insofern war eine Gemengelage entstanden, die über soziale Grenzen hinweg auf eine quasi-nationale Konfrontation zwischen Holland und Belgien hinauslief.

Im Rahmen eines allgemeinen revolutionären Zeitgeistes in Europa entlud sich der politische Druck des Südens schließlich auf der Straße. Im Zuge der Revolution gegen Karl X. in Paris im Juli 1830 kam es auch in Brüssel zunächst zu ersten Unruhen. Am Ende gab das Opernstück „Die Stumme von Portici“ am 25. August 1830 den entscheidenden revolutionären Impuls. Das romantisch-nationalistische Thema einer Revolution neapolitanischer Bürger gegen eine landesfremde Herrschaft schaukelte die emotionalisierten Anwesenden auf. Diese machten sich im Anschluss, auch provoziert durch die starke Präsenz der Staatsmacht, zur Nachahmung des Gesehenen auf, machten Jagd auf die Polizisten und setzten die Redaktion der proniederländischen „National“-Zeitung in Flammen. Immer mehr Menschen schlossen sich schließlich dem Aufstand an und bewaffneten sich. Fabriken wurden gestürmt, weil moderne Maschinen von der Arbeiterklasse als Ursache für die Massenarbeitslosigkeit ausgemacht wurden. Die belgische Revolution war geboren (vgl. Tömmel 1976: S. 104 f.). Und sie war letztlich eine nationale Revolution, bei der innerbelgische Differenzen im entscheidenden Moment ausgeblendet waren.

Unter dem Strich muss die Sprach- und Religionspolitik von Willem I in der Weise, wie sie im Süden soziale und kulturelle Identitätskonzepte erschütterte und Machtbefugnisse sowie Karrierechancen minimierte, als Kernursache für die 1830er Revolution betrachtet werden, die seine Herrschaft über die südlichen Niederlande beendete.

4.1.2 Staatsgründung und -konstituierung bis 1840 – der Unionismus

Noch während der Revolution wurden die Arbeiter von den bürgerlichen Eliten entwaffnet und somit auch politisch entmächtigt. Diese schwangen sich anstelle der alten Regierung zur neuen Ordnungsmacht auf. Die Revolution war somit eine Revolution der frankophonen Bourgeoisie aus Flandern und Wallonien. Der Adel passte sich weitgehend an.

Nach heftigen Kämpfen erklärte schließlich am 4. Oktober 1830 die provisorische Regierung aus Staatsmännern, Intellektuellen und Dichtern die Unabhängigkeit des neuen Königreichs Belgien. Bis Ende desselben Monats waren fast alle Holländer aus Belgien vertrieben worden (vgl. Tömmel 1976: S. 104).

Es folgte am 4. November 1830 in London eine diplomatische Konferenz der damaligen Großmächte, die über die Zukunft Belgiens berieten und die Trennung Belgiens von den

Niederlanden anerkannten. Damit war der Weg frei für die Verabschiedung einer Verfassung durch den Nationalkongress am 7. Februar 1831. Diese war „von freiheitlichem Geist“ geprägt und brachte „den gegenseitigen Respekt von Staat und Kirche“ zum Ausdruck. Das bedeutete u.a., dass die Katholische Kirche bei der Formulierung der Religionsrechte großen Einfluss hatte, was u.a. zur Folge hatte, dass sie autonom über Gesetze, Verwaltung und Rechtsprechung für ihren Bereich entscheiden konnte, diesbezüglich die Personal- und Finanzhoheit innehatte und Schutzgarantien des Staates zugesprochen bekam. Gleichwohl endete hiermit das Staatskirchentum unterschiedlichen Ausmaßes, das den belgischen Raum zuvor 1800 Jahre gekennzeichnet hatte (vgl. Hermsdörfer 1998, S. 257 ff.).

Am 21. Juli 1831 kam es dann zur Amtseinssetzung von Leopold I. von Sachsen-Coburg-Gotha als erstem König von Belgien. Seine Wahl war durchaus ein Husarenstück. Verteilt über ganz Europa verfügte er über ein Netzwerk von Beziehungen und Stützpunkten, außerdem genoss er das Vertrauen von Großbritannien.

Letzte außenpolitische Stabilität erhielt die neue Nation 1839 mit einem Friedensvertrag, in dem die Niederlande die Unabhängigkeit Belgiens endlich akzeptierte und auch Belgien insbesondere auf Druck Großbritanniens bestimmte Ansprüche auf luxemburgische Gebiete gegenüber Wilhelm I. fallen ließ. Zudem verzichtete Belgien auf Maastricht. Der Westen des Großherzogtums Luxemburg wurde schließlich Belgien in dem Vertrag zugeteilt. Der Osten wurde als unabhängig erklärt unter der Verwaltung von Wilhelm I. Zuvor war es in diesen Zusammenhängen wiederholt zu Konflikten und Gefechten gekommen, beginnend mit einer militärischen Offensive der Niederlande nach der Krönung des belgischen Königs Leopold I., die auf Druck Frankreichs beendet wurde (vgl. Driessen 2018, S. 107 f.). Der gemeinsame Kampf der Belgier gegen die niederländische Aggression und dessen Ausflagung als Kampf einer Glaubensgemeinschaft gegen eine andere war sicher ein wesentlicher Faktor dafür, dass zunächst innenpolitisch so etwas wie ein belgischer Nationalismus entstand.

Insgesamt gesehen fügte sich Belgien nach der Anerkennung durch die Niederlande außenpolitisch ohne große Spannungen in Europas herrschende politische Strukturen ein, die durch monarchistische Großmächte geprägt waren. Eine Republik hätte nach der Revolution kaum Akzeptanz durch die Großmächte gefunden. Nicht zuletzt das Wohlwollen Großbritanniens stützte aber den Parlamentarismus Belgiens und stabilisierte die Macht der Bourgeoisie, auf deren politischen Zuspruch der König angewiesen war. Seine Amtszeit sollte schließlich bis zu seinem Tod 1865 andauern.

Der Triumph der Bourgeoisie konnte somit aus der in der Verfassung garantierten Souveränität der Nation seine formale Legitimation beziehen. Im Grundgesetz, Artikel 25, heißt es: 'alle

machten komen voort uit de Natie' („alle Gewalten gehen von der Nation aus“).

Politisch entstand somit eine parlamentarische Monarchie nach englischem Modell. Diese war auch innenpolitisch zunächst stabil, denn die bürgerlichen Revolutionäre und neuen Staatsmänner waren doch insoweit konservativ, dass sie sich grundsätzlich mit der Monarchie identifizierten – zumal ihre politischen Pfründe gesichert waren. „Realiter allerdings ging die Gewalt keineswegs von der ‚Nation‘ aus“ (...) (Tömmel 1976, S. 109). Dies beschränkte sich auf einen elitären Machtzirkel. Und so wurde die staatliche Verwaltung nach französischem Vorbild aufgebaut, da die Regierungsmitglieder aus dem reichen und gebildeten Bürgertum, dem Klerus und dem liberalen Adel nicht nur Französisch sprachen, sondern auch in ihrer Lebensart überwiegend frankophil waren. Dies galt auch für die kleine Elite aus den flämischen Landesteilen und aus Brüssel. Entsprechend wurde Französisch per Erlass vom 16. November 1830 auch die neue Regierungs- und Verwaltungssprache, obwohl in der Verfassung der Sprachgebrauch als fakultativ festgelegt wurde – in schlechter Erinnerung an die Jahre holländischer Verwaltung und holländischen Sprachzwangs (vgl. Tömmel 1976: S. 109 f.).

„Begründet wurde dieser Vorrang des Französischen in der Präambel des benannten Erlasses damit, dass zwar das bereits proklamierte Prinzip der Sprachfreiheit gelte, allerdings für die Zwecke der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit eine praktikable Lösung zu finden sei. (...) Diese aus heutiger Sicht befremdlich wirkende Einschätzung hatte seinerzeit durchaus ihre Berechtigung, da (...) die Standardvarietäten des Niederländischen und auch des Deutschen im damaligen Belgien tatsächlich nicht gebräuchlich waren, sondern lediglich die nicht standardisierten und entsprechend vielfältigen Dialekte“ (Schubert 2011, S. 166).

Diese Monopolisierung des Französischen kann daher zu dieser Zeit nicht zwingend als eine bewusste Instrumentalisierung der Sprache zur politischen Diskriminierung des ‚einfachen‘ Volkes eingeordnet werden. Vielmehr ist dies aus den geschilderten Gründen als Pragmatismus zu betrachten, der zugleich eine willkommene Abgrenzung zu den Jahren der verhassten holländischen Herrschaft bedeutete und auch hierin den Neuanfang markiert.

Und so gab es auch

„keinen Plan, die ‚Volkssprache‘ in Flandern auszumerzen. Im Gegenteil, der belgische Staat unterstützte im Zusammenhang mit der ‚Volkssprache‘ kulturelle Initiativen. Immerhin wurde die Muttersprache des überwiegenden Teils der flämischen Belgier als ein integraler Bestandteil der belgischen Identität betrachtet, mit der der belgische Nationalstaat sein Recht auf Unabhängigkeit neben jenem großen Frankreich begründete, das einen begierigen Blick auf sein kleines Nachbarland fallen ließ (de Wever 2005, S. 74).

Dieses Interesse hatte demnach eine insbesondere außenpolitische Bedeutung. Innenpolitisch ist zu konstatieren, dass sich

„die bürgerliche Elite nicht für die Sprache des ‚gemeinen Volkes‘ (interessierte), wie sie sich überhaupt um den sozialen und wirtschaftlichen Zustand der verarmten Bevölkerungsmassen nicht kümmerte“ (de Wever 2005, S. 74).

In den Anfangsjahren Belgiens blieb die politische Bedeutung sprachlicher Differenzen im Inneren aber dennoch sehr minimal, wie der amerikanische Politologe A. Zolberg in Grew (1978) feststellt. In hohem Maße fehlte hierfür nämlich die Identifikation mit einer größeren gemeinsamen Sprachgruppe. In Wirklichkeit war die Situation folgende: etwas mehr als die Hälfte der belgischen Bevölkerung sprach verschiedene Arten Flämisch, die meisten Anderen Variationen des Wallonischen und Pikarischen. Nur eine kleine Minderheit, zerstreut über Brüssel und den städtischen Zentren nördlich und südlich der Sprachgrenze, sprach gewöhnliches Standardfranzösisch.

Es gab aber einen zweiten wichtigeren Faktor, welcher die Identifikation mit einer größeren Sprachgruppe sozusagen ausschloss (vgl. Huyse 1983, S. 9). Belgien war kurz nach der Gründung 1830 überwiegend noch eine vorindustrielle Gesellschaft. In einer solchen Gesellschaft identifizierte sich die Mehrheit der Bevölkerung in erster Linie mit der lokalen Gesellschaft: ‚mein Dorf‘, ‚meine Gegend‘ waren die üblichen Zuschreibungen der geographischen Identifikation. Alternatives soziales Zuordnungskonzept waren die Standeszugehörigkeit und/oder die lebensanschauliche Gruppe, der man angehörte. Die Identifikation mit einer Nation oder überregionalen Sprachgemeinschaft spielte noch keine so bedeutende Rolle.

Wenn auch nicht beabsichtigt, wurde das Französische vor diesem Hintergrund nun aber unweigerlich nicht nur Amtssprache, sondern einhergehend Herrschaftssprache, die große Teile gerade der flämischen (Land-)Bevölkerung, die überwiegend auch rudimentär kein Französisch sprachen, von der Herrschaftskommunikation ausschloss.

„Im romanischsprachigen Süden schuf dieser Vorrang der französischen Standardsprache weniger Probleme, da die relative Nähe zu den lokalen Dialekten offenkundig war. Im Norden hingegen barg der Gegensatz zwischen frankophoner Elite (...) und flämischsprachiger Masse – für diese war das Französische eine Fremdsprache – das Potenzial eines Konfliktes“ (Schubert 2011, S. 167).

Trotz der sprachlichen Verwandtschaft waren aber auch die verschiedenen gallogermanischen Dialekte in Wallonien für die Sprecher der französischen Standardsprache schlecht verständlich, so dass die Eliten gewissermaßen ihr eigenes spezifisches (Kommunikations-)Milieu bildeten. Eine kleine frankophone Schicht, ausgestattet mit Stimmrecht in Kammer und

Senat, kontrollierte in diesem Zusammenhang alle Verwaltungsfunktionen und beherrschte das gesellschaftliche Leben, die Wirtschaft und die Staatseinrichtungen (vgl. Ruys 1981, S. 46).

Es wurde somit ein administratives und politisches Fundament des belgischen Staates gelegt, das mit all seinen angelegten Bruchlinien (teilweise ursächlich) diverse Krisenerfahrungen bis in die Gegenwart hinein mitbedingt.

Die ersten zehn Regierungsjahre unterlagen dabei der Deutungshoheit des Bündnisses zwischen Katholiken und Liberalen („Unionismus“), die ihre 1828 geschlossene Partnerschaft fortsetzten und bis 1839 in drei Kabinetten regierten. „Die Sammlung der nationenbildenden Kräfte hatte Vorrang gegenüber dem Gegensatz von Klerikalismus und Antiklerikalismus“ (Siegemund 1989, S. 45). Die kirchliche Seite gewann sukzessive in dieser Konstellation an Macht im Staat, z.B. wurde der Religionsunterricht in staatlichen Schulen obligatorisch durch Geistliche durchgeführt. Die Gründung einer konfessionellen Partei erschien aus dieser Sicht nicht notwendig, da die staatlichen Interessen der Kirche weitgehend Umsetzung fanden.

Die Bedeutung der landesweiten Identifikation mit dem Katholizismus und des einhergehenden Emanzipationskampfes gegen Holland für die Entstehung eines belgischen Nationalismus ist oben bereits erwähnt worden. Mit der Konsolidierung Belgiens innerhalb der ersten zehn Jahre wurde dies auch durch die Identifikation mit liberalen und demokratischen Werten gestützt. Somit verlieh der Unionismus Belgien in den Anfangsjahren gewissermaßen eine politische Identität.

Auch die gemeinsamen Erfahrungen von den Befreiungskämpfen gegen Fremdherrschaften in der Vorgeschichte Belgiens dürften darüber hinaus in der Gründungsdekade ein Gefühl belgischer Solidarität im ganzen Land gefördert haben (vgl. Tömmel 1976, S. 119).

„Demgegenüber tritt die integrative Funktion des ‚Ethnos‘ in Belgien zurück“, konstatiert Tömmel (1976, S. 119) für diese Zeit. Ersatzweise wurde der Katholizismus als „Quasi-Ethnos“ von der staatstragenden Elite uminterpretiert, um einen belgischen Nationalismus in der bi-ethnischen Nation zu festigen. Dies zeigen Debatten des Nationalkongresses seinerzeit und die Geschichtsschreibung belgischer Historiker des 19. Jahrhunderts (vgl. Tömmel 1976, S. 120). Mit allen Mitteln wurde versucht, den „wahren“ Ursprung Belgiens lange vor 1830 historisch zu legitimieren, hierzu erschienen zwischen 1838 und 1840 unzählige mehr oder weniger romantisch gefärbte belgische Geschichten, in denen eine konstruierte nationale Narration bemüht wurde. Dabei ging man zurück bis zur "Guldensporenslag" von 1302 (vgl. Kapitel 4.2.4), die man als Vorboten der Revolution von 1830 verklärte (vgl. DeSchrijver 1998, S. 432 f.).

„Daß dieser Versuch, unternommen vor allem von seiten der wallonischen Bürger des Staates, dennoch auf die Dauer nicht den beabsichtigten Erfolg hatte, liegt an der Tatsache des ‚Erwachens‘ der Flamen, die den aus Deutschland stammenden romantischen Volksbegriff nach 1840 übernahmen und so die gesamtbelgischen Integrationsversuche der Wallonen (...) zunichte machten“ (Tömmel 1976, S. 210 f.).

Die sprachliche Benachteiligung und das Gefühl kultureller Geringschätzung seitens der Eliten waren ein bedeutender Antrieb für diese Entwicklung. Diese betrachteten die flämischen Dialekte zwar wohlwollend als „kulturelle Artefakte einer glorreichen Vergangenheit“, maßen diesen als „Umgangssprache der niederen Gesellschaftsschichten“ aber keinen besonderen zeitgenössischen Wert bei (vgl. de Wever 2005, S. 74). Aus den Kreisen intellektueller flämischer Sprachliebhaber entstanden nun Forderungen nach Anerkennung des Flämischen als Verwaltungssprache. In diesem Kontext strebten sie danach, eine Standardsprache zu entwickeln. Sie organisierten sich in literarischen Gesellschaften und gründeten 1836 in Gent die Sprachgesellschaft ‚De Tael is gansch het Volk‘ (‚Sprache und Volk sind eins‘) – sozusagen die Wiege der Flämischen Bewegung (vgl. Kapitel 4.2.2), die fortan kulturell und politisch auf einen flämischen Nationalismus hinwirken sollte (vgl. De Wever 2005, S. 74).

„Der bekannteste ‚Sprachliebhaber‘ war Hendrik Conscience, der mit seinem historischen Roman *De Leeuw van Vlaenderen* [Der Löwe von Flandern, 1838] in hohem Maße zu der romantischen Darstellung des freiheitsliebenden flämischen Volkes beigetragen hat, welches bereits im Mittelalter bestanden habe“ (De Wever 2005, S. 74).

In seinem Roman verarbeitete Conscience die Ereignisse um die ‚Guldensporenslag‘, jedoch weniger in einer belgischen, sondern in einer flämischen Lesart. Damit schuf er eine narrative Perspektive für die Flamen, sich die Idealisierung der Sporenschlacht als Gründungsmythos für ihren „eigenen“ regionalen Nationalismus anzueignen (vgl. Kapitel 4.2.4) – im Zusammenhang eines konfliktreichen Prozesses der Selbst-Bewusstmachung (vgl. Kapitel 4.2.3).

Somit wird die Geschichte Belgiens nach der Ära des ‚Unionismus‘ nicht zuletzt die Geschichte eines komplexen ethnischen Konfliktes, der mit seinen Verselbständigungsentwicklungen den fragilen belgischen Nationalismus bis heute ausgehöhlt hat und diesem regionale Nationalismen als Konkurrenzmodelle gegenüber gestellt hat.

4.1.3 Unabhängigkeit als Königreich bis 1914

Es entpuppte sich nach der Gründungsdekade immer stärker, dass das junge Belgien als ein Staat innerer Widersprüche gegründet wurde. Dabei sollten bis zum Beginn des Ersten

Weltkrieges drei sich überlagernde Konfliktdimensionen nach und nach eine bedeutende Rolle spielen:

- Der Gegensatz zwischen Liberalen und Katholiken/Kirche
- Der Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen
- Der Gegensatz zwischen Arbeitern und kapitalistischer Bourgeoisie

Mit Gründung der ersten politischen Partei 1846, sollten sich die Liberalen dem Bündnis mit den Katholiken entziehen und den Unionismus 1847 beenden (vgl. Siegemund 1989, S. 46). Darüber hinaus markierte dies eine weitere Abschwächung der Prerogative des Königs. Und da die belgische Aristokratie, außer vielleicht auf kommunaler Ebene, ihrerseits keine Regierungstradition als Fundament eines wirkmächtigen politischen Willens besaß, dominierte das Bürgertum die Volksvertreterkammer eindeutig. Dieser Einfluss sollte bis 1893 deutlich sichtbar sein. In dieser Zeit etablierte sich Belgien als ein liberal eingefärbtes Königreich, ein parlamentarischer Laienstaat, bürgerlich, unitär, frankophon. Es bestand eine essentielle Verbindung zwischen diesen Komponenten. Zwar kann kaum von Demokratie nach heutigem Verständnis die Rede sein, aber das Grundgesetz garantierte fast alle legitimierte Freiheiten des modernen Europas von damals. In ihrer Wertorientierung war das Bürgertum eben gespalten in das liberale und katholische Lager. Das Ende des Unionismus‘ bedeutete aber keine nachhaltige Schwächung des politischen Katholizismus – im Gegenteil. Dieser sollte bis 1878 immer wieder die Regierungsgeschäfte (mit-)bestimmen. Und nach einer liberal dominierten Regierung bis 1884 kamen die Katholiken erneut an die Macht, die sie dann bis 1914 innehatten.

Diese politischen Entwicklungen sind auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Politisierung der überwiegend streng katholischen Bevölkerung Flanderns und der Sprachproblematik zu sehen, denn obwohl von den frankophonen Eliten und ihrer Deutungshoheit her französisch geprägt, beheimatete die Nation eine niederdeutschsprachige Bevölkerungsmehrheit, die in großen Teilen, wie geschildert, gegenüber den Eliten im gesamtbelgischen Kontext unterprivilegiert war und sich ihrer faktischen Sprachdiskriminierung immer bewusster wurde.

Die bereits vor 1840 entstandenen Initiativen flämischer Intellektueller, sich öffentlich für einen erhöhten Stellenwert der Volkssprache im jeweiligen Landesteil stark zu machen, um auch eine stärkere politische Teilhabe der Bevölkerung zu ermöglichen, verstärkten sich nach der Gründungsdekade. So lautete in einem ersten Manifest 1840 eine Forderung, dass Beamte in den flämischen Provinzen auch des Flämischen mächtig sein und kommunale Angelegenheiten

bei Bedarf auch in flämischer Sprache geregelt werden können (vgl. Schubert 2011, S. 167). Dies war sozusagen das erste noch bescheidene sprachpolitische Statement von Akteuren und Vereinigungen, die sich für Interessen der flämischen Bevölkerung einsetzen und sich hierin sukzessive zur sogenannten Flämischen Bewegung formierten, die sich im Laufe der nationalen Geschichte Belgiens zum Träger eines flämischen Nationalismus entwickeln sollte (vgl. Kapitel 4.2.2).

Entscheidende Dynamik bekam die flämische gesinnte Politisierung größerer Bevölkerungsteile mit der Modernisierung der Gesellschaft ab 1850.

Belgien sollte nun zu einem der meist industrialisierten Länder der Welt werden. Das Tempo des industriellen Wachstums war jedoch in Flandern und Wallonien völlig konträr. Die flandrische Textilindustrie, welche zuvor für einigen Wohlstand in Flandern gesorgt hatte, schwand unter dem Druck der englischen Konkurrenz. Als Folge verringerten sich die Kapitalinvestitionen in diesem Sektor drastisch und Flandern fiel zurück auf das vormoderne ökonomische Konzept der Heimweberei und des Ackerbaus auf kleine Flächen, geprägt durch Saisonarbeit. Überleben war zwar möglich, aber mithilfe von Frauen- und Kinderarbeit, was auch ein geringes Bildungsniveau in der Gesellschaft zur Folge hatte.

Dahingegen boomte in Wallonien nun die Montanindustrie und sorgte dort für Arbeit und Prosperität. Nicht nur die Arbeit in den Zechen oder an den Stahlkochern hatte Hochkonjunktur, auch viele neue Angestelltenberufe entstanden nun im Sog der Industrialisierung, die ja auch organisiert und verwaltet werden musste. Es begann sich der tertiäre Sektor auszubilden, mit Französisch als Verkehrssprache.

Der Zugang zu den neuen Berufen, die nun für Jahrzehnte der Hebel für soziale Mobilität sein würden, war natürlich in hohem Maße abhängig von der Geschicklichkeit im Umgang mit der Sprache und mit Zahlen – Kompetenzen, die bei der Arbeit in der Landwirtschaft und in der Fabrik weniger eine Rolle spielten. Zudem wurde in dieser Modernisierungsphase die Ausübung bestimmter Berufe in der Industrie insgesamt mehr und mehr abhängig von einer formellen Ausbildung, einer Prüfung oder einem Diplom. Kurz: Sprache und Bildung waren nun bedeutende ökonomische Werte. Zugleich sahen sich viele Menschen gezwungen, sofern sie eine auskömmliche wirtschaftliche Existenz anstrebten, aus ihrem lokalen Bezugskontext auszurechnen – physisch und geistig. Man musste schlicht dorthin gehen, wo die Arbeit war und sich (sprachlichen) Herausforderungen jenseits der gewohnten lokal gültigen Handlungs- und Orientierungsmaßgaben stellen.

Mit dieser Entwicklung erlebten die Flamen sich mit ihrer Sprache auf einmal nicht nur politisch ohnmächtig, sondern auch wirtschaftlich als defizitär und zweitklassig. Es entstand als

sozialer Reflex allmählich eine Verbundenheit und zunehmende überlokale Identifikation mit der eigenen niederdeutschen Sprachgruppe, eine Wir-Identität aus dieser geteilten Außenseiterposition heraus, die nicht länger lokal begrenzt war.

Politischen Sprengstoff bekam die Sprachenfrage zudem 1860, als zwei des Mordes angeklagte Flamen unschuldig hingerichtet wurden, weil sie der Gerichtsverhandlung in französischer Sprache nicht folgen und sich nicht verteidigen konnten („Coucke-und-Goethals“-Affäre). Die zugespitzte Politisierung der Sprachenfrage, vornehmlich von der flämischen Bewegung aufgegriffen, nahm nun unausweichlich ihren Lauf. Diese mündete zunächst im ersten Sprachgesetz 1873, das bei juristischen Angelegenheiten in den flämischen Provinzen die Anwendung der flämischen Sprache vorsah. Mit dem zweiten Sprachgesetz von 1878 wurde dort die niederländische Sprache auch als Verwaltungssprache offiziell zugelassen und das dritte Sprachgesetz von 1883 gestattete schließlich deren Gebrauch an mittleren und staatlichen Schulen.

Diese sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklungen, die gewissermaßen den Konflikt eine Etablierten-Außenseiter-Konfiguration in der belgischen Gesellschaft spiegelten, gingen in Flandern einher mit einer ethnisch-kulturellen Abgrenzung zu Wallonien. Die Ausbildung einer jeweiligen regionalen Identität ist auch darauf zurückzuführen, dass durch die Entwicklung der unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Lebenswelten differierten. Dies hat allmählich das Bewusstsein der Sprachzugehörigkeit erweitert zu einem ethnischen Bewusstsein (vgl. Huyse 1983, S. 10).

Befördert wurde diese Entwicklung durch die religiöse Kluft, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstand. War der katholische Glaube im Rahmen der Revolution 1830 noch ein einendes Band und Grundlage eines belgischen Nationalgefühls, wurde Wallonien im Zuge der Industrialisierung nun schnell säkularisiert, während das ländliche Flandern stark katholisch geprägt blieb. Institutioneller Ausdruck dessen war u.a., dass in Flandern die konfessionellen, in Wallonien staatliche Schulen in der Mehrheit waren. Dadurch entstanden in der Gegenüberstellung die Stereotype eines liberalen, antiklerikalen und später auch sozialdemokratischen Wallonien einerseits sowie eines religiös-konservativen Flandern andererseits (vgl. Hecking 2002, S. 133 f.). Das führte nach Hecking (2002, S. 135 ff.) weiter zu unterschiedlichen nationalistischen Weltanschauungen, wobei in Flandern überwiegend das Territorialprinzip und damit die Auffassung vertreten wurde, dass es zur nationalen Teilhabe notwendig ist, sich den auf dem zugehörigen Gebiet geläufigen Sprachgewohnheiten anzupassen. Grundlage hierfür ist in Anlehnung an das Herder'sche Nationenkonzept ein Verständnis kollektiver Identität, das auf „die Wichtigkeit der Sprache, des Kollektivcharakters, der gemeinschaftlichen Vergangenheit und somit der ‚Kollektivpersönlichkeit‘“ abhebt und

sich damit aus einer „kulturellen und historischen Tradition“ legitimiert. Demgegenüber etablierte sich in Wallonien ein gegenwartsbezogenes Nationalverständnis, das den Mehrheitswillen der Bevölkerung als wesentlichen Baustein kultureller Identität deklariert.

Diese ethnisch-kulturellen Differenzen wurden seit den 1880er Jahren von der dritten politischen Konfliktdimension, den Klassegegensätzen, einerseits überlagert und andererseits genährt, weil überproportional viele Flamen arm waren und das Unternehmertum und Kapital vorwiegend in Wallonien zu verorten war. Die Politisierung der Gegensätze zwischen Privilegierten und Benachteiligten durch Sozialisten und Sozialdemokraten war damit in Flandern kein Alleinstellungsmerkmal der entsprechenden politischen Kräfte, sondern stand gewissermaßen in Konkurrenz zu den Aktivitäten der flämischen Bewegung, in der der Gegensatz weniger links-ideologisch, dafür zunehmend ethnisch besetzt wurde. Insofern muss die sozialistische Bewegung immer auch in diesem Kontext erörtert werden (vgl. Kapitel 4.2.6).

Hintergrund der Politisierung der Arbeiterklasse waren in jedem Fall, wie in ganz Europa, die Auswüchse der kapitalistischen Moderne, wobei insbesondere auch Belgien in der *belle époque* durch eine hochkapitalistische Expansion gekennzeichnet war (vgl. De Schaepdrijver 1997, S. 11) und zur fünftstärksten Wirtschaftsmacht in der Welt aufstieg. Bis 1914 sollte das Land mehr als 7,6 Millionen Einwohner zählen und wuchs mit mehr als 250 Menschen pro Quadratmeter zu einem der dichtbevölkertsten Länder auf der Welt. Belgien war als Kolonialmacht gewissermaßen ein pulsierender Motor der imperialistischen Globalisierung seinerzeit, ein ‚Global Player‘. Belgische Gesellschaften bauten Eisenbahnen in Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Russland und China und Straßenbahnnetze weltweit, z.B. in Kairo. Die Pariser Metro wurde mit belgischem Kapital und belgischer Arbeit gebaut. 1908 übernahm Belgien zudem mit dem Kongo von seinem König Leopold II (vgl. De Schaepdrijver 1997, S. 12) ein Land in Afrika als Kolonie, das in der Fläche achtzig Mal so groß wie Belgien war. Als politische Elite war die wirtschaftliche Bourgeoisie etabliert und gegenüber dem Adel dominant, was in Europa auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht überall selbstverständlich war (vgl. De Schaepdrijver 1997, S. 13). Zur Machtsicherung des elitären Zirkels des Wirtschaftsbürgertums diente auch das beschränkte Wahlrecht (*cijnskies-recht*). Es waren nur 130.000 gut betuchte Männer wahlberechtigt, d.h. keine vier Prozent der männlichen Erwachsenen, die mit ihrer Wahl eine liberale Wirtschaftsform ohne staatliche Intervention manifestierten und hierin die Verelendung und Ausbeutung der Arbeiter inklusive Kinderarbeit unter Tage in Kauf nahmen. Belgische Arbeiter gehörten zu den verelendeten in West-Europa, so etwas wie eine soziale Frage wurde aber weder von den Liberalen noch von den ultramontanen Katholiken aufgeworfen.

Das wachsende politische Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse sollte in den drei Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg nun aber auch in Belgien die etablierten Machtverhältnisse herausfordern. Mitte der 1880er Jahre kam es zu Aufruhr und Arbeitslosendemonstrationen, seit 1891 zu mehreren Streiks. Die Industriegebiete standen teilweise in Brand. Die Arbeitervereinigungen gründeten eine belgische Arbeiterpartei. Die Obrigkeit reagierte und sperrte einige der Führer dieser Partei ein. Schließlich wurde doch eine parlamentarische Untersuchung zur Situation der Arbeiterschaft eingeleitet, die der Volksvertretung das Elend der Arbeiterklasse vor Augen führte (vgl. De Schaepdrijver 1997, S. 17).

Die soziale Frage, unsanft in die bürgerliche Öffentlichkeit eingedrungen, überschattete nun in Belgien für den Moment die flämische Frage. Das Parlament führte schließlich 1893 das allgemeine Wahlrecht für Männer ein, wodurch sich das Elektorat verzehnfachte. Alle Männer ab dem 25. Lebensjahr erhielten eine Stimme. Höhergebildete und Vermögende erhielten allerdings zusätzliche Stimmen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg sollte es dann das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht geben (vgl. Schubert 2011, S. 167; Erbe 1993, S. 218 ff.). Dennoch waren bei den ersten Wahlen nach der Verfassungsreform achtundzwanzig Sozialisten in der Kammer gewählt worden. Die liberale Partei hatte eine enorme Niederlage erlitten und hatte nur noch 20 Sitze bei einem Verlust von 27 Mandaten, während 104 Katholiken die Volkvertretung dominierten. Letztere erhielten viel Unterstützung aus der flämischen Arbeiterschaft. Die Dominanz der Katholiken sollte 30 Jahre dauern (vgl. De Schaepdrijver 1997, S. 18).

Die Wahlreform war auch die Grundlage der zunehmenden Macht der Flämischen Bewegung, die nun eine Massenbewegung wurde und die oben erwähnten ersten Sprachgesetze politisch zu erkämpfen vermochte (vgl. Schubert 2011, S. 167; De Wever 2005, S. 75 f.).

Mit dem Verhältniswahlrecht von 1899 konnte der totale Bedeutungsverlust der Liberalen verhindert werden (vgl. Siegemund 1989, S. 47) und anstelle eines „Zweiparteiensystems“ das bis heute gültige „Dreiparteiensystem“ im gesamtbelgischen Kontext etabliert werden, bestehend aus den Säulen Katholizismus, Liberalismus und Sozialdemokratie und ungeachtet der rechtspopulistischen Kräfte in Flandern, die dieses Establishment immer wieder herausgefordert haben und herausfordern.

4.1.4 Die Zeit der Weltkriege – Kollaboration und Radikalisierung

Der Erste Weltkrieg hat in besonderer Weise das Bewusstsein entweder für den belgischen Nationalismus oder, als dessen „Antithese“, den flämischen Nationalismus geschärft. Zunächst bedeutete der deutsche Einmarsch, dass eine Regierung der nationalen Einheit gebildet wurde, der König zur nationalen Eintracht aufrief und in der Tat ein gewisser innerer politischer

Frieden herrschte (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 128 f.). Doch die vorhandenen flämisch-nationalistischen Interessen konnten nicht nachhaltig ohne Dissonanzen mit einer gesamtbelgischen Perspektive vereinbart werden.

„Sowohl im besetzten Gebiet als auch an der Kriegsfront wurde das belgische Nationalgefühl aber allmählich unterminiert und zeigte sich ein politischer flämischer Nationalismus. Eine entscheidende Rolle in der Interaktion spielten dabei die Machtstrategie der deutschen Besatzungsmacht, die Weigerung der belgischen Regierung, eine akzeptable Zukunftsperspektive anzubieten, und ein sich radikalisierender Teil der Flämischen Bewegung, der kein Vertrauen mehr hatte zu Lösungen innerhalb des belgischen Staates und zur Kollaboration bereit war“ (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 128 f.).

Deutschland kalkulierte die Instrumentalisierung der flämischen Bewegung für die eigenen Zwecke von Anfang an mit ein. Nachdem Brüssel erobert war, gab Kanzler Bethmann-Hollweg den deutschen Diensten die Anweisung, Holland an die flämische Bewegung anzuknüpfen und deren Forderung nach einer flämischen Volkssprache zu unterstützen. Nach der Besetzung Nord-Belgiens bzw. Flanderns hatte der deutsche Generalgouverneur in Brüssel entsprechend im Sinne proflämischer Politik befohlen, im Staatsanzeiger für die besetzten Gebiete ab dem 6. Oktober dem Niederländischen gegenüber dem Französischen den Vorrang zu geben für alle durch die Deutschen verfassten Mitteilungen. Auch das Erscheinen flämischer Zeitungen und Zeitschriften wurde begünstigt und die flämische Frage in gründlichen Gesprächen mit deutschen Sachverständigen bereits Anfang November erörtert (vgl. Wils 1985, S. 19 ff.).

Die Niederlandisierung der Universität Gent im akademischen Jahr 1916-17 brachte Deutschland dann vermehrt flämische Sympathien ein, die sich nicht nur auf den harten Kern der Flämischen Bewegung, die sogenannten Aktivisten, beschränkte. Dies wurde umso positiver aufgenommen, weil die belgische Regierung den Flamen in dieser Sache mit Sanktionen drohte.

Die Aktivisten strebten mit diesem politischen Rückenwind und mithilfe der Kollaboration mit Deutschland eine eigene politische Struktur für Flandern an. Doch der 1917 gegründete ‚Rat von Flandern‘ entwickelte sich nicht zu einem Führungsgremium, das die unterschiedlichen flämischen Interessen und Kräfte schlagkräftig bündeln konnte. Zwar fühlte sich ein Großteil der flämischen Intelligenz der Flämischen Bewegung zugehörig, aber zu unterschiedlich waren die Vorstellungen um die Gestaltung und die Rolle Flanderns in der politischen Gemengelage (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 129 f.).

Währenddessen hatte sich die belgische Armee in Flandern hinter den Fluss "IJzer" zurückgezogen und führte dort mit alliierter Unterstützung während der vier folgenden Jahre

einen Stellungskrieg. Die belgische Armee bestand zu mehr als 55% aus flämischen Soldaten, wovon die Mehrheit an der Front kämpfte und meistens von ihren mehrheitlich frankophonen Vorgesetzten sprachlich nicht verstanden wurde. Nur wer Französisch beherrschte konnte zudem eine Versetzung hinter die Front beantragen. Diese Diskriminierung und Opferung als ‚Kanonenfutter‘ für den Feind musste zwangsläufig Unmut hervorrufen und sorgte für Spannungen innerhalb der flämischen Bevölkerung Belgiens, die zerrissen war, weil sie einerseits ihre jungen Männer der Diskriminierung durch die frankophone Militärelite ausgeliefert, andererseits durch die Angriffe der Deutschen sterben sah. Die mit Deutschland sympathisierende Flämische Bewegung befand sich somit in einem Spannungsfeld zwischen den diametralen Optionen, den Kampf gegen den äußeren Aggressor und damit die frankophone Elite zu unterstützen oder sich von dieser zu emanzipieren, indem man mit den sprach-kulturell verwandten Deutschen kollaboriert. Der Militärpfarrer Van Gramberen brachte am 6. März 1915 schließlich innerhalb der Armee erstmals eine Beschwerde über die Situation der Flamen vor, dass sie sich gegenüber den frankophonen Ärzten und Offizieren nicht verständlich machen können. Diese Beschwerde änderte jedoch wenig an der fehlenden Gleichberechtigung und der Gefährdung der flämischen Truppen durch eine defizitäre Kommunikation. Schwerwiegend war dies vor allem auch, weil es sich nicht nur um ein katastrophales Führungsdefizit des Militärs im Sinne eines ‚Managementfehlers‘ handelte, sondern um eine rassistisch-menschenverachtende und innenpolitisch motivierte Haltung deren frankophoner Elite,

„die einen unentwickelten flämischen Soldaten als minderwertig und einen flämischen Intellektuellen als staatsgefährdend betrachtete und die im Aktivismus einen weiteren Grund fand, jeden Ausdruck des Flamingantismus als Insubordination und Landesverrat zu deuten“ (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 131).

König und Regierung fühlten sich angesichts der Kriegssituation nicht berufen, die Macht der Offiziere einzuschränken (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 131). Und so gingen viele flämische Aktivisten, getrieben eben auch durch politische Ohnmacht, in den Untergrund. Sie radikalisierten sich oder kollaborierten mit den Deutschen. Die Bewegung teilte sich in unterschiedliche Strömungen auf.

Auch an der Front kam es zum Aufbegehren der Soldaten und es gründete sich die sogenannte Frontbewegung, um gegen die Missstände aktiv zu werden. Doch es änderte sich nichts.

Allerdings kam es nun zu einer gewissen Verzahnung der beiden Bewegungen. Denn die Flämische Bewegung wurde mittlerweile wesentlich von Intellektuellen der Mittelschicht getragen, z.B. Lehrer und Ärzte, die aus dem katholischen Studentenmilieu stammten. Diese bildeten „religiös-pädagogische Kreise, die sich um die Alphabetisierung und Moralisierung

der flämischen Soldaten (gegen den ‚französischen‘ Sittenverfall) kümmerten“. Es entstand somit eine „Gegenelite, die für Bewußtwerdung, Organisation und Leitung sorgte und ihre elementaren Sprachrechte betonte“ (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 132).

Als Gegenreaktion wurden die Flamen in der belgischen Öffentlichkeit oft allgemein als Verräter und ‚getarnte‘ Deutsche angeprangert. Die Flamenpolitik der Deutschen wurde als Beweis verklärt, dass die Pangermanisten hinter den Kulissen die flämische Bewegung anführten. Diese allgemeine Diskreditierung schürte wiederum die Ressentiments der flämischen Bevölkerung gegen die frankophonen Landsleute und stärkte somit die Flämische Bewegung.

„Es zeigte sich hinterher, daß der Erste Weltkrieg zu einem Katalysator für unterschiedliche emotionale Identifikationen geworden war“ (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 133).

Nach dem Krieg war der Flämische Nationalismus geschwächt und mit Einführung des gleichen Wahlrechts erstarkten die Sozialisten in Belgien, die sozialistische Partei wurde annähernd so stark wie die katholische Partei. Regional bedeutete das eine katholische Mehrheit in Flandern und eine sozialistische Mehrheit in Wallonien (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 135). Die flämischen Interessen gingen in hohem Maße in der katholischen Partei auf, wurden aber in den katholisch-liberalen Regierungskoalitionen ab 1921 nicht aktiv programmatisch durchgesetzt. Im Einzelnen geschah dies über Gesetzesentwürfe, wie das Sprachgesetz für die Verwaltung von 1921. Zwar wurde die Sprache der Region nun als Amtssprache festgelegt, aber man trug über Sonderregelungen für die Zweisprachigkeit in Bezug auf Minderheiten dafür Sorge, dass in Flandern zumindest auf höheren Verwaltungsebenen realiter das Französische nicht durch das Flämische verdrängt wurde. Dies stand nicht im Einklang mit dem Minimalprogramm flämischer Interessen und auch auf wallonischer Seite lehnte man die Zweisprachigkeit in der eigenen Region ab (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 135 ff.).

Die Gräben zwischen belgischer Regierungspolitik und flämischen Interessen vertieften sich auch im Zusammenhang des belgisch-französischen Militärabkommens von 1920 und der gemeinsamen Besetzung des Ruhrgebietes, was auf flämischer Seite heftig kritisiert wurde. Die damit einhergehende Wehrpflichtverlängerung fand dort nur unter der Voraussetzung Zustimmung, dass Zugeständnisse an eine Niederlandisierung der Universität Gent gemacht wurden. Auf Basis des Sprachgesetzes von 1923 konnten Studenten dann zwischen einer französisch- und einer flämischsprachigen Abteilung wählen. Dies fand auf beiden Seiten keine breite Akzeptanz, elitäre Teile der frankophonen Studentenschaft spalteten sich ab und gründeten, unterstützt von Professoren, eine eigene französischsprachige Hochschule. Auf

flämischer Seite kam es zum Boykott eines großen Teils der Studenten, so dass 1930 nur 230 von 1690 Studenten an den Vorlesungen teilnahmen. Diese Spannungslage erstreckte sich auch auf die Universität Löwen, wo es im flämisch-nationalistischen Sinne zu einer Radikalisierung der Studenten kam (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 142 ff.).

In diesem Spannungsfeld gelang es auch der Koalitionsregierung aus Katholiken und Sozialisten 1925/26 und der Regierung der nationalen Einheit 1926/27 nicht, sich zu etablieren, zumal diese aufgrund der Finanzkrise einen schweren Stand hatten. Es kam unter den Katholiken zum Bruch zwischen Unterstützern der Regierung und dem konservativen Bürgertum, das die Regierung stürzte. Der Kampf um die weitere ‚Niederlandisierung‘ des Bildungswesens in Flandern intensivierte sich unter katholisch-liberalen Regierungskoalitionen, indem verschärfte Sprachregelungen diskutiert und z.T. umgesetzt wurden (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 144 f.).

Weiter entstand im politischen Diskurs in den 1920er Jahren ein Gezerre um Sprachregelungen in der Armee und um Amnestieregelungen für ehemalige Kollaborateure, denen man nicht nur im rechten Spektrum der Flämischen Bewegung gewogen war:

„Die Amnestiebewegung wurde von Anfang an von katholischen Flaminganten, flämischen Sozialisten und einigen flämischen Liberalen unterstützt“ (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 148).

All diese Prozesse verliefen innerhalb der demokratischen Kultur schleppend und so kam es zum politischen Durchbruch der flämisch-nationalistischen Partei, die sich bei den Wahlen 1929 von sechs auf elf Sitze verbessern konnte. Dies gab der Flämischen Bewegung starken Auftrieb, ihre Ideen wurden zunehmend populär nicht nur beim Allgemeinen Katholischen Flämischen Studentenbund, sondern auch in der Christlichen Gewerkschaft, der Katholischen Arbeiterjugend, beim Bauernbund und im intellektuellen Bürgertum einschließlich der Geistlichkeit (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 149).

Die flämische Frage geriet nun zur Regierungsfrage und wurde im Sinne des Minimalprogramms beantwortet:

„In einer kurzen Zeitspanne kamen die Sprachgesetze zustande, denen die Einsprachigkeit Flanderns zugrunde lag: am 5. April das Gesetz über die Niederlandisierung der Universität Gent, am 28. Juni 1932 das Gesetz über den Sprachgebrauch in der Verwaltung, am 14. Juli 1932 das Gesetz über den Sprachgebrauch im Grundschulunterricht und im Sekundarunterricht. Dies war die Grundlage für eine erste vollständig in niederländischer Sprache aufwachsende Generation, was vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg spürbar werden sollte“ (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 152).

In gleicher Weise emanzipierte sich auch Wallonien von der Idee der Zweisprachigkeit. Für den Brüsseler Raum galt es dagegen, Sonderregelungen zu definieren.

Diese Entwicklungen mündeten dann in der Durchsetzung des Territorialitätsprinzips.

Insofern fand Deutschland 1939 durchaus günstige Bedingungen vor, mit dem erneuten Einmarsch Belgien perspektivisch ins germanische Reich eingliedern zu können, ohne zumindest im Norden mit allzu großen Widerständen zu rechnen. Der 1933 gegründete und durch faschistische Züge gekennzeichnete Vlaams Nationaal Verbond (VNV) etwa war von Anfang an zur ideologischen Kooperation mit dem Nationalsozialismus bereit, auch mit dem Ziel der einzige totalitäre Machtfaktor in einer flämischen Nation zu werden. Man hatte keine Probleme mit der faschistischen und rassistischen deutschen Politik, obwohl man deren Entbehrung einer christlichen Grundlage durchaus kritisch sah. Diese Haltung muss wohl als naiv betrachtet werden und man musste konstatieren, dass man in Konkurrenz zur SS-Flandern geriet. Der negative Kriegsverlauf für Deutschland sollte dann am Ende endgültig zur Marginalisierung des VNV führen.

Auch das Verhalten des Königs während des Krieges spaltete die Nation eher als das es sie gegen den äußeren Feind vereinte.

Am 10. Mai 1940 hatte NS-Deutschland das neutrale Belgien überfallen. Der belgische Widerstand endete bereits nach 18 Tagen, am 28. Mai mit einer von Hitler auferlegten unbedingten Kapitulation durch König Leopold III. Während des achtzehntägigen Feldzuges war es bereits zu einem dramatischen Bruch zwischen dem König und der Regierung Hubert Pierlot gekommen. Zudem weigerte sich der Monarch nach seiner Kapitulation, mit seiner Regierung nach Frankreich zu fliehen, um von dort aus zusammen mit den Alliierten Deutschland weiter zu bekämpfen. Er zog es vor, als Kriegsgefangener im Lande bei seinem Volk und seinen Soldaten zu bleiben – im Gegensatz zu Königin Wilhelmina der Niederlande, die sehr wohl mit ihrer Regierung nach London ging. Zudem glaubte der König, ein neutrales Belgien hätte keine Bundesgenossen und ein weiterführender Krieg zwischen den Großmächten wäre nicht länger Belgiens Krieg. Leopold III. wollte sich weder an einer Kollaboration noch am Widerstand beteiligen, sondern nahm eine abwartende Haltung ein und beobachtete den Kriegsablauf. Gleichzeitig hoffte er, so in Belgien den Einfluss der Besatzer auf die Bevölkerung mildern zu können (vgl. De Schryver 1998, S. 1745).

Die Kapitulation der belgischen Truppen und das Sich-Ergeben von König Leopold III. wurden in Frankreich als Verrat betrachtet, so dass hunderttausende belgische Flüchtlinge mit Argwohn, ja sogar feindlich behandelt wurden. Im Sommer nach der Kapitulation allerdings war die Öffentlichkeit in Belgien überwiegend froh über die Entscheidung des

Staatsoberhauptes, weil so ein Blutbad vermieden worden war und der König das Schicksal der Gefangenschaft mit seinen Soldaten teilte, wenn auch in seinem Palast in Brüssel. Viele waren damals auch der naiven Meinung, Deutschland würde den Krieg gewinnen und Belgien würde mit dieser Haltung in einem neuen Europa mit dem König im Amt quasi von Deutschlands Gnaden eine selbstbestimmte Nation bleiben können.

Während die belgische Regierung im Oktober 1940 vom Londoner Exil aus versuchte, alle wehrfähigen Männer außer Landes gegen Deutschland zu mobilisieren und alle belgischen Diplomaten ihrer Autorität zu unterwerfen (vgl. Craeybeckx et al. 1997, S. 251 ff.), versuchte Leopold III. am 19. November 1940 in Berchtesgaden von Hitler persönlich eine Zusage zu erhalten, dass Belgien in einem von Deutschland dominierten Nachkriegs-Europa eine größtmögliche Unabhängigkeit behalten sollte. Es gilt als sicher, wohl auch vor diesem Hintergrund, dass der Monarch bestimmte Formen der Kollaboration nicht missbilligt hat, zumal er mit seiner autoritären Staatsauffassung, an der er noch bis 1943 festhielt, durchaus eine gewisse Nähe zum Dritten Reich offenbarte. Seine politischen Bemühungen in Deutschland blieben aber ohne wesentlichen Erfolg.

Sein Mangel an Realitätssinn zeigte sich auch in der Hoffnung auf einen Kompromissfrieden zwischen dem Dritten Reich und den Alliierten, die er noch im Juni 1944 nicht aufgegeben hatte. Am 17. Juni 1944 wurde der König schließlich von den Deutschen aus seinem Palast in Laken nach Deutschland deportiert. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie wurde Brüssel am 7. September 1944 befreit, sodass auch die Exil-Regierung anschließend wieder ins Land zurückkehren konnte. Da der König aufgrund seiner Gefangenschaft sein Amt nicht wieder übernehmen konnte, trat sein Bruder Prinz Karel per Dekret vom 21. September die Regentschaft an. Ab April 1945 wurden die Hetzkampagnen gegen Leopold III. stärker, es kam schließlich zum öffentlichem Widerstand seitens der kommunistischen und sozialistischen Partei gegen ihn (vgl. De Schryver 1998, S. 1746).

Wie für den Ersten Weltkrieg galt auch für den Zweiten Weltkrieg, dass die Entwicklungen die regionalen Identitäten und Nationalismen in Belgien förderten. Das germanophone Flandern stand in der wallonischen Wahrnehmung nun erneut für die Kollaboration mit Deutschland und für nationalen Verrat, während man sich in Wallonien selbst des Widerstandes lobte. Einhergehend wurde Französisch zur Sprache der Patrioten verklärt, die einen höheren Status besitze, verbunden mit dem Aufruf, die Sprachgesetze für die höhere Verwaltung und den Brüsseler Raum von 1932 zu ignorieren, sofern sie die Anwendung des Niederländischen begünstigen.

Für Flandern stellte man eine Assoziation zwischen Bauerntum, rechter Gesinnung und Katholizismus als völkische Kennzeichnung her. Mit Verweis auf ein angeblich abweichendes Verhalten verschiedener ‚Völker‘ wuchsen nun auch in Wallonien die Bestrebungen nach Autonomie und ggf. eine Angliederung an Frankreich. Gemäßigtere wallonische Kreise forderten eine Umwandlung Belgiens in einen föderalen oder konföderalen Staat (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 184 ff.).

4.1.5 Die Nachkriegszeit – Königsfrage, Sprachpolitik und Föderalisierung

In der Nachkriegszeit sollte sich der flämische Sprachnationalismus dahingehend wandeln, dass er seinen emanzipatorischen Charakter allmählich verlor und gewissermaßen chauvinistische Züge entwickelte. Hintergrund ist die wirtschaftliche Entwicklung Belgiens hin zu einem florierenden Flandern und im Rahmen der föderalistischen Struktur einem zu alimentierenden Wallonien. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete aber zunächst die Königsfrage wohl eines der wichtigsten Ereignisse in der belgischen Geschichtsschreibung. Und wieder mal war dies eine Krise des Nationalstaates. Tatsächlich stand Belgien vor dem Auseinanderbrechen, und wiederum war es die Auseinandersetzung der beiden Sprachregionen, die diese Krise herbeigeführt hatte (vgl. Theunissen 1984, S. 9 ff.). In konstitutioneller, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht geriet König Leopold III. nach der Befreiung Belgiens bezüglich seiner Haltung während des Zweiten Weltkrieges in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte. Es ist ein wichtiges Kapitel in der belgischen Geschichte, weil wiederum Flamen und Wallonen unterschiedliche Standpunkte einnahmen, was zu ernsthaften Schwierigkeiten im belgischen Königshaus führte.

Nachdem die Amerikaner den König am 7. Mai 1945 in Strobl befreit hatten, nahm der seinerzeitige belgische Premier Achiel Van Acker der Belgischen Arbeiterpartei (B.S.P.) alsbald mit ihm Kontakt auf, um die kritische Lage zu besprechen. Van Acker war sowohl gegen eine bedingungslose Rückkehr als auch gegen einen erzwungenen Thronverzicht. Die Rückkehr des Königs wurde letztlich an drei Bedingungen gekoppelt:

- Säuberung des sozialen Umfeldes von Deutsch-Gesinnnten
- Öffentliche Anerkennung der Alliierten durch den König
- Bestätigung der parlamentarischen Demokratie durch den König

Bei einem Treffen in St. Wolfgang am 14. Juni teilte der König dem Premier mit, dass er am 18. Juni nach Belgien zurückkehren wolle. Gemeinsam wurde eine Thronrede entworfen, in der

der König seine Haltung seit Mai 1940 rechtfertigte. Auf dem Kabinettsrat vom 16. Juni fand seine Erklärung allerdings kein Verständnis und die Rückkehr kam nicht zustande. Nachdem der König sich am 14. Juli 1945 mit seiner Familie beraten hatte, teilte er seinem Bruder Prinz Karel mit, er könne ohne nationale Volksbefragung nicht nach Belgien zurückkehren. Drei Tage danach traten drei Minister der in Wallonien beheimateten Christlich-Sozialen Partei (CVP) aus der Regierung aus, die übrigen Regierungsmitglieder beschlossen am 19. Juli das Gesetz, dass nur 1. und 2. Kammer gemeinsam die Regentschaft von Leopold III. beenden können.

Bis Juli 1950 blieb die belgische Regierung ohne parlamentarische Mehrheit und es war so unmöglich, das Gesetz aufzuheben, um dem König eine Rückkehr nach Belgien zu ermöglichen. Während dieser fünf Jahre wuchsen die Vorwürfe der Gegner gegenüber dem König, man lastete ihm nicht nur die Kapitulation und Unterwerfung gegenüber Deutschland an, statt der Regierung auf der Flucht nach Frankreich zu folgen. Weiter stand er in der Kritik, weil er danach politische Entscheidungen getroffen hätte, ohne dies mit der Regierung abzustimmen, ein Vorwurf der zumindest konstruiert erscheint, da er ja keinen Kontakt zur Exilregierung pflegen konnte. Ferner konnte er auch den Eindruck nicht überzeugend aus der Welt schaffen, er habe mit den Besatzern sympathisiert. Premier Van Acker warf dem König vor, dass er möglicherweise seine Deportation nach Deutschland am 7. Juni 1944 selbst organisiert habe. In seinem politischen Testament habe er zudem ein autoritäres korporatives Regime proklamiert und sei Gegner der Demokratie.

Das Aufbegehren gegen Leopold ist auch im Zusammenhang der politischen Stimmung und parteipolitischen Situation unmittelbar nach dem Krieg zu sehen. Denn die kommunistische Partei Belgiens (K.P.B.) kam bei den ersten Nachkriegswahlen am 17. Februar 1946 direkt auf 23 Sitze, was im Lande zu einer großen politischen Instabilität führte. Nach einer erneuten Wahl am 4. Juni 1949, bei der eine C.V.P.- liberale Regierungskoalition unter Leitung von Gaston Eyskens an die Macht kam, drehte sich der politische Wind wieder etwas und es wurde die bereits früher geplante Volksbefragung zur Rückkehr des Monarchen per Gesetzentwurf erwogen, welche am 8. Februar 1950 die Zustimmung des gesamten Parlaments bekam und schließlich am 12. März durchgeführt wurde. Mit 57,68% Ja-Stimmen bei 10% ungültigen und 42,32% Nein-Stimmen sprach sich die Mehrheit der belgischen Bevölkerung für eine Rückkehr König Leopolds III. aus.

Die Ja-Stimmen kamen wenig überraschend hauptsächlich aus der flämischen Landbevölkerung. Es stellte sich somit heraus, dass der Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen die Abstimmung beeinflusste, wobei die Nein-Stimmen zu mehr als 65% aus den großen industriellen Arbeiterzentren um Mons, Charleroi, Soignies und Lüttich zu verzeichnen

waren. Die relativ geringe Ablehnung des Königs in Flandern ist zum großen Teil auch den dortigen wichtigsten Arbeiterstädten zuzuordnen, auch wenn dessen Ablehnung dort im Vergleich zum ländlichen Raum größer war. Der überregionale sozialistische Einfluss wird in dieser Konstellation deutlich.

In der Volksbefragung spiegelt sich die Bedrohung einer weiteren Zuspitzung der politischen, lebensanschaulichen und sozialen Konflikte zwischen den Landesteilen, das Scheitern einer einvernehmlichen politischen und gesellschaftlichen Ausrichtung Belgiens mit dem Ziel einer nationalen Integrität ist in dieser Konstellation rund um die Königsfrage angelegt. Noch Wochen und Monate nach dem 12. März wird die Verschärfung der verschiedenen fundamentalen belgischen Kontradiktionen die Königsfrage kennzeichnen und zunehmend Spannungen und Destabilisierung verursachen. Schließlich entstand nun auch in Wallonien allmählich ein regionaler Nationalismus und es gediehen dort föderalistische Ideen, so dass insgesamt eine belgisch-nationale Identität kaum zur Entfaltung kam.

Indessen überschlugen sich im Lande die sozialen Ereignisse, in Fabriken und Kohleminen, sogar beim öffentlichen Personenverkehr wurde gestreikt. Auch die Proteste gegen die Rückkehr des Königs setzten sich fort. Ungeachtet dessen kehrte Leopold am 22. Juli 1950 nach Belgien zurück. Dass er dabei nicht bereit war zu einer grundsätzlichen Diskussion über die Lage im Lande, verschärfte die Opposition. Noch am Vortage, dem 21. Juli (belgischer Nationalfeiertag), hatte das zentrale Komitee der Wallonie auf einem Protestmeeting alle Bürgermeister in Wallonien aufgefordert, am nächsten Tag die Nationalfahne auf Halbmast zu hängen. Darüber sollte der wallonische Hahn gehisst werden, um die Liebe zu Wallonien und zur wallonischen Einheit zu dokumentieren. Bei diesem Meeting wurde Flandern als Leopoldfreundlich, klerikal, Verfechter der Flämischen Bewegung und politisch unzuverlässig ("incivique") dargestellt, das durch seine Unnachgiebigkeit in der Königsfrage Wallonien seinen Willen aufzwingen wollte. Am Ende des Meetings sangen die Anwesenden gemeinsam "Le chant des Wallons" (Das Lied der Wallonen) und die französische "Marseillaise". Schließlich wurde für den 1. August ein Marsch auf Brüssel geplant.

Es folgten nach der Rückkehr Leopolds in ganz Belgien weitere Unruhen und Streiks, sogar zu verschiedenen Bombenanschlägen kam es, z.B. zur Sprengung der Eisenbahnlinie Namur-Brüssel. Bei einer Schießerei mit der Gendarmerie in Grace-Berleur bei Lüttich wurden am 30. Juli auch drei Arbeiter erschossen. Zu deren Beerdigungen waren hunderttausend Menschen aus allen belgischen Provinzen gekommen, mehr als sechshundert Frauen trugen Blumensträuße und zahlreiche Lastwagen und Personenkraftwagen, beladen mit Kränzen, bildeten das Ende des Beerdigungszuges. Die Armee war in Bereitschaft gesetzt worden, Teile

sogar aus Deutschland repatriiert worden zur Verstärkung der Gendarmerie und Polizei. Manche Städtebusverbindungen konnten nur noch mit Gendarmerieeskorte aufrechterhalten werden. Kurz: Belgien stand am Rande eines Bürgerkrieges.

Der König sollte nun seine Strategie ändern und übertrug in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August seine Prämogative auf seinen Sohn Boudewijn. Mit dessen Regentschaft entspannte sich die Lage und die Monarchie blieb Belgien erhalten. Damit waren aber nicht die tiefen belgischen Wunden geheilt, die die Königsfrage geschlagen hatte, zumal die Spannungen zwischen Flamen und Wallonen, zwischen Kapital und Arbeit sowie Kirche und Freisinnigen fortbestehen sollten, auch wenn sie in dieser Sache für das Erste oberflächlich gemildert waren. Die unter der Oberfläche vorläufiger Befriedung vorhandenen Bruchlinien waren aber eher noch weiter vertieft worden (vgl. Theunissen 1984, S. 12 ff.; De Schryver 1998). Dies zeigte sich in den 1950er Jahren auch im sogenannten „Schulstreit“, in dem es um die Finanzierung katholischer Privatschulen ging, die vor allem in Flandern verbreitet waren. Vor allem die in der frankophonen Sprachgruppe stark verankerten Liberalen und Sozialisten lehnten eine öffentliche Finanzierung im selben Umfang wie bei den staatlichen Schulen ab. Nach langwierigen Auseinandersetzungen, begleitet von Massendemonstrationen, einigte man sich 1958 schließlich auf eine gleichberechtigte Finanzierung (vgl. Schubert 2011, S. 177). Doch die Gräben waren damit nicht zugeschüttet worden:

„Mithin hatten die beiden schwersten innenpolitischen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Königsfrage und der Schulstreit, zwar die Territorial- bzw. Sprachenfrage nicht unmittelbar zum Gegenstand. Da aber die Stärkeverhältnisse der einander gegenüberstehenden Lager jeweils regional unterschiedlich waren – Flandern als Hochburg des königstreuen und des katholischen, Wallonien und Brüssel des königskritischen und antiklerikalen Lagers – trugen sie erheblich dazu bei, die Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen zu vertiefen“ (Schubert 2011, S. 177).

Dies alles ereignete sich vor dem Hintergrund, dass ja auch die Frage nach der Kollaboration während der Besatzungszeit und deren Aufarbeitung keinesfalls ad acta gelegt war in der gesellschaftlichen Debatte.

Und so blieben Auseinandersetzungen um die Sprachregelungen, für die die Gesetze aus den 1930er Jahren den Ausgangspunkt bildeten, nicht nur ein zentrales Konfliktthema, diese radikalisierten sich sogar. Hierbei spielten die Umsetzung des Territorialprinzips und die Situation um den zweisprachigen Brüsseler Raum eine wesentliche Rolle. Die Flämische Bewegung sah mit Argwohn, dass auf flämischem Gebiet Französisch vorherrschte, sobald es eine frankophone Mehrheit in einer Gemeinde gab. Ferner haderte sie mit dem

Französisierungsdruck, der sich auf flämischem Gebiet rund um Brüssel im Zuge des Ausbaus des tertiären Sektors ergab. Sie sah das Territorialprinzip unterwandert und agitierte zunehmend in Richtung eines einheitlich flämischen Sprachgebietes (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 188 ff.).

Dabei konnte die Bewegung auf Lobbyismus und Mediengewalt bauen, um die sprachpolitischen Ziele zu erreichen, denn sie umfasste alsbald kulturelle, gesellschaftliche und politische ‚Pressuregroups‘ wie den Allgemeinen Niederländischen Gesangsverein, die ‚Yserwallfahrt‘-Bewegung, die flämischen Beamtenvereinigungen, wichtige katholische Zeitungen wie ‚Het Volk‘ und ‚De Standaard‘ sowie die Flämische Volksbewegung und das Flämische Aktionskomitee für Brüssel und die Sprachgrenze. All diese Vereinigungen waren demokratisch und rechtlich legitimiert. Das war das Fundament für die parteipolitische Bündelung und Artikulation der flämischen Interessen, indem die gemäßigte flämisch-nationalistische Partei ‚Volksunion‘ (VU), die 1954 erstmals in die Abgeordnetenkammer gelangte, nicht zuletzt auf Kosten der Christlichen Volkspartei (CVP) ihren politischen Durchbruch feiern konnte. Sie war gemäßigt, weil sie sich von der völkischen Tradition des Flämischen Nationalismus distanzierte (vgl. Schubert 2011, S. 193). Die CVP zwang sie aber durch ihre Ideen ihrerseits zu einer Radikalisierung im Sinne flämischer Interessen. Dort gründete sich sogar ein autonomer flämischer Flügel (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 196 f.). Der flämische Nationalismus sollte nun fortan im Kontext des Sprachkonflikts die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse stark beeinflussen (vgl. Kapitel 4.2.2), d.h. die Zeit bis 1988 war nun gekennzeichnet durch weitere (sprach-)politische Auseinandersetzungen und Sprachregelungen, die mal mehr und mal weniger konfliktträchtig waren und hierin die Regionalisierung und deren Institutionalisierung vorantrieben bis schließlich in Flandern ein (kulturell) homogenes Sprachgebiet mit einem hohen Maß an politischer Autonomie entstanden war (vgl. Witte/Van Velthoven 1999, S. 207 ff.).

So wurden 1962 bis 1963 die Sprachengesetze fixiert, die territorial definierte Sprachräume festlegten, in denen in Verwaltung, in der Gerichtsbarkeit und im Bildungswesen die jeweilige Einsprachigkeit bestimmt wurde (vgl. Schubert 2011, S. 178).

Symbolisch für die konsequente territoriale sprachliche Separation war die Entwicklung bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen 1968 an der Universität Löwen, wo es eine niederlandophone und eine frankophone Abteilung gab. Dies galt aus flämischer Sicht als schwerer Verstoß gegen die territoriale Einsprachigkeit. Und so wurde die frankophone Abteilung schließlich nach Wallonien verlegt (vgl. Schubert 2011, S. 180). Dies trieb auch auf

traumatische Weise einen regionalistischen Keil zwischen flämische und frankophone Gesinnungsgenossen:

„Die Spaltung der Hochschule – der renommiertesten Ausbildungsstätte der katholischen Elite des Landes – und mehr noch die ‚Vertreibung‘ des frankophonen Teils wurde zu einem Trauma für die französischsprachigen Angehörigen des katholischen Lagers und führte noch im selben Jahr zur Spaltung der christdemokratischen Partei in zwei sprachlich homogene eigenständige Organisationen. Die beiden anderen großen Parteien des Landes folgten innerhalb des folgenden Jahrzehnts mit demselben Schritt: die Liberalen 1972 und die Sozialisten 1978“ (Schubert 2011, S. 180; vgl. auch Vos 1998, S. 93).

Vor dem Hintergrund dieser Stimmungslage kam es 1970 zur ersten Verfassungsreform, die die Errichtung von Gemeinschaften und Regionen festhielt und hierin die „konstitutionelle Anerkennung des sprachlichen Konflikts“ bedeutete (vgl. Schubert 2011, S. 180 ff.).

Belgien bestand nun verfassungsgemäß aus vier Sprachgebieten als dezentralisierte Verwaltungsbezirke: dem niederländischen, dem französischen, dem kleinen deutschen und dem zweisprachigen (Raum Brüssel). Die politische Dezentralisierung war hiermit vorgezeichnet (vgl. Schubert 2011, S. 181), zumal die Situation keineswegs befriedet war und insbesondere die Regelungen für die Region Brüssel konfliktbehaftet blieben.

„Weder ging den Flamen die kulturelle Autonomie weit genug, noch war den wallonischen Forderungen nach regionaler Autonomie in wirtschaftspolitischen Fragen entsprochen worden. Eine weitere Dezentralisierung schien vor diesem Hintergrund logisch, ihre genaue Ausgestaltung war indes umstritten. Kristallisationspunkt der Konflikte war der Umgang mit der Sondersituation der Region Brüssel. Von frankophoner Seite wurde ihre Konstituierung als Region gleichberechtigt neben Flandern und Wallonien gefordert. Die Flamen wandten sich jedoch dagegen, da zum einen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung die Frankophonen diese Region dominieren würden, was auf Kosten der Interessen und politischen Partizipationsmöglichkeiten der Flamen in der Region ginge. Zum zweiten würde dadurch die – faktisch längst gegebene – Trennung Brüssels von Flandern festgeschrieben, was der flämischen Sichtweise widersprach, Brüssel sei eine flämische Stadt, die gleichsam künstlich ‚französiert‘ worden sei. Schließlich befürchteten die Flamen, im Konzert dreier Regionen von zwei frankophon dominierten Einrichtungen de facto majorisiert zu werden“ (Schubert 2011, S. 184).

Die zweite Verfassungsreform 1980 war dann der Beginn der Transformation zum Föderalstaat. Zunächst abgesehen von Brüssel erhielten die flämische, die wallonische und die deutsche Gemeinschaft jeweils eigenständige Regierungen und Verwaltungsapparate 1989 wurde schließlich auch Brüssel und sein Umland zur eigenständigen Gemeinschaft Brüssel-Hauptstadt

(vgl. Schubert 2011, S. 185 ff.) Vier Jahre später, mit der Staatsreform von 1993, wird Belgien ein föderaler Staat und verabschiedete sich vom unitaristischen Prinzip der Staatsorganisation. Die nächste Verfassungsreform 2001 verlagerte dann weitere verfassungsrechtliche Kompetenzen in die Region, stärkte deren wirtschaftliche Autonomie und höhlt hierin die zentralstaatliche Lenkungscompetenz weiter aus (vgl. Schubert 2011, S. 189 ff.).

„In der Tat bleiben dem Zentralstaat nur noch Befugnisse auf wenigen abgegrenzten Gebieten, insbesondere die Außen- und Verteidigungspolitik, das Polizei- und Gerichtswesen, große Teile der Fiskal- und Steuerpolitik sowie die sozialen Sicherungssysteme. Die dezentralen Gebietskörperschaften verfügen somit über ein Ausmaß an Kompetenzen, das selbst für Bundesstaaten ungewöhnlich hoch ist“ (Schubert 2011, S. 191).

Und die Dezentralisierung ist hiermit offenbar nicht abgeschlossen, insbesondere von flämischer Seite wird seither Druck erzeugt, weitere Kompetenzen in die Region zu verlagern. Nicht zuletzt die finanziellen Transfers nach Wallonien sind den Flamen ein Dorn im Auge und führen zu der Forderung nach noch mehr wirtschaftspolitischer Autonomie.

4.2 Das historische Fundament des flämischen Nationalismus

Die Gründung und Konstituierung Belgiens als staatliches Gebilde bleibt in seinem Charakter insofern formalistisch, dass innere Widersprüche nicht überwunden werden konnten. Zwar ist in den ersten Jahren des Bestehens Belgiens mit dem Bezugspunkt der Emanzipation vom Königreich der Niederlande auch ein belgischer Nationalismus bemüht worden und in Ansätzen entstanden, aber diesem Staatsnationalismus fehlte die ethnisch-romantische Referenz, die den Zeitgeist anderer Nationenbildungen prägte und sich für die Inhärenz einer nationalen Identität dort als bedeutsam gezeigt hat (vgl. Kapitel 4.2.1).

Der von diesem Nationalismusideal geprägte Zeitgeist, beeinflusste im Kontext der historischen Entwicklungen auch das flämische Identitätsbewusstsein. Dies war gewissermaßen der Keim zur Bildung eines regionalen kulturellen Sprachnationalismus nach dem ethnisch-romantischen Muster in Flandern, die geistig-philosophische Referenz für den entstehenden flämischen Nationalismus. Damit die ideologische Saat aufgehen konnte, brauchte es eine aktive politische Bewegung, die sich in den jungen Jahren der belgischen Republik unter dem treffenden Begriff „Flämische Bewegung“ sukzessive formierte und die in der faktischen sprachlichen Diskriminierung der Flamen in Belgien im 19. Jahrhundert ihr zentrales Thema gefunden hatte, ohne sich dessen hohe gesellschaftliche Sprengkraft zu Beginn bewusst zu sein. So wuchs sie auch erst allmählich in die Rolle eines aktiven Trägers dieses Nationalismusideals. Hierin ist

der Bewegung dann eine wesentliche Rolle zuzuschreiben, um flämisch-nationalistische und später auch rechtspopulistische Einstellungen in Flandern hoffähig zu machen und entsprechende (parteipolitische) Erscheinungsformen zu generieren, wie im Folgenden dezidiert beleuchtet wird (vgl. Kapitel 4.2.2).

Der flämische Nationalismus hat sich dabei in Bezug auf seine Entstehung und Ausbreitung in der Tat eines vorgeschichtlichen Ereignisses bedient, das auf der Grundlage einer romantisch geprägten (National-)Literatur der Gründungsjahre Belgiens (vgl. Kapitel 4.2.3) im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts in den Rang eines imaginierten und idealisierten flämisch-nationalen Gründungsmythos‘ gehoben wurde (vgl. Kapitel 4.2.4).

Rückgekoppelt wurde der flämische Nationalismus in seiner Entwicklung immer wieder an den (politischen) Katholizismus in Flandern, was ihm eine gewisse ethische, ethnische und politische Legitimation verlieh (vgl. Kapitel 4.2.5).

Eine erweiterte gesellschaftliche Legitimation erhielt der flämische Nationalismus zudem, weil die aus der bürgerlichen Kultur stammende Flämische Bewegung auch Teile der Arbeiterschaft für ihre Ziele zu gewinnen vermochte – zuungunsten antiflämischer Gesinnungen im nationalistischen Sinne, die bei den Sozialisten und Sozialdemokraten in Belgien und vor allem in Wallonien vorherrschten. Die belgischen Linken waren in der flämischen Frage teilweise selbst regional gespalten (vgl. Kapitel 4.2.6).

4.2.1 Belgischer Nationalismus als Fehlkonstruktion

Der Staatsnationalismus Belgiens hat sich im Verlaufe seiner Geschichte als unzureichend integrativ erwiesen, um ein belgisches Nationalgefühl zu festigen. Vielmehr teilt die Sprachgrenze zwei große ethnische Gemeinschaften, die kleine deutsche Sprachgemeinde und den Sonderfall Brüssels an dieser Stelle mal unberücksichtigt, deren Differenzen nicht auf die Sprache engzuführen sind. Diese hat zwar eine essentielle Bedeutung für die grundlegende geistig-moralische Desintegration beider Landesteile, aber die Abwendung vieler Flamen von der Idee des staatsnationalistischen Belgien und die Hinwendung zur Vision eines kulturnationalistischen Flandern hängt mit den geschilderten historischen Entwicklungen zusammen und geht über die sprachliche Differenz hinaus.

Ein nationales belgisches Bewusstsein war schon zu Beginn der belgischen Staatskonstruktion insofern von zweifelhafter Einheitlichkeit, dass sich hinter dem Begriff der ‚belgischen Nation‘ „unterschiedliche gesellschaftspolitische Konzepte verbargen“, die mit unterschiedlichen Auffassungen eines nationalen Patriotismus einhergingen (vgl. Koll 2005, S. 37). Der Beginn quasi des nationalen Narrativs liegt nach Koll (vgl. 2005, S. 37 ff.) im Jahr 1760 zu Zeiten der

Österreichischen Niederlande, als Royalisten die Gesellschaft nach Maßgaben des Aufgeklärten Absolutismus modernisieren wollten. Es folgten Jahrzehnte, in denen unter den unterschiedlichen historischen Umständen verschiedene ‚Philosophien‘ und Strömungen den Diskurs anheizten, „die konkurrierende politisch-gesellschaftliche Vorstellungen von der bestmöglichen Verfaßtheit der ‚belgischen Nation‘ entwarfen.“ Durch die Besetzungen in den Vorjahren und die Annexion der Südlichen Niederlande durch das revolutionäre Frankreich 1795 erhielt dann der Verfassungspatriotismus entscheidenden Auftrieb im gesellschaftlichen Bewusstsein, orientiert an den Idealen der Französischen Revolution.

„Auch wenn diese Vorstellung von der ‚belgischen Nation‘ vielfach auf Widerstand und Ablehnung stieß – sie war es, die im weiteren Verlauf der belgischen Geschichte ihre Bedeutung entfalten und nach der Revolution von 1830 in die Verfassung des Königreichs Belgiens Eingang finden sollte“ (Koll 2005, S. 38 f.).

Trotz dieser nationalistischen Leitidee der ‚Staatskonstrukteure‘ konstatieren Clauss/Baumann (vgl. 1980, S. 84 f.), dass es von Anfang an an einem integrativen belgischen Nationalgefühl mangelte, weil es keine positiven Antriebsfaktoren für die Staatsgründung gab, die eine entsprechend tief verwurzelte Identifikation mit Belgien hätten herstellen können.

„Positive Gründe für die Schaffung des Staates Belgien aus sich heraus sind nicht zu erkennen; sie ergeben sich lediglich aus den negativen Motiven. Kennzeichnend für den belgischen Staat sind heute (und waren schon damals), daß sich zwei annähernd gleichgroße Gemeinschaften in einem sprachlich-kulturell heterogenen, aber religiös homogenen Staatsgebilde zusammenschlossen“ (Clauss/Baumann 1980, S. 85).

Diese Motive sind für die beiden Autoren vor allem die Ablehnung des niederländischen Calvinismus und die völlig verschiedenen wirtschaftlichen Ausrichtungen zwischen den nördlichen und südlichen Niederlanden. Während im Norden Kaufleute und Bauern dominierten, die auf Freihandel setzten, „brauchte die junge Industrie Belgiens vor allem Zollprotektion, um wirtschaftlich überleben zu können“ (vgl. Clauss/Baumann 1980, 84 f.).

Die Bedeutung dieser Gründe reichte aber nicht aus, um nicht zuletzt den Sprachgegensatz angemessen zu moderieren, auszuhandeln oder gar zu überwinden. Eine nationale Narration, die in allen Landesteilen gleichsam die Identifikation mit dem belgischen Staat herzustellen vermochte oder einfach gesagt, die Herzen der Flamen und Wallonen für die gemeinsame Sache entzünden konnte, kam nicht über Ansätze hinaus.

Vielmehr entfaltete der Sprachgegensatz seine sozialpsychologische Sprengkraft auch insofern, dass das Flämische „als eine Ansammlung häßlicher, sehr divergierender Dialekte angesehen

(wurde), die sich weder für Politik noch für Kultur oder Wissenschaft eignete“ (vgl. Clauss/Baumann 1980, 86 f.). Dies musste sich auf das Selbstwertgefühl der Flamen niederschlagen.

Vos (vgl. 2005, S. 41 ff.) sieht entsprechend im Zusammenhang der Widersprüche und Widerstände in der Gründung 1830 bereits den Höhepunkt der belgischen Nationsbildung und nicht den Beginn. In der weiteren Geschichte Belgiens gab es nicht zuletzt im Rekurs auf die belgische Revolution zwar „Konjunkturen des belgischen Patriotismus“, aber am Ende konstatiert er einen „verdunstenden belgischen Nationalismus“. Es entwickelte sich jedoch neben der politischen Einheit zunächst auch eine künstlerische und literarische Szene, „die dem Nationalstaat einen eigenen kulturellen Ausdruck verleihen wollte“.

„In unzähligen Liedern, Gedichten, Theaterstücken, in Gemälden und Lithographien, auf Postkarten sowie in der Geschichtsschreibung sind die Ereignisse von 1830/31 behandelt worden“ (Koll 2001, S. 71 f.).

Ferner gab es Bemühungen, aus der Geschichtsschreibung einen belgischen Nationalismus abzuleiten, was aber aufgrund „der institutionellen Diskontinuität quer durch die belgische Geschichte“ und die Nicht-Zugehörigkeit einzelner Territorien wie das Fürstbistum Lüttich zu den ehemaligen Südlichen Niederlanden nicht einfach war. Hervorgehoben wurden von den um einen belgisch-nationalistischen Narrativ bemühten Historikern zum Zwecke der Neutralisierung der historischen Brüche u.a. die Topoi der Überwindung von Fremdherrschaft, der religiösen Zusammengehörigkeit und des Ethos‘ des kleinen Mannes, um hierin eine belgische Identität zu konstruieren (vgl. Vos 2005, S. 48).

Und es gab Bemühungen von Autoren, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine identitätsstiftende eigenständige belgische Sprachvarietät zu entwickeln, um „Belgier belgischer“ zu machen (vgl. Vos 2005, S. 46).

Diesen Bemühungen stand allerdings entgegen, dass mit Beginn der Flämischen Bewegung 1840 in Flandern der sprachkulturelle und -politische Akzent bereits auf die Anerkennung der flämischen Sprache als zweite und gewissermaßen mit dem Französischen konkurrierende Nationalsprache gelegt war. Im Zusammenhang äußerer Bedrohungen gab es zwar auch in der Flämischen Bewegung teilweise zugleich ein belgisches Bewusstsein, dies verlor aber im Kontext der historischen Entwicklungen seit 1860 an Bedeutung.

„Dieser Wandel innerhalb der Flämischen Bewegung fand statt, als die Katholiken unter liberaler Regierung in der Opposition waren – wo doch ein immer größerer Teil ihrer Anhänger, die

sogenannten Flaminganten, aus dem katholischen Lager stammte. Nun wuchs eine rein flämische Orientierung heran“ (vgl. Vos 2005, S. 49).

Der nun entstehende Flämische Nationalismus, die Ausbildung einer flämischen Kollektividentität und die Entwicklung einer tendenziell regionalistisch-separatistischen Politik aus diesem Lager erhielten nach Fix (vgl. 1991, S. 180) ihren Antrieb aus drei Gründen:

Erstens bestand zwischen den Flamen im 19. Jahrhundert gegenüber den Frankophonen und den Wallonen eine große ökonomische Ungleichheit. Dies habe zu einer großen Statussolidarität der Flamen als das weniger bevorzugte Kollektiv geführt und hieraus sei Widerstand gegenüber der politischen Integration in den Zentralstaat entstanden.

Zweitens habe die Intensität der Kommunikation innerhalb des Kollektivs in der Peripherie deren Statussolidarität verstärkt. Hiermit ist auch der Zusammenhang von Sprache und (kollektiver) Identität als ein Netzwerk von Menschen angezeigt, die sich auf gemeinsame Werte, Ideale und Verhaltensweisen im doppelten Sinne verständigen.

Drittens habe der große kulturelle Unterschied zwischen Norden und Süden ebenfalls die Statussolidarität in der nördlichen Peripherie verstärkt. Dabei zählt Fix „zu den identitätsbildenden kulturellen Unterschieden Sprache bzw. Dialekt, religiöse Praktiken und de(n) Lebensstil“. Der Zusammenhang mit dem zweiten Punkt wird hier deutlich.

Fix beruft sich in ihrer Ursachenforschung der Genese des flämischen Regionalismus im Zusammenhang des belgischen nation-building auf entsprechende theoretisch hergeleitete Thesen von Hechter (1975), die dieser mit Bezug auf das nation-building Großbritanniens entwickelt hat. Nun muss man annehmen, dass sich die Identität, das sich abgrenzende Selbstbild umso dichter wird, desto markanter die Abgrenzungslinien sind. Insofern dürfte die flämische Identitätskonstruktion durchaus eine stabile Imagination sein. Aber entscheidender hierfür ist wohl ein noch anderer Punkt. Die Persistenz der ethnisch geprägten und in den Regionalismus mündenden Konfliktlinie, folgt man Fix (vgl. 1991, S. 179), ist nämlich weniger auf die sozio-kulturelle Differenz und ökonomische Benachteiligung an sich zurückzuführen, sondern den einhergehenden „Prozeß einer ethnischen Bewusstwerdung“ im Kontext der sich festigenden Statussolidarität. Der Übergang einer solchen Bewusstwerdung zu einem völkischen Bewusstsein fällt dann am Ende nicht schwer.

Die Zäsuren der Weltkriege und die Zusammenhänge der flämischen Kollaborationen mit den Deutschen haben im jeweiligen Ereignis- und (Diskurs-)Kontext dann entweder den belgischen Patriotismus gestärkt oder die (ethnischen) Gräben vertieft. Aber auch in diesem Zusammenhang war die ‚belgische Narration‘ tendenziell nur das Negativ zur moralisch in Frage gestellten ‚flämischen Narration‘. Ein belgischer Patriotismus besaß aus sich heraus wenig Antrieb und

spielt heute kaum als ein identitätsstiftender Faktor eine Rolle. Dagegen konnte sich der Flämische Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg sukzessive von seinem Schuldstigma im Kontext der Kollaborationen der Flaminganten mit den Deutschen befreien. Neue Kraft erfuhr dieser nun auch im Sog der Verkehrung der sozioökonomischen Verhältnisse hin zu einem starken Flandern. Dies führte dazu, die flämisch-nationalistische Perspektive in der Tat mit einem Überlegenheitslogos zu verknüpfen, wobei in diesem Kontext in manchen rechtspopulistischen Aussagen (kultur-)rassistische Konnotationen schwer nicht wahrzunehmen sind. Wenn es so ist, wie Vos (2005, S. 67) zu entnehmen ist, dass trotz aller Abgrenzungsdiskurse ein flämisches Nationalbewusstsein in jenen Zeiten besser mit einer belgischen Identität vereinbar ist, wenn es den Überbau einer sinnstiftenden europäischen Identität gibt, dann muss die aktuelle Identitätskrise Europas auch dem Rechtspopulismus in Flandern weiteren Auftrieb geben, wie dies in ganz Europa zu beobachten ist. Allerdings ist dies in Flandern nicht wie andernorts ein relativ aktueller Rekurs auf einen historischen Nationalismus, sondern eine weitere Episode in einer recht kontinuierlichen nationalistischen Erzählung der Flamen. Und diese kulturnationalistische Erzählung unterscheidet sich konzeptionell eindeutig von der staatsnationalen Erzählung Frankreichs, ihr fehlt aber auch eine vergleichbare Episode des kulturellen Universalismus, die die nationale Erzählung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, in deren Zentrum „die kollektive Pädagogisierung der nationalsozialistischen Verbrechen“ (vgl. Schumacher 2012, S. 283) stand. Das heißt nicht, dass nicht auch die Flamen im Zusammenhang globalisierter Entwicklungen und des europäischen Integrationsprozesses kulturell-universalistische Ideen in ihre nationale Erzählung integrieren.

4.2.2 Sprachkonflikt und Flämische Bewegung

Die Flämische Bewegung muss in ihrer Bedeutung nicht von ihren Trägern her begriffen werden, sondern von ihren Zielen und gesellschaftspolitischen Forderungen. Denn diese Bewegung ist vor allem im 19. Jahrhundert zunächst weniger eine spezifisch konzertierte Initiative mit einer bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Heimat als vielmehr ein Sammelbegriff für alle Personen („Flaminganten“) und Organisationen, die sich im Laufe der Zeit für den gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Stellenwert der Flamen und ihrer Sprache engagiert haben und engagieren (vgl. Dolderer 2003, S. 109). Dieses in verschiedener Gestalt überdauernde Engagement hat in unterschiedlicher Weise in allen gesellschaftlichen Milieus und politischen Lagern seine Träger und Anhänger gefunden, sieht man vielleicht vom sozialistischen Lager ab. Aber selbst unter den Sozialisten in Flandern gab es durchaus Verständnis für die

flämische Sache, was zu Spannungen mit den wallonischen Sozialisten innerhalb der sozialistischen Bewegung führte (vgl. Kapitel 4.2.6).

„Die flämische Bewegung entwickelte sich zugleich als kulturelle, soziale und politische Bewegung. Sie wurde niemals von einer politischen Partei monopolisiert, hatte jedoch Einfluß zunächst auf die flämischen Flügel aller politischen Parteien, später auf alle flämischen Parteien. Man kann sagen, dass die flämische Bewegung schon am Ende des 19. Jahrhunderts der mächtige Träger eines romantischen Nationalismus wird. Vordergründig wurde dieser Kampf um die Sprache geführt, in Wirklichkeit aber ging es um eine ganze Kultur als Ausdruck einer Volksgemeinschaft. Eine Parole der flämischen Bewegung drückte das bündig aus: *„de taal is gansch het Volk“* (die Sprache ist das Volk als Ganzes)“ (Coenen-Huther 1997, S. 144).

Die flämische Emanzipation, „das Wachsen eines Volksnationalismus“ (Coenen-Huther 1997, S. 145), ist also gewissermaßen eine Angelegenheit des ganzen flämischen Volkes. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Haltung der Flamen zur Bewegung und ihren unterschiedlichen Zielen bei unterschiedlichen Akteuren nicht auch differenziert gewesen wäre. Es wurden mitunter auch nicht explizit flämische und sogar pro-belgische gesellschaftspolitische Orientierungen in Flanderns Bevölkerung stärker gewichtet. Jedenfalls fehlte es der Flämischen Bewegung trotz über die Jahrzehnte zunehmender Dynamik bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts an entscheidender politischer Schlagkraft, um einem flämischen Nationalismus auch eine institutionelle Gestalt zu geben. Aber durch deren breite und überdauernde Verankerung in der Bevölkerung gediehen aus der Bewegung heraus sukzessive flämisch-nationalistische Bestrebungen, die spätestens im 20. Jahrhundert politische Erfolge ihrer Vertreter zeitigten (vgl. Schubert 2011).

Mit Nörtemann (2002, S. 235) kann zusammengefasst werden, dass die Flämische Bewegung seit ihrer Entstehung zunächst „kulturell-diskursive“ Weltanschauungen gesellschaftlich hoffähig gemacht, unter diesem Druck seit den 1880er Jahren „juristisch-politische“ Veränderungen innerhalb des politischen Systems Belgiens angestoßen und ab den 1970er Jahren „systemsprengende legislative“ Maßnahmen evoziert hat, mit der Folge einer neuen belgischen Verfassung und der „Entstehung des flämischen (Teil-)Staates“.

Im Zusammenhang einer solchen Entwicklung scheinen die politischen Erfolge einer rechtsextremen Partei wie dem Vlaams Blok angesichts der unverkennbaren Wechselwirkungen logisch, genauso wie deren Forderung nach einer selbständigen Republik Flandern.

Im Folgenden wird diese Entwicklung und Bedeutung der Flämischen Bewegung für den flämischen Nationalismus und die rechtspopulistische Parteipolitik heutiger Zeit erörtert.

Die Flämische Bewegung hatte ihren historischen Ursprung im gesellschaftlichen Engagement einiger regionaler Vereine und Intellektueller aus dem Bereich der Literatur, die die formelle Aufwertung der flämischen Sprache gegenüber dem Französischen zu erreichen suchten (vgl. Kapitel 4.1.2). Diese trat 1839 mit einer Petition in Erscheinung, mit der sie die Gleichberechtigung der niederdeutschen Dialekte in den nördlichen Landesteilen gegenüber dem Französischen auch in Verwaltung und Justiz forderte, doch wurde hierbei noch zwischen Brabantern, Limburgern und Flamen mit ihren unterschiedlichen Mundarten differenziert. Ein Flame war nach diesem Verständnis noch ein Bewohner der Region, die ehemals als Grafschaft Flandern bezeichnet wurde (vgl. Nörtemann 2002: S. 235).

Zunächst ging es der flämischen Bewegung also nur um sprachliche Gleichberechtigung des nordbelgischen Raumes, allerdings wurde zunehmend gegen die Französisierung dieses Raumes, das „verfransing“ agitiert, wobei dies durchaus als Entartung gemeint war (vgl. Nörtemann 2002: S. 237). Hierin zeigt sich von Anfang an der völkische Charakter der Bewegung.

Deren Engagement für die Gleichberechtigung des Flämischen als Amtssprache in den flämischen Provinzen mündete dann in eine Unterschriftenaktion, an der sich in den Jahren ab 1840 100.000 Bürger beteiligten (vgl. Siegemund 1989, S. 79).

Die Verwurzelung in der flämischen Literaturszene (vgl. Kapitel 4.2.2) ging damit einher, dass in Anlehnung an die deutsche Romantik ein geistig-theoretisches Fundament des Selbstverständnisses der Flämischen Bewegung gelegt wurde, dessen wesentliche Bestandteile „Sprache als Kristallisationskern nationaler Identitätsfindung“ und eine „idealisierte Vergangenheit“ sind (vgl. Dolderer 2003, S. 110). Unverkennbar bildet dieser geistig-moralische Zusammenhang die Wurzel des flämischen romantischen Sprachnationalismus‘, wobei der Konflikt um die Sprache das Initialereignis bildete, die Sporenschlacht als das idealisierte Referenzereignis der Geschichte diente (vgl. Kapitel 4.2.4) und die Literatur, insbesondere der Roman „Der Löwe von Flandern“ von Conscience 1838, als Instrument der Idealisierung und Sinnkonstruktion besonders herangezogen werden sollte (vgl. Nörtemann 2002; Kapitel 4.2.3).

Allerdings verlief die Politisierung der Flämischen Bewegung zunächst schleppend. Als die Regierung sich 1856 in einem Bericht mit flämischen Forderungen auseinandersetzte, Flämisch an Höheren Schulen, an staatlichen Handelsschulen und teilweise an der Universität Gent einzuführen, die Armee sprachlich zu teilen, ein zweisprachiges Gerichtswesen zu entwickeln usw., war dies weit mehr als es den Erwartungen der allgemeinen flämischen Bevölkerung entsprach (vgl. Siegemund 1989, S. 79). Politische Radikalität ging insofern von der Flämischen Bewegung seinerzeit eher nicht aus, dafür gab es in Flandern selbst keine gesellschaftliche Legitimation.

Die im Sinne des Kampfes um sprachliche Aufwertung zunehmende Politisierung der Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spitzte sich seit den 1870 Jahren dann im Zusammenhang der Industrialisierung zu. Denn nun spielten die eigenen sprachlichen Möglichkeiten im Hinblick auf berufliche Chancen in der Industrie und hierbei vor allem den neuen Verwaltungsberufen eine wichtige Rolle (vgl. Siegemund 1989, S. 80). Es drang nun in das Bewusstsein vieler Flamen, dass sozialer Aufstieg an die soziale Stellung der eigenen Sprache geknüpft war und es nun um mehr ging als die Pflege der eigenen kulturellen Identität und ein kulturelles Selbstwertgefühl.

Diesen sozialen und politischen Impetus erhielt die Flämische Bewegung insbesondere in Zusammenhang mit den sozialen Aufstiegserwartungen des traditionellen katholischen Bürgertums, das sich anschickte die alte frankophone Elite sukzessive zu verdrängen (vgl. Dolderer 2003, S. 109).

Im sozialistischen und im liberalen Lager fand dies auch Anklang, aber es überwog das Streben nach sozialer und politischer Emanzipation per se, d.h. losgelöst von einer flämisch-nationalistischen Gesinnung. Da Wallonien deutlich stärker prosperierte, besaßen Flandern und das Flämische zudem das Stigma der Minderwertigkeit, woraus der flämische Kampf um Emanzipation einen besonderen moralischen Antrieb schöpfte. Ein Bewusstsein von der Wertigkeit der eigenen Volksgruppe im Vergleich zu Anderen ist gewissermaßen seit jeher den Aktivitäten der Flämischen Bewegung unterlegt.

Die damit einhergehenden und zunehmend politisierten Abgrenzungen haben sich vermutlich bereits Ende des 19. Jahrhunderts in der Bewegung internalisiert, als es zwischen 1870 und 1900 in Flandern zur formellen Gleichstellung des Flämischen mit dem Französischen kam (vgl. Siegemund 1989, S. 80). Mit dem allgemeinen Wahlrecht wuchs der politische Einfluss der Flaminganten und es ging in der „Flamenfrage“, dem Emanzipationskampf der Flamen, fortan weniger um deren individuelle Rechte und Chancen, sondern um die politische Macht als Volksgruppe, wofür die Forderung nach einer gesetzlichen Sprachgrenze zum Symbol wurde. Damit war die Regionalisierung Belgiens noch vor dem Ersten Weltkrieg eingeläutet (vgl. Siegemund 1989, S. 80 f.).

Eine Minderheitsfraktion der Flämischen Bewegung, die „Aktivisten“, begann allmählich sich auch mit Ideen politischer Selbständigkeit zu beschäftigen, ohne dass dies vor dem Krieg politische Folgen gehabt hätte. Die „Flamenfrage“ blieb aber virulent und eine wirkliche Zäsur bedeutete auch der Ausbruch des Krieges nicht. Im Gegenteil, diese fand sich 1914 mit der Besetzung Belgiens auch auf der Agenda deutscher Politik wieder, u.a. im Rahmen verschiedener Planspiele um die Annexion Belgiens. Man versuchte unter den Flamen eine

Identifikation mit der deutschen Politik zu schaffen, was zunächst wenige Anhänger fand. Ende 1915 kündigte die Besatzungsmacht an, dass an der Universität Gent fortan in Niederländischer Sprache gelehrt werden sollte, was de facto deren Umwandlung in eine flämische Universität bedeutete und der langjährigen Forderung der Flamen entsprach. Ferner sollten Flandern und Wallonien eigenständige Verwaltungsbereiche werden. Mit diesen Entscheidungen konnte insbesondere unter den „Aktivisten“ eine pro-deutsche Gesinnung in der flämischen Bewegung gestärkt werden (vgl. Dolderer 2003, S. 110 f.).

Nach dem Krieg waren die Gesellschaft in Flandern und speziell die Flämische Bewegung entsprechend polarisiert. Auf der einen Seite hatte der „Aktivismus“ mit seinen Referenzen an eine Abstammungsgemeinschaft von Deutschen und Flamen aktiv gegen das belgische Zusammengehörigkeitsgefüge von Wallonen und Flamen gewirkt, auf der anderen Seite hatte das Leid unter deutscher Besatzung den belgischen Patriotismus gestärkt. Dennoch forderte selbst der gemäßigte Mehrheitsflügel der Flämischen Bewegung um den christlich-demokratischen späteren Bürgermeister von Antwerpen, Frans von Cauwelaert, nun nicht mehr „nur“ die Zweisprachigkeit in Flandern wie vor dem Krieg, sondern die Überwindung des Französischen aus dem öffentlichen Leben zugunsten eines einsprachig-niederländischen Flanderns und hiermit die Gleichstellung in der Sprachgesetzgebung mit Wallonien dergestalt, dass die regionale Muttersprache zum alleinigen institutionellen Sprachgebrauch in der Region werden sollte (vgl. Dolderer 2003, S. 111 f.). Dies galt als „Minimalprogramm“ und fand breite Unterstützung insbesondere unter den politischen Katholiken. Mit dem 1918 gegründeten „De Standaard“ tat sich ferner ein Presseorgan als mediales Sprachrohr in dieser Sache hervor. Schließlich wurde 1919 mit dem „Algemeen Vlaamsch Verbond“ eine Dachorganisation aller flämischen Vereinigungen gegründet. Zwar wurde keine politische Autonomie Flanderns seitens dieser sogenannten „Kulturflaminganten“ angestrebt, aber das Ziel verfolgt, durch eine solche Sprachreform den Bildungsrückstand gegenüber Wallonien aufzuholen, um dann einhergehend mit der zahlenmäßigen Überlegenheit der Flamen in Belgien die Machtverhältnisse zugunsten Flanderns zu verändern.

Der nationalistische Flügel der Flämischen Bewegung strebte dagegen die staatliche Autonomie, zumindest aber die Selbstverwaltung Flanderns in einem föderal umstrukturierten Belgien an. Wichtig für die gesellschaftliche Resonanz dieses Ansinnens war, dass dieser Flügel nicht nur aus durch den Krieg diskreditierten „Aktivisten“ bestand, sondern sich an der Front eine Untergrundbewegung flämischer Soldaten („Frontbewegung“) formiert hatte, die sich nun im Parteiensystem politisch etablieren konnte. In diesem Sinne radikalisierte Kriegsteilnehmer gründeten 1919 die „Frontpartei“. Sie traten gewissermaßen auch das geistige Erbe der

„Aktivisten“ an und rehabilitierten diese somit allmählich politisch. Frontpartei und Aktivismus wuchsen gewissermaßen zusammen vor dem Hintergrund der Forderung nach Amnestie für politische motivierte Kollaboration während der deutschen Besatzung. Am Ende dieses bis 1922 dauernden politischen Prozesses wurde den Aktivisten sogar das Verdienst zuerkannt, als Erste das Streben nach Selbständigkeit Flanderns in die öffentliche Debatte gebracht zu haben. Wenn man so will, war damit ein flämischer Nationalismus mit gewissermaßen völkischen Anleihen gesellschaftsfähig geworden. Jedenfalls kam es seitens der zunächst aus dem holländischen Asyl agierenden und zunehmend ‚rehabilitierten‘ Aktivisten zu einer Radikalisierung der Bewegung, wobei der Geistliche Robrecht de Smet und das frühere Ratsmitglied Flanderns, Josué de Decker, als Redakteure des „De Standaard“ Propaganda betrieben für die Zerschlagung Belgiens und die Erschaffung eines großniederländischen Staates durch die Vereinigung Flanderns und Hollands. Die Ziele der Kulturflaminganten wurden als „flämischer Belgizismus“ geschmäht (vgl. Dolderer 2003, S. 113).

„Gleichwohl blieb durch die Entwicklung einer eigenständigen flämischen Kultur, die sich in der Zwischenkriegszeit vollständig von der belgischen Kultur löste, ein verbindendes Element zwischen den antibelgischen und den loyalen Flaminganten bestehen. Dabei wandelte sich der flämische Subnationalismus in einen flämischen ‚substate-nationalism‘. Die flämische Identität war nicht länger eine spezifische Form der belgischen Identität, sondern wurde zum eigenständigen Nationalbewußtsein des ‚flämischen Volkes‘. Dieses Volk war nicht mehr ein mythischer Begriff, es wurde immer mehr zu einer wirklich existierenden Gemeinschaft. Für viele Flamen war Belgien vor allem ein Staat, die Bevölkerung von Flandern jedoch ‚eine Nation‘. (...) In der katholischen flämischen Jugendbewegung und in Bildungsorganisationen wurde keine Begeisterung mehr für Belgien vermittelt, allerdings auch kein Antibelgizismus – es sei denn, daß dies unterschwellig geschah“ (Vos 2005, S. 60, in Anlehnung an Wils 1996, S. 230 f.).

Die Nationalisten stellten die Flamenfrage insgesamt in einen internationalen Kontext und baten auch die deutsche Regierung in Berlin um materielle und politische Unterstützung. Gehört fanden sie aber lediglich bei den republikfeindlichen Rechten in Deutschland. Gewissermaßen kam es bezüglich der Flamenfrage zur Restauration der entsprechenden deutsch-flämischen Beziehungsstrukturen während des Ersten Weltkrieges. Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass in Flandern und Deutschland das Misstrauen gegenüber Frankreich geteilt wurde. Die gesamte Flämische Bewegung sah sich seitens Frankreichs als Bedrohung eingestuft, wie seit 1920 aus einem geheimen Militärabkommen zwischen Frankreich und Belgien hervorgeht. Die belgische Regierung traute also den eigenen Landsleuten nicht und erweckte den Eindruck mit einer frankophilen Staatsräson zu agieren. Vor diesem Hintergrund wurden die frankophonen Belgier seitens vieler Flamen als Agenten Frankreichs

wahrgenommen. Deutschland auf der anderen Seite litt als ehemaliger Kriegsgegner Frankreichs unter dem Versailler Vertrag und der Ruhrbesetzung, was die Aversionen gegen den Nachbarn verschärfte und ein nationales Minderwertigkeitsgefühl stärkte.

Die Selbstwahrnehmung im Verhältnis zu Frankreich zeigte hierin Parallelen zu jener, die in weiten Teilen Flanderns herrschte. Flandern wurde seitens der deutschen Rechten zudem als Barriere gegen eine hegemoniale Ausbreitung Frankreichs betrachtet. Die radikale flämische Bewegung wiederum sah in Deutschland die Macht, den französischen Einfluss in Belgien verringern zu können (vgl. Dolderer 2003, S. 113). Diese politischen Interessenzusammenhänge mussten auf dem Fundament der beidseitig ideologisierten ethnischen Verwandtschaft in einschlägigen Kreisen beinahe zwangsläufig Bündnisideen im Rahmen eines romantisch-völkischen Weltbildes entstehen lassen. Auf flämischer Seite wurde dies auch medial stark befeuert, etwa durch die pro-großniederländische Zeitung „Vlaanderen“ und das 1927 erschienene radikal antibelgische Wochenblatt „Jong Dietschland“. Die flämische Rechte war seinerzeit insgesamt durch „katholischen Integrismus“ und „völkischen Nationalismus“ gekennzeichnet (vgl. Dolderer 2003, S. 120). Und sie war nicht unwesentlich im intellektuellen Milieu beheimatet:

„Die Hauptstütze einer deutsch-flämischen Kooperation war in der Zwischenkriegszeit auf flämischer Seite die Studentenbewegung, die in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre geschlossen ins nationalistische Lager übergegangen war“ (vgl. Dolderer 2003, S. 121).

Diese Entwicklung fußte auf dem wiederauflebenden Konflikt um die Universität Gent, die nach Abzug der Deutschen nach dem Krieg nicht länger als niederländische Universität geführt wurde. Die politische Initiative einer Re-Niederlandisierung wurde 1923 vom Senat abgelehnt. Immerhin kam es zum Kompromiss der Zweisprachigkeit der Lehre. Dies reichte den flämischen Nationalisten aber nicht und flämische Studenten boykottierten die Universität für mehrere Jahre (vgl. Dolderer 2003, S. 121). Die politischen Fronten waren nun verhärtet und eine Allianz aus Liberalen, frankophonen Katholiken und Sozialisten blockierte annähernd zehn Jahre selbst das Minimalprogramm der gemäßigten Flaminganten um van Cauwelaert. Eine zunehmende antibelgische Radikalisierung und Stärkung der Frontpartei war wiederum auf flämischer Seite die Folge (vgl. Dolderer 2003, S.122).

Politische Zugeständnisse und Amnestie für verurteilte Aktivisten sollten dann Ende der 1920er Jahre den Einfluss der Nationalisten schmälern. Aber bei der Parlamentswahl 1929 verzeichnete die Frontpartei dennoch einen fünfzigprozentigen Stimmenzuwachs, während die Sozialisten zehn Prozent einbüßten. Ein Jahr später spiegelte sich dieser Machtgewinn darin, dass die Universität Gent nun doch einsprachig niederländisch wurde. 1932 wurde dieses Prinzip auch

in der Verwaltung und im gesamten Schulwesen eingeführt, 1935 in der Justiz. Im Zuge einer weiteren Militärreform wurden schließlich 1938 neben französischen auch einsprachig niederländische Einheiten in der Armee aufgebaut. Antibelgische Ressentiments gediehen in der Frontpartei trotz dieser politischen Erfolge weiter. Insbesondere in den ländlichen Regionen Westflanderns waren diese verknüpft mit antiparlamentarischen autoritären Einstellungen. Dies ging nicht zuletzt auf die Studentenbewegung zurück, war aber keineswegs auf dieses Milieu beschränkt:

„Weit bedeutsamer für die frühe Entwicklung faschistischer Affinitäten in Teilen des flämischen Nationalismus war allerdings der in diesen Kreisen herrschende extrem konservative Katholizismus, der für antiliberalen, autoritäre Denkmuster von vornherein empfänglich war und sich mit antibelgischen Affekten verband (...). Hinzu kam der im flämischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit verbreitete völkische Diskurs, dessen Adepten den demokratischen Pluralismus als unvereinbar mit dem Konzept der organischen Einheit des flämischen Volkes ablehnten. Ein nicht zu unterschätzender Faktor war schließlich die dem flämischen Nationalismus innewohnende elitäre Attitüde“ (Dolderer 2003; S. 124).

Diese nach heutigem Verständnis rechtsextreme Haltung kennzeichnete in etwa deckungsgleich das radikale Lager innerhalb des flämischen Nationalismus, das sich für eine staatliche Vereinigung Flanderns mit den Niederlanden stark machte und Flandern als Teil einer belgischen Föderation ablehnte. Dieses Lager war auch an einer Zusammenarbeit mit der deutschen Rechten interessiert. In diesem Zusammenhang entwickelten sich über die Jahre verschiedene nicht-staatliche politische und kulturelle Initiativen und Netzwerke ohne größere politische Wirkung auf beiden Seiten. Doch 1933 änderte sich die politische Gemengelage. Einerseits bekam der flämische Nationalismus mit Gründung des „Vlaamsch National Verbond“ (VNV) eine zentralistisch organisierte Struktur. Dies entsprach programmatisch dem faschistischen Parteitypus und damit auf deutscher Seite der NSDAP. Die Flamenfrage war nun aus deutscher Sicht sozusagen auch auf der staatspolitischen Agenda und der flämische Nationalismus nahm dies dankend an. Dieser hatte nun quasi eine politische Heimat im radikalen Flügel der flämischen Bewegung, der den gemäßigten demokratischen Flügel Anfang der 1930er Jahre verdrängt hatte, was Dolderer (2003, S. 135) mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise erklärt, die zwischen den Jahren 1932 und 1934 in Belgien ihren Höhepunkt erreichte.

D.h. der flämische Nationalismus war nun ideologisch eindeutig autoritär großniederländisch und völkisch niederdeutsch ausgerichtet. Sein politisches Sprachrohr, der VNV, war geprägt durch das Führerprinzip, Antiparlamentarismus und paramilitärisches Auftreten (Dolderer

2003, S. 135). Bei den Parlamentswahlen 1936 konnte die Partei ihren flämisch-nationalen Stimmenanteil verdoppeln.

Seit 1937 subventionierte das deutsche Propagandaministerium das Parteiorgan des VNV, „Volk en Stat“, und der VNV hatte einen ständigen Sitz in Berlin.

„In der katholisch geprägten intellektuellen Öffentlichkeit Flanderns wurde der Nationalsozialismus während der dreißiger Jahre intensiv und kontrovers, jedoch trotz aller Einwände mit bemerkenswert wohlwollendem Interesse diskutiert. (...) Es fehlte nicht an Stimmen, die die Behandlung von Juden und Behinderten im Dritten Reich während der dreißiger Jahre mit Verständnis kommentierten“ (Dolderer 2003, S. 136).

Die flämischen Katholiken in Belgien sahen sich im Dilemma, dass sie zwar das ‚Neuheidentum‘ der NSDAP und deren Haltung zur Kirche anwiderte, aber deren antimoderne und antiliberale Attitüde teilten.

Damit war für den flämischen Nationalismus der Weg zumindest politisch geebnet, sich 1940 erneut auf eine Kollaboration mit Deutschland einzulassen (vgl. Dolderer 2003, S. 136).

Nach dem Krieg war die flämische Bewegung in ihrer radikalen völkischen Ausrichtung anhand dieser Kollaboration zunächst diskreditiert, der flämische Nationalismus aber nicht gestorben.

„Vor diesem Hintergrund war es in der unmittelbaren Nachkriegszeit praktisch unmöglich eine flämischnationalistische Partei zu gründen, sie geriet sofort ins Visier ehemaliger Widerständler (...). Alle Vorkriegs-Parlamentsmitglieder flämischnationalistischer Provinienz machten nach 1945 Bekanntschaft mit Staatsanwalt, Gerichten und Gefängnis. Umgekehrt schweißten die Repressalien das flämischnationalistische Milieu aber auch wieder zusammen, sodass unterhalb der Schwelle einer Parteigründung bald die Initiativen zur Verteidigung der Rechte von Opfern der ‚Repression‘ blühten und eine Reihe von Zeitschriften und Organisationen entstanden, die sich zum Ziel gesetzt hatten, die ‚Repression‘ rückgängig zu machen“ (Bachmann 2011, S. 127).

Der flämische Nationalismus konnte also einmal mehr in eine Opferrolle schlüpfen und hieraus wieder Legitimität ableiten

Mit der „Volksunie“ (VU) bekam dieser 1954 schließlich wieder eine neue gemäßigte politische Gestalt, die aber ein unabhängiges Flandern anstrebte (vgl. Schubert 2011, S. 193).

Siegemund (vgl. 1989, S. 144 ff.) stellt hinsichtlich des veränderten Charakters der flämischen Bewegung eine klassenanalytische Perspektive in Anlehnung an Roosens (1981) und eine ‚Rationalisierungsthese‘ von ter Hoeven (1978) gegenüber. Der klassenanalytische Ansatz basiert auf die zunehmende Bedeutung des tertiären Sektors, dem der Rückgang der Industriearbeiterschaft und vor allem der Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und damit des katholischen

Flamentums gegenüber steht. Dadurch veränderte sich das flämische Protestpotenzial. Die Flämische Bewegung, die Ende der 1950er Jahre erneut zur Massenbewegung answoll, hatte nun in den Managern der Verwaltungsbranche ihre wesentliche Trägerschicht. Hieran lässt sich gewissermaßen mit Ter Hoeven anknüpfen, das sich ein Wandel vom „patriotischen“ zum „rationalen“ Nationalismus vollzog. Die neue politisch aktive Trägerschicht aus dem Mittelstand war „relativ städtisch geprägt, in ihrer Mehrheit männlichen Geschlechts und gut ausgebildet (...)“. Ihr Ansinnen kombinierte ohne die romantischen Sinnbezüge der Zwischenkriegsjahre das Streben nach sprachlich-kultureller Emanzipation und die Verteidigung wirtschaftlicher Interessen des wirtschaftlich erstarkenden Flanderns (vgl. Siegemund 1989, S. 146 f.).

Die VU gelangte 1954 erstmals in die Abgeordnetenversammlung und steigerte ihren Stimmenanteil fortan kontinuierlich bis zu landesweiten 11,1% im Jahre 1971, ein Niveau das dann über die Jahre stabil blieb und 1977 erstmals zu einer Regierungsbeteiligung führte. Da der zunächst gezügelte aber überdauernde und bis dahin integrierte radikale Flügel des flämischen Nationalismus eine gesamtbelgische Regierungsbeteiligung als Verrat an der flämischen Sache empfand, spaltete er sich ab und gründete den „Vlaams Blok“.

Die VU blieb aber trotz anfänglich leichter Verluste relativ stabil und erreichte auch in den 1980er Jahren Ergebnisse bis zu 10% Stimmenanteil. Von 1988 bis 1991 war sie wieder an der Regierung und außerdem maßgeblich an der Verfassungsreform 1993 beteiligt. Allerdings sollte sich in den Folgejahren der Stimmenanteil der VU vor allem zugunsten des Vlaams Blok in etwa halbieren. Insofern radikalisierte sich nun der flämische Nationalismus erneut, wie erstmals im Vorfeld des Ersten Weltkrieges und dann in den Zwischenkriegsjahren, bei etwa gleichen Stimmenanteilen in der Bevölkerung. In der Folge löste sich die VU 2000 auf und der konservative Mehrheitsflügel trat als „Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) in neuem Gewand auf die politische Bühne. Die linksliberale Minderheit gründete die Partei SPIRIT, die sich in einer Listenverbindung an die flämischen Sozialisten anlehnte.

Nach zunächst mäßigem Erfolg bei den Wahlen 2003 ging die N-VA 2007 eine Listenverbindung mit den flämischen Christdemokraten ein. Bei den Regionalwahlen 2009 erhielt die Partei dann 13,06% der Stimmen, jeweils in derselben Größenordnung bewegten sich der Vlaams Blok, mittlerweile unter dem Namen Vlaams Belang⁶, Sozialisten und Liberale, übertroffen nur durch die Christdemokraten mit 22,86%. Ein Jahr später bei den Parlamentswahlen war die N-VA landesweit mit 17,4% (29% flämische Stimmen) stärkste Partei in Belgien.

⁶ Der Vlaams Blok wandelte sich 2004 formal in „Vlaams Belang“ (VB) um, weil die Partei wegen ihrer rassistischen Programmatik Gefahr lief, die staatliche Parteifinanzierung zu verlieren und mit der Umbenennung den Anschein einer Mäßigung erweckte.

Gewissermaßen erlebte man in Belgien also die Renaissance eines zweigeteilten flämischen Nationalismus wie in der Zwischenkriegszeit. Denn spätestens mit dem Vlaams Blok erlebten 1978 auch der völkische Nationalismus und eine rechtsradikale Programmatik eine politische Wiedergeburt in Belgien. Wenn man so will, trat die Partei das Erbe der Frontpartei an. Ihren politischen Durchbruch erlebte sie 1991 mit landesweiten 6,6% Wählerstimmen, die sie bis 2003 auf 11,6% ausbauen konnte.

Bei den Wahlen 2007 erreichte die Partei, mittlerweile umbenannt in Vlaams Belang, 12% Stimmenanteil. Auch die erstmals angetretene flämisch-nationalistische „Lijst Dedecker“ (LDD) erzielte 4% bei diesen Wahlen (vgl. Schubert 2011 ff., S. 193).

In den folgenden Jahren verlor der VB dann an Zuspruch, wohl vor allem zugunsten der N-VA. Dies hat vermutlich auch daran gelegen, dass der VB bei den anderen flämischen Parteien als nicht bündnisfähig betrachtet wird, was diese bis heute durch den „Cordon Sanitaire“ politisch realisieren, d.h. keine Partei koalitiert mit dem VB, um dessen politische Macht einzugrenzen, was möglicherweise auch Wähler abschreckt.

Zu konstatieren ist dennoch, dass es in Flandern seit jeher und bis heute einen enorm starken flämischen Nationalismus über Parteigrenzen hinweg gibt. So kamen die im weitesten Sinne rechtspopulistischen Parteien VB, N-VA und LDD bei den Parlamentswahlen 2010 insgesamt auf landesweit 27,47% Stimmen. Für Flandern bedeutet dies 45% Stimmenanteil. Das heißt übrigens nicht, dass die anderen Parteien und ihre Anhänger in der territorialen Frage nicht auch pro-flämisch gesinnt wären. Im belgischen Parteiensystem gibt es seit 30 Jahren keine gesamt-belgischen Parteien, d.h. diese vertreten regionale Interessen und konkurrieren auch bei landesweiten Wahlen regional miteinander. Diesem immanenten Separatismus ist geschuldet, dass die eindeutig flämisch-nationalistischen Parteien die anderen Parteien in der flämischen Frage vor sich hertreiben können.

„Diese Konstellation führte zu einer gewissen Radikalisierung auch der etablierten Parteien in der territorialen Frage (...). So setzen sich alle etablierten Parteien für eine weitere Dezentralisierung des belgischen Staates ein (...).“ (Schubert 2011, S. 196).

Dies kann in Bezug auf rechtspopulistische Positionen durchaus als eine Art Legitimation durch die Hintertür gedeutet werden.

Die Grenze zwischen föderaler Autonomie und staatlicher Unabhängigkeit scheint auch in diesem Zusammenhang zunehmend gefährdet, betrachtet man z.B. die Listenverbindung zwischen Christdemokraten und N-VA 2007. Hierin bildet sich einmal mehr auch die enge Verbindung des politischen Katholizismus in Flandern mit der Flämischen Bewegung ab.

Ein Volk, das seit bald 200 Jahren so stark darauf fokussiert ist, im innerstaatlichen Kontext das nationalistisch Eigene zu definieren und hierin im historischen Verlauf zumindest in dem Maße völkisch-romantische Verweise am Leben gehalten hat, dass sie als eine ernstzunehmende politische Option in dieser Referenz politische Diskurse stark mitbestimmen, das steht zumindest im Verdacht, in nicht unerheblichem Maße anfällig für rechtspopulistische Einstellungen zu sein.

Kurz: Der gewachsene flämische Nationalismus im historischen Kontext der Rolle Flandern ist ein Nährboden solcher Einstellungen, zumal er in seiner breiten sozialen Akzeptanz diese in Bezug auf aktuelle gesellschaftliche Probleme zu verharmlosen vermag. Der Grat zwischen Nationalismus und Rechtspopulismus ist in dieser Konstellation offenbar schmal. Denn wo das ‚Nationale‘ in solch ambitionierter Weise Kristallisationspunkt politischen und alltäglichen Handelns ist, fällt es leichter, das nicht vordergründig in diese Kategorie Passende, undifferenziert als „nicht zugehörig“, „fremd“ oder „bedrohlich“ auszuflaggen. Während in Deutschland die historische Schuld eine hohe Barriere für die breite gesellschaftliche Legitimation des Rechtspopulismus darstellt, ist es in Flandern gewissermaßen und tendenziell umgekehrt. Denn die flämische Geschichte bietet trotz aller historischen Verstrickungen mit den deutschen Rechten genügend Referenzen, die flämische Selbstdefinition immer wieder an die Opferperspektive zurückzukoppeln. Der Rechtspopulismus konnte sich daher unter dem Mantel des romantisierten flämisch-nationalen „Befreiungskampfes“ immer wieder einigermaßen bequem einrichten und auch die Zäsuren der beiden Weltkriege überleben, die in der unmittelbaren Folge zunächst das belgische Nationalgefühl stärkten. Ohne diese Zäsuren gäbe es möglicherweise schon heute einen Staat Flandern, womöglich mit ähnlichen autoritären und kulturell-nationalistischen Zügen, wie dies heute für einige osteuropäische Staaten wie Ungarn oder Polen gilt.

4.2.3 Die Erfindung der flämischen Nation in der Literatur

Aufgrund der Bedeutung der Sprache und der Sprachenfrage für den flämischen Nationalismus ist es wenig überraschend, dass der Literatur, in der Sprache zur Kunstform veredelt wird, beinahe zwangsläufig eine besondere Relevanz für die kulturelle Identität der Flamen und deren Nationalismus zukommen musste. Dies gilt umso mehr, wie Tömmel (1976) herausgearbeitet hat, da sich bereits in den Anfangsjahren Belgiens die Literatur zwischen den Landesteilen zu unterscheiden beginnt – und zwar nicht nur sprachlich. Während sie in der wallonischen Literatur einen demotischen Nationalismus ausmacht, ist die flämische Literatur durch einen ethnischen Nationalismus gekennzeichnet. Die belgische Literatur spiegelt somit alsbald die sprachliche und ethnisch-kulturelle Bruchlinie Belgiens wider. Seitens der flämischen Literatur

scheint durch viele Werke hindurch dieser Bruch an die faktische Diskriminierung der Flamen gekoppelt, was ein spezifisches kulturelles Denkmuster evoziert und zum Vorschein bringt.

„Ethnischer Nationalismus in Flandern ist so zunächst der eindeutige ideologische Ausdruck von Bürgern, die von politischer Macht, staatsbürgerlicher Einflußnahme und Karrieren (einschließlich der Karriere als Autor und Schriftsteller) ausgeschlossen sind. Später verselbständigt diese Ideologie sich immer mehr zu einem geschlossenen System, das gefördert wird auch durch den deutschen Kulturnationalismus“ (Tömmel 1976, S. 237 f.).

Im Zusammenhang der innerbelgischen Spannungen und vor dem Hintergrund des damaligen Zeitgeistes spielt der Begriff der ‚Freiheit‘ auch in der belgischen Literatur dabei eine zentrale Rolle – und dieser bekommt bei den flämischen Literaten im Zuge der politischen und sozialen Entwicklung eine andere soziale Semantik als in der wallonischen Literatur:

„Schließlich steht er als ‚Freiheit des Volkes‘, nun in zweifelsfrei ethnischer Bedeutung, dem Freiheitsbegriff der französisch schreibenden Dichter, die mit ‚Freiheit des Volkes‘ zunehmend die ‚Freiheit der Unterschichten‘ meinen, schroff gegenüber“ (Tömmel 1976, S. 224).

Dieses unterschiedliche Freiheitsverständnis in der Literatur bis 1840 nimmt quasi die Situation vorweg, dass die Sozialisten gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Wallonien eine größere Rolle als in Flandern spielen sollten, wo Freiheit weniger mit einem erfolgreichen Klassenkampf assoziiert, sondern mehr als ethnische Emanzipation gedeutet wurde. Dies ist ein gewichtiger Grund, dass in Flandern auch die Flämische Bewegung einem größeren Erfolg der Sozialisten im Wege stand (vgl. Kapitel 4.2.6), weil sie einen Teil des Bevölkerungswillens nach Emanzipation an sich band. Insbesondere trifft dies auf ein solches intellektuelles Milieu zu, das andernorts in sozialistischen Bewegungen eine Führungsrolle einnahm, ohne zwingend selbst der Arbeiterklasse zuzurechnen oder im Proletariat beheimatet zu sein.

Gekoppelt an den ethnischen Nationalismus in der flämischen Literatur ist die Forderung nach einem eigenen Staat ‚Flandern‘, während in der wallonischen Literatur der Drang nach mehr demokratischer Freiheit innerhalb Belgiens durchscheint, ohne das staatliche Gebilde von 1830 grundsätzlich in Frage zu stellen (vgl. Tömmel 1976, S. 226).

Populär wurden mit der wachsenden Unzufriedenheit der Flamen nicht zuletzt Werke von J.F. Williams, die in Verbindung separatistischer Propaganda implizit und explizit den aus Deutschland kommenden Begriff der ‚Kulturnation‘ aufgriffen. Zunehmend wird eine Identifikation mit der Grafschaft Flandern beschworen und ein Zusammenhang mit einer flämischen Staatsgründung erstellt (vgl. Tömmel 1976, S. 30 f.).

Das 1838 erschienene Werk „De Leeuw van Vlaenderen“ („Der Löwe von Flandern“) von Hendrik Conscience sollte in diesem Zusammenhang eine herausragende Bedeutung als Manifest einer glorifizierten Quasi-Nationalgeschichte bekommen und zu einer Art „Bibel des Flamentums“ avancieren (vgl. Nörtemann 2002, S. 239). Dieser dreibändige Roman arbeitet die Ereignisse um die Schlacht der Goldenen Sporen, den Antagonismus zwischen Flandern und Frankreich auf. Zusätzliche nationalistische Bedeutung erhielt dieser, weil es sich erst um das zweite literarische Werk handelte, das in Flämisch erschien. Auch das erste flämischsprachige Werk mit dem Titel „In't Wonderjaer“ hatte Conscience verfasst. In dem 1837 erschienenen Werk befasste er sich mit dem Beginn des Aufstandes der flämischen Provinzen gegen die spanische Herrschaft 1566, was ein erster Versuch war, einen flämischen Nationalgeist zu wecken. Zu *dem* „nationalheroische(n) Epos“ und „Symbol des flämischen Emanzipationskampfes im französierten belgischen Staat“ sollte dann aber „Der Löwe von Flandern“ avancieren (vgl. Missinne 2007, S. 148 f.). Es handelt sich zwar um einen Roman, aber dieser steht noch in der Tradition des Heldengesangs bzw. des Epos‘, was ebenfalls seinen flämisch-nationalen Stellenwert begünstigte (vgl. Nörtemann 2002, S. 241).

„Das Epos ist nach Hegel das Hohelied vom Krieg zwischen den Nationen, deren Feindschaft gegeneinander naturgegeben ist und durch keine Moralität gebunden werden kann. (...) Das Epos selbst ist nach Hegel höchster Ausdruck des Nationalgeistes. Daher braucht jede Nation als Dokument ihrer Nationalität ihr Epos, in dem es die Heldentaten der Ahnen findet und vorzeigen kann“ (Nörtemann 2002, S. 241 f.).

Weiter befeuert wird die Bedeutung des nachhaltig populären Romans für den flämischen Nationalismus dadurch, dass der Autor in seinem Vorwort die antagonistische Handlung zwischen der Grafschaft Flandern und Frankreich auf den innerbelgischen Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen überträgt. Damit hatte er „das flämische Volk als Kollektivakteur erfunden“ und zugleich das dazu passende „heroische Geschichtsbild“ entworfen und somit einen „Ersatz für eine flämische Nationalgeschichte“ erschaffen. Conscience selbst avancierte zur Galionsfigur einer flämischen Hochkultur, die sich als gesellschaftliche Alternative zum französischen Kulturbetrieb etablierte (vgl. Nörtemann 2002, S. 244 f.). D.h. er bzw. sein Werk bediente keineswegs nur niedere Instinkte der breiten Bevölkerung, sondern stand im Einklang mit den Wertorientierungen großer Teile bürgerlicher und intellektueller Milieus.

„Der *Leeuw* war ein Vehikel zum Transport flämisch-nationalen Gedankenguts aus dem überwiegend klein- bis bildungsbürgerlichen Milieu der frühen Flaminganten sowohl in die ‚arbeitenden‘ wie auch die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung“ (Nörtemann 2002, S. 246).

Verknüpft wurde dieses Gedankengut in der Literatursprache in dominanter Weise mit den Begriffen ‚Freiheit‘, ‚Volk‘, und ‚Vaterland‘, wie Tömmel auf Basis einer Inhaltsanalyse unter dem Strich feststellt. Gemeinschaftsvorstellungen der Romantik waren hierin sinnstiftend: „Das romantische Genre des historischen Romans war das Mittel schlechthin, um flämisches Selbstbewusstsein anzuregen“ (Missinne 2007, S. 149).

Verbunden ist dies mit Ingroup-Outgroup-Stereotypen, wobei ethnische Differenzierungen auszumachen sind.

Weiter ist die flämische Literatur jener Zeit durch „Wertretrospektivismus und auf die Vergangenheit gerichtetes Zeiterleben“ sowie „(k)atholisch-mystisches Denken“ gekennzeichnet.

Es wird aus einer bürgerlichen Perspektive ein konservativer ethnischer Nationalismus beschworen. In diesem Zusammenhang betrachtet Tömmel den Adel als wirtschaftlich, politisch und ideologisch angepasst, während Industrieproletariat und Landbevölkerung im öffentlichen Bewusstsein und in der Literatur bis 1840 keine Rolle spielen (vgl. Tömmel 1976, S. 251 ff.).

Im krassen Gegensatz dazu hebt die belgische Literatur französischer Sprache in Wallonien auf die belgisch-nationale Integration aller Gruppen ab und betont in besonderer Weise „den Kampf um Veränderung des Verhältnisses zwischen Herrschenden und Beherrschten zugunsten der Beherrschten (...)“.

Tömmel sieht demgemäß in der belgischen Literatur bis 1840 bereits den später ausbrechenden innerbelgischen politischen Kampf um die Selbstbestimmung der Volksgruppen angelegt (vgl. Tömmel 1976, S. 254).

Aber auch Conscience thematisierte später in Sitten- und Dorfromanen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die „armseligen Lebensumstände der flämischen Landbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“. Allerdings nahm er keine ‚sozialistische‘ Perspektive ein, sondern idealisierte die Verhältnisse durch die romantische Brille. Damit leistete er weiterhin subtil innerflämischen Homogenitätsvorstellungen einen Dienst. Insgesamt wurde in Flandern „die gesamte Literatur des 19. Jahrhunderts stark von einer nationalistischen und didaktischen Funktion bestimmt“. Daran änderten kritische Autoren wie Eugeen Zettermann, der die „Misere und Ausbeutung in der flämischen Textilindustrie“ aufgriff, wenig. Am Ende blieb der literarische Realismus in Flandern gemäßigt (vgl. Missinne 2007, S. 149). Verantwortlich dafür ist mit Guido Gezelle auch der wichtigste flämische Dichter des 19. Jahrhunderts, der als Lehrer und Priester arbeitete und aus einem katholischen, traditionalistischen Milieu stammte. Er sah

in Verbindung mit einem konservativen Weltbild „altehrwürdige Ideale“ im Volk und in der Sprache Westflanderns bewahrt:

„eine nicht von den Entwicklungen der Moderne angegriffene Moral, eine unversehrte Natur, in der die göttliche Anwesenheit spürbar sei, und eine ‚saubere‘ Sprache, die dem Schöpfer nahe stehe. Gezelles Plädoyer für den Erhalt der Volkssprache war unauflöslich verbunden mit seinem Bestreben, den ethnischen Charakter des ‚flämischen Volkes‘ zu bewahren und nötigenfalls wiederherzustellen“ (vgl. Missinne 2007, S. 150).

Künstlerisch stilistisch wurde Gezelles Erbe später von verschiedenen Literaten angetreten, so etwa von den Vijftigers nach dem Zweiten Weltkrieg, einer Gruppe experimenteller Dichter. Aber auch frankophone flämische Dichter des 19. Jahrhunderts förderten mit französischen Werken das ‚image flamand‘, den Nationalgeist, auch wenn sie dies nicht in erster Linie auf die Sprache bezogen. Der Literaturnobelpreisträger Maurice Maeterlink und andere entwarfen ein Bild von Flandern beruhend auf „Sinnlichkeit und Realismus einerseits sowie auf Mystizismus und Religiosität andererseits“ (vgl. Missinne 2007, S. 151).

Missinne (vgl. 2007, S. 151) resümiert, dass „die flämische Literatur des 19. Jahrhunderts in beträchtlichem Maße von ihrer Dienstbarkeit gegenüber der Flämischen Bewegung und von einer steten Sorge um die volkserzieherische und moralisch-didaktische Aufgabe der Literatur dominiert“ war.

Mit der Zeitschrift ‚Van Nu en Straks‘ erschien 1893 allerdings ein internationalistisch ausgerichtetes Blatt, das seine Referenz im städtischen Kulturmilieu Brüssels hatte. In diesem gingen antibürgerliche Reflexe einer jungen künstlerisch orientierten Autorenschaft auf. Ihre Botschaft war die soziale Erneuerung der Gesellschaft mithilfe der Kunst. Der Autor Cyriel Buysse sorgte dabei Anfang des 20. Jahrhunderts für einige Entrüstung bei vielen Flamen, weil er „die Spießbürgerlichkeit der Flämischen Bewegung anprangerte“ (vgl. Missinne 2007, S.154 ff.). Auch andere Zeitschriften zeichneten sich zu jener Zeit durch eine kosmopolitische Tendenz aus. Doch die gesamte literarische Szene blieb widersprüchlich, eine komplette Ablösung vom nationalistischen Ideal blieb aus. Entsprechende Volkserzähler und Heimatautoren fanden nach wie vor Zuspruch in der Gesellschaft. Geradezu symbolisch für diese Widersprüche war der Dichter Paul van Ostaïjen. Er stieg im Ersten Weltkrieg zu einer der führenden Köpfe einer literarischen Avantgarde auf und verband in seinen Werken Lyrik des späten 19. Jahrhunderts mit modernistischen Komponenten. Obwohl er sich „hinter das Ideal einer pazifistischen Weltrevolution“ stellte, war er Mitglied in Organisationen des ‚Aktivismus‘, die mit den militaristischen deutschen Besatzern kollaborierten. Dazu muss erläutert werden, dass der Aktivismus unter jungen Leuten in der progressiven Literatur- und Kunstszene hohe Anziehungskraft

besaß, weil diesem eine zeitgemäße und erneuernde Wirkung zugeordnet wurde (vgl. Buelens 2005, S. 71). „Hierdurch konnte ein Autor wie Paul van Ostaïjen zu einer Ikone der modernistischen Kultur avancieren“ (Missinne 2007, S.158).

Aus dieser Perspektive stand der Aktivismus keineswegs für eine rückwärtsgewandte völkische oder kulturelnationalistische Ideologie, sondern war beinahe so etwas wie eine moderne Popkultur:

„Van Ostaïjen war nicht der einzige flämische Dichter, (der) während des Ersten Weltkriegs mit der deutschen Besatzungsverwaltung zusammengearbeitet hat. Viele seiner Kollegen haben sich in der Zwischenkriegszeit mit den Zielen des erwähnten Aktivismus identifiziert. Hierbei muss man allerdings dem Umstand Rechnung tragen, dass der Begriff ‚Aktivismus‘ verschiedene Bedeutungen annehmen und sowohl liberale als auch sozialistische oder katholische Tendenzen in sich bergen konnte“ (Missinne 2007, S.158).

Van Ostaïjen flüchtete schließlich 1918 nach Berlin, um einer eventuellen Haft zu entgehen. Bevor er 1921 zurückkehrte, verarbeitete er in seinen Werken seine Erfahrungen des Chaos‘ rund um die Novemberrevolution und die Ermordungen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Anschließend führte er die Grotteske in die niederländische Literatur ein, mittels derer er Bürgertum, Staat und Kirche kritisierte.

Unter dem Strich muss man wohl konstatieren, dass das Wirken Van Ostaïjens im Zeichen seiner Identifikation mit dem Aktivismus gewollt oder ungewollt Impulse für den flämischen Nationalismus geliefert hat. Denn aus dem Aktivismus und seinen heterogenen Sinnanbindungen heraus hat sich letztlich jene durchgesetzt und als historische Referenz etabliert, die in der Kontinuität des flämisch-nationalistischen Diskurses steht.

Der meistgelesene flämische Autor der 1920er Jahre war aber nicht Van Ostaïjen, sondern Felix Timmermans, dessen Werke u.a. durch „die Aufmerksamkeit für die Natur“ und „volkstümliche Spiritualität“ gekennzeichnet waren. Hierin fanden diese auch in Deutschland breiten Anklang und standen in der Tradition von Werken anderer flämischer Autoren, die während des Ersten Weltkriegs im Zeichen der deutschen ‚Flamenpolitik‘ auch in Deutschland populär wurden. Gegen deren Folklorismus wandte sich gegen Ende der 1920er Jahre u.a. Gerard Walschap, der in seinen Geschichten soziale und religiöse Konflikte unter Bewohnern Flanderns sowie Konflikte in Bezug auf Sexualität thematisierte. Seine Werke waren hierin sozial-emanzipatorisch angelegt und brachten die Katholiken gegen sich auf (vgl. Missinne 2007, S. 159 f.). Auch wenn er die Volksgruppe nicht gleichermaßen idealisierte wie andere, dürften seine Werke dennoch eine Rolle für das flämische Identitätsbewusstsein gespielt haben da er die Figuren in der Volkssprache sprechen ließ und hierin für die flämische Sprachidentität sicherlich von

Bedeutung war. Es entsprach allerdings nicht seiner Intention, flämischen Nationalismus in seinen Werken zu fördern:

„Die Auseinandersetzungen um die Werke von Gerard Walschap deuten an, dass für manche Intellektuelle das nationalistische Gedankengut der Flämischen Bewegung und eine dogmatisch-katholische Moral nicht mehr mit den aktuellen künstlerischen Anforderungen zu vereinbaren waren“ (Missinne 2007, S. 160).

Es entstanden in diesem Zusammenhang Spannungslinien innerhalb des künstlerischen Milieus und in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre nahmen literarische Vertreter der Flämischen Bewegung ähnlich wie in der Politik zunehmend radikalere völkische Positionen ein, die etwa in flämisch-nationalistischen Literaturzeitschriften veröffentlicht wurden. Erneut fanden flämische Heimatromane auch in Deutschland großen Anklang, was einmal mehr die völkischen und kulturell-nationalistischen Verbindungen und Transfers zwischen Deutschland und Flandern verdeutlichte (vgl. Missinne 2007, S. 160 f.).

Und so war auch unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkrieges „das kulturelle und literarische Leben in Flandern weniger stark gelähmt als dasjenige der Niederlande (...)“ (vgl. Missinne 2007, S. 162). Im Ergebnis gab es auch wenig „Widerstandsliteratur“ wohingegen „neben einem harten Kern von zentralen Figuren einer Kollaborationsliteratur“ völkische Schriften Konjunktur hatten (vgl. Missinne 2007, S. 162 f.). Derlei Literatur war nach dem Krieg diskreditiert. Und dennoch blieb das Thema des flämischen Unabhängigkeitskampfes auch in der Nachkriegsliteratur präsent. Selbst der populäre linke Schriftsteller Louis-Paul Boon übertrug seine allgemeine Perspektive der Emanzipation von sozialer Unterdrückung immer wieder auf den flämischen Kampf gegen Ungerechtigkeit (vgl. Missinne 2007, S. 164).

Auch der berühmte Schriftsteller Hugo Claus befasste sich mit Themen wie die flämische Kollaboration mit Deutschland und berührte hierin Fragen nach der kollektiven Identität, aber insgesamt verliert dies bis in die 1960er Jahre in der Literatur an Bedeutung, die sich stilistisch und inhaltlich vervielfältigt hatte. In den 1970er entstand jedoch eine neoromantische Tendenz, „eine Suche nach der eigenen Identität und Selbstbeobachtung kennzeichnen viele Bücher dieses Jahrzehnts“ (vgl. Missinne 2007, S. 168). Dennoch ist dies nicht im Sinne der Visionen der Flämischen Bewegung politisch motiviert, wenngleich auch flämisches Bewusstsein in der Literatur wieder stärker und durchaus ironisch reflektiert wird (vgl. Missinne 2007, S. 170).

Seit den 1980er kommt es zur Medialisierung des literarischen Marktes und flämische Schriftsteller präsentieren sich selbstbewusst. Viele Werke erscheinen „nachdrücklich als ‚flämisch‘, indem sie die auftretenden Personen eine regional oder sogar dialektal gefärbte Sprachvariante sprechen lassen, die an Walschap oder Claus erinnert.“ (vgl. Missinne 2007, S. 173). Diese

spielen in der Regel in Flandern und befassen sich mit Verhältnissen innerhalb der flämischen Gesellschaft. Wenn man so will nimmt die jüngere flämische Literatur also sprachlich und inhaltlich ganz und gar eine flämische Perspektive ein, die gewissermaßen selbstreferenziell ist. Wenn dies auch keine nationalistische Literatur sein mag, so ist sie doch eine regionalistische und markiert hierin Identität und damit per definitionem Abgrenzung. Sie ist damit Teil einer flämischen Identitätsgeschichte bzw. begründet diese mit. Eine Geschichte, in der Identität und Nationalismus stark miteinander verwoben sind.

4.2.4 Die Sporenschlacht als flämischer Gründungsmythos und Nationalfeiertag

Nach der Staatsgründung Belgiens entwickelte sich erst allmählich ein Bewusstsein für den flämischen Sprachraum als politische Einheit. Zwar trat, wie beschrieben, bereits 1839 die Flämische Bewegung in Erscheinung, deren Forderung nach Gleichberechtigung der Sprache berücksichtigte aber auch die Unterschiede zwischen den niederdeutschen Dialekten in den nördlichen Landesteilen Brabant, Limburg und dem grafschaftlichen Flandern (vgl. Nörtemann 2002: S. 235). Dennoch war dies der Ausgangspunkt für die geistige Konstruktion eines neuen Flanderns, das diese Regionen zusammenfasste, auch wenn die politischen Implikationen der Bewegung zu Beginn noch nicht sehr ausgeprägt waren.

„Das neue Flandern (...) ist daher in vielerlei Hinsicht das Produkt eines langandauernden und immer noch nicht abgeschlossenen Prozesses der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit oder nationaler Genese“ (Nörtemann 2002: S. 235).

Obwohl Belgien eine überaus liberale parlamentarische Monarchie war, waren die Separationskräfte im Kontext des Kampfes um sprachliche Emanzipation also so mächtig, dass für die Sinnkonstruktion einer ethnischen definierten autonomen Gemeinschaft sogar ein vorgeschichtliches Ereignis ohne historisch-kausalen Zusammenhang mit der eigenen Sache zwecks Legitimation dieser Sinnkonstruktion dienstbar gemacht werden konnte. Gemeint ist die Aneignung der „Schlacht der goldenen Sporen“ von 1302 als Gründungsmythos einer ‚flämischen Nation‘. Nörtemann (2002: S. 234) spricht von der „Erfindung einer Tradition“ hinsichtlich der Erschaffung eines kollektiven historischen Erinnerungsortes, um ein nationales flämisches Bewusstsein zu manifestieren.

Damit dies so erfolgreich gelingen konnte, dass sogar ein Nationalfeiertag eingeführt wurde, musste ein entsprechender Sinnzusammenhang im Nachhinein konstruiert und im kollektiven Gedächtnis eingepflanzt werden. Der „Erinnerungsort ‚1302‘“ wurde allmählich seit den 1870er Jahren erschaffen, und zwar mithilfe eben von Henri Consciences Roman „Der Löwe

von Flandern“ von 1838 (vgl. Kapitel 4.2.3). Nörtemann (2002) beschreibt die Ereignisse, die diesen Prozess vorantrieben.

Flämisch und liberal-demokratisch orientierte, kleinbürgerlich geprägte Vereine in Brügge initiierten in den 1860er Jahren hinsichtlich der Geschehnisse 1302 eine Denkmalebewegung, für die sie auch lokale Honoratioren und Bildungsbürger als Sprecher gewinnen konnten.

Nach jahrelangen Sammel- und Spendenaktionen im Rahmen der Kneipen- und Vereinswesenskultur wurde das Denkmal schließlich 1887 eingeweiht – und zwar zweimal. Denn zwischen der Denkmalkommission, getragen von den liberalen klein- und bildungsbürgerlichen Vereinigungen und der katholisch geprägten Stadtverwaltung war es zum Zerwürfnis gekommen, was den jahrzehntelangen Konflikt zwischen Katholiken und Liberalen widerspiegelte, der 1884 im Streit um die Laizisierung des Schulunterrichts zuvor eine weitere Zuspitzung erfahren hatte. Die Stadt fühlte sich jedenfalls gegenüber der Kommission nicht länger an Finanzierungsvereinbarungen bezüglich des Denkmals gebunden und wollte dessen Einweihung dennoch für sich beanspruchen, was sie mit großem Pomp im Beisein des Königs und internationaler Gäste am 15. August 1887 realisierte. Unter Berufung auf den Roman gab es eine aufwendige Inszenierung, wobei in Abweichung von der Vorlage „Bürgertum, Adel und Klerus vereint als Säulen der mittelalterlichen Gesellschaft und diese idealisierte und harmonische Ständegesellschaft als Vorbild für die Moderne“ dargestellt wurde.

Knapp einen Monat zuvor, am 11. Juli und damit dem Jahrestag der Schlacht, hatte bereits die Denkmalkommission ihre eigene Einweihung gefeiert. Diese war weniger pompös, war aber eine „ausgesprochen flämisch-nationale Veranstaltung“ (vgl. Nörtemann 2002, S. 252 ff.).

Nach der Errichtung des Denkmals nahmen unter der Losung „In Vlaanderen Vlaamsch“ die Forderungen der Flaminganten zu, das Flämische gegenüber der frankophon geprägten bürgerlichen Hochkultur und ihren Ausdruckweisen deutlich aufzuwerten. Den gesellschaftlichen Eliten wurden seitens der flämischen Mittelschicht in der Tat zunehmend Zugeständnisse abgerungen und sogar das Königshaus fühlte sich bewogen, einerseits bei einer flämischen Aufführung des „Löwen von Flandern“ durch die Anwesenheit von Prinz Baudouin und andererseits durch eine erstmals flämische Ansprache des Königs noch 1887 die flämischen Ansprüche zu würdigen (vgl. Nörtemann 2002, S. 256).

Hiermit erhielt die flämische Bewegung weiteren Rückenwind, was wechselwirkend mit der allmählichen Loslösung des Gedenkens an die Schlacht aus dem lokalen Brügger Kontext eine zunehmende Strukturiertheit der bis dato eher losen Bewegung begünstigte. Erstmals 1889 fand nun eine Gedenkfeier in Kortrijk, dem Ort des damaligen Geschehens statt. Ähnlich wie in Brügge kam der Impuls aus den unterbürgerlichen Schichten und wurde alsbald von der

katholischen Obrigkeit vereinnahmt und gesteuert. Dennoch hielt die Stadt bis 1910 am Französischen als offizieller Amtssprache fest. Es ging dem Katholizismus vermutlich weniger um die Sprache an sich, als vielmehr um die Bindung der Mittel- und Unterschichten, zumal diesen seit den 1880er Jahren auch die Sozialisten Angebote gesellschaftlicher und politischer Orientierung und Bindung bereitstellten.

In jedem Fall gründete sich in Kortrijk mit dem „Vlaamsche Katholieke Landsbond“ ein Bund katholisch-flamingantischer Vereine, die gleichermaßen gegen den Sozialismus und die französische Sprache vorgingen (vgl. Nörtemann 2002, S. 258 f.). Auch in anderen flämischen Regionen nahm die katholisch-flämische Bewegung und Propaganda Fahrt auf und es entstand ein

„vielfach gestuftes Netzwerk von christdemokratisch flamingantischen Vereinen, in dem organisatorische und publizistische Tätigkeit im Dienst der flämischen Sache und antiliberale und antisozialistische Propaganda unauflöslich miteinander verbunden waren“ (Nörtemann 2002, S. 260).

Damit war dieses Netzwerk aber keineswegs repräsentativ für die Flämische Bewegung als Ganzes, die ja auch bei den Liberalen und sogar den Sozialisten ihre Anhänger hatte. Und somit unterschieden sich auch die Ziele der Flaminganten teilweise. Die flämisch gesinnten Christdemokraten sahen ihr Anliegen seinerzeit auch keineswegs im Widerspruch zu ihrem Bekenntnis zum belgischen Staat, es gab keine separatistische Implikation in ihrem Motto „In Vlaanderen Vlaamsch“ (vgl. Nörtemann 2002, S. 260).

Ein kleiner Verein ehemaliger Gymnasiasten in Antwerpen, „De Vlaamsche Wacht“, der sich bereits 1885 konstituierte, wurde da in seinen Forderungen schon radikaler, in dem er die Föderalisierung Belgiens nach Schweizer Vorbild forderte. Er war verbunden mit führenden Intellektuellen der Flämischen Bewegung und dem liberalen Pendant zum „Vlaamsche Katholieke Landsbond“, dem „Nationaal Vlaams Verbond“. Dieser Verband fordert 1893, den 11. Juli als Nationalfeiertag auszurufen. Ein Jahr später fanden in vielen Orten Flanderns, teilweise erstmalig, sowohl katholische als auch weltanschaulich ungebundene Gedenkfeiern statt (vgl. Nörtemann 2002, S.261 f.).

Das Besondere an der Entwicklung dieser Gedenkkultur ist, dass sie einhergeht mit gesellschaftlichen Spannungen, an deren Ende die politische Emanzipation und politische Partizipation der belgischen Mittel- und Unterschichten steht. Synonym hierfür ist die Einführung des Mehrstimmenwahlrechts 1893. Dennoch konnten sich die konservativ-katholischen Kräfte bis zum Ersten Weltkrieg weiterhin die politische Macht in Flandern sichern, während Liberale und Sozialisten nicht regierungsfähig waren.

Das katholische Establishment lehnte allerdings in weiten Teilen das Ziel der Flämischen Bewegung ab, das „verflaamsching“ Flanderns durchzusetzen. Die politische Stimmung in Flandern war diesbezüglich jenseits parteilicher Orientierungen durchaus gespalten. So wurden die jährlichen Gedenkfeiern in Kortrijk unter Beisein des Königs zwar aufwendig gestaltet, ohne allerdings die belgische Staatskonstitution in Frage zu stellen. In Antwerpen dagegen kam es zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu Massenkundgebungen mit Teilnehmern aus allen politischen Lagern, die sich eindeutig als proflämisch positionierten, d.h. eine Identifikation mit Belgien ablehnten (vgl. Nörtemann 2002, S.262 ff.)

1911 feierten in Gent 450 Vereine mit rund 20.000 Mitgliedern in Erinnerung an 1302 den „Vlaanderens Kunsttag“ und forderten parteiübergreifend das „verflaamsching“ der Universität Gent. Ziel der Flämischen Bewegung in diesem Zusammenhang war, die Frankophonie im akademischen Milieu zu verdrängen und einer rein flämischen Bildungselite den Weg zu bereiten, um die Trägerschaft eines homogenen Volkes zu übernehmen.

Der große politische Erfolg der Flämischen Bewegung im Sinne konstitutiver gesellschaftlicher Veränderungen blieb jedoch bis zur Zäsur des Ersten Weltkrieges aus. Dennoch muss konstatiert werden, dass eine „Selbstkonstituierung der flämischen Bevölkerung als Kollektivakteur und flämisches Volk“ vollzogen wurde und die kollektive Erinnerung an die Schlacht der goldenen Sporen hierfür einen wesentlichen geistig-moralischen Impuls lieferte. Die kulturelle Konstruktion Flanderns auf Grundlage dieses Mythos‘ vollzog sich dabei eindeutig in Abgrenzung zum frankophonen Belgien. Das mythologisierte Bekenntnis zu den imaginären Ahnen muss wohl auch als eine Kompensation für Minderwertigkeitsgefühle gedeutet werden, die sich aus der unterprivilegierten Rolle der Flamen gegenüber den Wallonen ergaben. Denn die nachhaltig identitätsprägende Bedeutung der Schlacht ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Schlacht analog das symbolisiert, was die Entwicklung des modernen Flanderns kennzeichnet: ein Volk, dass sich aus einer Außenseiterposition heraus zu behaupten und sich gesellschaftliche Macht zu erkämpfen wusste – in Abgrenzung zu einer frankophonen Bevölkerung.

Somit hatte der Kampf um die eigene Sprache und damit auch Identität mit diesem Erinnerungsort einen historischen Bezug, eine historische Legitimation erhalten (vgl. Nörtemann 2002, S.266).

Alle weiteren separatistischen Entwicklungen in Belgien waren hiermit in der Gesellschaft der Vorkriegszeit angelegt, sie erhielten im Kontext der Weltkriege ihre besondere Dynamik (vgl. Kapitel 4.1.4).

4.2.5 Katholizismus als quasi-nationale Wertebasis

Die kulturelle Identität der Flamen und damit auch deren Nationalismus ist unzweifelhaft wesentlich auch durch den Katholizismus und dessen politischer Verquickung geprägt. Dies betrifft neben dem damit verbunden gesellschaftlichen Ethos sowohl die politische Rolle der Kirche als auch die an dieses Ethos geknüpften Bekenntnisse und Orientierungen von Parteien und anderen politisch wirksamen Akteuren. Allein die Tatsache, dass die Loslösung von den Niederlanden und damit der Akt der Abgrenzung und staatlichen Selbstdefinition Belgiens ab 1830 mit einer konfessionellen Grenzziehung zwischen dem protestantischen Norden und dem katholischen Süden einhergeht, verdeutlicht diese Bedeutung. Zumal in dieser Hinsicht seinerzeit offenbar die sprachliche und ethnische Verwandtschaft der Flamen mit dem Norden weniger ins Gewicht fiel als die religiöse Gemeinsamkeit mit dem frankophonen Wallonien, was natürlich auch damit begründet ist, dass die bourgeoise Trägerschicht der Revolution, und zwar auch die flämische, selbst frankophon war.

Unterstrichen wird die tief verwurzelte (Identitäts-)Macht des Katholizismus in Belgiens Historie durch die Widerstände gegen die Säkularisierungstendenzen unter österreichischer und französischer Herrschaft. Dessen quasi-ethnische Umdeutung im aufkeimenden flämischen Nationalismus in der Literatur der Gründungsdekade Belgien macht ebenfalls den Stellenwert der Religion deutlich.

Wenn der Glaube eine solch bedeutende und auch konstitutive Rolle für eine kollektive Identität spielt, ist die Macht der institutionellen Vertreter dieses Glauben selbsterklärend. Dies sieht man heute auch in den islamischen Staaten, in denen der Islam Staatsreligion und somit politisch ist.

Es stellt sich nun im Sinne der These dieser Arbeit die Frage, auch vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung im Nationalsozialismus, inwieweit die Kirche in Belgien durch ihre Haltung und politische (Nicht-)Aktivität (ethnisch-)nationalistische und anknüpfend möglicherweise rechtspopulistische Entwicklungen beeinflusst, d.h. begünstigt, hingenommen oder blockiert hat.

Die Staatsgründung Belgiens 1830 fußt auf dem politischen Fundament des Unionismus', des Bündnisses zwischen Katholiken und Liberalen, womit bereits die gesellschaftsprägende Führungsrolle der katholischen Lehre und des politischen Katholizismus' in Belgien deutlich wird. Schon die vorläufige Regierung nach der Revolution, zwar ausschließlich aus liberalen Vormännern bestehend, berief sich auch auf die Geistlichkeit der Nation. So sollten dann auch 13 Priester in den Nationalkongress gewählt werden. Die Nation betrachtete die Kirche als ein Kernelement der Selbstdefinition.

Aber auch die Kirche identifizierte sich in jedem Fall mit einer Nation, in der sie sich ihrer Machtstellung bewusst war. Und so erfolgt die Institutionalisierung einer frankophonen Administration mit dem Einverständnis der Katholiken.

Doch für den nationalen Identitätszusammenhang sollte sich die Zweisprachigkeit allmählich auch mit Bezug auf die kirchliche Lehre als sperrig erweisen.

So erklärte der spätere Rektor der katholische Universität Leuven, Abt De Ram, dass Belgien keine anderen Garantien seiner Nationalität als Religionssinn, treue Verwahrung und Fortpflanzung der Landessprache habe. Doch welche gemeint ist, der jeweilige kulturell entwickelte regionale Dialekt oder Französisch als administrativ verordnete Landessprache, ist nicht klar. Es ist an dieser Stelle aufgrund der regionalen Herkunft Abt de Rams aber zu vermuten, dass die flämische Sprache gemeint ist. Denn bereits in den Anfangsjahren Belgiens wächst in der flämischen Bevölkerung unzweifelhaft das Bewusstsein für die eigene Sprache, die Identifikation mit dem Niederländischen, und somit für eine spezifische kulturelle Identität, wie auch eine Mitteilung des Beamten Jan-Frans Willems am 20. Mai 1832 an Amsterdamer Freunde exemplarisch zeigt:

"Mittlerweile ist bei den Belgiern die niederländische Sprache mehr als nur Liebhaberei geworden, so wie es vor Jahren mal war. Wir neigen ja immer zum Kontrast, das liegt in unserer Art".

Der Beginn der Flämischen Bewegung ist hiermit angedeutet. Neben den (sprach-)kulturellen und später (sprach-)politischen Zielen einer unmittelbar zu Beginn eher liberalen Bewegung, die am Horizont den flämischen Nationalismus aufscheinen ließen, spielte bereits in den Anfangsjahren und zunehmend auch der Erhalt und die Orientierung an der katholischen Lehre eine zentrale Rolle. Darauf deutet das Zitat von Abt De Ram ebenfalls hin. Die Bewegung bekam quasi sukzessive einen flämisch-katholischen Charakter.

Als auffälliges Argument in den ersten Jahren nach der Revolution zur Festigung der Einheit des Flämischen in allen Provinzen und zum Gebrauch des Niederländischen als Kultursprache wurde somit immer wieder bekräftigt, es sei die Sprache des Religionsunterrichtes, der Kanzel und des Katechismus. Zu den Anhängern der "Vlaamse Beweging" gehörten nebst strengkatholischen Lehrern und dem Kleinbürgertum auch viele Priester, darunter Kanoniker wie David, De Smet und Van Hemel und eben Monsignore De Ram.

Es entstanden vor diesem Hintergrund in den Anfangsjahren Belgiens bereits regionale Abgrenzungsdiskurse, die teilweise mit religiösen Einstellungen aufgeladen waren und auch medial thematisiert wurden. So war bereits 1834 ein lang andauernder Federkrieg entstanden zwischen der liberalen Zeitung "Courrier Belge", die der Geistlichkeit Flanderns vorwarf, das

Französische zu bekämpfen um ihre Herrschaft über das Volk zu bewahren, und dem katholischen Genter "Journal des Flandres", das seinen Kollegen die Absicht unterstellte, mit Obrigkeitszwang das flämische Land französisieren zu wollen,

Der katholische Einfluss der Flämischen Bewegung zeigt sich auch darin, dass Mitte des 19. Jahrhunderts ganz verschiedene ihrer Vertreter sich berufen fühlten, gegen die ‚französische Gottlosigkeit‘ ins Feld zu ziehen, darunter auch liberal gesinnte wie Willems, die Antwerpener antiklerikalen Romanautoren und sogar der Deismus-Anhänger Van Kerckhoven. Zugleich deutet sich hierin ein flämisch-katholisches Religionsverständnis an, dass sich trotz gleicher Konfession von Wallonien abgrenzt und gewissermaßen ethnisch aufgeladen ist. Grund dafür war eine zunehmende Säkularisierung Walloniens im Zuge der Industrialisierung, später einhergehend mit dem dortigen Erstarren sozialistischer Politik (vgl. Kapitel 4.2.6).

Insbesondere in Flandern formierte sich das politische Interesse der Arbeiter dagegen vergleichsweise stark in einer christlichen Arbeiterbewegung, deren Kraft und Dynamismus in ihrer Vorgeschichte begründet liegt (vgl. Wils 1994, S. 65 f.).

Die flämischen Katholiken hatten somit das begründete Gefühl, sie könnten ihre Ideale über die Flämische Bewegung und ihrer Literatur verbreiten und gesellschaftlich weiter verankern. Daher wuchs zunehmend ihr Interesse und ihre Sympathie für diese Bewegung. Die Liberalen hingegen erstarrten in Gleichgültigkeit, Misstrauen und Feindschaft, je mehr die Schriftsteller und Flaminganten "klerikal" wurden. Bis 1873 gab es keine bemerkenswerte Veränderung in der Flämischen Bewegung, abgesehen davon, dass einige Flaminganten im Stillen immer wieder die sehnsüchtige Hoffnung hatten, einst eine selbstständige Position als dritte Partei einzunehmen. Denn trotz ihres katholischen Charakters gab es eine Minderheit unter ihnen, die öffentlich die liberale Partei unterstützte, sich antiklerikal aufstellte und sogar später den Katholizismus bekämpfte.

Gewissermaßen gab es im Rahmen der weltanschaulichen Polarisierung zwischen Klerikalen und Antiklerikalen zwei Flämische Bewegungen und die weltanschauliche Polarisierung konnte nicht überwunden werden (de Wever 2005, S. 75 ff.).

Unabhängig davon gab es zwischen Flämischer Bewegung und katholischer Partei starke Wechselwirkungen. Um 1870 wurde somit auch die Förderung der Volkssprache (Niederländisch) für gesamt Flandern neben anderen Programmpunkten der Agenda, wie Antimilitarismus, Verteidigung von Landwirtschaftsinteressen und Förderung des freien Unterrichtswesens, zum wichtigen Programmpunkt der katholischen Partei. Die liberale Partei hingegen hatte bis 1870 wenig Interesse an der Flämischen Bewegung gezeigt, von

Sympathiebekundungen einiger Parteimitglieder, Politiker und Presseorgane abgesehen (vgl. Wils 1977, S. 20 ff.)

4.2.6 Das ambivalente Verhältnis des Proletariats zum Flämischen Nationalismus

Das politische Aufbegehren der flämischen Bevölkerung gegen die Herrschaftsverhältnisse in Belgien, die deren soziale Außenseiterposition manifestierten, fand in der Flämischen Bewegung einen umfassenden Ausdruck, war durch den Sprachenstreit aufgeladen und hierin sowohl ethnisch als auch kulturell etikettiert. Prägende Kräfte waren zunächst kleinbürgerliche Intellektuelle, später größere Teile des aufstiegsorientierten katholischen Bürgertums. Es handelte sich also weniger um einen Kampf des flämischen oder gar nationalen Proletariats gegen die Obrigkeit, der seinen Ursprung im linken politischen Spektrum gehabt hätte, sondern um die Forderungen einer regionalen Sprach- und Identitätsgemeinschaft unterschiedlicher sozialer Stellung, aber mit Schwerpunkt in der bürgerlichen Mitte. Die Forderungen betrafen zunächst die sprachliche und kulturelle Emanzipation und einhergehend ethnische Aufwertung. Je mehr Sprache im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zu einem Faktor sozioökonomischer Chancen wurde, ging es dann auch um soziale Gleichberechtigung. Aber zunächst nicht in erster Linie für die Arbeiterklasse, sondern für das flämischsprachige katholische (Klein-)Bürgertum gegenüber der französischsprechenden Elite.

Mit der Fokussierung auf die Wertigkeit und den sozialen Rang von Kulturen und Ethnien ist das Potenzial rechtsorientierter politischer Orientierungen in der Flämischen Bewegung angelegt. Und obwohl diese Bewegung durch das Bürgertum getragen wurde, vermochte sie durch ihren ethnischen und religiösen Charakter das Thema der sozialen Emanzipation der flämischen Bevölkerung so stark zu besetzen, dass sie hierin auch Identifikationsangebote für das ‚einfache‘ Volk offerierte. Damit konkurrierte sie teilweise um die politische Gunst der Arbeiterklasse mit den Sozialisten. Zumindest trug die Popularität des ethnisch und religiös konnotierten Sprachenstreits und flämisch gesinnten Emanzipationskampfes dazu bei, dass große Teile der flämisch-katholischen Arbeiterschaft gegenüber dem antiklerikalen Sozialismus distanziert waren und sich eben eine christliche Arbeiterbewegung formierte. Auch wenn diese nicht zwingend total in der Flämischen Bewegung aufging, so war die flämische Arbeiterschaft quasi gespalten und dies war ein Grund dafür, dass die Sozialisten in Flandern nicht die politischen Erfolge verbuchen konnten wie im stärker säkularisierten Wallonien. Zudem konnte der flämische Nationalismus damit seine soziale Basis verbreitern.

Mit der Erörterung dieser Gemengelage und des Verhältnisses des Proletariats und der sozialistischen Bewegung zur Flämischen Bewegung, lässt sich die These weiter verfestigen, dass

rechtspopulistische Gesinnungen in der flämischen Bevölkerung einerseits einen historischen Nährboden besitzen, andererseits aber auch distanzierte Haltungen hierzu auf eine lange Tradition zurückblicken können. In jedem Fall ist zu konstatieren, dass eine sozialistische Gesinnung das Muster des ethnisch-nationalistischen Emanzipationswillens nicht insoweit aufzubrechen vermochte, dass an dessen Stelle der soziale Klassenkampf im weitesten Sinne als dominantes gesellschaftliches Emanzipationskonzept Fuß gefasst hätte.

Innerhalb der ideologisch-politischen Familien wird seit jeher eine Debatte über die Haltung des Sozialismus gegenüber der Flämischen Bewegung geführt. Auch Historiker beteiligen sich hieran nach Kräften.

Es ist festzuhalten, dass die flämische Sozialdemokratie in Bezug auf die Flämische Bewegung zwischen Gleichgültigkeit und Feindseligkeit schwankte. Letzteres wird mit dem antiklerikalen Charakter der sozialistischen Bewegung und der Dominanz des französisch sprechenden Flügels innerhalb des belgischen Sozialismus erklärt. Sozialistische Strömungen gediehen dort stärker, wo auch ein größeres Industrieproletariat beheimatet war: in Wallonien. So verlagerte die Belgische Arbeiterpartei (POB/BWP) „bald nach ihrer Gründungsphase ihren Schwerpunkt nach Brüssel und in das wallonische Industriebecken“.

Verbände von Arbeitern hatten allerdings auch schon in Flandern Tradition – erstmals entstanden Zünfte zwischen 1850 und 1860 in Gent. Es waren lokale Organisationen von unterschiedlichen Handwerken, die sich auf verschiedenen Ebenen vereinigten. Man sprach nun erstmals von Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse in Flandern

Die Widerstandskräfte gegen die Herrschaftsverhältnisse blieben dort aber nicht unerheblich ethnisch orientiert, die gesamtbelgische, wallonisch geprägte sozialistische Bewegung fand in Flandern nicht die gleiche Akzeptanz wie im Süden. Denn sie betrachtete „die sprachliche Diskriminierung der flämischen Arbeiter nicht als den Ansatzpunkt ihrer politischen Strategie, sondern versuchte allein deren politische Lage zu verbessern“ (vgl. Siegemund 1989, S. 90). Der Kampf um soziale Gerechtigkeit war in Flandern z.T. aber an den Sprachkonflikt gekoppelt und ging entsprechend in Abgrenzung zu den in Wallonien vertretenen sozialistischen Idealen teilweise in der Flämischen Bewegung auf. Dadurch zeitigte sich keine bedeutende flämische sozialistische Bewegung, die die ethnische bzw. sprachkulturelle Aufladung der flämischen Emanzipation überwinden konnte. Als die Region eine wirtschaftliche Krise ereilte, Fabriken geschlossen wurden, Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne die Folge waren, entstand in Konsequenz 1876 mit der Flämischen Sozialistischen Arbeiterpartei (VSP) dennoch die erste sozialistische Partei in Flandern. In der sich entwickelnden belgischen Arbeiterbewegung und in der belgischen Arbeiterpartei blieb der ethnische Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen

zumindest unerschwerlich dennoch bedeutend und politische Einstellungen und Ziele wurden mitunter mit dem Begriff 'Volkscharakter' verknüpft (vgl. De Schryver 1998, S. 2777).

Und das, obwohl in der Literatur darauf hingewiesen wird, dass im Gegensatz zum internationalen Sozialismus, die nationale Frage kein programmatischer Teil des sozialistischen Gedankenguts in Belgien wurde. Wenn flämisch gesinnte Initiativen vereinzelt parlamentarische Unterstützung seitens der Sozialisten erhielten, weil die sozialpolitischen Ziele beider Bewegungen sich nicht unerheblich überschneiden, so wird dies entsprechend historisch als reiner politischer Opportunismus eingeordnet.

Unter dem Strich verfolgten die Linken in Flandern und Wallonien unterschiedliche Ansätze, in Wallonien blieben die Ideen der ersten Internationalen zielgebend, wohingegen die Arbeiter in Flandern und Brüssel mit Gründung der VSAP dem Beispiel der deutschen Sozialdemokratie folgen wollten und eigene Interessen politisch, d.h. auf parlamentarischem Wege durchzusetzen suchten. Trotz der Namensgebung vertrat die junge Partei, eine der ältesten Sozialdemokratischen Parteien Europas, aber durchaus einen internationalistischen Standpunkt. In ihrem Programm spielte die flämische Problematik keine Rolle, eine Emanzipation von der flämischen Frage schien damit gegeben, doch sie gelang nicht überzeugend. Denn auch in ihrem Presseorgan *De Werker* („Der Arbeiter“) und an der Basis fand das Thema immer mal wieder Beachtung. Allerdings wurde dies in seiner Bedeutung eher marginalisiert, die Rede war auch von der „Kleinigkeit des Flamingantismus“. Und doch ließ es sich eben nicht totschrweigen, auch wenn die flämischen Sozialdemokraten für die soziale Gleichheit der Sprecher und weniger für die Gleichheit der Sprache an sich kämpften. In ihrer Vision bildete die wirtschaftliche Diskriminierung die Basis jeglicher Ungleichheit, wobei die Überwindung des Kapitalismus‘ alle Ungerechtigkeiten verschwinden lassen würde. Dies änderte sich auch nicht, als Wilhelm Liebknecht 1877 bei einem Besuch in Gent auf die politischen Möglichkeiten hinwies, die das Zusammenfallen von Klassen- und Sprachgrenze böte. Die ersten flämischen Sozialdemokraten nahmen jedoch von einer solchen flämisch-nationalistischen Verengung ihrer politischen Vision Abstand, weil sie die ideologische Schwäche und der klerikale Charakter des Sprachflamingantismus‘ abschreckte. Die Sprachenfrage war ihnen im Vergleich zum Kampf um materielle Besserstellung, um Lohnerhöhung und Verringerung der Arbeitsstunden, weniger bedeutend.

Der VSAP ging schließlich 1885 in der Belgischen Arbeiterpartei (BWP) auf, in der flämische und Brüsseler Mitglieder und Vereinigungen überrepräsentiert waren – trotz des höheren Industrialisierungsgrades in Wallonien. Die BWP bündelte bestehende Arbeitsvereinigungen (Kooperationen, Gewerkschaften, politische Kreise, Krankenkassen...) zu einer starken

Organisation. Die Kooperationen bildeten die finanzielle Basis der BWP und sie unterstützten alle andere ihrer Zweige innerhalb der Partei, z.B. finanzierten sie Wahlpropaganda und speisten die Gewerkschaftskassen im Falle eines Streiks.

Auch wenn in der BWP die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter ebenfalls Priorität besaß, hatte die Partei durchaus auch eine Haltung in der Sprachenfrage. Sie forderte die Einführung des Niederländischen in der Rechtsprechung und die verpflichtende Zweisprachigkeit des öffentlichen Dienstes inklusive aller Publikationen mit administrativem und staatlichem Hintergrund. Und in der sozialistischen Presse wurden viele flämisch gesinnte Stellungnahmen veröffentlicht, denn die Situation der sprachlichen Benachteiligung war vor 1894 eben auch nicht abkoppelbar von der sozialen Lage nicht nur der flämischen klein-bürgerlichen Wähler (Cijnskiezers), sondern auch der Arbeiter. D.h. auch wenn in der ideologischen Programmatik der BWP die Nationalitätenfrage keine Rolle spielte, floss dies in die politische Praxis ein, wie auch das Wahlprogramm von 1894 belegt, in dem sich die Partei für das Recht aller Bürger stark macht, in der eigenen Sprache regiert und unterrichtet zu werden. Damit vertraten die flämischen Sozialisten mehr oder weniger Standpunkte der Flämischen Bewegung.

An parlamentarischen Debatten rund um das Gleichheitsgesetz, die von der Flämischen Bewegung initiiert wurden, nahmen die Sozialisten entsprechend aktiv teil und zeigten eine wohlwollende Haltung. 1895 wurde das Gesetz schließlich mit Zustimmung von 16 Sozialisten, bei vier Enthaltungen und acht Abwesenden, auf den Weg gebracht. Eine der wichtigsten flämischen Forderungen vor 1914 kam also mithilfe der Sozialisten zustande. Da das Gleichheitsgesetz gewissermaßen mit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht korrespondiert, für das sich die Sozialisten stark gemacht haben, ist ihnen indirekt auch in der politischen Vorarbeit ein Beitrag für die politische Mündigkeit der Flamen zuzuerkennen.

Bis 1914 wurde diese pro-flämische Haltung der flämischen Sozialisten in beinahe allen Sprachdebatten eingenommen, auch gegen die Meinung einiger ihrer Französisch sprechenden Kollegen. Die Sprachabänderungsanträge im Bergwerkgesetz von 1907 wurden z.B. gebilligt durch vier flämische, vier wallonische und drei Brüsseler Sozialisten. Dagegen stimmten ein Brüsseler und vierzehn wallonische Sozialisten (vgl. De Schryver 1998: S. 2778). Hierin zeichnet sich gewissermaßen die Sprachgrenze innerhalb der sozialistischen Partei ab. Trotz dieser pro-flämischen Initiativen konnten die Sozialisten weite Teile der Arbeiterschaft nicht hinter sich bringen. Ihnen boten sich politische Alternativen wie die antisozialistische Arbeiterbewegung, zu der sie religiös-kulturell eine größere Affinität aufwiesen.

Im Fall von Gent, dort hatte die BWP mehr als die Hälfte ihrer flämischen Mitglieder und die Stadt galt als sozialistisches Zentrum Flanderns, zeigt sich zudem, dass die teils pro-flämische Haltung auch in der Kammer nicht unbedingt zu einem allgemeineren positiven Einvernehmen mit den Flaminganten führte. Das Engagement einer Anzahl Flaminganten in der 'antisozialistischen' Arbeiterbewegung in Gent stärkte die gegenseitigen Aversionen, erst Recht, als die 'Antisozialisten' sich dem klerikalen Lager anschlossen. Die Sozialisten taten sich auch schwer mit dem oft sozialkonservativen Unterton der Flaminganten, so dass antikooperative Reflexe im flamingantischem Diskurs an der Tagesordnung waren. Ihre Aversion gegenüber den Flaminganten wurde außerdem genährt durch die aus ihrer Sicht geringe flamingantische Unterstützung für typische sozialistische Forderungen wie das allgemeine Wahlrecht oder den Achtstundentag. Das allgemeine Wahlrecht wurde von den Sozialisten als Hebel für die Emanzipation des allgemeinen Volkes betrachtet. Erst ab 1900 kam es zu einer Annäherung zwischen Sozialisten und Flaminganten und die BWP stärkte in Flandern ihr flämisches Profil auch in der politischen Praxis (vgl. De Schryver 1998: S.2779).

Der zentrale Grund für die dennoch eher geringe Popularität der Sozialisten in Flandern war sicher, dass sie zwar an sozialen Problemen der Flamen mit ihrer Politik ankoppelten und in diesem Zusammenhang auch die Sprachproblematik auf die Agenda setzten, aber die mehrdimensionale ethnische und kulturelle (Identitäts-)problematik nicht zu ihrer Angelegenheit machen konnten. Dagegen sprach ihre antiklerikale Haltung und ihre gesamtbelgische Ausrichtung, wodurch sie für viele Flamen nicht attraktiv waren. Gerade in Bezug auf den zweiten Punkt muss konstatiert werden, dass es hinsichtlich der politischen Mächtigkeit der Sozialisten ein nationales Ungleichgewicht zugunsten Walloniens gab. Nach Einführung des Verhältniswahlsystems von 1900 hatte die BWP drei gewählte Abgeordnete in Flandern. Bis zum ersten Weltkrieg war die Anzahl lediglich auf sechs gestiegen (zwei Abgeordnete in Gent und Antwerpen und je ein Abgeordneter in Leuven und Kortrijk), hinzu kamen noch zwei flämische Gewählte aus Brüssel, macht also insgesamt acht Flamen von vierzig sozialistischen Abgeordneten.

Ab Mitte 1910 organisierte die Flämische Bewegung zusammen mit dem Liberalen Louis Franck und dem Katholiken Van Cauwelaert in ganz Flandern Treffen, um die Umstellung der Universität von Gent von französischer auf niederländische Sprache vorzubereiten. Zwar gab es positive Signale seitens der flämischen BWP in dieser Sache, aber auch Widerstand durch wallonische Sozialisten, die sogar in der aufkommenden Wallonischen Bewegung aktiv wurden, die bis dato von der wallonischen Bourgeoisie geprägt war (vgl. Siegemund 1989, S. 91). Die Wallonische Bewegung stand unter dem Einfluss von Jules Destrée, der 1912 in dem

bekannten Brief *Lettre au Roi* seine Besorgnis äußerte über den „flämischen Imperialismus“, wie er es nannte, und ein Szenario beschrieb, in dem ein katholisches Flandern Belgien beherrschen würde. Die Flamenfrage wurde jedenfalls von den wallonischen Sozialisten zunehmend als Symbol für einen kulturellen Bruch zwischen einem progressiv-freisinnigen und liberalen Wallonien und einem konservativ-klerikalen Flandern betrachtet.

Bei der Wahl hinsichtlich der Verankerung der Zweisprachigkeit in der Armee durch das Armeegesetz 1913 zeigte die BWP entsprechend dieselben regionalen Widersprüche wie in der Frage der Niederlandisierung der Universität Gent. Die Wahlen von 1912, die nicht den von den Sozialisten und Liberalen erhofften Sturz der klerikalen Mehrheit gebracht hatten, waren ebenso durch unterschiedliches Wahlverhalten der flämischen und wallonischen Sozialisten geprägt, d.h. eine spezifisch sozialistische Parteidisziplin spielte kaum eine Rolle (vgl. De Schryver 1998: S.2779).

Die Geschichte der flämischen Sozialdemokratie vor 1914 war u.a. durch eine pragmatische Politik der Bündelung demokratischer Kräfte gekennzeichnet. Die Annäherung an die Flaminganten war eine Strategie, um diese Bündelung zu verwirklichen. Eine konzeptionelle Vorstellung für eine sozialistische Haltung gegenüber der Flämischen Bewegung. gab es aber kaum, abgesehen von einem 1913 formulierten Standpunkt die kulturelle Autonomie betreffend. Die Sozialdemokratie pendelte insgesamt zwischen lokal-kommunalen Interessen in Flandern und Wallonien, überregionalen nationalen Interessen und programmatischen Zielen des internationalen Sozialismus‘ – die Belgier nahmen in der Zweiten Internationalen eine zentrale Position ein (vgl. De Schryver 1998: S.2780).

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs brachte einige Änderungen. Die BWP identifizierte sich sofort und öffentlich mit dem belgischen Vaterland. Die heftigen Folgen der militärischen Besatzung verstärkten die neuerworbenen belgischen und anti-deutschen patriotischen Gefühle. Ziemlich viele Sozialisten engagierten sich in Widerstandsgruppen.

Im Rahmen der Friedenskonferenz in Stockholm im Oktober 1917 kam es zum Riss zwischen dem flämischen und dem wallonischen Flügel der BWP in Bezug auf die Kriegsanstrengungen und die Nationalitätenfrage.

Die wallonische Sozialisten, *Jules Destrée*, *August de Winne* und *Louis Piérard* an der Spitze, scharten sich fast kritiklos hinter die belgische Regierung und die Alliierten. Die französischsprachigen Sozialisten identifizierten sich deutlich mehr als ihre flämischen Kollegen mit dem belgischen Staat und seinen Zielsetzungen für das Nachkriegs-Belgien (vgl. De Schryver 1998: S.2780). Im Stockholmer Manifest ist die Rede von der“ Lösung von nationalen Fragen“, d.h.

Staaten, die aus verschiedenen Nationalitäten bestehen, sollten in Bundesstaaten umgewandelt werden.

Die Auffassung der flämischen Sozialistenführer war eine andere, ihr Plädoyer galt einer vollständigen Wiederherstellung der Politik und Wirtschaft in Belgien und hierbei kultureller Autonomie für Flandern und Wallonien. Hierin standen sie der Flämischen Bewegung beinahe näher als den sozialistischen Brüdern in Wallonien.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, beeinflusst vom internationalen politischen Klima, wurden dann eine Anzahl traditioneller sozialistischer Forderungen realisiert: Allgemeines Wahlrecht, Gewerkschaftsfreiheit und Achtstundentag. In diesem Zusammenhang erlangte die BWP eine Regierungsbeteiligung im Rahmen veränderter Kräfteverhältnisse. Auf nationalem Niveau erlebte die Partei zwischen 1919 und 1925 ihren politischen Durchbruch. Mit 10% der Stimmen bei der Parlamentswahl von 1925 wurde sie zweitstärkste Partei in Flandern, was dort den politischen Zenit bedeutete. Den 27 Abgeordneten in Flandern standen dennoch 41 Abgeordnete in Wallonien gegenüber. Die Uneinigkeit innerhalb der Partei blieb bestehen, so protestierten die flämischen Sozialisten in gleicher Maße wie die flämischen Katholiken und Liberalen gegen das französisch-belgische Militärabkommen von 1920. Auch die darauffolgende Ruhrbesetzung stieß auf Widerstand seitens der flämischen Sozialisten, zum Missfallen der Mehrheit ihrer französischsprachigen Kollegen (vgl. De Schryver 1998: S.2781).

Den flämischen Sozialisten und dem flämischen Ansinnen kam man dann aber 1929 innerparteilich entgegen, indem man die Sprachhomogenität beider Landesteile auf die Agenda setzte („Compromis des Belges“). Auf dem Parteikongress 1931 wurde weiter das Eintreten für flämische Positionen beschlossen. Dabei ging es auch darum, flämischen Wählern in der Sprachenfrage entgegenzukommen und hierin für sich zu gewinnen. Dabei zielte man auch auf junge Intellektuelle ab, die zumeist Flaminganten waren (vgl. Siegemund 1989, S. 92 f.).

Der Zweite Weltkrieg war der Anfang von mehr als einem Vierteljahrhundert unitärer Trägheit und einer belgischen Neuorientierung der flämischen Sozialdemokratie. Anpassung und Kollaboration hatten einen Teil der flämischen Bevölkerung diskreditiert und eine neue junge sozialistische Generation sah sich nicht länger gezwungen, ein flamingantisches Profil zu besitzen, um die flämische Arbeiterschaft zu gewinnen. Im Gegenteil: Die traumatischen Erfahrungen von einigen Sozialisten in den Lagern waren 1945 bestimmend für einen harten Kurs gegen einen flämischen Nationalismus. Die Kriegserfahrung brachte heiße politische Eisen hervor wie die Königsrückkehr und den Schulstreit. Und sie brachten eine Annäherung zwischen flämischen und wallonischen Sozialisten, wobei auch der alte Antiklerikalismus Auftrieb erhielt (vgl. De Schryver 1998: S.2783). Die flämische Strömung in der belgischen sozialistischen Partei

war geschwächt, auch durch das Verschwinden der alten flämischsprachigen Generation. Inzwischen wuchs in Wallonien die Verflechtung zwischen sozialistischer und wallonischer Bewegung. Der wallonische sozialistische Kongress von 1947 optierte für eine föderale Aufteilung Belgiens in drei Regionen, damit in Brüssel und Wallonien ein Gegengewicht geschaffen würde gegen die in Flandern dominierende Christliche Volkspartei (CVP). Das föderalistische Denken unter den französischsprachigen Sozialisten wurde stimuliert durch die wirtschaftliche Situation an der industriellen Basis Walloniens und durch die Kluft zwischen Nord und Süd infolge der Königsfrage. Nach dem Streik von 1960-1961, dem Durchbruch der Volksunion (VU) und dem Einsatz auch anderer Parteien für föderalistische Strukturen wurde 1964-1965 erneut die Angelegenheit des Föderalismus auf die Agenda der BSP gesetzt. Nun traten in der Partei auch Gruppen in den Vordergrund, welche mehr Interesse hatten hinsichtlich sprachlicher Gleichberechtigung – Beamten, Bedienstete und Lehrkräfte. Die klassische Arbeiterpartei gab es nicht mehr, ihre soziale Mitgliederstruktur war verändert. 1965 musste die BSP, die 1961 mit 30% ihren Höhepunkt erreicht, einen Wahlverlust um 5% in Kauf nehmen. Ab 1971 begann dann eine lange Phase des allmählichen Bedeutungsverlustes bis auf 20 % der Stimmen 1981. Ohne Zweifel verlor die BSP auch Wähler an die VU, die sich zunehmend ein radikales Profil gab und in Flandern sogar auch vereinzelt sozialistische Intellektuelle an sich binden konnte.

1974 hatte die BSP auf ihrem Parteikongress die Föderalisierung akzeptiert.

Unter dem Strich ist zu konstatieren, dass sich die sozialistische Bewegung in Flandern immer wieder gezwungen sah, sich teils durch flämisch-nationale Interessen vereinnahmen zu lassen, wie es der Historiker Jan Dhondt 1968 beschrieben hat: „Die BSP ließ sich ihren Aktionsrhythmus und Problemstellungen von anderen Bewegungen aufdrängen sowie es so treffend ist in Sachen flämische Probleme“ (zit. nach De Schrijver 1998: S.2784).

Hierin verhielt sie sich opportunistisch zu den Interessen bestimmter Teile der Arbeiterschaft, vermochte sie aber dennoch nicht aus ihrem religiös-kulturellen Wertekontext insofern herauszulösen, dass sie in höherem Maße für die sozialistische Idee zu gewinnen waren. Vielmehr bediente sie mit ihrem Opportunismus und mit den einhergehenden Spannungen zwischen wallonischen und flämischen Sozialisten gewissermaßen den flämischen Nationalismus, auch wenn die Flämische Bewegung als solche nicht unbedingt tief in den unteren Schichten verwurzelt war, zumal es auch dort antiklerikale Einstellungen gab.

Unter dem Strich lässt sich resümieren, dass das Proletariat keineswegs die Trägerschicht eines flämischen Nationalismus gewesen ist. Allerdings fielen soziale Frage und flämische Frage nicht unerheblich zusammen, so dass es der Arbeiterschaft als Ganzes und im Zusammenhang ihrer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Identität beinahe zwangsläufig schwer fallen

musste, sich gänzlich von Positionen der Flämischen Bewegung zu distanzieren. Auch wenn dies im formellen politischen Geschäft eher wenig Annäherungen zwischen Arbeiterbewegungen bzw. Arbeiterparteien und Akteuren der Flämischen Bewegung bedeutete, spaltete dies ein Stück weit die belgische sozialistische Bewegung, weichte deren antiregionalistische Haltung auf und bestärkte latent den flämischen Nationalismus.

Nichtsdestotrotz findet dieser bis in die jüngste Vergangenheit hinein in den weniger gebildeten Schichten die wenigsten Anhänger, wie Hecking (2002, S. 161 ff.) anhand einer Studie von 1994 darlegt. Das flämische Nationalbewusstsein korreliert demnach, stellt man unterschichtstypische und mittelschichtstypische Milieus in der Bevölkerung gegenüber, durchaus positiv mit dem Bildungsniveau und ist auch in Teilen der Bildungselite verankert. Gleichwohl gibt es heute eine nicht unerhebliche ‚linke Elite‘, der Belgizismus zugesprochen wird. . Dennoch wird das flämische Nationalbewusstsein in seiner historischen Tradition bis heute von einer bürgerlichen Bildungselite und von aufstiegsorientierten Milieus mitgetragen, d.h. von Bevölkerungsgruppen, die im Besitz der gesellschaftlichen Deutungshoheit sind oder zu erlangen suchen. Lange durch außerparlamentarische Aktivitäten geprägt, ist die Flämische Bewegung allerdings heute Teil parlamentarischen Handelns. Der flämische Nationalismus bleibt damit gefestigt und virulent und hat das Potenzial, auch in breiteren Gesellschaftsschichten immer wieder zu verfangen.

4.3 Die flämische Frage – ein ergänzendes Fazit zur Identitätsgeschichte

Flanderns

Die Identität der Flamen und der flämische Nationalismus sind nicht unwesentlich mit einer historischen Konfliktlinie in einer Weise verknüpft, dass dieser Konflikt als eine Art Kristallisationspunkt dieses Identitätskonzeptes betrachtet werden kann. Die Rede ist vom sogenannten Sprachkonflikt, der Flamen und Wallonen bis heute innerhalb der belgischen Nation gewissermaßen entzweit und im Ursprung die sogenannte „flämische Frage“ aufgeworfen hat. Angesichts des fundamentalen Charakters dieser flämischen Rollen- und Identitätsbestimmung im Rahmen der belgischen Staatskonstituierung stellt sich natürlich zunächst die Frage, unter welchen Umständen es angesichts der sprachlichen Abgrenzungslinie überhaupt zur belgischen Nationsbildung kommen konnte und welche Rolle die sprachlichen Differenzen spielten. Gab es anfangs möglicherweise so etwas wie eine belgische Identität? Gibt es sie heute? Dies lässt sich meines Erachtens in dieser Klarheit nicht bejahen, wenn man unter nationaler Identität ein Konzept versteht, dass nicht nur geteilte Abgrenzungskriterien nach außen aufweist, z.B. eine bestimmte politische Kultur, sondern auch im Inneren überwiegend widerspruchsfreie Identifikationszusammenhänge, die nicht nur regionale Bevölkerungsgruppen zu integrieren vermögen, sondern vertikal gesehen idealerweise auch Angehörige verschiedener sozialer Milieus und Schichten.

Blickt man auf die Vorgeschichte der Staatsgründung 1830, so war zweifellos der Glaube das zentrale positive Integrationsmoment der Regionen des heutigen Belgiens, die Abgrenzung der katholischen südlichen Niederlande, wie sie sich unter spanischer Herrschaft formiert hatte, von den protestantischen Generalstaaten im Norden, die sich von dieser Herrschaft befreit hatten. Mit dem 20-jährigen Anschluss an Frankreich wurde dann der Partikularismus ein Stück weit überwunden und ein rudimentäres belgisches Nationalgefühl entstand im Süden (vgl. Siegemund 1989: 43). Als sich abzeichnendes nationales Konstrukt war dieses Gebilde allerdings im Inneren schon vor der Staatsgründung instabil, weil die Interessen der liberalen frankophonen Elite, der streng antiprotestantischen Unterschicht und der für die nach 1815 einsetzende Politik der Niederlandisierung inklusive Sprachbeeinflussung zunehmend offene Mittelschicht differierten.

Letztlich ist die belgische Revolution zwar ein Aufbäumen und Abgrenzungsakt von nationaler Dimension gegenüber dem niederländischen Norden, der Staatsgründung als ein nationaler Vergemeinschaftungsakt liegt aber bereits ein fundamentaler Geburtsfehler insofern zugrunde, dass mit dem Erfolg der Revolution ein gemeinsames Interesse von Bourgeoisie und des

einfachen Volkes mehr oder weniger bereits Geschichte war. Die frankophonen Eliten machten vielmehr schon mit der Revolution deutlich, im Besitz der Deutungshoheit zu sein und diese durchzusetzen. Mithilfe der Kirche konnte sich die antiprotestantische Haltung in der Bevölkerung zwar für die nationale Revolution vereinnahmen lassen, doch bereits mit der Entwaffnung der Arbeiterklasse während des Umbruchs zeichneten sich die Machtverhältnisse klar ab. Soziale Deprivation und politische Unmündigkeit der gesellschaftlichen Mittel- und vor allem Unterschicht sind zwar zu Beginn der nationalstaatlichen Ära nichts Untypisches, nur korrespondierte dies in Belgien mit einer Uneinheitlichkeit, die durch die regional-kulturelle Abgrenzungslinie markiert war. Positive Antriebsfaktoren für einen belgischen Nationalismus gab es entsprechend nicht (vgl. Kapitel 4.2.1). Grob gezeichnet gab es fortan drei große soziokulturelle Gruppen, die als Gewinner oder zumindest gewisser Nutznießer der Nationenbildung und der historischen Rahmenbedingungen betrachtet werden können, und eine Gruppe, deren Lage sogar prekärer wurde als zuvor. Die überregionalen frankophonen Eliten und die Kirche hatten ihre Pfründe gesichert und im Rahmen des Unionismus‘ die Bestimmungsgewalt. Das einfache Volk in Wallonien profitierte alsbald von der Entwicklung der Montanindustrie, d.h. es entstanden überwiegend berufliche Perspektiven. Auch eine gewisse Anbindung an die institutionelle Wirklichkeit Belgiens hatten die Wallonen insofern, weil die Amtssprache Französisch und mit den gesprochenen wallonischen Dialekten zumindest verwandt war. Das einfache flämische Volk dagegen war nun zunächst nicht nur von den Handelswegen im Norden abgeschnitten und verarmte, es wurde auch politisch, wenn auch nicht zwingend ideologisch, so doch institutionell und damit faktisch diskriminiert. Denn dessen Sprache hatte amtlich kein Gewicht und sie waren des Französischen nicht mächtig. Die sprachliche Teilung hatte neben der politischen zudem eine moralische Dimension insofern, dass die Flamen mit der gesellschaftlichen Entwertung des Niederländischen und ihrer damit verwandten flämischen Dialekte auch ihre Identität entwertet sehen mussten.

Letzteres hing auch damit zusammen, dass „Niederländisch durch Teile des Klerus als Sprache des calvinistischen Protestantismus diskreditiert wurde“ (Siegesmund 1989: 135). Dies wiederum musste weiter eine innere Zerrissenheit hervorrufen, weil sie ja selbst antiprotestantisch eingestellt waren, ihnen aber nun gerade aus dem klerikalen Lager eine moralische Dissonanz zwischen ihrer Sprachidentität und ihrem Glauben suggeriert wurde.

Mit diesen innergesellschaftlichen Widersprüchen war dann aber quasi in der Nationsbildung das Scheitern einer widerspruchsfreien belgischen Identitätsentwicklung bereits angelegt. Zwar war man im Korsett des Unionismus‘, dem Pakt zwischen Katholiken und Liberalen, um belgisch-nationale Integrationsentwicklungen bemüht, die vielen gegensätzlichen Interessen selbst

innerhalb dieses Paktes wirkten dem aber immer wieder entgegen (vgl. Siegesmund 1989: 45 f.). Es entwickelte sich eine Gemengelage, in der „die belgische Gesellschaft zwischen 1830 und 1914 zugleich mehr belgisch, mehr wallonisch und mehr flämisch wurde“ (Siegesmund 1989: 135). Ersteres hat nicht zuletzt mit der außenpolitischen Lage zu tun. Die belgische Neutralitätspolitik konnte Einflüsse von außen fernhalten, die Abspaltungsentwicklungen hätten fördern können. Dies war allerdings labil und galt nicht mehr in den Verwerfungen der Weltkriege. Worin bestand diese Labilität? Zunächst wurde das belgisch-nationale Konstrukt wie gesagt von der Bourgeoisie und einem Teil der Mittelschicht getragen, die belgisch-national und trans-ethnisch gesonnen waren und folgerichtig mit dem Französischen ihre Sprache zur Amtssprache erhoben (vgl. Siegesmund 1989: 135 f.). Dies war auch insofern nachvollziehbar, weil die übrige Gesellschaft wallonische oder flämische Dialekte sprach und es keinen naheliegenderen gemeinsamen Nenner gab. Die Nationsbildung ging also im Wesentlichen auf eine überregional herrschende Klasse zurück, wobei Herrschaftssprache und politische Partizipation einhergingen und beides zugleich als soziale Konfliktlinien zusammenfielen, um ‚Oben‘ und ‚Unten‘ zu trennen. Damit stellt sich nun die Frage, wie aus dem vordergründig sozialen ein vordergründig regionaler Konflikt werden konnte.

Diesbezüglich ist, wie angedeutet, auch die wirtschaftliche Entwicklung in Rechnung zu stellen. Wallonien prosperierte im Zuge der Industrialisierung und somit wurden soziale Gegensätze abgemildert und Anpassungsprozesse erleichtert. Dies ging auch damit einher, dass die Dialekte in Wallonien wie das Französische unter die romanischen Sprachen fallen, während die flämischen Dialekte dem Niederländischen und damit dem Stamm der germanischen Sprachen zuzuordnen sind.

Flandern blieb zudem ländlich strukturiert und war damit sprachlich und wirtschaftlich benachteiligt. Die Grenze zwischen Wallonien und Flandern war somit eine kulturelle Sprachgrenze und eine Grenze sozialer Unterschiede zugleich. Damit lagen innerhalb des nationalen Konstrukts bedeutende Voraussetzungen für zwei gegensätzliche Kommunikationsräume und Identitätskonzepte vor. Im Sinne von Elias nahm gewissermaßen eine kulturell markierte Etablierten-Außenseiter-Konfiguration Gestalt an, der es trotz der übergeordneten nationalen Idee an ausreichenden Identifikationsfaktoren und Integrationskräften mangelte, um dennoch eine sozial-emotionale Einheit entstehen zu lassen, auf die die Idee der nationalen Identitätskonstruktion letztlich angewiesen ist. Das war der Nährboden für ein zunächst kulturell ausgeflaggtes Aufbegehren im Sinne einer Bewegung aus Reihen der flämischen Sprachgemeinschaft und deren zunehmender Politisierung (vgl. Kapitel 4.2.2). Der Kampf um die Ausweitung des Stimmrechts Ende des 19. Jahrhunderts beförderte dann die Sprachenfrage auf die formale

politische Ebene. Hinsichtlich einer sprachlichen Assimilation besaßen die Flamen auch mit Hinweis auf die numerische Überlegenheit eine ablehnende Haltung und das Territorialprinzip wurde vom flämischen Volk als politische Forderung erhoben (vgl. Siegemund 1989: 136 f.). Mit dem mittleren Bürgertum, das auch in niederländischer Sprache gewisse soziale Positionen erreichen konnte und nicht zuletzt hierin ein bestimmtes gesellschaftliches Bewusstsein und Machtstreben entwickelte, in ihren Bildungsambitionen aber durch die frankophonen Eliten blockiert wurde, gedieh nun im Zusammenhang der meinungsbildenden Kraft dieser sozialen Gruppe eine flämische Bewegung, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse und damit die politisch-wirtschaftliche Diskriminierung sowie einhergehend die soziale Benachteiligung positionierte und dies hervorragend mit dem Kampf um die eigene Sprache ausflaggen konnte und hierin eine kulturelle Identitätskonzeption förderte, weil diese Diskriminierung im Kern mit der sprachlichen Diskriminierung zusammenfiel und Sprache zugleich wesentliches Element einer kollektiven Identität ist (vgl. Kapitel 2.2.1). Der Prozess bekam eine solche Dynamik, dass das kollektive Identitätskonzept verstärkt an die Idee des romantischen Nationenkonzeptes gekoppelt wurde – in Unterscheidung zum Nationalismuskonzept Belgiens, das an das französische Modell angelehnt war. Es wurde ein nationaler Gründungsmythos aus der Taufe gehoben (vgl. Kapitel 4.2.4), die flämische Nation in der Literatur konstruiert und in dieser ein kulturelles ‚nationales‘ Gedächtnis aktiviert (vgl. Kapitel 4.2.3) und später durch die Medien bis heute wirksam am Leben gehalten.

Moralisch legitimiert wurde dies nicht nur durch den Emanzipationskampf, sondern auch durch den flämischen Katholizismus, der in seiner Bedeutung als kollektive Wertebasis nicht nur für sich genommen die Kollektividentität prägte, sondern auch darin, wie dieser sich in der Differenz zu den Säkularisierungstendenzen in Wallonien als moralisches Unterscheidungsmerkmal ausweisen ließ (vgl. Kapitel 4.2.5).

Mit den Sprachgesetzen Ende des 19. Jahrhunderts hatte man dann als Kollektiv ein politisches Ziel erreicht und damit sozusagen die gesellschaftliche Bestätigung als politische sub-nationale Einheit erhalten, was die Selbstidentifikation als ethnische Gruppierung und den flämischen Nationalismus befestigt haben dürfte:

„Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte sich ein flämisches Gemeinschaftsgefühl herausentwickelt. Das Territorialprinzip existierte als politische Forderung, wirtschaftliche Zukunftsprobleme sowie die Forderung nach sozialem Aufstieg bildeten den Hintergrund einer flämischen Bewegung, deren herausragendes Anliegen die Verteidigung der eigenen Sprache als sichtbares Symbol der politisch-wirtschaftlichen Diskriminierung war“ (Siegemund 1989: 137).

Damit waren aber nun die überregionalen sozialen Probleme im gesamtbelgischen Kontext, die Spannungen zwischen Katholiken und Liberalen, zwischen Kapital und Arbeit nicht obsolet geworden. Insofern bestand auch weiterhin ein gewisses belgisches Bewusstsein.

Die Problemlagen waren also durchaus komplex und differenziert in der Weise, dass soziale Probleme nicht zwingend mit den Konflikten der Sprachgemeinschaften deckungsgleich zusammenfielen. Und so war dann auch das Verhältnis der Proletariats in Flandern zum Flämischen Nationalismus ambivalent (vgl. Kapitel 4.2.6). Die Skepsis rührt auch daher, dass es sich um eine Bewegung aus dem bürgerlichen Lager handelt.

Dies bedeutete aber umgekehrt nicht zwingend eine starke Affinität der flämischen Arbeiterklasse zu den ‚linken‘ Parteien Belgiens, die tendenziell eine überregionale Ausrichtung hatten. Das Denken in einer belgisch-nationalen Perspektive ist gesellschaftlich im Allgemeinen bis heute überwiegend immer nur insoweit gegeben, wie dies auch mit dem regionalen Interesse korrespondiert. Die regionale Identität ist gegenüber der belgisch-nationalen Identität der bedeutendere Faktor der Selbstdefinition. Dies gilt im Grunde für alle Schichten.

Die regionalen Identitätskonzepte und einhergehend die kulturellen Differenzen haben sich zwischen 1914 und 1945 durch die beschriebenen vielschichtigen Ereigniszusammenhänge und verschärften Ressentiments weiter gesellschaftlich manifestiert. Hervorzuheben ist hier die Kollaboration mit den deutschen Besatzern durch Teile der Flämischen Bewegung vor dem Hintergrund der von den Deutschen unterstützten Niederlandisierungsprozesse in Flandern. Während des Ersten Weltkrieges wurden flämische Medienerzeugnisse begünstigt, die Universität Gent niederlandisiert und allgemein dem Niederländischen vor dem Französischen der Vorrang als Verwaltungssprache eingeräumt.

Auch der flämische Opfermythos gegenüber den Wallonen wurde in dieser Zeit insofern genährt, dass in der belgischen Armee frankophone Soldaten Vergünstigungen genossen, die den niederlandophonen verwehrt blieben. Selbst wenn man also gemeinsam gegen die Deutschen kämpfte, erzeugte diese Diskriminierung nicht unbedingt gleichbedeutend eine Identifikation mit Belgien in dem Sinne, dass man sich als eine nationale Gemeinschaft betrachtete. In der Zwischenkriegszeit verschärften sich die Abgrenzungsprozesse durch die zunehmende und von heftigen Konflikten begleitete Niederlandisierung des Bildungswesens, die kontroverse belgische Debatte um die Kollaboration der flämischen Aktivisten mit den Deutschen sowie die politischen Auseinandersetzungen um neue Sprachregelungen. Dies alles gab der Flämischen Bewegung Rückenwind und verhalf einer flämisch-nationalistischen Politik zum gesellschaftlichen Durchbruch. Aus einer ursprünglich außerparlamentarischen Oppositionsbewegung heraus hatten sich politische Akteure auf der formalen politischen Bühne etabliert und profiliert.

Bis 1932 wurde die Einsprachigkeit Flanderns schließlich durch verschiedene Sprachgesetze quasi konstitutionell festgelegt. Dies bedeutete nicht nur einen pragmatisch-funktionalistischen Umstand, der die Flamen als Sprachgruppe nationale Anerkennung und sprachliche Autonomie zukommen ließ, sondern veränderte für die nun aufwachsende Generation die identitätsstiftende Lebenswelt, die nun in ihrer Sinnkonfiguration auf Grundlage des Territorialitätsprinzips immer mehr eine flämische und immer weniger eine belgische war. Die flämisch-nationale Narration entwickelte sich fortan hin zur Schärfung des subnationalen Identitätsprofils und zur Herausarbeitung des subnationalen Habitus.

Die erneute Besetzung durch die Deutschen führte einmal mehr angesichts der ideologischen Nähe der Flamen zu dessen Nationalismus-Konzept zur Kollaboration seitens von Teilen der Flämischen Bewegung, die seinerzeit bereits einen Radikalisierungsprozess durchlief. Damit verfestigte sich in der wallonischen Perspektive das Stereotyp vom wallonischen Freiheitskämpfer und flämischen Verräter im Sinne der belgischen Sache. Auch in Wallonien verschärfen sich nun Autonomiebestrebungen und zwei antagonistische Regionalismen nahmen weiter Gestalt an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der flämische Nationalismus diskreditiert, reformierte sich aber sukzessive und bekam in Gestalt der VU schließlich wieder ein politisches Gesicht mit gemäßigter nationalistischer Ausrichtung.

Bedeutungsvoll für das flämisch-wallonische Verhältnis und das Selbstbild der Flamen wurde nun die Tatsache, dass sich in der sozioökonomischen Etablierten-Außenseiter-Konfiguration ein Rollentausch vollzog, d.h. Flandern avancierte zum ökonomischen Zugpferd Belgiens, während Walloniens Industrie allmählich niederging. Der Zusammenfall von Wohlfahrts- und Sprachgrenze blieb entsprechend bestehen, nur konnte Flandern seine Ressentiments nun aus dem Gefühl der Überlegenheit heraus bedienen. Der an die Idee des romantischen Nationalismus gekoppelte Opfermythos der Flamen konnte dabei insofern weiter genährt werden, dass etwa die Transferleistungen in den Süden im Rahmen des entstehenden Föderalismus als Ausnutzung und Übervorteilung der Flamen gedeutet werden konnten. Der flämische Nationalismus rationalisierte sich insofern, dass er nicht unerheblich die ökonomische ‚Emanzipation‘ der Flamen zum Thema machte, gleichsam dann eine belgische Perspektive einzunehmen bereit war, wenn es ökonomisch sinnvoll erschien. Die Verfestigung antagonistischer subnationaler Identitätskonzepte vollzog sich fortan sukzessive anhand zahlreicher tiefgreifender Konflikte zwischen den Sprachgemeinschaften die sich immer wieder sozusagen in die Tradition eines von beiden Seiten bedienten Protestkontinuums einreiheten. Zu nennen sind insbesondere die Königsfrage, der Schulstreit und die wiederkehrenden Verhandlungen um neue und schließlich

vollzogene Sprachgesetze. Es ist wenig überraschend, dass sich in dieser Gemengelage mit dem Vlaams Blok, später Vlaams Belang, auch wieder ein radikalisierte völkisch orientierter Flügel flämischer Nationalisten zu einer Partei formierte, die bei einer vergleichsweise großen Bevölkerungsminderheit Zuspruch findet, aber auch andere Parteien mit ihren nationalistischen Themensetzungen vor sich herzutreiben versteht, so dass insgesamt einem politischen Nationalismus Vorschub geleistet wird. Dies wiederum ist nur durch die historischen Konfliktlinien und Identitätsentwicklungen erklärbar. Gleichsam hat dieser Umstand die Debatte um den Rechtspopulismus in Flandern entfacht.

Kurz gesagt ist anhand der historischen Zusammenhänge hinsichtlich der flämischen Identitätsgeschichte zu resümieren, dass die Außenseiterrolle zunächst enorme Kräfte einer innenorientierten Identitätsentwicklung entstehen ließ und auf Basis der derart stark ausgeprägten flämischen Identität die Etabliertenrolle heute, das habitusprägende Bewusstsein der eigenen Stärke, den Drang nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Teilen der Bevölkerung noch verstärkt hat. Dies geht einher mit einem politischen Regionalismus, der die belgischen Institutionen in hohem Maße sozusagen entmachtete hat, in der Hinsicht, dass ihre politische Bedeutung für die Regionen zunehmend gering ist bzw. sich auf wenige Politikfelder beschränkt, und in der Hinsicht, wie sie Identifikationszusammenhänge mit Blick auf Belgien herstellen können. In seinen historischen Bezügen ist dieser flämische Regionalismus an das kulturell-nationalistische Konzept deutscher Prägung angelehnt, insbesondere radikale Nationalisten halten entsprechende Verweise in einer historischen Kontinuität am Leben und fördern gekoppelt an den Opfermythos von den benachteiligten Flamen dessen gesellschaftliche Legitimation. In den kulturell-rassistischen Zuspitzungen insbesondere im Dunstkreis des Vlaams Belang wird diese nationalistische Orientierung in einer kritischen Perspektive zum Synonym für Rechtspopulismus.

5 Nationale Erzählung und Rechtspopulismus in Flandern – der soziologische Begründungskontext

Unter Rückgriff auf die theoretischen Überlegungen und auf der Folie der historischen Entwicklung Belgiens und speziell Flanderns wird in diesem Kapitel der Argumentationsschluss bezüglich der These vollzogen. Es soll die Kontinuität der sprachnationalistischen Narration der Flamen anhand ihrer aufgezeigten fundamentalen sozialhistorischen Bausteine nachvollzogen und soziologisch begründet werden. Dies wird letztlich in den Zusammenhang der vergleichsweise starken Legitimation und Ausprägung von Einstellungen in der flämischen Bevölkerung gestellt werden, die je nach Perspektive und Definition als mehr oder weniger rechtspopulistisch gelten. Auf dieser Grundlage sollen am Ende die gesellschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang des Begriffs des Rechtspopulismus und hierin auch im Hinblick auf die weitere nationalistische Erzählung bewertet und eingeordnet werden.

5.1 Sprache und Sprachkonflikt als Kern der flämischen Identitätskonstruktion

Die Sprachproblematik in Belgien lässt sich eindeutig als Diglossie-Situation (vgl. Kapitel 2.3.2) einordnen.

Für die flämische Sprachgemeinde gilt somit, dass sie sich historisch gesehen in einer außen-diglossischen Situation in ihrem Sprachgebiet gegenüber den frankophonen Eliten befunden hat, die überwunden wurde. Im belgischen Kontext hat die außen-diglossische Situation Bestand, den Status der Low Variety hat das Flämische aber auch auf nationaler Ebene überwunden. Am Ende steht heute eine komplizierte Sprachgesetzgebung, die Zeugnis ablegt über einen Identitätskampf, dessen Ende nicht erreicht scheint. Das Entscheidende ist, dass es sich hierbei nicht um einen rein politischen Interessenkonflikt handelt. Die politische Aufladung folgt sukzessive und zuspitzend im Kontext der historischen Entwicklungen. Der politische Streit wird aber allzu oft rückgekoppelt an die, ethnisch-kulturelle Differenz. Dieser mutiert hierin selbst zu einem Kernelement der flämischen Identität, die in ihrer kollektiven Konstruktion geprägt ist nicht nur durch die Religion, Kultur oder Sprache der Flamen an sich, sondern darin wie dies in der Differenz zu den Wallonen konfliktbehaftet ist oder gedeutet wird.

„Auch heute gilt Sprache noch als Metapher der Spezifität der flämischen Nation, als Zeichen der Partikularität und Ausdruck der Gemeinsamkeit, als Differenzierungsmerkmal gegenüber dem frankophonen Süden. Die Mentalität der beiden Landesteile, so wird im politischen Diskurs behauptet,

sei unterschiedlich, weil die Sprache unterschiedliche sei. Die Sprache bestimme die Art des Denkens; aus ihr würden sich unterschiedliche Kulturen ergeben“ (Hecking 2001, S. 157).

Den Konflikt zu führen ist eine Art Bekenntnis zum Flamentum und erzeugt ein Identitätsgefühl im Zusammenhang der kollektiven Konflikterfahrung (vgl. Kapitel 2.3.1). Denn der Konflikt ist aus Sicht der Flamen nicht negativ, sondern positiv besetzt, ursprünglich im Sinne des Emanzipationsbestrebens im Kontext der „ethnischen Bewusstwerdung“ und zeitgenössisch im Sinne der Stabilisierung der eigenen Macht und Prosperität sowie ‚eigener‘ Entwicklungsinteressen. Solidar- und Transferleistungen in Richtung des wirtschaftlich weniger prosperierenden Walloniens werden diesbezüglich in nicht unwesentlichen Teilen der flämischen Bevölkerung als kontraproduktiv betrachtet. Wenn aber in einer ethnischen Gruppe eines Nationalstaates die Abgrenzung von anderen ethnischen Gruppen bis hin zur Aushöhlung des föderalen Prinzips dermaßen das Identitätsgefühl prägt, ist es um den Nationalstaat auf den ersten Blick schlecht bestellt. Es bedarf schon starker Vernunftkriterien und einen darauf bezogenen permanenten gesellschaftlichen Überzeugungsdiskurs, um ein belgisch-nationalstaatliches Gegengewicht im Sinne positiver Identifikation zu bilden.

Solche Anstrengungen im Sinne der politischen Kompromisskultur sind in Belgien ohne Frage vorhanden, aber werden sie Belgien noch lange kontinuierlich in der flämischen Öffentlichkeit legitimieren können? Wie viel des Kooperationsgedankens im Föderalismus muss verdunsten, bis noch von einem belgischen Nationalstaat zu sprechen ist. Und welchen Sinn würde am Ende, etwa als Konföderation, ein mehr oder weniger formalistisches Konstrukt ‚Belgien‘ machen, das gewissermaßen zwei sich fremde ‚Nationen‘ und nationale Identitäten umklammert. Es dürfte feststehen, dass Belgien auf Dauer nur überleben kann, wenn es positive Gefühle und Assoziationen in allen Bevölkerungsteilen weckt, die auch in ein kollektives Identitätskonzept irgendwie integrierbar sind. Mit Brüssel gibt es innerhalb Belgiens durchaus ein Beispiel für integrative Entwicklungen in einer zweisprachigen Gemeinschaft. Die gegenläufige regionalistische Strömung außerhalb Brüssels ist aber nachgewiesenermaßen sehr mächtig geworden. Und diesem Umstand in Flandern liegt eben im Kern zugrunde, dass der dissoziative diglossische Sprachzustand nie überwunden wurde – im Gegenteil. Die Zweisprachigkeit ist nicht Teil der flämischen Identität geworden, sondern eher eine Art Sprachchauvinismus, indem die Sprache der „Anderen“ aus dem öffentlichen Leben verbannt wurde. Bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts war die flämische Sprachbewegung dabei auch durch Sprachpurismus gekennzeichnet:

„Für das Belgisch-Niederländische (Flämische) gilt, dass im Jahre 1830 in den Südlichen Niederlanden das Französische praktisch die einzige Sprache der gehobenen Kreise war. Erst ab der

zweiten Hälfte des 19. Jhs. vollzog sich die erste Welle flämischer Sprachreinigung, die darauf abzielte, Gallizismen und Lehnübersetzungen zu beseitigen“ (Janich/Geule 2002, S. 174).

Diese abgrenzende Gestaltung der eigenen Sprache ist als Ausdruck der Kopplung von Sprache und Identität zu verstehen. Im Zusammenhang eines kulturellen Selbstkonzeptes muss ein solcher Vorgang nicht zwingend aggressiv nach außen gerichtet bzw. chauvinistisch sein. Den Flamen ging es durchaus darum, ein wohlgeformtes Standard-Niederländisch anzustreben. Allerdings handelt es sich um einen schmalen Grat vor dem Hintergrund der flämischen Geschichte, die von Begriffen wie ‚Sprachkampf‘ im Kontext der seinerzeitigen Herrschaftsverhältnisse gekennzeichnet wird.

Und dieser ‚Kampf‘ ist im kollektiven Gedächtnis verankert und positiv im emanzipativen Sinne besetzt. Die ehemalige Low Variety und damit die Sprecher selbst markieren im Rahmen dieser Entwicklungen die Herrschaft in Flandern. Damit verbunden ist ein kollektives Gefühl der Stärke und des Stolzes, das die flämische Identität prägt. Sprache als die umkämpfte Sache, als Werkzeugung der Narration und als zugeordnetes Kernmerkmal ist hierin überaus eng an das Identitätsverständnis gekoppelt (vgl. Kapitel 2.2.1). Gewissermaßen überhöht wird dies zudem teilweise wahrgenommen, indem die Sprache mit dem Attribut der Religionszugehörigkeit und Kultur historisch noch aufgewertet. Mit der Zuordnung als Sprache der Katholiken (vgl. Kapitel 4.2.5), als ‚katholisches Flämisch‘ wird unterschwellig bis heute der Gedanke von der ‚Reinheit‘ der Sprache als Gütekriterium in das Bewusstsein der Flamen eingepflanzt, wohingegen das Französische als Sprache des säkularisierten Südens in der Geschichte als Gegenbeispiel einer sakralen Aufladung gedient hat.

In diesem Zusammenhang verschmilzt die Pflege der ‚eigenen‘ Sprache, Kultur und Religion zum Sprachnationalismus der Flamen, aus dem sich unter dem Begriff der ‚Eigenheit‘ ein spezifischer nationaler Habitus mit hoher, beinahe sakraler Wertigkeit herausdestillieren lässt.

5.2 Statussolidarität der Sprachgemeinschaft und Habitusgenese – vom Opfermythos zum Überlegenheitslogos

In Anlehnung an Elias entwickelt sich der nationale Habitus im Zusammenhang bestimmter sozialen Figurationen in ihrem historischen Kontext, wobei sich bestimmte Machtverhältnisse und -ansprüche nach einer In-Group-Out-Group-Logik abbilden (vgl. Kapitel 2.2.2). Deutschland und Frankreich dienen diesbezüglich als Paradebeispiel einer solchen kollektivierten Abgrenzung voneinander, die nach 1871 nicht zuletzt in die ‚Erzfeind‘-Rhetorik mündete und später zwei Weltkriege mitbegründete. Es standen sich seinerzeit nicht nur zwei Staaten gegenüber,

sondern auch zwei Nationenkonzepte. Auf der einen Seite das ‚deutsche‘ Konzept vom Kulturnationalismus und auf der anderen Seite das ‚französische‘ Konzept vom Staatsbürgernationalismus.

Mit dieser politisch-ideologischen Differenz einher gingen unterschiedliche nationale Habitusformen als gewissermaßen sicht- und wahrnehmbare Identitäten. Der nationale Habitus der Deutschen war sehr geprägt durch den preußischen Militarismus, der verhaltensprägend in zivile Lebenswelten hineinwirkte. Beispielsweise zeigt sich dies an den unterschiedlichen Konzepten der Körper- und Bewegungskultur, die Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa zur Blüte gelangen sollten. Während im Rahmen des britischen Parlamentarismus dort das ‚liberale‘ Sportkonzept seinen Anfang nahm und Werte wie ‚spielerische Leichtigkeit‘ sowie ‚Gentlemanship und Fairneß‘ beinhaltete, gedieh in Deutschland zunächst als gewissermaßen konkurrierendes bewegungskulturelles Konzept das Turnen mit seinen durchrationalisierten Abläufen und gekennzeichnet durch Drill, Gehorsam, Opferbereitschaft. Dieses richtete sich insbesondere mit dem Ziel körperlicher Stärkung an Jugendliche und junge Männer ging als vormilitärische Schule mit dem nationalen Habitus konform (vgl. Krüger 1996). Als dann der Sport seinen Siegeszug auch in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begann, flossen diese Werte auch in den Sport hinein. Der Sporthistoriker Krüger (2004) spricht beispielsweise, auch in Anlehnung an Elias, von der „Turnisierung des Fußballs“ in Deutschland. Und bis heute wird ja häufig in der Sportberichterstattung nicht von ungefähr von den „deutschen Tugenden“ im Fußball gesprochen, wobei dies u.a. eben ‚militaristische‘ Werte wie Kampfgeist, Opferbereitschaft und unbedingten Siegeswillen meint.

Jedenfalls ist daran anknüpfend mit Schumacher zu konstatieren, dass der deutsche Habitus bis 1945 „in Abgrenzung zum französischen Nationaldenken“ sich aus der Idealisierung einer „primordiale(n) Volksnation“ und einhergehenden nationalen Abgrenzungskriterien speiste (vgl. Schumacher 2013, S. 283).

Dies ist durchaus eine Parallele zum flämischen Habitus, der sich ebenfalls in ideologischer Abgrenzung zur französischen politischen Staatsauffassung und im Zusammenhang der faktischen institutionalisierten Abgrenzungslinien zum frankophonen Wallonien formiert hat, wodurch sich zwei gesellschaftliche Wirklichkeiten gegenüberstehen, die zwar politisch umklammert werden, aber eigene Kommunikations- und Sinnwelten erschaffen haben, die wiederum prägend für einen jeweils bestimmtem Habitus sind:

„Wenn, dem Politikwissenschaftler K. W. Deutsch zufolge, soziale Kommunikation den Kern des Nation Building darstellt, muss man heute feststellen, dass Belgien aus zwei im Denken und Verhalten auseinander treibende Gesellschaften besteht, die durch immer weniger Anknüpfungspunkte

miteinander verbunden sind. Gestärkt werden ethnoregionale Identitäten – was tiefgreifende Auswirkungen auf die Art hat, wie ethnische Gruppen sich selbst wahrnehmen und von anderen wahrgenommen werden“ (Lechat/Warland 2008, S. 42)

Das heißt natürlich nicht, dass es nicht auch Wertorientierungen und Lebensmuster gibt, die geteilt werden, so wie dies ja auch für Deutsche und Franzosen gilt, dennoch gibt es Parallelen darin, wie sich entlang der germanisch-romanischen Sprachgrenze auf beiden Seiten Identitäten mit differenzierten prägenden Sinnbezügen und Unterscheidungskonstruktionen ausgebildet haben.

Selbstverständlich ist damit der flämische Habitus nicht direkt mit dem deutschen zu vergleichen, geht dieser auf seine eigene geschichtliche Entwicklung zurück. Dieser ist etwa weniger militaristisch aufgeladen als der ‚deutsche‘ Habitus im Zeichen der seinerzeitigen Nationswerdung.

Die Kollaboration etwa von Teilen der Flämischen Bewegung mit den Deutschen in beiden Kriegen ist entsprechend nur ein Symptom, weniger ein basales Wesenselement der flämischen Habitusgenese gewesen auf dem Weg hin zu einem gegenwärtigen selbstbewussten Habitus der Flamen, der eng gekoppelt ist an eine spezifische ‚Leistungsidentität‘ und einen mit wirtschaftlicher Potenz konnotierten Überlegenheitslogos, die sich historisch ausgeprägt haben.

Am Beginn der Habitusgenese stand die Rolle des Underdogs infolge der politischen Sprachregelung in Belgien nach 1830 und dem einhergehenden Außenseiterstatus der Flamen jenseits der frankophonen Eliten. In dieser diglossischen Situation erscheint die weitere historische Entwicklung beinahe zwingend, eine Statussolidarität nach dem Prinzip des ‚Othering‘ (vgl. Kapitel 2.3.2) zu entwickeln. Dies ist der übliche Mechanismus, wenn in einer diglossischen Gesellschaft, in der eine Sprachgruppe in Bezug auf Machtbeteiligungen gegenüber einer anderen Sprachgemeinschaft im wahrsten Sinne nichts zu sagen hat bzw. von der Herrschaftskommunikation ausgeschlossen ist. Es kommt zur kollektiven Identitätsentwicklung im Rahmen einer wertenden Gegenüberstellung der Positionen und perspektivischen Möglichkeiten der eigenen Gruppe mit jenen der Anderen, wobei sich das Solidaritätsempfinden tief im Bewusstsein auf der Ebene der Identitätsentwicklung verankert.

Denn aufgrund der Bedeutung der Sprache für die Identität (vgl. Kapitel 2.2.1) musste die Sprachdiskriminierung zunächst einmal zwingend das Identitätsverständnis dahingehend beeinflussen, sich in eine Opferrolle im Zusammenhang der sozialen Benachteiligung gedrängt zu sehen. Und da dies mehr oder weniger eben eine ganze Sprachgemeinschaft betraf, war der Weg geebnet hin zu einem kollektiven kulturellen Identitätskonzept, in dem die Opferrolle und der Impuls des Aufbegehrens, der Protest, von zentraler Bedeutung wurde, vor allem

auch, weil sich hiermit eine Art ‚Notwehrprinzip‘ verknüpfen ließ und daraus die moralische Legitimation abgeleitet werden konnte, Ansprüche als Gemeinschaft stellen zu dürfen und das ‚Eigene‘ bedeutungsvoll in Szene zu setzen. Die zum Gründungsmythos einer imaginären unabhängigen flämischen Nation erhobene ‚Sporenschlacht‘ drückt dieses Selbstverständnis, sich gegen französische Einflüsse zu wehren, symbolisch aus und zielt darauf ab. Sie ist der konstruierte Beginn der nationalen Narration, die den Kampf der eigenen Befreiung von Benachteiligung und Unterdrückung durch scheinbar überlegene äußere Mächte nachzeichnet und das Recht proklamiert, als selbstbestimmte Gemeinschaft zu existieren, gegenwärtig noch in einem föderalistischen Belgien und zukünftig vielleicht in einer flämischen Nation als unabhängige politische Entität. Zwar war Sprache ein faktisches Kernkriterium der Benachteiligung, gleichwohl wurde dies in der nationalistischen Erzählung weniger als die nicht widerlegbare sprachfunktionalistische Benachteiligung thematisiert, sondern als Benachteiligung an sich, indem Sprache als unverwechselbares Wesensmerkmal der Gemeinschaft überhöht wurde. Sprachdiskriminierung und Diskriminierung der Gruppe wurden gleichgesetzt.

Dabei ging es zu Beginn der Flämischen Bewegung zunächst weniger um politische Forderungen als um die Anerkennung der Sprache und gewissermaßen die Wertschätzung der kulturellen Identität im belgisch-nationalen Rahmen. Es ging um Emanzipation im Gewand der Kultur, d.h. die Entwicklung des ethnischen Selbst-Bewusstseins nahm ihren Anfang in einem Kreis Kulturschaffender und Intellektueller und dieses wirkt bis heute auf kollektive Identität und einen Habitus, der durch eine Narration der Rückbesinnung an kulturelle Errungenschaften und spezifische historische Ereignisse, der Glorifizierung der eigenen Sprache sowie der Betonung des katholischen Bekenntnisses ein Gefühl von ‚Eigenheit‘ erzeugt hat und am Leben hält. Hierzu passt, dass Flamen und Wallonen unterschiedliche Feiertage begehen und hierin ihr jeweils eigenes kollektives Gedächtnis in ihrem Kommunikationsnetz ‚besitzen‘. Die jeweilige ‚Eigenheit‘ zeichnet sich in diesem Zusammenhang auch dadurch aus, dass sie sich auf unterschiedliche ‚National‘-Literatur beziehen. Die flämische ‚Eigenheit‘ hat sich aber nicht nur durch eine gewisse Abgrenzung zum frankophonen (Kultur-)Raum konturiert. Sie wird auch durch eine Abgrenzung zu den Niederländern definiert, nicht nur aus religiösen, sondern auch aus sprachlichen Gründen und mit historischem Verweis auf die Zeit der Herrschaft von Willem I., als die Flamen mit ihrem Dialekt schon einmal einen schweren Stand hatten, gesellschaftlich Fuß zu fassen. Auch dabei schimmert einerseits die kulturelle Attitüde im Habitus durch, denn das flämische Niederländisch wird von den Flamen im Allgemeinen zwar als verwandt, aber eben auch als fremd bzw. ‚nicht-eigen‘ und somit in seiner Differenz konnotiert. Auch diesbezüglich spielt andererseits Emanzipation eine Rolle für das Selbstverständnis, denn das

Flämische wurde bereits vor 1830 unter den Niederländern tendenziell als minderwertige Bauernsprache angesehen und wurde im Zuge der Niederlandisierung seinerzeit diskriminiert und entwertet. Hierin wurzelt bereits die Kontinuität des flämischen Sprachkampfes hin zur Etablierung als Amts- und Verkehrssprache bis zu jenen Mustern sprachchauvinistischer Auswüchse, die im äußeren rechten politischen Spektrum beheimatet sind. Dies ist nicht allein als funktionale Notwendigkeit verfolgt worden, sondern ein starker Ausdruck des kollektiven Selbstbestimmungswillens und der Identitätsgenese.

Dieser Drang nach Selbstbestimmung ist kennzeichnend für den flämischen Habitus und historisch ausgebildet worden, zunächst emanzipativ konnotiert und hierin legitimiert, und heute für die Flamen eher ein Wert an sich, der auf eine gewisse eigenzentrische Unabhängigkeit zielt. Damit geht eine Glorifizierung des Selbstbildes einher als ein Volk, das sich aus der Außenseiterposition heraus hin zu einer starken Gemeinschaft entwickelt hat. Dies wird in Teilen durchaus ethnisch konnotiert und moralisch wertend aufgeladen. Für die Glorifizierung des eigenen ‚Seins‘ und eine hieran geknüpfte Habitusgenese ist die Glorifizierung der eigenen Kultur und Sprache in ihrer heutigen Stellung als Amts- und Machtsprache und hinsichtlich der mit ihr verbundenen kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften stellvertretend. Die Entwicklung der Sprache hin zu dieser Bedeutung für die kulturelle Identität ist das Herzstück der nationalen Erzählung und des Selbstverständnisses der Flamen, ein Volk der des Schaffens und der Stärke zu sein.

„Aus ihrer Kulturellen Identität leiten viele Flamen auch den wirtschaftlichen Aufstieg der Region im 20. Jahrhundert ab: Der kulturellen Spezifität des Landes und der flämischen Arbeitsethik, der Dynamik der Flamen sei das Wirtschaftswunder zu verdanken, aus dem wiederum die Flamen Selbstbewusstsein, eine gemeinsame Identität und vor allem eine neue Abgrenzung zum noch immer stagnierenden Süden schöpfen“ (Hecking 2002, S. 157 f.)

Der Sprachkonflikt ist somit seit jeher viel mehr als ein zu überwindendes Problem hin zu einem guten selbstbestimmten Leben gewesen, er ist essentieller Teil der der flämischen Identitätsentwicklung. Die Entwicklungen und ‚Errungenschaften‘ im Rahmen des Konfliktes können als habitusprägend betrachtet werden, d.h. der (Sprach)konflikt und damit auch die Wallonen dienen ein Stück weit als Spiegel der Identität. Das Verhältnis zu den ‚Anderen‘ und der Umgang mit dem Konflikt hat die Flamen zu dem gemacht, was sie heute sind und es besteht der Verdacht, dass man diesen ‚belgischen Umstand‘ vielleicht gar nicht missen möchte, weil man sich im Bewusstsein der innerbelgischen Überlegenheit ganz wohl fühlt und hieraus heute seine Selbstvergewisserung ableitet. Insofern hätte man mit einem eigenen Nationalstaat vielleicht sogar ein Identitätsproblem anstatt ein solches zu beseitigen.

Unabhängig davon ist der flämische Habitus keineswegs allein durch die erkennbare Selbstbezogenheit in der Weise zu verstehen, wie diese durch die innerbelgischen Konflikte aufgeladen wurde und aggressives Abgrenzungsverhalten gegen Fremde(s) hervorgebracht hat. Dieser wird auch durch die Werte gespeist, die sich aus der liberalen und christlichen Tradition heraus ergeben, wie z.B. eine gewisse Weltoffenheit und die Solidarität mit Schwächeren. Und somit steht der kulturelle Nationalismus der Flamen in seinem emanzipativen Gewand nicht zwingend im Widerspruch zu einer links-liberalen Haltung oder auch zu einer pro-europäischen Orientierung. ‚Überzeugter‘ Flame zu sein, bedeutet vor diesem Hintergrund und dem Hintergrund der verinnerlichten politischen Kompromisskultur im Land ebenso nicht unbedingt, dass man nicht auch mit Belgien sympathisiert. Es ist also kompliziert.

5.3 Das kollektive (kulturelle) Gedächtnis der Flamen im Zusammenhang von Legitimations- und Abgrenzungsdiskursen

Die nationalistische Erzählung erhält ihre historische Kontinuität über die Entwicklung des kollektiven Gedächtnisses, wobei nach der Ära der Zeitzeugen von Ereignissen, die Anlass dieser Erzählung sind bzw. diese nähren, dem kulturellen Gedächtnis die tragende Bedeutung zukommt. Das kulturelle Gedächtnis bedeutet die massenwirksame Forterzählung des nationalistischen Narrativs mittels von (politischen) Medien (vgl. Kapitel 2.2.4). Je gezielter, undifferenzierter und unwidersprochener in Medien eine spezifische ‚Erinnerungspolitik‘ betrieben wird, umso wahrscheinlicher werden bestimmte Wirklichkeitskonstruktionen in einer Gesellschaft wirkmächtig, werden bestimmte ‚Fakten‘ geschaffen, wie auch Clauss/Baumann mit Blick auf Belgien konstatieren:

„In einer von den Massenmedien emotionalisierten Atmosphäre werden rationale Diskussionen und effiziente Lösungen erschwert, wird es aber Interessengruppen erleichtert, die Komplexität des Problems nicht konstruktiv durch Kompromisse und pragmatische Lösungsvorschläge reduzieren zu müssen, sondern sie als Schuld des Gegners darzustellen“ (Clauss/Baumann 1980, S, 87).

Dabei muss es sich nicht einmal um aggressive Propaganda handeln. Nationalistische Themensetzungen und Perspektiven in den Medien können durchaus subtil durch Akzentuierungen und Weglassungen suggestiv wirken und eine bestimmte Sichtweise auf einen Sachverhalt sukzessive soweit perpetuieren, dass diese Sichtweise alsbald als unhinterfragte ‚Wahrheit‘ im medialen und öffentlichen Sprachgebrauch fest verankert ist.

Solche Tendenzen sind in den flämischen Medien teilweise erkennbar, wie Hecking (2002) in seiner Dissertation herausgearbeitet hat. Und das, obwohl sich auch einige ‚unabhängige‘

Medien nach den seinerzeitigen Rassismuskorwürfen gegen den Vlaams Blok ähnlich wie die Parteien eine Art cordon sanitaire auferlegt hatten, d.h. zwar über den Nachfolger Vlaams Belang berichten, der Partei aber selbst keinen Zugang gewähren wollten, ihre (kultur-)nationalistischen Positionen zu veröffentlichen (vgl. Reuter 2009, S. 232). Auch wenn dies nicht konsequent umgesetzt wurde, scheinen die Möglichkeiten der extremen Rechten eingeschränkt, in den ‚unabhängigen‘ Medien Agitation zu betreiben. Dennoch spielt ihnen die Berichterstattung durchaus in die Hände. Denn Hecking kommt in seiner Untersuchung von jeweils vier flämischen und wallonischen Tageszeitungen hinsichtlich ihrer Perzeption der jeweils anderen Sprachgemeinschaft zu dem Ergebnis, dass auf beiden Seiten die Presse keine nationenzusammenhängende Funktion mit Blick auf Belgien erfüllt. Vielmehr ist die „Sprachgrenze auch zu einer Informationsgrenze geworden“ und Belgien damit „in zwei getrennte Kommunikationsnetze“ aufgeteilt (vgl. Hecking 2002, S. 353). Es gibt also nicht nur zwei Sprachgemeinschaften, sondern auch zwei mediale Wirklichkeiten bzw. Öffentlichkeiten. Nun ist Separatismus nicht mit Rechtsextremismus zu verwechseln, aber das Prinzip des ‚Othering‘ wird durchaus in einigen Berichten an eine rechtspopulistische Rhetorik geknüpft (vgl. Kapitel 5.4.1). Der flämische Regionalismus scheint hiervor zumindest nicht gefeit.

Hecking differenziert in seiner Analyse dabei zwischen einer „Alltagsphase“, in der nichts Spektakuläres im Verhältnis zwischen Flamen und Wallonen passiert ist, und einer „Streitphase“, in der Konflikte zwischen den Regionen die öffentliche Kommunikation bestimmen. In der Alltagsphase wurde in allen Zeitungen jeweils wenig über den anderen Landesteil berichtet, weniger als z.B. über die Nachbarstaaten Niederlande und Frankreich. Auffällig ist jedoch, dass die wenigen Nachrichten negativ besetzt waren.

In der Streitphase erhöhte sich die Berichterstattung über ‚die Anderen‘. In zwei flämischen Zeitungen war die Berichterstattung in der Tendenz wieder negativ besetzt und durch Stereotype geprägt. Auch wenn dies für *De Morgen* und *Het Laatste Nieuws* nicht galt, spricht Hecking (2002, S. 354) von einem „äußerst negative(n) Gesamtbild“, das häufig „durch negative Kommentare oder Stereotype hin zum Feindbild verzerrt“ wurde. Besonders auffällig in dieser Hinsicht ist die oben angesprochene Zeitung *De Standaard*, wobei das Communautaire-Thema vergleichsweise stark gewichtet wird (vgl. Hecking 2002, S. 266 f.).

Aber nicht nur die ‚unabhängige‘ Presse, auch Akteure der politischen Mitte haben sich immer wieder durch medial gestütztes politisches Marketing als „Träger und Motoren des flämischen Regionalismus“ erwiesen, wie Hecking (2002, S. 161 ff.) nachzeichnet. So habe der damalige Ministerpräsident von Flandern, Luc van den Brande, 1993 mittels einer „breit angelegten Medienoffensive“ die flämische Autonomie auszuweiten versucht in die sozioökonomische Sphäre

sowie in die Bereiche der Sicherheit, der Wissenschaft, der Forschung und des Transports. All dies befeuert die Diskurse einer Inside-Outside-Abgrenzung. Mag der Tonfall auch gemäßigt sein und die Argumentation vielleicht vordergründig mit unverdächtigter Rationalität geführt werden, weil sie sich z.B. mit sozioökonomischen Zusammenhängen befasst, so ist die Debatte insgesamt dermaßen ethnisch oder auch kulturrassistisch aufgeladen und durch (mediale) Stereotype eingefärbt, dass dies kaum noch aus irgendeiner Autonomiedebatte rauszuhalten ist. Der Verweis auf jeweilige kulturelle Identitäten schwebt als hintergründige ‚Gewissheit‘ immer mit.

5.4 Dimensionen des flämischen Sprachnationalismus

Als Identitätsgemeinschaft weisen die Flamen eindeutig sprachnationalistische Züge auf. Der Sprachnationalismus lässt sich in seiner ideologischen Gestalt auf der Folie der flämischen Identitäts- und Habitusgenese nachvollziehen. Ferner findet dieser seinen Ausdruck in der politischen Kultur Belgiens. Im Zusammenspiel politischer und gesellschaftlicher nationalistischer Kräfte hat sich daran anknüpfend ein großes Autonomiebestreben etabliert bis hin zur Vision eines flämischen Nationalstaates nach kulturnationalistischer Prägung. Am Ende ist zu überprüfen, inwieweit das Etikett des Rechtspopulismus zur Einordnung dieser Entwicklungen und Zustände seine wissenschaftliche Berechtigung hat.

5.4.1 Flämischer (Sprach-)nationalismus als ideologisches Identitätskonzept im Kontext von ‚Othering‘ und Abgrenzungsrhetorik

Wenn man (sprach-)nationalistische Erscheinungsformen in Flandern ins Auge fasst, muss man zunächst grundsätzlich die mythologisierten Rituale und ideologisch aufgeladenen Praktiken in Flandern erwähnen, die heute wie selbstverständlich Elemente des gesellschaftlichen Lebens sind. Die rigide Einsprachenregelung und deren kompromisslose Umsetzung, die Deutung der Sprache als identitätsprägendes Synonym, die Verweise auf die eigene Kultur und deren Hochwertigkeit sowie die im kollektiven Gedächtnis abgespeicherten und kontinuierlich vergegenwärtigten Erinnerungselemente (Feiertage, Gedenkstätten, Diskurse) lassen ein sprachnationalistisches Kulturbewusstsein und Identitätsbestreben in weiten Teilen der Gesellschaft spürbar werden, dass per definitionem eine große Nähe zum Rechtspopulismus aufweist bzw. mit dort zu verortenden Diskursen nicht selten konform geht.

Die Kultur macht für viele Flamen den Ruhm einer Nation aus; ihnen zufolge wird eine Nation gerade wegen ihrer Kultur ein vollwertiger Teil der Welt der Nationen. Daher sei man den Vorfahren verpflichtet, den flämischen Kampf fortzusetzen. Diese Flamen folgen damit einem romantisch

geprägten Nationenmodell. Welchen hohen Stellenwert das kulturelle Element in Flandern hat, verdeutlichen nicht nur die zahlreichen flämischen Feste und nationalen Symbole wie Flaggen oder Hymnen, sondern auch beispielsweise die umfangreichen Subventionen der Flämischen Regierung für kulturelle Institutionen der Region wie Orchester, Tanzvereine, Künstler oder das Radsportteam Vlaanderen 2002: Ihnen wird die Rolle eines „Kulturbotschafter Flanderns“ im In- und Ausland zugewiesen (Hecking 2002, S. 157).

Dieses flämische romantische Nationalbewusstsein ist insbesondere traditionell bei den Eliten, also in Kreisen mit gesellschaftlicher Deutungshoheit, vergleichsweise stark verbreitet, wie Hecking (2002, S. 161 ff.) mit Verweis auf eine Studie von Maddens/Beerten/Biliet (1994) darlegt. So sprachen sich damals 56% der Bürger tendenziell für eine Ausdehnung des flämischen ‚Substaates‘ bis hin zur Unabhängigkeit aus, während sich 44% tendenziell als Unitaristen zu erkennen gaben. Dabei lag eine deutliche signifikant positive Korrelation jeweils zwischen dem Bildungsstand und dem Sozialprestige der beruflichen Position auf der einen und dem Autonomiebestreben auf der anderen Seite vor. Letzteres wurde nicht nur überwiegend von Akademikern vertreten, auch überwiegend von Männern und überwiegend von Personen in der Altersklasse zwischen 36 und 45 Jahren, also bei gesellschaftlichen ‚Leistungsträgern‘ der beruflichen Sphäre. Und dieses Klientel ist auch in besonderer Weise politisch interessiert und somit, wie anzunehmen ist, hierin einflussreicher als das unitaristische Lager:

„Schließlich haben die Autonomisten das größte politische Interesse: 30,4% von ihnen sind politisch stark und nur 17,4% politisch schwach interessiert. Dagegen haben lediglich 19,5% der Unitaristen ein großes, dafür aber 33,5% ein geringes politisches Interesse (...) Insgesamt kann aus der Studie gefolgert werden, dass regionalistische und separatistische Tendenzen am ehesten bei Flamen mit hohem Bildungsniveau und verantwortungsvollen Tätigkeiten anzutreffen sind: Angehörigen gesellschaftlicher Eliten“ (Hecking 2002, S. 162 f.).

Der politische Einfluss der Eliten auf gesellschaftsverändernde Prozesse bis hin „zur Errichtung neuer Nationen“ dürfte unbestritten sein und das signifikant höhere politische Bewusstsein der flämischen Autonomisten unterstreicht die Legitimität und Wirkungsmacht des flämischen Nationalismus. Schließlich hat sich dieser nicht von ungefähr in Belgien mittlerweile fest in der politischen Sphäre etabliert, nachdem sich die flämische Bewegung lange als eine Art „außerparlamentarische Opposition“ verstanden hat (vgl. Hecking 2002, S. 163).

Pursey (vgl. 2001, S. 262) zeigt, dass in diesem Zusammenhang seit den 1980er Jahren aufgrund sozialer Veränderungen auch die Migrationsdebatte an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen hat, obwohl der allochthone Anteil der Bevölkerung seit jeher relational immer geringer war als in Wallonien und im Brüsseler Raum. Die zentrale Debatte in der Gesellschaft dreht

sich seither nicht mehr um allgemeine Wohlfahrtsproduktion und -verteilung, sondern darum, wer überhaupt grundsätzlich teilhaben darf. Diese Debatte wird angesichts des erwähnten Identitätsbewusstseins beinahe logisch mit dem Begriff der „kulturell-nationalen Eigenheit“ verknüpft, was wiederum zu einer verschärften Einwanderungskontrolle geführt hat. Ist der flämische Nationalismus hierfür auch die ideologische Basis, hat sich diese Entwicklung dennoch aufgrund sozialer Probleme zugespitzt. Denn seinerzeit gab es

„eine strukturelle Arbeitslosigkeit von einem großen Teil der Bevölkerung, insbesondere der allochthonen Mitbürger(), zum anderen eine Ohnmacht der Regierung, den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, was sich im Wahlerfolg rechtsorientierter Parteien niederschlägt (Pursey 2001, S. 263).

So verwundert es nicht, dass einer Studie der Europäischen Gemeinschaft zufolge 1989 bis zu 14% der Bevölkerung der Mitgliedstaaten sich „durch die Präsenz von Menschen anderer Nationalität, Rasse oder Religion beunruhigt“ sahen und Belgien hierbei zur Spitzengruppe zählte (vgl. Betz 1991, S. 44). Es wäre aber eben zu kurz gedacht, hieraus allein eine sozioökonomische Modernisierungsverlierer-These abzuleiten. Zwar ist der flämische Nationalismus, zumindest was das Element des Ethnozentrismus‘ angeht und hierin teilweise unterschwellig, nun auch ankopplungsfähig in den Kreisen der Modernisierungsverlierer, die häufig mit Migranten sozial und ökonomisch konkurrieren, aber als Basis des flämischen Rechtspopulismus muss man nach wie vor eher die (gebildete) Mittelschicht im Zusammenhang der kulturell-nationalistischen Perspektive betrachten. Zwar wiegt auch in diesen Kreisen im Rahmen sozialer Umwälzungen ein Stück weit das sozioökonomische Argument, weil viele um ihren Status fürchten (vgl. Betz 1991, S. 44), aber schwerwiegender dürfte eine allgemeine Skepsis gegenüber der Idee einer multikulturellen Gesellschaft sein.

Belgien reagierte jedenfalls auf die wirtschaftlichen Probleme der 1980er Jahre u.a. mit schnelleren Abschiebeverfahren, um auch an Anziehungskraft für Immigranten zu verlieren. Dennoch sah man sich innenpolitisch nun mit der Tatsache konfrontiert, dass nicht zuletzt im Zuge einer gescheiterten Arbeitsmarktintegration nun auch die soziale Integration von Immigranten zu einem großen Problem wurde. Und dieses Problem war nach der Staatreform von 1980 von der nationalstaatlichen auf die Ebene der regionalen Gemeinschaft übertragen worden (vgl. Pursey 2001, S. 268 f.). Trotz aller (Integrations-)Maßnahmen, die ergriffen wurden, läßt sich dieses Problem seitdem in Flandern immer wieder am Begriff der „kulturellen Eigenheit“ auf, dem „homogenen Gesellschaftsbild“ selbst oder gerade in der gesellschaftlichen Mitte, wie man mit Blommaert/Verschueren sagen könnte. Die Vorstellung einer ethnozentrischen kulturell-nationalen Konzeption ist demnach in der flämischen Bevölkerung stark etabliert. Und so sind dort

auch (kultur-)rassistische Auffassungen weiter verbreitet als in Wallonien (vgl. Pursey 2001, S. 289; vgl. Kapitel 3). Zugleich ist diese Differenz Teil des Abgrenzungsdiskurses zwischen den Regionen:

„Im Vergleich zu Flandern hat Wallonien eine längere Erfahrungsgeschichte mit Immigration und Assimilation. Rassistische Probleme werden somit in der offiziellen wallonischen Rhetorik als ein flämisches Problem betrachtet: Nach Auffassung von Martinello steht diese Auffassung im Licht der internen Auseinandersetzung zwischen Flamen und Wallonen. Die unterschiedliche Gangart im Umgang mit Migranten bekommt in Flandern den Anstrich einer ethnischen Angelegenheit, der im besonderen Maße begegnet werden muß, während in Wallonien die ökonomische Marginalisierung und soziale Benachteiligung für *alle* Einwohner Walloniens im gesellschaftlichen Alltag von Bedeutung sind (...)“ (Pursey 2001, S. 278).⁷

Hierin zeigt sich einmal mehr die weltanschauliche Unterscheidung zwischen einer eher sozialistischen Haltung Walloniens gegenüber der eher nationalistischen Haltung Flanderns. Hecking (vgl. 2002, S. 178 f.) erörtert in diesem Zusammenhang die identitätsstiftende gegenseitige Abgrenzung, die mit stereotypen Stigmatisierungen der anderen Seite einhergeht. In der Inside-Outside-Logik der flämischen Perspektive scheinen dabei teilweise Begrifflichkeiten durch, die in das Muster rechtspopulistischer Sprache passen. So wird die Sorge einer zunehmenden Verbreitung der Zweisprachigkeit in den Brüsseler Randbezirken, deren weiterer Französisierung, in bestimmten Medien „mit einem sich ausbreitenden Ölfleck“ verglichen. Die typische Metaphorik der kulturnationalistischen Ideologie also, ebenso typischerweise angeeignet von rechtspopulistischen Akteuren. Weiter wird sich in diesem nationalistischen Duktus auf die ‚Rechte der flämischen Sprache‘ berufen, ein Verständnis von der eigenen Sprache also offenbart, das dieses als eine schützenswerte wesenhafte Entität auffasst. In Bezug auf die flämischen Transferleistungen in Richtung Wallonien werden die Wallonen als „Sozialschmarotzer“ und „Faulpelze“ beurteilt, die nur eigene Interessen im Sinn hätten. Ferner wird ihnen die ‚linke‘ politische Haltung vorgeworfen, dass sie sich „im Würgegriff der PS und der Gewerkschaften“ befänden und somit „die herrschende Ideologie im Süden Belgiens der Sozialismus ist“. Dieses mehrdimensionale (Feind-)Bild hat sich verfestigt, obwohl in vielen wallonischen Wahlkreisen Liberale und Konservative immer wieder die Mehrheit erringen konnten. Es geht auch auf die Ereignisse rund um die Königsfrage zurück, „als König Leopold III. unter dem Eindruck zum Teil blutiger Massendemonstrationen in Wallonien zurücktrat“ und Wallonen als Streikende und Rebellen gesellschaftssprengende Umtriebe zugeschrieben wurden.

⁷ Vgl. Martiniello (1994)

Ein weiteres Stereotyp auch im Zeichen des Sozialismus-Vorwurfs ist das der angeblichen Antiklerikalität Walloniens.

Umgekehrt, durch die wallonische Brille, gelten Flamen bei Vielen als intolerante, diskriminierende, katholische, unsolidarische und/oder separatistische Extremisten, wobei das Bild des Kollaborateurs auch heute noch und im Gegensatz zum verklärten wallonischen ‚Widerstandskämpfer‘ den Flamen als Image zugewiesen wird.

Angesichts solcher Stimmungen in Belgien und des Eindrucks der Unversöhnlichkeit der Regionen ist der Erfolg einer Partei wie Vlaams Belang somit wohl insbesondere darauf zurückzuführen, dass sie bereits virulente Diskurse lediglich aufzugreifen brauchte, um sie an die Problemlagen anzukoppeln. Sie musste hierzu nicht mal mehr Geschichte vergegenwärtigen oder Erzählungen ‚erfinden‘ – all dies ist bereits in den Köpfen vorhanden. Diesbezüglich hat sich also offenbar ein kollektives Gedächtnis ausgebildet über so viele Jahrzehnte, dass eher von einem kulturellen Gedächtnis gesprochen werden muss. D.h. die Medien spielen wie gezeigt in dieser Hinsicht eine ganz zentrale Rolle.

Ein Zitat des ehemaligen Standard-Chefredakteurs Manu Ruys untermauert die Vermutung, dass eine tendenziös nationalistische und hierin Stereotypen bedienende Berichterstattung flämischer Medien im Kontext spezifischer Vorurteile und Einstellungen in der Redaktion zumindest nicht ausgeschlossen werden kann:

„(...) Die Wallonen waren ausschließlich an Wallonien interessiert. Ich habe sie oft gehört, oft mit ihnen über ihre Ziele gesprochen, sie oft manövrieren und manipulieren gesehen, um auch nur den geringsten Zweifel daran zu haben. (...) Wallonien hat kein Interesse an flämischer Freundschaft. (...) Wenn sich das wallonische Interesse mit den flämischen Interessen kreuzt, werden nicht Miteinander-Reden und Vergleich, sondern Konfrontation und Konflikt gewählt. (...) Die Wallonen verhalten sich nicht wie Landesgenossen“ (Ruys 1999, S. 198 f.; zit. nach Hecking 2002, S. 180).

Das Zitat entspricht der Feindbild-Rhetorik, die kennzeichnend für das (sprach-)nationalistische Topoi- und Metaphernsystem ist (vgl. Kapitel 2.4.2).

Und dennoch scheint der flämische Sprachnationalismus nicht so einfach per se mit den Kategorien des Rechtspopulismus in eins gesetzt werden zu können, gibt es auch im Lager der Sprachnationalisten Potenziale politischer Mäßigung im Sinne einer positiven Einstellung zur Demokratie und zum Erhalt Belgiens, wenn auch bei hohem Autonomieanspruch im Rahmen des Föderalismus‘. Dies ist aus dem politischen Programm der N-VA und deren Erfolg in der jüngeren Vergangenheit abzuleiten, während der Vlaams Belang als politischer Ausdruck der extremen Rechten an Macht eingebüßt hat und damit die Unkenrufe seit den 1980er Jahren,

Flandern könnte sich hin zur Eigenständigkeit in einer autoritären staatlichen Verfassung entwickeln, sich nicht bewahrheiteten. Hieran wird in Kapitel 5.5 angeknüpft.

5.4.2 Die Politisierung des flämischen Sprachnationalismus

Im Folgenden sollen jene institutionalisierten Kräfte im Zeichen des Sprachnationalismus und in der Tradition der Flämischen Bewegung grob skizziert werden, die in der jüngeren Vergangenheit bis heute politische Relevanz erlangt haben.

In Anlehnung an Klein kann die Festlegung der Sprachengrenze 1962/63 als ein grundlegendes Ereignis für die heutige Parteienlandschaft angesehen werden, da dies der Grundstein der Föderalisierung Belgiens und der Aufteilung in eine flämische, wallonische und deutsche Gemeinschaft war. Die Spaltung der Christdemokraten in eine flämische und eine wallonische Partei 1968 war dann so etwas wie ein einschneidender Akt der institutionellen Trennung flämischer und wallonischer Interessen. Andere Parteien folgten dem Muster, so dass ein Parteienkonföderalismus entstand, in dem der Sprachkonflikt jeweils innerhalb eines weltanschaulichen Spektrums aus einer jeweiligen regionalen Perspektive ausgehandelt wurde. Die („Schwester“-)Parteien navigieren dabei in ihren regionalen Kommunikationsnetzen und Öffentlichkeiten und das ethnische und kulturelle Interesse steht nun beidseitig in ständiger Konkurrenz zu einem gemeinsamen weltanschaulichen Interesse. Die regionalen Parteiableger fühlen sich im Zweifel der Region verpflichtet, weniger entsprechend ihrer jeweiligen Rason einer christdemokratischen, liberalen, sozialistischen oder grünen Ausrichtung Belgiens per se. Bis 2012 traten nur im Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) sowohl flämische als auch wallonische Parteien an (vgl. Klein 2011, S. 67). Die mittlerweile erfolgte Trennung entsprach einer Forderung vom Raad von State und ging mit einer institutionellen Krise einher. Heute gibt es noch in Brüssel flämische und wallonische Parteien, einige treten sogar mit gemeinsamen flämisch-wallonischen Listen an.

Die flämisch-nationalistische Gesinnung wird insbesondere beim Vlaams Belang offen zur Schau getragen. Diese war bereits 1979, als die Partei noch unter Vlaams Blok firmierte, die Kernideologie der Partei und findet sich deutlich formuliert auch in der Grundsatzerklärung von 2004 wieder, als sich die Partei mit verändertem Namen neu aufstellte:

„Die Partei ist eine flämisch-nationalistische Partei, ein Instrument für eine Politik der nationalen und kulturellen Identität Flanderns. Dies bedeutet, dass die Partei mit ihrer Politik dafür sorgen will, dass die kulturelle Identität und die Volksgemeinschaft (mit)bestimmend werden für die Einrichtung und Verwaltung des Staates. Der Staat ist lediglich eine Struktur und aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Volksgemeinschaft untergeordnet. Der Staat dient den Belangen des Volkes und

nicht umgekehrt.“

Die Popularität der Partei verweist damit auf die nationalistische Haltung bestimmter flämischer Bevölkerungsteile, ein Bewusstsein, indem eine in nationale Volksgemeinschaften aufgeteilte Weltordnung Zustimmung findet. Rhetorisch hatte man sich damit jedoch ein wenig von der für den Rechtspopulismus metaphorisch typischen Blut-und-Boden-Kopplung distanziert, die in einem Kongresstext von 1996 noch offen den völkischen Nationalismus des damaligen Vlaams Blok auswies.

„In groben Zügen kann gesagt werden, dass ein Volk die Gruppe ist, welche auf legitime Weise ein bestimmtes (Hoheits-)Gebiet bewohnt, eine gemeinschaftliche Geschichte und Abstammung hat, eine gleiche Kultur oder Wertmuster teilt und über ein gewisses Volkbewusstsein verfügt, ohne dass darum all diese Kriterien in gleich großer Maße erfüllt sein müssen.“

Entsprechend wird die flämische Volksgemeinschaft als eine Jahrhundert alte quasi-natürliche und reiche Kulturnation betrachtet, eine Art territoriales Produkt der europäischen Kulturgeschichte, erschaffen auf einem „Kontinent, der zeugt von einer großartigen, dramatischen Vergangenheit, in der einzigartige Werte zustande kamen“ (vgl. Jagers 2006).

Kaum verwunderlich, dass als Referenz für die beschworene Einzigartigkeit der Flamen der Diskurs um deren kontinuierlichen Befreiungskampf seit der Schlacht der Goldenen Sporen in Rechnung gestellt und am Leben gehalten wird. Der Nationalismus von Vlaams Belang äußert sich politisch entsprechend in einem kompromisslosen Kampf für flämische Unabhängigkeit mit dem offen propagierten Endziel der Auflösung des belgischen Staates, der als eine zufällige geschichtliche Konstruktion gesehen wird, dem das flämische Volk zum Opfer fiel. In dieser Opferrolle wird die flämische Identität als gefährdet angesehen, die es daher zu bewahren und zu stärken gilt – in letzter Konsequenz durch Gründung eines flämischen Staates. Die Bedrohung, so die politische Suggestion, ist aber nicht allein in der politischen Konstellation begründet, sondern basaler von allem Fremden ausgehend. So wird denn auch die Debatte um nicht-europäische Immigranten von Vlaams Belang unter dem Einfluss von Dewinter scharf geführt. Die Rede ist von der Überwindung des „multikulturellen Irrtums“ – ganz im Sinne der Terminologie von der Volksgemeinschaft, dem flämischen ‚Volk‘ als Schlüsselbegriff. Volk gilt als Gemeinschaftsform mit gemeinsamer Geschichte, Sprache, Kultur und Wertgrundlage, daher sei Belgien als Nation keine Volksgemeinschaft, sondern „ein unwahrscheinlicher Staat und eine unmögliche Nation“ (vgl. Jagers 2006).

In dem Diskurs des VB wird das Volk systematisch von ‚Anderen‘ abgegrenzt vor allem anhand zweier Scheidelinien. Erstens wird der Unterschied zwischen Flamen und Wallonen (oder

Frankophonen) betont, zweitens das Anderssein des flämischen Volkes als Träger einer westlich-europäischen Kultur bezüglich von Völkern anderer Regionen. Letzteres wird als Problem sozialer Ungerechtigkeit und Integrationsproblematik in politischen Losungen thematisch verarbeitet, um breite gesellschaftliche Schichten anzusprechen, wie folgende Beispiele zeigen:

“Die Armut bei *unserem Volk* wird unterschätzt und neue Initiativen sind zu sehr gerichtet auf den *Fremden*“,

“Immigranten haben auch ihre kulturellen, moralischen und spirituellen Hintergründe und Erwartungen. Diese sind, wie wir doch langsam erkennen sollten, nicht immer mit unserer Europäischen Zivilisation in Anklang zu bringen“.

„Aus einer Untersuchung der Katholischen Universität Löwen mit jugendlichen Marokkanern zeigt sich, dass sich die Meisten hauptsächlich als Marokkaner fühlen (...), dennoch finden 87 % der Jüngeren „Wahlrecht wichtig“. Gleichwohl will keiner auf seine marokkanische Identität verzichten: bei Familie und Freunden wollen sie über den Islam sprechen, die Sprache des Heimatlandes sprechen und Marokkanisch essen“ (vgl. Jagers 2006, S. 205 ff.).

Bachmann verweist darauf, dass der Vlaams Blok, den er als posttotalitäre Partei einordnet, ein utopisches Weltbild zu realisieren anstrebe, in dessen Zentrum eine Rassenhierarchie stehen soll, die Herrschaft also der Flamen und dietscher Ethnien (Niederländer, Buren) auf der Grundlage von Blutsverwandtschaft und Abstammung, die eine „organische Volksgemeinschaft“ bilden, „die sich auf einen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Naturbegriff stütze und deren Grundwerte Familie, Religion, Heimat, Arbeit und Pflicht darstellten. Diese Werte werden von einem repressiven ‚Gendarmen-Staat‘ durchgesetzt (...).“ (Bachmann 2011, S. 131).

Entsprechend findet im Parlament eine Sprach- und Identitätspolitik durch Vlaams Belang statt mit dem Ziel, die Ideologie politisch breit zu verankern. Wie dem Forschungsstand zum Rechtspopulismus in Belgien zu entnehmen ist, sind entsprechende politische Einstellungen aber durchaus in allen Parteien des rechten politischen Spektrums beheimatet. Es ist zudem auch deutlich geworden, dass sich andere Parteien, zumindest jene der politischen Mitte, von den Rechten vor sich hertreiben lassen und deren Themen gerne für die eigene Agenda aufgreifen. Offenbar nehmen sie einen Thematisierungsdruck seitens der Bevölkerung wahr und wollen dies und damit die Wähler nicht den Rechten überlassen. Das birgt natürlich die Gefahr, dass rechtspopulistische Themen in der Mitte nicht nur an Popularität zunehmen, sondern dort einhergehende Perspektivierungen ihre Legitimation erhalten, etabliert werden und sozusagen in gesellschaftliche *Norm*-alität transformiert werden. Die Hemmschwelle für solche Mechanismen ist relativ gering, weil der flämische Nationalismus mit seiner breiten Basis hierfür eine

hervorragende ideologische Basis bietet, wie gezeigt werden konnte. Es ist in diesem Zusammenhang vielmehr sogar anzunehmen, dass das Verhalten der politischen Mitte nicht allein wahltaktischem Kalkül geschuldet ist, sondern durchaus Orientierungen entspringen kann, die dem Spektrum des Rechtspopulismus zumindest nahe stehen. So kamen etwa Blommaert/Verschueren (1994) in ihrer Untersuchung über die diskursive Auseinandersetzung mit der Migrationsproblematik in Belgien zu dem Schluss, dass es auch in einem vermeintlich toleranten Milieu nicht wirklich eine überzeugende oppositionelle Haltung zum Thema gegenüber dem Vlaams Belang gäbe.

Dem entspricht, dass das 1988 eingerichtete für die Konzeption von Integrationsmaßnahmen verantwortliche und prinzipiell einwanderungsfreundliche Koninklijk Commissariaat voor het Migrantenbeleid (KCM) zwar nicht die Ausweisung von Migranten, aber quasi eine Assimilation an die ‚flämische Kultur‘ verlange, fasst Pursey (vgl. 2001, S. 274 f.) die Schlussfolgerung Blommaerts und Verschuerens zusammen.

„Beide Seiten sind nach Meinung der Autoren () dadurch gekennzeichnet, daß sie von einem homogenen Gesellschaftsbild und damit verbunden von statischen Kulturideologien ausgehen. Die Integrationsbemühungen des *KCM* sind keine tatsächlichen Alternativen zu den rechtsideologischen Vorstellungen des *Vlaams Blok*. Die Vorstellung der Integration ist für Blommaert und Verschueren geknüpft an die Bedingungen einer vermeintlichen belgischen Kultur (...) (Pursey 2001, S. 274).

Dies fiel in eine Zeit, als der Rassismus in der Gesellschaft durchaus ausgeprägt war und wechselwirkend auch innerhalb des damaligen Vlaams Blok die Flämische Frage verdrängte und zum politischen Durchbruch in der Zeit zwischen 1987 und 1991 führte (vgl. Zinell 2007, 275 ff.).

„Rassistische Parolen dürften das Rezept für Wahlerfolge gewesen sein, denn bei den Legislativwahlen von 1987 erlebte der Vlaams Blok seinen ersten großen Durchbruch und errang 4 Sitze im Provinz-Rat, 2 Sitze in der Kammer und 1 Sitz im Senat“ (Zinell 2007, S. 277).

Auch wenn die Studie von Blommaert/Verschueren (1994) und ihre Erkenntnisse in Belgien kontrovers diskutiert wurden, drängt sich insgesamt zumindest der Eindruck eines stark legitimierten Sprachnationalismus in Flandern und der breiten institutionellen Verankerung einer entsprechenden nationalistischen Identitätspolitik auf, an die rechtspopulistische Diskurse gut ankoppeln können. Die (politischen) flämischen Medien befördern teilweise wie gezeigt entsprechende Diskurse und ihre gesellschaftliche Verbreitung, so dass sich politische Aktivitäten und gesellschaftliche Einstellungsmuster wechselwirkend legitimieren und hierin zum jetzigen Stand der nationalen Narration den Sprachnationalismus perpetuieren. In diesem

Zusammenhang erhält die kontroverse Debatte um den Rassismus in Flandern in der jüngsten Vergangenheit Nahrung durch diesbezüglich durchaus ambivalente politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Einerseits besteht der Verdacht, dass die gegenwärtigen Migrationsbewegungen und einhergehenden Integrationsherausforderungen in Europa die Ressentiments gegen ‚Fremde‘ verstärken, was einer Partei wie Vlaams Belang eigentlich Zustimmung bringen müsste, andererseits ist dies gerade nicht der Fall, hat die N-VA ihnen im rechten politischen Spektrum eindeutig den Rang abgelaufen. Daher soll an dieser Stelle diese Partei näher eingeordnet werden.

Sie ging als national-konservativer und größter Flügel 2001 aus der Volksunie hervor und verortet auf ihrer Homepage ihre Wurzel selbst im „demokratischen flämischen Nationalismus“. Sie vertritt die nationalistische Haltung offen und definiert diese als nicht völkisch bzw. rassistisch:

„Unser Nationalismus ist kein exklusiver Nationalismus, keine Sache des Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die N-VA ist **eine einbeziehende Partei**, die auch Neuankömmlingen die Chance bietet, sich in unsere Gemeinschaft zu integrieren. Die N-VA ist eine der einzigen Parteien in Belgien, die es wagen, intensiv über Identität, Bürgertum, Gemeinschaft, Integration, Immigration usw. zu debattieren.

Dank der N-VA besitzt Flandern eine eigene Integrationspolitik, wie auch Deutschland. Das ist aber keine Assimilationspolitik. Den Schwerpunkt bilden Sprachkurse, Berufsausbildung und Beschäftigung sowie allgemeine Themen wie Gesetze, Institutionen, Normen und Werte, Rechte und Pflichten. Übrigens hat die N-VA auch Parlamentsmitglieder mit ausländischen Wurzeln, wie Zuhair Demir und Nadia Sminate. Sie beweisen, dass jede Person, die das will, die flämische Staatsbürgerschaft erwerben kann, ohne die eigene Identität zu verleugnen.“⁸

Die ersten Erfolge feierte die Partei als Kartell gemeinsam mit den Christdemokraten CD&V bei den flämischen Wahlen 2004, wo sie als stärkste Gruppierung hervorgingen. Diese Erfolge bestätigten sich 2006 auf lokaler und 2007 auf föderaler Ebene. Nach Beendigung des Kartells 2008 errang die Partei bei den Parlamentswahlen 2010 mit 17,4% der landesweiten Stimmen einen großen Erfolg und wurde zur stärksten Partei Belgiens. 2014 kam sie sogar auf 20,3%, hat also ihre Popularität noch gesteigert. Dies gilt natürlich im Grunde ausschließlich für Flandern, wo sie im Parlament auf 43 von 124 Sitzen kam, also mehr als ein Drittel der Sitze bei der Wahl errang.

Die Partei selbst proklamiert in ihren Grundsätzen⁹ Wirtschaftsliberalität auf der Basis einer starken Gemeinschaftsidentität und gibt das „Endziel“ aus, ein „unabhängiges Flandern als Mitgliedstaat von Europa“ zu erreichen. Dies soll sukzessive und demokratisch vorangetrieben werden, indem die regionalen Kompetenzen im Rahmen des Föderalismus oder eines

⁸ vgl. <https://deutsch.n-va.be/haufig-gestellte-fragen#ideology> (abgerufen am 16.11.2018).

⁹ vgl. <https://deutsch.n-va.be/haufig-gestellte-fragen#ideology> (abgerufen am 16.11.2018).

Konföderalismus ausgeweitet werden bis zur Auflösung der belgisch-staatlichen Klammer. Inwieweit diese Ausrichtung genügend gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren vermag und perspektivisch in der Tat in einen flämischen Nationalstaat münden wird, bleibt abzuwarten. Welche nationalistischen Potenziale hierfür gesellschaftlich vorhanden sind und inwiefern diese in die Begriffsdimensionen des Rechtspopulismus fallen, soll im Folgenden geklärt werden.

5.4.3 Die Vision vom flämischen Nationalstaat

Es ist anhand der historischen Analyse deutlich geworden, dass die geschichtlichen Zusammenhänge und Entwicklungen in Belgien ein starkes Bestreben seitens der Flamen nach politischer Unabhängigkeit hervorgebracht haben. Es ist mehr noch offenkundig, dass es gewisse Bemühungen und diesbezüglich einen umfassenden Rückhalt in der Bevölkerung gibt, die Autonomie Flanderns nicht nur zu verteidigen, sondern (im Sinne einer Konföderation) auszubauen. Eine ernstzunehmende Minderheit befürwortet sogar die Gründung eines eigenständigen Nationalstaates, obwohl dies im Konstrukt der Europäischen Union mit großen politischen Schwierigkeiten und Nachteilen verbunden wäre. Dem liegt im Sinne der These dieser Forschungsarbeit ein gewachsener Sprachnationalismus zugrunde, und zwar sowohl als ideologischer Kern als auch als politische Bewegung, der im zeitgenössischen Kontext der aufgebrachten Debatte um den Rechtspopulismus mit diesem oft gleichgesetzt wird. Doch sind die Flamen im Kontext ihres nationalen Habitus‘ und ihres auch damit verbundenen Autonomiebestrebens wirklich mehrheitlich Rechtspopulisten – selbst wenn es zu einem eigenen Staat käme?

Gewissermaßen könnte Flandern angesichts der beschriebenen Entwicklungen natürlich durchaus zur „verspäteten Nation“ werden. Der Begriff geht auf Helmuth Plessner (1959) zurück und ist eine Anspielung auf die deutsche Nationsbildung, die sich erst nach der Ära des republikanischen Zeitgeistes und daher nicht unter den Prämissen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit vollzog, sondern in einem autoritären Geist und dabei einem deterministischen Nationsbegriff unterlag. Deutschland in diesem Sinn wurde als Sprach- und Kulturnation festgelegt, in der der Begriff des Volkstums von einer zentralen Bedeutung war. Die Verknüpfung von Sprache, Kultur, Volk wurde somit zur gemeinschaftsstiftenden Idee des deutschen Nationalstaates unter einer autoritären Prämisse, entgegen dem staatsnationalistischen Konzept, dessen fortschrittliche politische Idee mit dem Parlamentarismus verknüpft war. Die in der deutschen Nationsbildung zur Geltung kommende sprachnationalistische Idee, das „Selbstverständnis einer Sprach- und Kulturnation“, ging der Gründung des Nationalstaats voraus, weswegen Stukenbrock (vgl. 2005, S. 50 ff.) von einem „nation-into-state“-Prozess spricht.

Dahingegen gab es ein solches Identitätskonstrukt vorab in England und Frankreich nicht, dort vollzog sich umgekehrt ein „state-into-nation“-Prozess, d.h. die Nation formierte sich in der Tendenz als eine voluntaristische politische Gemeinschaft und hierin als Staatsnation.

Vergleicht man diese Situation mit Belgien, ist zu konstatieren, dass auch dort nördlich der Sprachgrenze eine sprachnationalistische Ideologie und Bewegung soweit gediehen und institutionalisiert sind, dass eine „verspätete“ Sprach- und Kulturnation Flandern längst kein Hirngespinnst, sondern eine konkrete politische Vision ist. Die vielfach virulenten politischen Kampfformeln wie „Eigen Volk eerst“ usw., also durchaus rechtspopulistisches Vokabular, das ablesbar an den Wahlergebnissen erhebliche Bevölkerungsteile repräsentiert, belegt dies eindrucksvoll. Wie bei der deutschen Nationsgründung spielt die Verknüpfung von Sprache und Kultur sowie die Anbindung an den Volksbegriff eine bedeutende Rolle in dieser Entwicklung. Die Identitätspolitik der populären nationalistischen Akteure besteht seit den Anfängen der Flämischen Bewegung, die ja als Sprachbewegung ihren Ursprung nahm, in dieser Hinsicht nachweislich aus einer kommunikativen Verdichtung dieser Verknüpfungen. Zudem zielten die sprachpolitischen Maßnahmen und ihre gesellschaftlichen Realisierungen sukzessive auf eine kommunikative Vereinheitlichung und teils sogar Abgeschlossenheit des flämischen Sprachraumes, wo in Anlehnung an Deutsch „ein ausgedehntes Allzweck-Kommunikationsnetz von Menschen“ entstanden ist (vgl. Kapitel 2.2.3). Und zwar eines, das sich eben nicht auf Gesamtbelgien erstreckt, sondern sich vom Süden bewusst abgrenzt.

„Diese Verdichtung der Kommunikation ist sowohl Voraussetzung als auch Motor nationaler Bewusstwerdungsprozesse. Die Bedeutung einer vereinheitlichten Sprache für ein solches Allzweck-Kommunikationszweck erschöpft sich dabei nicht in ihrer stetig sich erweiternden Kommunikations- und Darstellungsfunktion. Im Zuge der Erweiterung ihres Verwendungsspektrums gewinnt sie auch auf der reflexiven Ebene an Prestige und steigert ihre die vertikale Schichtung durchdringende gruppenbildende Symptomfunktion. Dieser qualitative Unterschied zur Symptomfunktion von Vernakulärsprachen zur Zeit der universitären *nationes*, wo die vertikale Schichtung der Ständegesellschaft die Möglichkeiten einer alle anderen Bindungen und Loyalitäten übersteigenden, volkssprachlich verankerten Gemeinschaft ausschloss, ist eine wichtige Voraussetzung für ethnogenetisch funktionalisierte Sprachideologisierungen“ (Stukenbrock 2005, S. 55).

Stukenbrock (vgl. 2005, S. 61) spricht weiter von „Homogenisierungs- und Nationalisierungsverfahren“, wobei im deutschen Sprachnationalismus eben vor allem Sprache und Geschichte die „wichtigsten Paradigmen nationaler Identitätskonstruktion“ sind, die solchen Verfahren unterzogen wurden. Die historische Analyse der Flämischen Bewegung zeigt deutlich, dass dies analog auch für Flandern gilt, wo mit der zunehmenden Politisierung der Bewegung eine Identitäts- und Sprachpolitik betrieben wurde, die in weiten Teilen ideologisch und faktisch auf eine

solche abgrenzende Homogenisierung und Nationalisierung abzielte und hierin auch rechtspopulistische Einstellungen hoffähig machte.

Die Vorzeichen und Umstände dieser Prozesse unterscheiden sich zwischen Deutschland und Flandern allerdings eindeutig und dies spielt für die angemessene Erörterung des Rechtspopulismus in Flandern eine wichtige Rolle. Selbst wenn es, zu einer flämischen Staatsgründung kommen sollte, wäre die Frage, ob dies wirklich in jenem „autoritären Geist“ geschähe, der dem völkischen Nationalismus deutscher Prägung im Sinne der Basiserzählung für den Rechtspopulismus zu eigen wäre. Nach Letzterem sieht es zurzeit nicht aus, weil die treibenden Kräfte diesbezüglich geschwächt scheinen und die Programmatik der N-VA als derzeit starke nationalistische Partei dies jedenfalls nicht zwingend vermuten lässt (vgl. Kapitel 5.4.2). Selbst eine staatliche Unabhängigkeit Flanderns unter demokratischen Vorzeichen ist aufgrund der politischen Struktur und Kultur in Belgien und eben auch in Flandern sowie der parteipolitischen Machtverhältnisse nach jetziger Lage der Dinge stark anzuzweifeln.

5.5 Flämischer Sprachnationalismus im Spannungsfeld zwischen kollektiver Identitätsstiftung und Rechtspopulismus – zum Stand der nationalen Erzählung

Abschließend soll auf der theoretischen Folie und vor dem Hintergrund der historischen und gesellschaftlichen Umstände sowie anknüpfend an den Forschungsstand das Phänomen des Rechtspopulismus in Flandern gemäß der Forschungsthese eingeordnet werden. Dies geschieht insbesondere anhand der Betrachtung von zwei Definitionskriterien für den Rechtspopulismus: die kultur-(rassistische) Attitüde und damit zusammenhängend die völkisch-nationalistische Abspaltung als Volksgemeinschaft.

Es konnte gezeigt werden, dass die kollektive Identität der Flamen sehr stark durch die Sprachen- bzw. Flämische Frage genährt wurde und sich in diesem Kontext ein gewisser Sprachnationalismus und spezifisch selbst-bewusster Habitus ausgebildet hat. Dadurch und durch Verweise auf die geschichtlich geprägten entsprechenden Begrifflichkeiten wurde in verschiedenen (medialen) Thematisierungen zu Flandern die Assoziation erzeugt, die flämische Bevölkerung sei in größerem Umfang im ethnonationalistischen Sinne nationalchauvinistisch gesinnt und hierin als ein Synonym eines fortschreitenden Rechtspopulismus in Europa einzuordnen. Vor allem die relative Erfolgsgeschichte des Vlaams Belang, aber auch die separatistischen Kräfte aus Reihen der N-VA dienen als Indiz für diese These. Abschließend soll dies vor dem Hintergrund der Analyse angemessen überprüft und perspektivisch relativiert werden.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang u.a. die Frage, ob die niederländische Sprache, ursprünglich Gegenstand des Kampfes um die eigene kulturelle Identität, vordergründig heute als „Derivat der Rasse“ begriffen wird, wie Stukenbrock die entscheidende Differenz zwischen Sprachnationalismus und einem ethnisch völkischen Nationalismus im Sinne des Rechtspopulismus benennt (vgl. Kapitel 2.5).

Es muss zunächst festgestellt werden, dass als ein zentraler Kern der nationalen Narration und Sinnkonstruktion nicht nur der Flämische Nationalismus als solcher in seiner kontinuierlichen Bedeutung bis heute eine Rolle spielt, sondern dessen Ausdifferenziertheit in unterschiedliche und unterschiedlich radikale Lager. Es ist ein Erzählstrang der nationalen Narration erkennbar, der eine Identitätsgeschichte dokumentiert, in der verschiedene Abgrenzungsmechanismen, bei genauerem Hinsehen, nicht zwingend aggressiv nach oder gegen außen orientiert sind, sondern sich verstärkt auf die innenorientierte Konturierung des Selbstbildes beziehen. Auch mit der sukzessiven Politisierung der Flämischen Bewegung und der Vermischung mit völkischen und nationalchauvinistischen Motiven in bestimmten Kreisen wurde die Rückkopplung an ein solches Verständnis kultureller Identität niemals völlig obsolet, das ohne kulturrassistische Attitüde auskam.

Die allererste Wurzel des flämischen Nationalismus keimte schon in der Zeit vor 1840 im kleinbürgerlichen Bildungsmilieu und es handelte sich um das Bedürfnis nach einer kulturellen Identitätskonzeption, die immer auch auf soziale Anerkennung angelegt ist, und besaß emanzipativen Charakter. Dies ging zwar schon mit einem bescheidenen Streben nach mehr politischer Teilhabe und politischer Aufwertung der Sprache einher, stellte aber den frankophonen Status Quo damit nicht grundsätzlich infrage.

Der fruchtbare Boden für den Kampf um die eigene Sprachidentität wurde allerdings bereits vor 1830 bereitet, als im bildungsbürgerlichen Lager mit Verweis auf die eigene kulturelle Identität das Flämische an den Bildungsanstalten inklusive der Konzipierung flämischer Medienzeugnisse entgegen der vom niederländischen König Willem I. angestrebten „Holländisierung“ der Bildungssprache hochgehalten wurde (vgl. Kapitel 4.1.1.3). Damit kann auch der Verdacht zumindest bezweifelt werden, beim flämischen Identitätsbestreben handele es sich im Wesenskern seines Ursprungs um ein frankophobes Phänomen, das sich also per se gegen eine bestimmte Volksgruppe richtet und hierin rassistisch eingefärbt wäre.

Endgültig politisch wurde die Flämische Bewegung dann mit der Industrialisierung und der Verarmung Flanderns, als in Verbindung mit der Sprachdiskriminierung sich die Statussolidarität der sprachlichen Außenseitergruppe entwickelte und hierin die kollektive kulturelle Identität auch im Sinne einer „ethnischen Bewusstwerdung“ und Abgrenzung nährte (vgl. Kapitel

5.2). Dies sollte im Folgenden unterschiedliche radikale Strömungen der Bewegung und den Flämischen Nationalismus in unterschiedlichen Ausprägungen hervorbringen und unter den Flamen mehr oder weniger legitimieren.

Der wachsende Einfluss der Flaminganten mit Einführung des Allgemeinen Wahlrechts formte die Flamen zu einer Willensgemeinschaft, die fortan nicht nur um Individual- sondern um Rechte als Gruppe kämpfte und schon vor dem Ersten Weltkrieg den Keim der Regionalisierung pflanzte. Dies wiederum war der Nährboden für die Radikalisierung einer Minderheit wie den Aktivisten und ihrer Idee von der politischen Selbständigkeit. Ihnen spielten während des Ersten Weltkrieges die Deutschen mit ihrer Politik in die Karten, so dass die Aktivisten teils eine prodeutsche Gesinnung entwickelten. Auch die „Frontbewegung“ war Teil einer Radikalisierung der Flämischen Bewegung. Die gemäßigte Mehrheitsfraktion der Flaminganten um Frans von Cauwelaert, die sogenannten Kulturflaminganten, strebten nicht nach politischer Autonomie, wohl aber nach einem flämischsprachigen Flandern und hierin nach einer gleichberechtigten Situation mit dem frankophonen Wallonien. Unterstützt wurde dies von den politischen Katholiken, wobei es große Überschneidungen und vielfältige Verflechtungen gab. Und auch Medien wie „De Standaard“ forcierten dies und wurden Teil eines kulturellen Gedächtnisses.

Mit der Frontpartei, bestehend aus ehemaligen Mitgliedern der Aktivisten und der Frontbewegung, bekam dieses Ansinnen 1919 seinen völkisch radikalisierten institutionalisierten Gegenpart. Nun folgte eine Ära der sukzessiven Radikalisierung des Flämischen Nationalismus insgesamt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges im Sinne einer autoritär großniederländischen Orientierung und völkisch niederdeutschen Gesinnung unter dem Dach des VNV. In der heutigen Terminologie ließe sich von einer rechtspopulistischen oder sogar rechtsextremen Bewegung sprechen. Gewisse Gegenkräfte formierten sich aus dem katholischen Lager und hatten durchaus auch in den Reihen der Flämischen Bewegung, die ja katholisch geprägt war, einen mäßigenden Einfluss. Es war dann aber das Kriegsende, das den Flämischen Nationalismus zunächst in die Schranken wies. Dieser war nach dem Krieg mehr oder weniger diskreditiert, erholte sich aber schnell und fand mit der VU einen eher gemäßigten politischen Ausdruck. Dennoch hatte der radikale Teil der Flämischen Bewegung fortexistiert und nabelte sich dann als VB ab. Aus der VU ging der konservative Flügel als N-VA hervor und bildet bis heute den gemäßigeren konzertierten Gegenpart des VB innerhalb des institutionalisierten Flämischen Nationalismus und hat mittlerweile ein politisches Übergewicht erlangt.

Die Geschichte zeigt also, dass es immer unterschiedliche Formen und Ausprägungen des Flämischen Nationalismus gab. Insofern hat der flämische Regionalismus nachgewiesenermaßen

eine historisch begründete sprachnationalistische Gestalt mit nationalchauvinistischen Momenten, ein durchgängiges kulturrassistisches Muster und damit per se eine rechtspopulistische Attitüde kann dagegen in der Tendenz nur bei einer radikalen Minderheit attestiert werden – mit allerdings nicht geringem Einfluss auf die politische Debatte.

In Anlehnung an Purseys Untersuchung (vgl. Kapitel 3) ist eine kulturrassistische Attitüde eher bei Menschen mit niedriger Schulbildung und geringem Einkommen anzutreffen und bei Katholiken ohne wirklich feste Bindung zur Kirche (vgl. Pursey 2001, S. 289). Dies betrifft also nicht jene Milieus, dem gesellschaftliche Deutungshoheit zuzusprechen ist und stimmt nicht mit dem Wertekanon des (praktizierten) Katholizismus überein, der ja immerhin bis heute prägend für die flämische nationale Identität ist (vgl. Kapitel 4.2.5).

Dies spiegelt sich im Wählerklientel des Vlaams Belang wider, das nach Reuter traditionell aus Teilen des Kleinbürgertums besteht, aber seit den 1980er Jahren durch sogenannte Underdogs, seit den 1990er Jahren durch Teile ursprünglich christdemokratischer Wähler und seit den 2000er Jahren durch eine größere Anzahl früherer liberaler Wähler ergänzt wird. Gläubige Katholiken finden sich dagegen relativ selten in deren Anhängerschaft.

„Denn im Gegensatz zu den Niederlanden sind in Belgien nach wie vor noch Versäulungsstrukturen vorhanden; auch das kirchliche Leben spielt noch eine größere Rolle. Teils ist die Zugehörigkeit zur Säule an sich für die Vorbehalte gegenüber dem Vlaams Belang entscheidend, teils – und dies vor allem bei den praktizierenden Gläubigen – ist die Glaubenspraxis für die Ablehnung des Vlaams Belang entscheidend“ (Reuter 2009, S. 159)

Wenn die Trägerschichten des flämischen Nationalismus, wie aufgezeigt, eher die wertkonservativen katholischen sowie die Bildungsmilieus im Allgemeinen sind, zumindest jene außerhalb des linken Spektrums, aber diese trotz politischer Anstrengungen am rechten Rand in diese Richtung zwar nicht unerheblich kultur- bzw. sprachnationalistische Autonomisten und Regionalisten (vgl. u.a. Hecking 2002, S. 162), aber gemäß Purseys Studie weniger (kultur-)rassistisch orientiert sind, dann ist der sub-nationale Habitus der Flamen zwar in seinen sprachnationalistischen Merkmalen zu kennzeichnen, gleichwohl wird man diesem mit einer vereinfachten Schwarz-Weiß-Rhetorik so mancher Rechtspopulismus-Debatte und damit auch der Sache an sich nicht gerecht, offenbaren sich im Habitus auch nationalistischer Flamen durchaus feine Unterschiede zu jenen Definitionskriterien, die mit dem Begriff des Rechtspopulismus konnotiert werden. Möglicherweise handelt es sich bei nicht Wenigen in der Hinwendung zur eigenen Sprache und der Identifikation mit dieser sogar eher um einen gemäßigeren Sprachpatriotismus in Anlehnung an Gardt (vgl. Kapitel 2.4.1).

Gerade die N-VA und ihre Anhängerschaft ist mit einfachen Formeln nicht zu kategorisieren. Dies ist die Ansicht von der Populismus-Forscherin Sarah de Lange mit Blick auf eine umfassende aktuelle Studie zum Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa in den letzten Jahren.¹⁰ In Belgien wurde als eines der wenigen Länder der Einfluss der radikalen Rechten zuletzt zurückgedrängt. Grundlage dieser Erkenntnis ist die Einordnung der N-VA als tendenziell nicht rechtspopulistische Partei, deren Programm keine populistischen Formeln enthielte und stattdessen rationale Argumente beinhaltet, die auch darauf abzielen, die repräsentative Demokratie als politisches Modell zu verteidigen. Das Feindbild einer korrupten Elite, der man mit Volksabstimmungen begegnen will und damit ein typisches Definitionskriterium des Rechtspopulismus findet sich bei der N-VA nicht.

In die gleiche Kerbe schlägt vor dem Hintergrund der erörterten Definitionsspielräume bezüglich des Rechtspopulismus auch Rohtus:

„Man hat es in Flandern – dem ökonomisch stärksten und politisch einflussreichsten Teil Belgiens – also mit zwei aus der Flämischen Bewegung stammenden Parteien zu tun, über deren ideologische Standortbestimmung im rechten Lager diskutiert wird (wobei die Bezeichnung ‚rechts‘ anders als in Deutschland die ganze Spannweite von rechtsextrem bis Mitte-Rechts umfasst). Gemeinhin wird der VB als rechtsextrem und die N-VA als Mitte-Rechts (sozusagen ‚bürgerlich‘) bezeichnet“ (Rohtus 2019, S. 218)

Man kann insgesamt zu dem Schluss kommen, dass es ggf. drei Arten von Rechtspopulismus in Flandern gibt. Jenen (aus dem bürgerlichen Milieu), der in der Tat auf dem Sprachnationalismus basiert und Sprache nur als Synonym für Rasse begreift, jenen aus demselben Milieu, dessen nationalistischer Kern aber weniger völkisch und „patriotisch“ orientiert ist, sondern mit Siegemund (vgl. 1989) auf einem „rationalen“ Nationalismus basiert und hierin auf politökonomische Selbstbestimmung zielt, wobei durchaus nationalchauvinistische Charakterzüge im Selbstbild durchscheinen in der Weise, wie dies im Vergleich mit wirtschaftlicher und kultureller Leistungsstärke konnotiert wird und hierin wiederum – sozusagen durch die Hintertür – zumindest anfällig ist für kulturrassistische Untertöne. Programmatisch scheint diese Denkrichtung mit den Vorstellungen in den Kreisen der N-VA durchaus kompatibel zu sein, auch wenn deren Verständnis von Autonomie uneinheitlich sein mag. Und schließlich ist jener Rechtspopulismus (aus dem Arbeitermilieu und deprivierten Kreisen) zu konstatieren, der rassistisch daherkommt, eigentlich aber mit der Modernisierungsverlierer-These erklärbar ist, d.h. Migranten werden weniger wegen ihrer ethnischen Herkunft an sich als vielmehr als Konkurrenten

¹⁰ vgl. die Zeitung De Morgen, Wochenblatt „Zeno“ vom 24.11.2018

um Arbeitsplätze usw. abgelehnt, was dann aber durchaus ethnisch aufgeladen ist. Letzterer würde dann in einer prosperierenden Gesellschaft womöglich ‚verdampfen‘, während ersterer ein essentielleres Phänomen in der Weise darstellt, dass hieraus die Antriebskräfte für die Errichtung eines völkisch-homogenen Nationalstaates resultieren. Der „rationale“ Nationalismus dagegen scheint durchaus in gewisser Weise geeignet, sich gegen ein flämisches Nationbuilding zu sperren, wenn dies im europäischen Kontext einer ökonomischen Vernunft widerspräche und das Modell des Föderalismus oder ein bestimmter Konföderalismus aus dieser Perspektive sinnvoller erscheinen mag.

Umgekehrt zeigt sich in diesen differenzierten Deutungen der Erkenntnisse eben auch die grundlegende Schwierigkeit, gesellschaftlichen Phänomene wie rechtspopulistische Erscheinungen überhaupt in vereinheitlichenden Begriffen zu fassen und hierin gleichzustellen.

Im Zusammenhang dieser Analyse und der flämischen Identitätsentwicklung spitzt sich die gegenwärtige gesellschaftliche Situation trotz des flämischen Nationalismus und separatistischer Tendenzen nicht konsequent dahingehend zu, dass Flandern kurz vor der Staatsgründung in einer rechtsnationalen Verfasstheit und schon gar nicht im Zeichen einer rassistischen Selbstdefinition steht. Nicht nur, dass das rechte Lager hierin inhomogene Einstellungsmuster aufweist, dem steht ja auch das dominierende liberale Weltbild in der Bevölkerung entgegen.

Dieses Kapitel der nationalistischen Erzählung, die Enderzählung nach rechtspopulistischer Definition, wird vermutlich sogar nie geschrieben, zumindest gibt es aktuell verschiedene Uneinheitlichkeiten oder Gegenkräfte, die in der nationalen Narration von Bedeutung sind. Es gibt nicht die eine unangefochtene Mainstream-Erzählung. Und in diesem Zusammenhang ist auch der flämische Habitus als vielschichtig zu betrachten, scheint dieser eher wenig durch ein kriegerisch-aggressives Moment bestimmt zu sein, wie man dies im Sinne des Rechtspopulismus erwarten würde.

Vor diesem Hintergrund ist jedenfalls zu verstehen, dass das belgische Perpetuum Mobile aus Konflikt und Kompromiss (vgl. McRae 1986) bis heute in der Weise funktioniert, dass ein eigener Nationalstaat Flandern zwar immer mal wieder als Vision am Horizont auftaucht, einer faktischen Umsetzung dieser Vision aber bis dato der konsequente politische und vor allem gesellschaftliche Antrieb fehlt.

Hierin hat sich die Situation seit 1986 wenig geändert, als McRae (vgl. 1986, S. 323) zwar im Vergleich zur Schweiz ein hohes interethnisches Konfliktaufkommen attestierte, aber zugleich auch im Vergleich etwa zu Zypern oder Nordirland die großen Kapazitäten des politischen Systems herausstrich, eine Eskalation im Sinne einer Radikalisierung (im rechtspopulistische Sinne) zu verhindern.

„Any adequate theoretical summary of the Belgian case must account satisfactorily for both of these dimensions, for the presence of conflict as well as for its limits“ (McRae 1986, S. 323).

Die politische Kultur Belgiens steht also für beides, die Etablierung eines zentrifugalen Nationalismus in den Regionen und eine Korkondanzdemokratie mit langem Atem.

Man darf nicht vergessen, dass nicht nur der flämische Nationalismus auf eine lange historische Linie verweisen kann, sondern eben auch die Fähigkeit der Belgier zum Kompromiss mit dem jeweils anderen Landesteil.

So konstatiert Roctus, dass trotz der „bipolaren antagonistischen Struktur“ und der einhergehenden jeweiligen geschlossenen „Nationalkulturen“, die sich im Staat gegenüberstehen,

„(a)uch in Belgien noch Bindezeichen (bestehen), wie die historische Erfahrung des Zusammenlebens von Flamen und Wallonen seit vielen Jahrhunderten, auch in ‚prä-belgischen‘ Strukturen, der Glauben an eine durch Kompromißbereitschaft gekennzeichnete politische Kultur und die wirtschaftlichen Verflechtungen“ (Roctus 1998, S. 7).

Daran anknüpfend konstatiert auch Reuter trotz des von ihm ausgemachten „Protestkontinuums“ vor allem auf flämischer Seite, dass der wallonisch-flämische Antagonismus zwar zu einer noch umfangreicheren politischen Kompetenzverlagerung in die Region führen wird, „Belgien als solches“ aber sehr wahrscheinlich weiter bestehen wird (vgl. Reuter 2009, S. 145).

„Der bindende Kitt ist in Belgien immer noch die Monarchie, flankiert von einer übergreifenden belgischen Elite. Diese wird ihre verbliebenen Möglichkeiten im politischen und wirtschaftlichen Leben für den Erhalt des Landes einbringen“ (Reuter 2009, S. 145).

Bedeutend ist zudem, und das spricht nicht zuletzt gegen einen ausufernden Rechtspopulismus unter den Flamen, die Motive für einen eigenen Nationalstaat, sei es durch Abspaltung oder die Hintertür eines Konföderalismus, wie es auch führende Vertreter der N-VA im Sinn haben, können durchaus auch lösgelöst von einer ethnonationalistischen Perspektive betrachtet werden und einen gewissen ‚emanzipativen‘ Charakter haben.

Roctus (vgl. 2009, S. 68) resümiert jedenfalls, dass der Föderalismus in Belgien sein Ziel verfehlt hat, die Konflikte der Sprachgemeinschaften grundlegend zu befrieden.

Er verweist auf den Unwillen der frankophonen Politiker, den flämischen Bedürfnissen durch angemessene Reformen der föderalistisch begründeten Immobilität entgegenzukommen und damit deren Gefühl der Benachteiligung angemessen zu begegnen. Diese empfänden ein politisches System als ungerecht, in dem die numerische Minorität ihnen ihren Willen aufzwingen kann und ihnen die frankophone Presse gleichzeitig häufig mit dem stereotypen Vorurteil der Intoleranz begegnet. Dies wiegt angesichts der Sprachidentität der Flamen insofern umso

schwerer vor dem Hintergrund, dass in den flämischen Schulen auch obligatorisch Französisch gelehrt wird, in den wallonischen Schulen Niederländisch als Sprache der ökonomischen Leistungsregion Belgiens dagegen kein Pflichtfach sei. Auffällig ist zudem, dass es föderale Minister gibt, die kaum Niederländisch sprechen.

Es gibt also durchaus sowohl ein nachvollziehbares rationales Kalkül im wirtschaftlichen Sinne als auch ein in der flämischen Identitätskonzeption, die ohne den Sprachkonflikt ja nicht so nicht wäre wie sie ist, wurzelndes Unbehagen, die dem flämischen Nationalismus Nahrung geben – Gründe mit durchaus ‚emanzipativem‘ Charakter, jedenfalls solche, die nicht zwingend ohne weiteres als rechtspopulistisch gebrandmarkt werden können.

Dafür spricht auch, dass die Konfliktaustragung als Teil der flämischen Identität, in ihrem Ursprungsmoment nicht an einen Überlegenheitslogos gekoppelt ist, sondern an den Emanzipationskampf und der flämische Nationalismus hierin bis heute an eine positive Erzählung gekoppelt werden kann.

„Schließlich wurde der flämischen Mythologie zufolge das flämische Volk aus dem Sprachenstreit, aus der Abgrenzung zum frankophonen Belgien geboren. Dies impliziert zugleich, dass es ohne die Staatsgründung Belgiens kein Nation-Building in Flandern gegeben hätte. Damit entstand auch der flämische Regionalismus aus einem defensiven Reflex: Dem Kampf gegen die Diskriminierung durch die Französischsprachigen, denen gegenüber man sich entlang kulturell-sprachlicher Linien abgrenzte“ (Hecking 2002, S. 158).

Und so entstand und legitimierte sich einhergehend mit dem Regionalismus das kollektive Identitätskonzept der Flamen in einer Weise, die sich durchaus als sperrig erweist, um als stereotypes Beispiel für den völkischen Nationalismus im Sinne des Rechtspopulismus herzuhalten. Es ist beispielsweise auch nicht zu erkennen, dass die Flamen im Allgemeinen dem Führerprinzip huldigen und keineswegs eindeutig, dass die Autonomisten eine autoritäre Staatsform anstreben. Es fehlt auch, nach der innerbelgischen Überwindung der ‚Fremdherrschaft‘ durch die frankophone Elite, innerhalb Flanderns das rechtspopulistische Kernelement, dass primär eine gesellschaftliche Elite als Feindbild konstruiert und bekämpft wird. Teile einer solchen Elite sind selbst die Initiatoren des Autonomiestrebens.

Auch mangelt es gesellschaftlich und politisch in der Breite an einer letzten Konsequenz, eine über die Maßen aggressive Loslösung- oder gar Expansionspolitik etwa gegenüber den Wallonen zu realisieren.

Womöglich würde man zudem in einem eigenständigen Staat Flandern die Auseinandersetzung mit den Wallonen sogar vermissen, sich quasi als ‚besserer‘ Teil Belgiens zu betrachten.

Ein solcher Chauvinismus schwingt in vielen Debatten und politischen Diskursen im flämischen Kommunikationsnetzwerk mit, dennoch wirkt der flämische Sprachnationalismus in seiner expansiven Machtexpansion heute durchaus insofern ein Stück weit gesättigt und hierin moderat, dass dieser rational Vorteile des belgischen Status Quo mitbedenkt. Sicher, das erkämpfte politische Terrain im föderativen System wird man kaum preisgeben und der Regionalismus scheint nicht nur fest zementiert, sondern wird sich vermutlich sogar noch verschärfen, aber die Szenerie eines rechtspopulistischen Sumpfes, wie es einige Perspektiven über die Flamen anmuten lassen, bedeutet dies vor dem Hintergrund der komplexen historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge keineswegs zwingend.

Der flämische Nationalismus scheint vielmehr auch heute durchaus noch stark kulturell ausgerichtet im Sinne der anfänglichen flämischen Bewegung und des Kulturflamingantismus bzw. in mehrere Strömungen ausdifferenziert, ohne dass der Kulturbegriff per se zwingend als kulturellassistisch zu begreifen wäre, wie dies Einstellungen im Rahmen der Rechtspopulismus-Definition zuzuschreiben ist.

Diese relativierende Einschätzung ist auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedingungskontexte der verwandten ‚Nationalisierungsprozesse‘ in Deutschland und Flandern zu betrachten.

Die Bedingungen im historisch-nationalistischen Narrativ der Flamen lassen deren nationale Identität und Nationalismus weit weniger politisch inkorrekt erscheinen, als dies etwa für nationalistische Diskurse im heutigen Deutschland gilt, die weniger auf emanzipative historische Referenzen verweisen können, sondern im Gegenteil die Konnotation des Barbarischen in sich tragen. Und genau hierin liegt der große Unterschied zwischen dem modernen Nationalismus in Flandern als eine Art legitimer politischer Mainstream, legitimiert durch den Opfermythos der durch die ‚Anderen‘ benachteiligten Sprachgemeinschaft, und jenem in Deutschland, der immer im Verdacht steht, eine Affinität zum Nationalsozialismus zu besitzen oder ein Gemeinschaftsmodell und -bewusstsein reaktivieren zu wollen, das die Konnotation der deutschen Schuld und somit die Abkehr der Aufarbeitung und Sühne in sich trägt. Daher ist es längst politischer und gesellschaftlicher Mainstream in Deutschland, im Zusammenhang einer sozialisatorisch geprägten Sensibilisierung für das Thema vor allem seit der 68er Ära, nationalistische Ideen und Diskurse zu brandmarken. In einem Klima liberaler und weltoffener politischer Debatten gelten mitunter heute schon solche Positionen als rechtspopulistisch, die vor Jahren nach als konservative Einstellungen durchgegangen wären. Oder um es plakativ zu beschreiben: Eine Partei wie die N-VA, die in Deutschland mit ihrer nationalistischen Programmatik sicher als rechtspopulistisch geächtet würde, vertritt in der flämischen Perspektive wohl eher

konservative Werte, die aus dem flämischen Nationalismus abgeleitet werden und hierin umfassend unter den Flamen legitimiert sind. Selbst (kultur-)rassistische Tendenzen einzelner Politiker dieser Partei sind keineswegs ein eindeutiger Hinweis darauf, dass dies per se auf die Programmatik der Partei oder deren Wähler zutrifft.

Damit ist das eine – als vorerst letzte Episode einer emanzipativ gedeuteten nationalistischen Narration – aber teils mehrheitsfähig, weil es nicht zwingend im Widerspruch zum Etikett der politischen Korrektheit steht, während das andere zum jetzigen Zeitpunkt in der Mitte der aufgeklärten und liberalen Gesellschaft (noch) abschreckend wirkt und durch die tendenzielle Deutungshoheit von politischen Mitte-Links-Konstellationen auch medial (noch) in Schach gehalten wird. Vorsicht scheint allerdings geboten, ideologische eingefärbte Deutungsmuster, und seien sie moralisch noch so gut gemeint, neigen zu blinden Flecken und Denkverboten und züchten jene Extreme am äußeren Rand heran, die sie zu vermeiden gedenken.

Jedenfalls ist der Legitimitätsunterschied des heutigen Nationalismus zwischen flämischen und deutschen Köpfen eindeutig historisch begründet, ist der zugrundeliegende Mechanismus mit den theoretischen Bausteinen dieser Arbeit soziologisch erklärbar. Ein deutscher Fingerzeig auf die Flamen als Volk mit vermeintlich rechtspopulistischer Neigung muss daher zumindest so lange als undifferenzierter Vorwurf betrachtet werden, so lange dieser mit den Begrifflichkeiten unangemessen operiert und die gesellschaftliche Hintergründe im Detail unzureichend reflektiert und in Rechnung gestellt werden.

Aus diesem Bewusstsein der ‚emanzipativen‘ Selbstwerdung heraus speist sich die moralische Integrität der kulturellen Identität der Flamen, leiten sie gewissermaßen in enger Beziehung zu ihrer Sprache und Sprachgeschichte das Recht ab, eine ‚Eigenheit‘ zu reklamieren und hierin einen selbstbewussten ‚nationalen‘ Habitus zu pflegen – auch als Unterscheidungsmerkmal insbesondere zu den Wallonen. Man darf diese nationalistische Haltung jedoch nicht mit (Kultur-)Rassismus gemäß der Definition zum Rechtspopulismus per se gleichsetzen, auch wenn entsprechende Übergänge allzu leicht herstellbar sind und auch vollzogen werden, insbesondere im Dunstkreis des Vlaams Belang, zumindest implizit teilweise auch in anderen politischen Lagern.

Eine differenzierte Sichtweise ist insbesondere der deutsche Perspektive nahezulegen, die nachvollziehbarer Weise ihre eigene Geschichte in der Beurteilung nationalistischer Strömungen in Rechnung stellt und in diesem Zusammenhang ein sehr kritisches Verhältnis selbst zum Begriff der nationalen Identität hat.

Berücksichtigt man all dies, sind die Flamen keineswegs ein eindeutiges Paradebeispiel für den modernen europäischen Rechtspopulismus und schon gar nicht für die sogenannten Neuen Rechten.

Letztlich ist der Rechtspopulismus in Flandern unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung Belgiens und der gesellschaftlichen und politischen Konstellation bei genauer Betrachtung wie in den meisten demokratisch verfassten Gesellschaften ein Minderheitenphänomen.

6 Fazit

Die vorliegende Arbeit hat den Fokus auf unterschiedliche gesellschaftliche Erscheinungsformen im flämischen Teil Belgiens gerichtet, die im Allgemeinen mit dem Begriffen Nationalismus und/oder Rechtspopulismus assoziiert werden. Dabei ist zurückgegriffen worden auf eine Definition des Rechtspopulismus, die diesem ein ethnisch-nationalistisches Konzept des Denkens als Kernelement zuweist und dies als Grundlage sozial-moralischer Einstellungen und politischen Wirkens der Anhänger und Akteure betrachtet.

Damit hat sich das Forschungsinteresse an einen internationalen Diskurs angekoppelt, der nicht zuletzt im Zusammenhang der weltweiten Migrationsbewegungen und damit ethnischer Begegnungen und Vermischungen innerhalb von Gesellschaften hochaktuell ist. Das Aufkommen und Erstarren ethnisch-nationalistischer Kräfte vor allem auch in europäischen Staaten wird dabei häufig in den Zusammenhang von Modernisierungsprozessen im Zeichen der Globalisierung gestellt, um hierin Erklärungsmuster über nationale Grenzen hinweg anzubieten, die letztlich zu undifferenziert sind, um das Phänomen im nationalen Einzelfall in all seinen Facetten angemessen zu erfassen. Es ist zu einfach, die Popularität rechtspopulistischer Parteien damit zu erklären, dass sie vermeintlich bei bildungsfernen „Modernisierungsverlierern“ mit einfachen Parolen im Sinne von Protektionismus und Kulturrassismus punkten können, weil jenen im Zuge der globalisierten Kapital- und Arbeitszusammenhänge traditionelle ökonomische und soziale Identitätsanker und Sicherheiten abhanden gekommen sind und Immigranten etwa als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wahrgenommen werden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurde die These aufgestellt, dass sich der flämische Nationalismus und – hiervon durchaus unterscheidbar – der Rechtspopulismus weit differenzierter darstellen, was mittels einer weitreichenden Aufarbeitung der nationalen Entwicklungen und nationalistischen Ausprägungen im niederlandophonen Teil Belgiens in einen umfassenden historischen und gesellschaftlichen Begründungszusammenhang gestellt und überprüft wurde. Damit sollte also auch der Nachweis geführt werden, dass es sich bei den flämischen Rechtspopulisten im weitesten Sinne keineswegs nur um die „üblichen Verdächtigten“ handelt, sondern dieses Phänomen tiefgreifende gesellschaftliche Ursachen und Wurzeln hat, die man begreifen muss, um sich angemessen mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ferner sind entsprechende Konnotationen in diesem Zusammenhang zu hinterfragen. Zu der entsprechenden internationalen Debatte um den Rechtspopulismus will diese Analyse einen entsprechend fundierten Beitrag leisten.

Zu diesem Zweck ist im ersten Schritt eine theoretische Folie entwickelt worden, die einerseits die mit der These der Arbeit verbundenen zentralen Begrifflichkeiten in ihrer

problemerkärenden Essenz detailliert erlăutert hat. Andererseits sind diese in einen Erklărungs-zusammenhang gestellt worden, der dem Prozesscharakter des Forschungsgegenstandes gerecht wird – einem Gegenstand, der als soziales Phänomen nicht nur das Ergebnis eines gegenwärtigen sozialen Kontextes und einer sozusagen akuten Gemengelage ist, sondern historisch darüber hinausweist und gewachsene (Konflikt-)Strukturen besitzt. Und diese Strukturen sind nicht nur für sich genommen zu verstehen in der Weise, dass sie bestimmte soziale Konfigurationen und Handlungszusammenhänge begründen, sondern tiefergehend auf Basis eines kollektiven Gedächtnisses in kollektive und kulturelle Identitätskonzepte einfließen. Flämischer Nationalismus und Rechtspopulismus sind somit aber einzigartig und ohne Kenntnis der flämischen Historie weder zu verstehen noch angemessen zu erklären.

Demgemäß war es im zweiten Schritt unentbehrlich, mit engem Bezug zur These zunächst die (Vor-)Geschichte Belgiens in ihren zentralen Entwicklungen aufzuschlüsseln und hieraus im dritten Schritt die flämisch-nationalistischen Basiselemente abzuleiten und ihrerseits im Zusammenhang der These zu erlăutern.

Im vierten Schritt schließlich wurden die Bausteine und Erscheinungsformen des flämischen Nationalismus und Rechtspopulismus daran anknüpfend auf der theoretischen Folie gemäß der These erlăutert, um diese hierin zu bestätigen. Damit ist an dieser Stelle vorweggenommen, dass die nationalistischen und rechtspopulistischen Phänomene in ihrer Gesamtheit und einzeln betrachtet aus der historischen Kontinuität des flämischen Nationalismus und der Flämischen Bewegung als deren essentiellen Träger abzuleiten sind. Am Anfang stand mit der Staatsgründung Belgiens 1830 zunächst die staatsnationalistische Konzeption, zwei Sprachgemeinschaften miteinander in einem State-Into-Nation-Konzept vereinigen zu wollen, deren grundlegender Konstruktionsfehler es war, hierfür auf keine tragfähigen positiven wechselseitigen Identifikationsfaktoren verweisen zu können, die ein fruchtbarer Nährboden für ein belgisches Nationalgefühl gewesen wären. Was Wallonen und Flamen verband, war die jeweilige Ablehnung der Abhängigkeit von den nördlichen protestantischen Niederlanden innerhalb des gemeinsamen Königreiches. Dies war zwar der Impuls für die Staatsgründung Belgiens, taugte aber wenig für eine nachhaltig nationalistische Narration zur Festigung Belgiens als imaginierte Gemeinschaft. Gerade in der Diglossiesituation war bereits die Spannung einer ethnischen Separation und Bewusstwerdung der Flamen angelegt, die im Zuge der Machtdysbalancen zwischen frankophonen und niederlandophonen Belgiern ihren Lauf nahm. Aus der sozialen Statussolidarität heraus wuchs in Flandern nicht nur die Abneigung gegen die Wallonen, sondern insgesamt auch jene gegen den belgischen Staatsnationalismus. Dass sich der entwickelnde flämische Nationalismus daher nun in seiner ethnischen Prägung auf das kulturnationalistische Konzept nach

deutschem Vorbild bezog, war gewissermaßen die logische Konsequenz. Die Narration von der flämischen Nation, weist entsprechend bis heute deutliche Parallelen auf zum Nationbuilding Deutschlands im 19. Jahrhundert, die institutionalisierte Regionalisierung und ständig zuge-spitzte Föderalisierung und Autonomisierung weisen ebenso in diese Richtung. Sofern Flandern den letzten Schritt hin zu einem eigenen Staat eines Tages gehen sollte, wird es sich in der Tat um eine „verspätete (Staats-)Nation“ handeln. Im Rahmen der föderalen Konstruktion Belgiens ist die regionale Autonomie heute schon so groß und monolingüistisch definiert, dass Flandern als imaginäre Gemeinschaft bereits alle Elemente einer Nation im kulturnationalistischen Sinne in sich trägt. Diese Entwicklung aber, etwa auf der Folie der deutschen Geschichte, als Synonym für eine in weiten Teilen rechtspopulistische Gesellschaft einzuordnen, wäre unkorrekt. Beim kritischen Blick auf das flämische kulturnationalistische Konzept durch die heutige ‚deutsche Brille‘ läge vermutlich und verständlicherweise die Tendenz einer bestimmten ablehnen-den moralischen Lesart nahe. In Rechnung gestellt werden muss hierbei, dass die Erfahrung des Ersten Weltkrieges und insbesondere des Nationalsozialismus die ursprüngliche kulturnationalistische Selbstdefinition in Deutschland diskreditiert hat und in Deutschland selbst der Begriff der nationalen Identität negativ im Sinne einer sozialen Konstruktion mit aggressiver Abgrenzungstendenz besetzt ist.

In der durch Politik und Medien getragenen nationalen Narration Deutschlands dominierte seit dem Zweiten Weltkrieg daher die Idee vom kulturellen Universalismus, Denken und Fühlen in nationalen Kategorien wird seitdem in unterschiedlichem Ausmaße in vielen gesellschaftlichen Diskursen skeptisch gesehen oder mit Verweis auf die durch aggressiven Nationalismus geprägte deutsche Vergangenheit sogar als illegitim abgelehnt, wenn dies im Sinne einer positiven Identifikation gemeint ist.

Aus einer solchen Perspektive heraus müsste ein positives nationales Identitätsempfinden der Flamen und erst Recht der flämische Nationalismus verdächtig erscheinen und beinahe zwangsläufig Rechtspopulismus-Assoziationen hervorrufen. Eine solche Perspektive würde allerdings verkennen, dass die historischen Referenzen hierfür eben nicht die deutsche Geschichte und nationale Narration ist, sondern die belgische. Und diese konnotiert den aus der flämischen Bewegung heraus entstehenden flämischen Nationalismus tendenziell positiv, d.h. der dominante Erzählstrang des flämischen Nationalismus ist die Geschichte von der (Sprach-)Emanzipation, Selbstwerdung und Stärke der Sprachgemeinschaft und dieses Selbstkonzept richtet sich keineswegs, trotz der identitätsimmanenten Abgrenzungslogik, auch nur annähernd aggressiv gegen andere Gruppen, wie dies in Deutschland mit seinem seinerzeitigen militaristischen Habitus der Fall war. Es erscheint m. E. aufgrund des moralisch aufgeladenen Themas an dieser

Stelle wichtig, auf solche Differenzierungen hinzuweisen, um den Blick auf den Erkenntniszusammenhang nicht zu trüben.

Gleichwohl galt und gilt vielen flämischen Nationalisten das frühere kulturnationalistische Konzept Deutschlands als Vorbild, gab es immer auch Radikalisierungen im nationalistischen Milieu, so dass der flämische Nationalismus immer schon in unterschiedliche Fraktionen ausdifferenziert und ambivalent und natürlich auch ein Nährboden für Rechtspopulismus war.

Stellt man die gesellschaftshistorischen Zusammenhänge in Rechnung und betrachtet die Prozesse kollektiver Identitätsbildung ohne moralische Voreingenommenheit auf der Folie einer gängigen Rechtspopulismus-Definition, kommt man zu dem Schluss, dass die Flamen eine hohe Identifikation innerhalb ihrer Sprachgemeinschaft aufweisen, einen spezifischen Habitus ausgebildet haben und etwa die Hälfte der Bevölkerung hieraus ein sprachnationalistisches Bewusstsein entwickelt hat im Sinne der Anhängerschaft entsprechender politischer Akteure. Dieser Nationalismus geht aber mehrheitlich keineswegs zwingend mit einer kulturellrassistischen Attitüde als ein Synonym für Rechtspopulismus einher. Bedenkt man weiter, dass die andere Bevölkerungshälfte Flanderns trotz ihrer Sprachidentität keineswegs unbedingt flämisch nationalistisch denkt, sondern (auch) ‚belgisch‘ und unitaristisch eingestellt ist und zudem große Teile gläubiger Katholiken keine kulturellrassistische Haltung an den Tag legen – und der Katholizismus wie gezeigt als identitäre Wertebasis der Flamen angenommen werden kann – dann muss der Rechtspopulismus in Flandern, sofern diese Faktoren als Definitionskriterien zugrunde gelegt werden, entgegen mancher Verdächtigung als ein Minderheitsphänomen eingestuft werden.

Oder anders gesagt: Der Regionalismus in Flandern mit seinen sprachnationalistischen Zügen ist auf Grundlage dieser Untersuchung überwiegend nicht mit Rechtspopulismus zu verwechseln.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1975): Schuld und Abwehr. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Band 9/2. Berlin.

Anderson, Benedict (2006): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt/New York.

Assmann, Jan (1997): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erneuerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München.

Bachmann, Klaus (2011): Vergeltung, Strafe, Amnestie. Eine vergleichende Studie zur Kollaboration und ihrer Aufarbeitung in Belgien, Polen und den Niederlanden. Frankfurt/M.

Bär, Jochen A. (2000): Nation und Sprache in der Sicht romantischer Schriftsteller und Sprachtheoretiker. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin/New York, S. 199-228.

Baeva, Gergana (2014): Nationale Identität als Medieninhalt. Theoretische Konzeption und Empirische Messung am Beispiel Bulgariens. Baden-Baden.

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg.

Balibar, Etienne (1991): Rassismus und Nationalismus. Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie, in: Ders./Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg. S. 49-106.

Bauer, Werner T. (2010): Rechtspopulismus in Europa. Bonn, unter <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf> (abgerufen am 17.05.2016).

Bauer, Werner T. (2011): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Wien, Aktualisierte Fassung, unter: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_/6_europa/Rechte_Parteien.pdf (abgerufen am 10.08.2017).

Baumann, Zygmunt (2000): Vom Nutzen der Soziologie. Frankfurt/M.

Betz, Hans-Georg (1991): Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44. S. 3-14.

- Beyme, Klaus von (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie? Wiesbaden.
- Billig, Michael (1995): Banal Nationalism. London/Thousand Oaks/New Delhi.
- Blommaert, Jan/Verschueren, Jef (1994): Antiracisme. Antwerpen.
- Bossong, Georg (1994): Sprache und regionale Identität. In: Bossong, Georg/Erbe, Michael/Frankenberg, Peter/Grivel, Charles/Lilli, Waldemar (Hg.): Westeuropäische Regionen und ihre Identität. Beiträge aus interdisziplinärer Sicht. Mannheim, S. 46-61.
- Bourdieu, Pierre (1974): Zur Soziologie der symbolischen Formen. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Buelens, Geert (2005): Nawoord. 't Is allemaal een boeltje. In: Buelens, Geert/de Ridder, Matthijs/Stuyck, Jan (Hg.): De Trust der Vaderlandsliefde. Over literatuur en Vlaamse Beweging 1890-1940. Antwerpen.
- Clauss, Jan U./Baumann, Franz (1980): Die Regionalisierung Belgiens – Arithmetik eines „Sprachenstreites“. In: Gerdes, Dirk (Hg.): Aufstand der Provinz: Regionalismus in Westeuropa. Frankfurt/M./New York, S. 84-106.
- Claussen, Detlev (1994): Was heißt Rassismus? Darmstadt.
- Coenen-Huther, Jacques (1997): Zwei mehrsprachige Länder im Vergleich: Belgien und die Schweiz. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hg.): Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Religion, Nation, Europa. Opladen, S. 142-148.
- Craeybeckx, Jan/Meynen, Alain/Witte, Els (1997): Politieke Geschiedenis van België van 1830 tot heden. Antwerpen.
- Dahrendorf, Ralf (1961): Gesellschaft und Freiheit. München.
- Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen.
- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. In: Ders. (Hg.): Populismus in Europa. Gefahr oder nützliches Korrektiv? Bonn, S. 9-32.

Deprez, Kas (1985): Status en Statuut van het Nederlands in België. Een Historisch Overzicht. In: Heibel 19, S. 2-54.

Deutsch Karl W. (1966): Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality. Cambridge.

Dolderer, Winfried (2003): Der flämische Nationalismus und Deutschland zwischen den Weltkriegen.. In: Burkhard Dietz/Gabel, Helmut/Tiedau, Ulrich (Hg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960). Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Band 6, Teilband 1. Münster, S. 109-137.

Driessen, Christoph (2018): Geschichte Belgiens. Die gespaltene Nation. Regensburg.

Dusche, Michael (2012): Die Geburt des Nationalismus aus dem Geist der Romantik. In: Grucza, Franciszek et al. (Hg.): Akten des XII. Internationalen Germanistenkongresses Warschau 2010. Vielheit und Einheit der Germanistik weltweit. Frankfurt/M, S. 23-27, unter: http://www.mdusche.de/media/publications/file/Dusche_1155.pdf (abgerufen am 12.09.2016).

Eickelpasch, Rolf/Rademacher, Claudia (2004): Identität. Bielefeld.

Elias, Norbert/Scotson, John L. (2002): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/M.

Elias, Norbert (1989): Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. Und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.

Erbe, Michael (1993): Belgien, Niederlande, Luxemburg: Geschichte des niederländischen Raumes. Stuttgart.

Ernst, Thomas (2012): Sprachen und Identitäten – Konnotationen des Deutschen in den multilingualen Nachbarländern Belgien und Luxemburg. In: Brunner, José/Nachum, Iris: „Die Deutschen“ als die Anderen. Deutschland in der Imagination seiner Nachbarn. Göttingen, S. 169-187.

Esser, Hartmut (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital. In: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer (Hg.): Die bedrängte Toleranz. Frankfurt/M., S. 64-99.

Extra, Guus/Gorter, Durk (2008): Multilingual Europe. Facts and Policies. Berlin/New York.

- Ferguson, Charles (1959): Diglossia. *Word* 15, 325-340.
- Fishman, Joshua A. (1975): Soziologie der Sprache. Eine interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Betrachtung der Sprache in der Gesellschaft. München.
- Fix, Elisabeth (1991): Niedergang des Nationalstaates? Zur konstitutiven Rolle des *nation-building* für die Genese von Regionalismen. Frankfurt/M./Bern/New York/Paris.
- Foroutan, Naika et.al (Hg.): Das Phantom ‚Rasse‘. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus. Eine Einleitung. In: Dies. (Hg.): Das Phantom ‚Rasse‘. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus. Wien/Köln/Weimar, S. 9-22.
- Fraas, Claudia (2000): Begriffe – Konzepte – kulturelles Gedächtnis. Ansätze zur Beschreibung kollektiver Wissenssysteme. In: Schlosser, H. D. (Hg.): Sprache und Kultur. Frankfurt/M., S. 31-45.
- Frenzel, Korbinian (2006): National befreites Flandern. In: *Jungle World*, 21. Ausgabe, unter: <https://jungle.world/artikel/2006/21/national-befreites-flandern> (abgerufen am 15.02.2019).
- Gardt, Andreas (2000): Sprachnationalismus zwischen 1850 und 1945. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin/New York, S. 247-272.
- Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. Berlin, unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S17_gdn_ks.pdf (abgerufen am 23.07.2017).
- Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (1996): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Deutschland. In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin, S. 551-571.
- Geulen, Christian (2018): Der Rassenbegriff. Ein kurzer Abriss seiner Geschichte. In: Foroutan, Naika et.al (Hg.): Das Phantom ‚Rasse‘. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus. Wien/Köln/Weimar, S. 23-34.
- Govaert, Serge (1998): Die Heimat von Manneken Pis, Jaques Brel und Tim und Struppi. In: Europäisches Kultur- und Informationszentrum in Thüringen (Hg.): *Via Regia – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation*. Heft 56/57.

Grossalber, Tanja (2012): Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache. Eine sprachwissenschaftliche Analyse. Wien, unter: http://othes.univie.ac.at/19889/1/2012-04-11_0502809.pdf (abgerufen am 10.07. 2016).

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2. Frankfurt/M.

Haimerl, Kathrin (2015): Was Populisten erfolgreich macht, unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechte-parteien-in-europa-was-populisten-erfolgreich-macht-1.2345852> (abgerufen am 16.02.2019).

Halbwachs, Maurice (1967): Das kollektive Gedächtnis. Stuttgart.

Hall, Stuart (1994): 'Rasse', Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante. In: Hall Stuart, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument Verlag, S. 89-136.

Harth, Dietrich (2000): *Nationalliteratur* – ein Projekt der Moderne zwischen Mystifikation und politischer Integrationsrhetorik. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin/New York, S. 349-384.

Hecking, Claus (2002): Flamen und Wallonen: Fremde Nachbarn im Hause Belgien? Die gegenseitige Perzeption im Spiegel der Tagespresse. Berlin.

Hechter, Michael (1975): Internal Colonialism. The Celtic Fringe in British National Development 1536 – 1966. London.

Heinemann, Lars (2001): Die Gemeinschaft der Gesellschaft. Bausteine einer Theorie ethnischer kollektiver Gesellschaften in nationalen und transnationalen Räumen. Bremen, unter: http://elib.suub.uni-bremen.de/diss/docs/E-Diss545_heinemann.pdf (abgerufen am 12.05.2016).

Herrmanns, Fritz (1994): Linguistische Anthropologie. Skizzen eines Gegenstandsbereiches linguistischer Mentalitätsgeschichte. In: Busse, Dietrich/Herrmanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen, S. 29-59.

Herrmanns, Fritz (1995): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. In: Gardt, Andreas/Mattheier, Klaus J./Reichmann, Oskar (Hg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen, S. 69-101.

Hermisdörfer, Willibald (1998): *Geschichte und Gegenwartsgestalt des Verhältnisses von Staat und Kirche in Belgien*. Essen.

Hobsbawm, Eric J. (1995): *Nationen und Nationalismus*. Frankfurt/M.

Hobsbawm, Eric J./Ranger, Terence (2003): *The Invention of Tradition*. Cambridge.

Hoeven, Augustinus P. J. ter (1978): 'The Social Bases of Flemish Nationalism'. In: *International Journal of the Sociology of Language*, Vol. 15, S. 21-32.

Hove, Johnny Van (2015): *Belgien – das Land ohne Rassisten*, unter: <http://www.migazin.de/2015/04/01/belgien-das-land-ohne-rassisten/> (abgerufen am 16.02.2019).

Humboldt, Wilhelm von (1820): *Ueber das vergleichende Sprachstudium in Beziehung auf die verschiedenen Epochen der Sprachentwicklung*. Zitiert nach: *Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, 1. Abt. (Hg.): Werke. Bd. IV: 1820-1822*. Herausgegeben von Albert Leitzmann (1905). Berlin, S. 1-34.

Humboldt, Wilhelm von (1821): *Ueber den Einfluss des verschiedenen Charakters der Sprachen auf Literatur und Geistesbildung*. Zitiert nach: *Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, 1. Abt. (Hg.): Werke. Bd. VII/2: 1820-1822*. Herausgegeben von Albert Leitzmann (1908). Berlin, S. 640-644.

Huyse, Luc (1983): In: *Tijdschrift voor Sociologie 1983, Volume 4*.

Jäger, Siegfried (1992): *BrandSätze. Rassismus im Alltag*. DISS-Studien. Duisburg.

Jagers, Jan (2006): *De Stem van het Volk!* Antwerpen.

Janich, Nina, Geule, Albrecht (2002): *Sprachkulturen in Europa: ein internationales Handbuch*. Tübingen.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe-Positionen-Praxisfelder*. Wiesbaden.

Kellershohn et al (2014): *Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus*. In: *DISS-Journal 28*, S. 25-27.

- Klein, Tanja (2011): Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen: die Niederlande, Belgien und die Schweiz im Vergleich. Potsdam, unter: <https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/5720/file/wtthesis12.pdf> (abgerufen am 20.08.2016)
- Kloss, Heinz (1966): Types of Multilingual Communities. In: Sociological Inquiry 1966, Volume 36, S. 135-145.
- Kohn, Hans (1944): The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Background. New York.
- Koll, Johannes (2001): Belgien – Geschichtskultur und nationale Identität. In: Flacke, M. (Hg.): Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Berlin, S. 71-72.
- Koll, Johannes (2005): Revolution und Nation. Zur Entstehung von belgischem Nationalbewußtsein im späten 18. Jahrhundert. In: Koll, Johannes (Hg.): Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick. Münster/New York/München/Berlin, S. 15-40.
- Krüger, Michael (1996): Körperkultur und Nationsbildung. Die Geschichte des Turnens im Reichsgründungsjahrzehnt. Eine Detailstudie über die Deutschen. Schorndorf.
- Krüger, Michael (2004): Fußball im Prozess der Zivilisierung und Nationalisierung des Sports und der Deutschen. In: Jütting, Dieter H. (Hg.): Die lokal-globale Fußballkultur – wissenschaftlich beobachtet. Münster/New York/München/Berlin, S. 121-136.
- Lapinski, Dariusz/Rosenberg, Peter (2001): Sprachnationalismus und die „Logik“ ethno-sprachlicher Konflikte. Manuskript für die Jahrestagung der Association of Applied Linguistics Germany. Passau.
- Lechat, Benoît/Warland, Geneviève (2008): Ethnonationalismus in Belgien: Ursprung, Geschichte und Risiken des belgischen Kompromisses. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Ethnonationalismus und State-Building. Berlin, S. 38-47.
- Luckmann, Thomas (1991): Die unsichtbare Religion. Frankfurt/M.
- Lüschen, Günther (1998): Konflikt/Konfliktfähigkeit. In: Gruppe, Ommo/Mieth, Dietmar (Hg.): Lexikon der Ethik im Sport. Schorndorf, S. 299-302.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Frankfurt/M.

- Mach, Zdislaw (1993): Symbols, Conflict and Identity. Albany.
- Maddens, Bart/Beerten, Roeland/Biliet (1994): O dierbaar Belgie? Het natiebewustzijn van Vlamingen en Walen. Leuven.
- Martiniello, Marco (1994): De Communautaire kwestie en het migrantenvraagstuk in België. In: Detrez, Raymond/Blommaert, Jan (Hg.): Nationalisme, Kritische opstellen. Berchem, S. 172-182.
- McRae, Kenneth D. (1986): Conflict und Compromise in Multilingual Societies. Vol. 2. Belgium. Waterloo (Ontario).
- Miles, Robert (2000): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 17-33.
- Missinne, Lut (2007): Die niederländischsprachige Literatur. In: Koll, Johannes (Hg.): Belgien. Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft. Münster, S. 148-179.
- Müller, Bernhard (2011): Wachsender Rechtspopulismus in Europa. Ressentimentgeladene Ausgrenzung, gepaart mit charismatischer Führerschaft und demokratiefeindlichem Autoritarismus. In: Sozialismus, 2. Ausgabe, S. 29-33.
- Nörtemann, Gevert H. (2002): „Flamen, feiert die Schlacht der Goldenen Sporen!“ Die Schlacht von Kortrijk als flämischer Gründungsmythos im 19. Und 20. Jahrhundert. In: Buschmann, Nikolaus/Langewiesche, Dieter (Hg.): Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA . Frankfurt/M./New York: Campus Verlag, S. 233-267.
- Novalis (1798): Blütenstaub. Zitiert nach: Novalis Schriften. Die Werke Friedrichs von Hardenbergs, Bd. 2. Herausgegeben von Richard Samuel in Zusammenarbeit mit Hans-Joachim Mühl und Gerhard Schulz (1981). Stuttgart, S. 413-463.
- Oberndörfer, Dieter (2006): Sprache und Nation. In: ZAR. Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 26. Jg., 2. Ausgabe, S. 41-80.
- Ötsch, Walter (2002): Demagogische Vorstellungswelten. Das Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Hauch, Gabriella/Hellmuth, Thomas/Pasteur, Paul (Hg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich. Innsbruck, S. 93-104.

Pels, Dick (2013): Europa und das Problem des Populismus, unter: <https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-europa-rechtspopulismus-16534.html> (abgerufen am 15.02.2019).

Plessner, Helmuth (1959): Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Stuttgart.

Pursey, Mona (2001): Fremdheit, Marginalität und Multikulturalität als Themen der sozialwissenschaftlichen Literatur in Deutschland, den Niederlanden und Belgien – Eine Literaturanalyse zu Publikationen der 80er bis Mitte der 90er Jahre (des zwanzigsten Jahrhunderts). Aachen.

Reichmann, Oskar (2000): Nationalsprache als Konzept der Sprachwissenschaft. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin/New York, S. 419-471.

Reinfeldt, Sebastian (2000): Nicht-wie und Die-da. Studien zum rechten Populismus. Wien.

Reisigl, Martin (2002): „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und angst und bange machen“ – Von populistischen Anrufungen, Anbiederungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Eismann, Wolfgang (Hg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Wien, S. 149-198.

Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum. Wiesbaden.

Reuter, Gerd (2011): Unmut zwischen Maas und Marschen. Rechtspopulisten in Belgien und den Niederlanden. In: Wielenga, Friso/Hartleb, Florian (Hg.): Populismus in Deutschland und den Niederlanden im Vergleich. Münster, S. 55-75.

Rindler Schjerve, Rosita (2003): Diglossia and power: language policies and practice in the 19th century Habsburg Empire. Berlin/New York: Mouton de Gruyter.

Roctus, Dirk (1998): Die belgische Nationalitätenfrage als Herausforderung für Europa. In: Zentrum für Europäische Integrationsforschung: Discussion Paper. Bonn.

Roctus, Dirk (2011): Extremismus in Belgien. In: Jesse, Eckhard/Thieme, Tom: Extremismus in den EU-Staaten. Wiesbaden, S. 35-50.

- Rochtus, Dirk (2013): Belgien: Wie die Einheit von Flandern und Wallonen abbröckelt. In: Köppl, Stefan (Hg.): Was hält Gesellschaften zusammen? Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden: Springer VS, S. 53-72.
- Rochtus, Dirk (2019): Rechtspopulismus in Belgien. Wie das Volk seine Zukunft in die eigene Hand nehmen sollte. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden, S. 217-241.
- Roosen, Antoon (1981): De Vlaamse Questie. Leuven.
- Ruys, Manu (1981): Die Flamen. Ein Volk in Bewegung – eine werdende Nation. Tielt.
- Ruys, Manu (1999): Een Levensverhaal. Tielt.
- Schaepdrijver, Sophie De (1997): De Grootte Oorlog: Het Koninkrijk België tijdens de Eerste Wereldoorlog. Amsterdam.
- Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Greven, Thomas et al. (Hg.): Globalisierter Rechtsextremismus?, S. 70-111.
- Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph (1804): System der gesamtem Philosophie und der Naturphilosophie insbesondere. Zitiert nach: Friedrich Wilhelm Joseph Schellings sämtliche Werke, I/6. Herausgegeben von Karl Friedrich August Schelling. Stuttgart/Augsburg, S. 131-577.
- Schlegel, August Wilhelm (1798/99): Vorlesungen über philosophische Kunstlehre. Zitiert nach: August Wilhelm Schlegel. Kritische Ausgabe der Vorlesungen, Bd. 1. Herausgegeben von Ernst Behler in Zusammenarbeit mit Frank Jolles (1989 ff.): Paderborn et al., S. 1-177.
- Schlegel, Friedrich (1837): Philosophische Vorlesungen aus den Jahren 1804 bis 1806. Bonn.
- Schnürer, Uwe (1998): Der portugiesische nationale Habitus. Grenzen und Horizonte. München.
- Schröder, Konrad (1995): Zur Problematik von Sprache und Identität in Westeuropa. Eine Analyse aus sprachpolitischer Perspektive. In: Sociolinguistica: internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik, Bd. 9, S. 56-66.

Schryver, Reginald De et al. (Hg.) (1998): Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging. Deel 2 Tielt.

Schubert, Simon (2011): Regionaler Nationalismus und föderale Arrangements: Lösung oder Verschärfung des Konflikts. Berlin, unter: <https://d-nb.info/1025552598/34> (abgerufen am 12.03.2015).

Schumacher, Florian (2012): Nationaler Habitus. Zur Entstehung und Entwicklung nationaler Identitäten. Konstanz/München.

Siegemund, Horst (1989): Parteipolitik und „Sprachenstreit“ in Belgien. Frankfurt/M./Bern/New York/Paris.

Simmel, Georg (1918): Lebensanschauung. München/Leipzig.

Simmel, Georg (1992): Das Problem der Soziologie. In: Rammstedt, Otthein (Hg.): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Georg Simmel-Gesamtausgabe, Bd. 11. Frankfurt/M., S. 13-62.

Sonntag, Albrecht (o. J.): Die Sprache Europas ist rund – Sprache und kollektive Identität, unter: <http://welche-sprache-spricht-europa.de/pdf/publizierte/Sonntag.pdf> (abgerufen am 10.09.2015).

Stukenbrock, Anja (2005): Sprachnationalismus. Sprachreflexion als Medium kollektiver Identitätsstiftung in Deutschland (1617 -1945). Berlin/New York.

Sumner, Leonard W. (1993): Welfare, Preference and Rationality. In: Frey, Raymond G./Morris Christopher W. (Hg.): Value, Welfare and Morality. Cambridge, S. 74-92.

Tanner, Jakob (2001): Nation, Kommunikation und Gedächtnis. Die Produktivkraft des Imaginären und die Aktualität Ernest Renans. In: Jureit, Ulrike (Hg.): Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften. Münster, S. 46-67.

Theunissen, Paul (1984): 1950, Ontknoping van de Koningskwestie. Antwerpen.

Thiel, Ansgar/Cachay, Klaus (2008): Soziale Konflikte im Sport. In: Weis, Kurt/Gugutzer, Robert (Hg.): Handbuch Sportsoziologie. Schorndorf, S. 266-276.

Tömmel, Sieglinde (1976): Nation und Nationalliteratur. Eine soziologische Analyse des Verhältnisses von Literatur und Gesellschaft in Belgien zwischen 1830 und 1840. Berlin.

- Trom, Danny (1990): Rechtsradikalismus in Belgien. In: Schulz, Hans-Jürgen: Sie sind wieder da! Frankfurt/M., S. 108-114.
- Vos, Louis (1998): The Flemish National Question. In: Deprez, Kas/Vos, Louis (Hg.): Nationalism in Belgium. Shifting Identities, 1780 - 1995, Basingstoke, S. 83 – 95.
- Vos, Louis (2005): Konjunkturen des belgischen Patriotismus im 19. Und 20. Jahrhundert. In: Koll, Johannes (Hg.): Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick. Münster/New York/München/Berlin, S. 41-71.
- Wal, Marijke J. van der/ Bree, Cor van (2008): Geschiedenis van het Nederlands. Utrecht.
- Wever, Bruno De (2005): Die Flämische Bewegung. Geschichte und Geschichtsschreibung. In: Koll, Johannes (Hg.): Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick. Münster, S. 73-107.
- Wils, Lode (1977): Honderd Jaar Vlaamse Beweging. Deel 1. Geschiedens Van Het Davidsfonds tot 1914. Leuven.
- Wils, Lode (1985): Honderd Jaar Vlaamse Beweging. Deel 2. Geschiedens Van Het Davidsfonds 1914 - 1936. Leuven.
- Wils, Lode (1994): Vaanderen, Belgie, Groot-Nederland; Mythe en Geschiedenis. Leuven.
- Wils, Lode (1996): Histoire des nations belges. Leuven.
- Witte, Els/ Velthoven, Harry van (1999): Sprache und Politik. Der Fall Belgien in einer historischen Perspektive. Brüssel.
- Zinell, Adelheid (2007): Europa-Konzeptionen der Neuen Rechten. Unter besonderer Berücksichtigung Frankreichs, Italiens und Belgiens. Frankfurt/M.